Dienstag, 13. Mai 1986 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 109 - 20.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7.00 F, Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2.20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8.00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

POLITIK

Hamburg: *Die CDU-Fraktion* in der Bürgerschaft hat den Rücktritt des jetzigen Wirtschafts- und früheren Bausenators der Hansestadt, Volker Lange (SPD), gefordert. Zum Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses über die „Neue Heimat" sagte Oppositionsführer Perschau, Lange habe von den *Zuständen* bei der NH gewußt, aber „angemessene aufsichtsrechtliche Maßnahmen" unterlassen.

Terror: Ein in Frankreich lebender Tunesier, der von seiner Freundin angezeigt worden war, hat gestanden, im Dezember 1983 in London und 1985 in Paris *in* zwei Kaufhäusern Bombenanschläge verübt zu haben. Im Verhör gab der verhaftete Habib Maamar zu, für seine Terror-Aktionen *ein regelrechtes „Gehalt"* bezogen zu haben. (S. 10)

Polen: Fünf Mitglieder einer Gruppe polnischer Staatsbürger deutscher Herkunft sind am Wochende vorübergehend festgenommen worden. Die Polizei wollte sie offenbar an der Teilnahme an einem Treffen in Ratibor hindern. Bei einigen hatte es auch Hausdurchsuchungen gegeben.

Libyen: Nach einem Bericht von Radio Tripolis hat das libysche Außenministerium gestern die Ausweisung von 36 westeuropäischen Diplomaten verfügt. Betroffen sind die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, die Niederlande, Belgien und Dänemark. Wie es hieß, handele es sich um Vergeltung für die „Unterdrückungsmaßnahmen" gegen libysche Botschaften in Westeuropa.

Indien: Premierminister Gandhi hat das indische Kabinett gestern auf zwölf Positionen umgebildet. Dabei wurde der bisherige Außen*minister Bali Ram Bhagat durch* Wirtschaftsminister Shiv Shankar ersetzt. Zum neuen Innenminister berief Gandhi einen Sikh, den bisherigen Landwirtschaftsminister *Buta Singh*.

Palme: Die schwedische Regierung will innerhalb der nächsten zwei Wochen einen Untersuchungsausschuß zum Palme-Mord einsetzen. Dies berichtete gestern die Zeitung „Svenska Dagbladet". Die Kommission soll vor allem die Fahndungsarbeit der Polizei und Ermittlungsbehörden untersuchen.

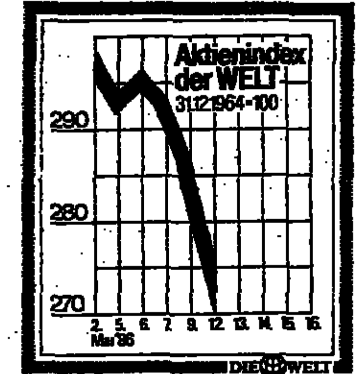
Heute in der WELT

WIRTSCHAFT

Werbegigant: Die Londoner Agentur Saatchi & Saatchi ist zur *größten Werbeagentur der Welt* aufgestiegen. Die Briten übernahmen die New Yorker Firma Ted Bates für 450 Millionen Dollar und halten nun einen Werbeetat von rund 7,5 Milliarden Dollar. (S. 13)

Hypotheken: Die meisten Hypothekenbanken haben die Zinsen für ihre Darlehen wieder heraufgesetzt. Eine Umfrage bei den großen Instituten der Branche ergab, daß die Nominalsätze durchschnittlich um einen Viertel-Prozentpunkt angehoben wurden. Begründet wurde dieser Schritt mit den seit Mitte April steigenden Renditen auf dem Rentenmarkt.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten führten gestern Gewinnmitnahmen zu Kurseinbrüchen auf breiter Front. Am Rentenmarkt lösten Inlandsabgaben *Kurseinbußen aus. WELT*-Aktienindex 275,97 (287,01). BHF-Rentenindex 106,885 (107,392). BHF-Performance-Index 104,152 (104,617). Dollarmittelkurs 2,1710 (2,1805) Mark. Goldpreis je Feinunze 345,20 (345,35) Dollar. (S. 11)



KULTUR

Bildhauerei: Das Gerhard-Marcks-Haus in Bremen hat immer wieder Ausstellungen organisiert, mit denen das Umfeld des Marcksschen Œuvres deutlicher umrissen wurde. Die jüngste ist Toni Stadler gewidmet, dessen Werk das Schaffen von Marcks eher aus einer Gegenposition beleuchtet. (S. 20)

Literatur: Auch zum 200. Geburtstag des Schriftstellers Ludwig Börne liegt sein Œuvre im Buchhandel überhaupt nicht vor. Doch alle Interessierten können sich im Karmeliterkloster in Frankfurt, wo derzeit 330 Objekte zu sehen sind, über Leben und Werk in einer Börne-Ausstellung informieren. (S. 21)

SPORT

Tennis: Boris Becker unterlag mit seinem jugoslawischen Partner Slobodan Zivojinovic im Doppelfinale des Turniers der Meister in Forest Hills mit 6:7, 6:7 gegen Gomez/Gildemeister (Ecuador/Chile).

Boxen: Leichtgewichtler Reiner Gies hat als vierter Boxer aus der Bundesrepublik Deutschland das Viertelfinale bei der Weltmeisterschaft in Reno erreicht. Er besiegte den Franzosen Eric Tormos nach Punkten. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Bademode: Mit einem Minimum an Stoff wollen die Modemacher den weiblichen Körper auch in dieser Badesaison wieder attraktiv bekleiden. Zu den Neuheiten gehören nicht nur Raffungen, raffinierte „Hals"-Ausschnitte bis zum Bauchnabel vorn oder bis zum Kreuz hinten, sondern auch Corsagen und schärpenartige Gürtel (Foto) als Blickfang. (S. 22)

Jugendstrafanstalt: Bundespräsident von Weizsäcker informierte sich in der Berliner Strafvollzugsanstalt Plötzensee über Maßnahmen zur Resozialisierung Jugendlicher und die Probleme der Gefangenen. Ihre Wünsche: mehr Geld *und* mehr Fernsehen. (S. 22)

Strahlen-Entwarnung aus Bonn. Moskau bestraft Funktionäre

Unglücksreaktor soll weiterarbeiten / Gefahren für das Grundwasser?

DW. Bonn/Moskau

Die Bundesregierung hat gestern *für das gesamte Bundesgebiet eine* Strahlungsentwarnung verkündet. Regierungssprecher Ost wies darauf hin, daß sämtliche Werte wieder normale Lebens- und Ernährungsgewohnheiten erlaubten. Vor der Bundespressekonferenz hielt der Strahlenbiologe Wolfgang Kemma vom Bundesinnenministerium Fleisch-Grenzwerte für „einfach nicht notwendig". Die alarmierenden Becquerel-Werte aus Hessen beträfen freilebendes Rehwild. Abweichungen einzelner Bundesländer wie Hessen von den Grenzwert-Empfehlungen der Strahlenschutzkommission sollen heute auf einer Konferenz der zuständigen Minister des Bundes und der Länder in Bonn erörtert werden.

Angesichts des Runs auf Geigerzähler warnte das Bundesforschungsministeriums eindringlich davor, aus dem „Ticken" solcher Geräte falsche Schlüsse zu ziehen. Der Sprecher des Ressorts führte den Journalisten ein Gerät vor, das bereits im Saal einen Wert von 5000 Becquerel maß und mit einem schrillen Summton auf eine bemalte italienische Kachel reagierte, die seit zwei Jahren nicht mehr zu kaufen ist.

Die Sowjetunion gab unterdessen Sanktionen gegen Funktionäre in der Ukraine bekannt. Die Parteizeitung „Prawda" meldete, drei in dem Atomkraftwerk von Tschernobyl arbeitende Funktionsträger seien wegen „Gleichgültigkeit und Drückebergerei" bei der Bekämpfung des Unglücks bestraft worden.

SEITEN 2, 4, 10 und 11:
Weitere Beiträge

Im Gegensatz zu Vorsichtsmaßnahmen im Ausland bereitet man sich in der Sowjetunion auch ganz in der Nähe des zerstörten Reaktors auf die Getreideernte vor. Im Bezirk Polesskoje, 50 Kilometer westlich des Reaktors, werde außerdem Milch von Kühen verwendet, die mit frischem Grünfutter von den umliegenden Wiesen ernährt würden, schrieb die „Prawda". Die Behörden kündigten zudem an, daß der vom Unglück betroffene vierte Kraftwerkblock wieder in Dienst gestellt werden soll. Der Wissenschaftler Jewgenij Welichow, einer der wichtigsten Berater des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Atomfragen, erklärte, es bestehe nunmehr „keine theoretische Möglichkeit einer Katastrophe mehr". Welichow gab *erstmals* zu, bis Sonntag, den er als „entscheidenden Tag" bezeichnete, habe eine „theoretische Gefahr" bestanden, daß eine große Menge Brennstoff und Graphit des Reaktors durchschmilzt.

Welichow erläuterte, die radioaktiven Stoffe würden „neutralisiert und eingekapselt" um sicherzustellen, daß es nicht zu „Infiltrationen ins Grundwasser" komme. Zum Zuständigkeitsbereich des Physikers Welichow gehört auch der Zivil- und Katastrophenschutz. Der Funktionär wird auf dem am 29. Mai in Köln beginnenden Kongreß der umstrittenen „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs" eine wichtige Rolle spielen. Die westlichen Mitglieder dieser Vereinigung haben sich bislang als Gegner des Zivilschutzes erwiesen.

DER KOMMENTAR

SALT und Genf

BERNT CONRAD

Der Bundeskanzler hat dem amerikanischen Präsidenten geraten, die im SALT-2-Vertrag festgelegten Rüstungsobergrenzen einzuhalten. Helmut Kohl weiß sich in dieser Frage mit den europäischen Verbündeten, auch mit der „Eisernen Lady" Margaret Thatcher, einig. Dahinter steht der Wunsch, die Rüstungskontroll-Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht noch mehr zu komplizieren und Moskau nicht gleichzeitig eine noch ungehemmtere strategische Aufrüstung zu gestatten.

Das Problem wird Ende des Jahres akut. Dann nämlich wird die US-Regierung vor der Frage stehen, ob sie bei der Ausrüstung ihrer B-52-Bomber mit Marschflugkörpern die im nichtratifizierten SALT-2-Vertrag festgelegte Obergrenze für Träger von Marschflugkörpern überschreiten soll. Präsident Reagan soll in diese Richtung neigen, obwohl er erst vor kurzem entschieden hat, bei Indienststellung eines neuen Trident-U-Bootes zwei alte Poseidon-U-Boote abzuwracken, um im SALT-2-Rahmen zu bleiben.

Das Pentagon drängt den Präsidenten seit langem, die freiwillige Einhaltung von SALT-2 aufzugeben, weil die Sowjets den Vertrag ohnehin verletzten. Dies ist ein ernst zu nehmendes Argument, und Kohl hat dafür auch Verständnis gezeigt. Wenn der Kanzler und die anderen europäischen NATO-Partner dennoch für die weitere Respektierung von SALT-2 eintreten, dann hat das mehr mit den konkreten politischen Umständen und dem Zeitpunkt als mit der grundsätzlichen Antwort auf sowjetisches Fehlverhalten zu tun.

Denn angesichts der diffizilen Genfer Verhandlungen und des für Ende 1986 anvisierten zweiten Reagan-Gorbatschow-Gipfels würde ein amerikanisches Ausscheren aus SALT-2 zu eben jenem Zeitpunkt nicht nur die Verhandlungsaussichten erheblich reduzieren, sondern auch die weltweite Propagandaschlacht zugunsten des Kreml beeinflussen. Ganz abgesehen davon, daß die Sowjets dann jede noch bestehende Hemmung zu weiterer Rüstung fallen lassen würden.

Biedenkopf für „langfristigen Ausstieg"

Die Kernenergie wird auch in der CDU zum Streitpunkt / Für Hilfen an die Bauern

PETER PHILIPPS/DW. Bonn

In der CDU werden nach Tschernobyl energiepolitische Divergenzen deutlich. Während Generalsekretär Geißler am Rande der Parteivorstands-Sitzung betonte: „Wir lehnen einen Ausstieg aus der Kernenergie ab", und die SPD warnte, „wie beim NATO-Doppelbeschluß wie Korken auf den Wellen einer Stimmungs-Demokratie zu schwimmen", sprach sich der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf für einen „langfristigen" Ausstieg aus.

Einigkeit herrschte in der Führung von CDU und CSU, die vor der Vorstandssitzung als „Zehnerrunde" beraten hatte, daß den betroffenen Bauern in der Bundesrepublik „eine Entschädigung zusteht". Einzelheiten sollten am Abend mit der FDP vereinbart werden. Als Marschrichtung zeichnete sich dabei wie für das Auffangen der Folgen aus den EG-Agrarbeschlüssen eine Entlastung bei den Sozialabgaben ab.

Nach Geißlers Worten bestand in der CDU-Führung „Verständnis" dafür, daß nach Tschernobyl „in weiten Teilen der Bevölkerung Angst über die weitere Entwicklung" herrsche. *Es dürfe kein Zweifel bestehen, „daß* die Gesundheit und Sicherheit der Menschen auch in Zukunft für uns der Maßstab" in der Energiepolitik sein würden. Nicht der Ausstieg aus der Kernenergie sei das Ziel, sondern „alles auszunutzen, um den Energieverbrauch zu senken" und die „Forschung zu intensivieren, um alternative Technologien voranzubringen". Ähnlich äußerte sich zwar hierzu in der „Bild"-Zeitung auch Biedenkopf, doch ging er in seinen Folgerungen wesentlich weiter. Als erster führender *CDU-Politiker forderte er*: „Wir müssen lernen, auf Energie aus Atomkraft langfristig zu verzichten".

Für Geißler würde ein „Ausstieg auch für die Sicherheit und die Gesundheit nichts bringen". Denn dann würden lediglich die „16 sichersten Kraftwerke der Welt abgeschafft, aber die 340 in anderen Ländern mit *einer Leistung von 263 000 Megawatt* blieben in Betrieb". Die CDU will nun auf internationaler Ebene aktiv werden. Bundeskanzler Kohl will in einem Brief an Gorbatschow eine *„umfassende Information der Weltöffentlichkeit"* durch Moskau über das Reaktorunglück einfordern.

Als zweite Maßnahme fordert die CDU, die „besonders unsicheren" Kernkraftwerke in der Sowjetunion „auszuschalten" und sicherheitstechnisch „aufzurüsten". Parallel dazu müßten alle 26 Länder, die Kernkraftwerke betreiben, *zusammenkommen*, um „internationale Sicherheitsstandards" zu erarbeiten und Übereinkünfte über Informationsaustausch bei Störungen zu vereinbaren.

Die Furcht, die Kernkraftkatastrophe von Tschernobyl könnte das Wählerverhalten in der Bundesrepublik zugunsten einer rot-grünen Koalition verändern, führte am Wochenbeginn zu kräftigen Kurverlusten an den Börsen – weniger von Ausländern als von nervös werdenden inländischen Bankkunden, die ohne Rücksicht auf Verluste vorhandene Kursgewinne sicherstellen wollten.

Medienvertrag der Süd-Länder

DW. Bonn

Die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg und haben in Rolandseck bei Bonn den Staatsvertrag über die gemeinsame Nutzung eines Fern*seh- und eines Hörfunkkanals* des Satelliten TV-Sat unterzeichnet, nachdem ein bundesweiter Vertrag aller Länder gescheitert war. Schleswig-Holstein, Berlin und Niedersachsen hatten bereits am 20. März einen Medienvertrag geschlossen. Für die Nutzung des Fernsehkanals ist das Programm „Sat 1" im Gespräch.

Syrien baut neue Raketenstellungen

DW. Jerusalem

Die syrischen Streitkräfte haben neue Raketen- und Artilleriestellungen in Südlibanon gebaut. Israelische Militärs erklärten, diese Aktivitäten seien allerdings nicht Vorbereitungen *für einen bevorstehenden Angriff*. Diese Maßnahmen könnten aber zu einem Konzept langfristiger Kriegsvorbereitungen Syriens gehören, hieß es. Israels Ministerpräsident Peres hatte in den vergangen Tagen mehrfach betont, daß Israel keinen Angriff auf Syrien plane und auch keinen erwarte.

Benzinpreise steigen wieder

DW. Hamburg

Mit einer Anhebung der Benzinpreise um mindestens fünf Pfennig je Liter wollen die großen Mineralölkonzerne in der Bundesrepublik Deutschland zum dritten Mal in diesem Jahr den vorausgegangenen Preisverfall stoppen. Normalbenzin soll von heute an im Norden und Westen zwischen 99,9 und 100,9 Pfennig je Liter kosten, Superkraftstoff dann im Nordwesten zwischen 106,9 und 107,9 Pfennig. Diesel ist von dieser *Entscheidung nicht betroffen*.

Korruptionsskandal in der Sowjetunion

DW. Moskau

Die Aufdeckung betrügerischer Praktiken bei der Abgabe von Benzin und Motoröl hat nach einem Bericht des Moskauer Parteiorgans „Prawda" zu einer Reihe von Verhaftungen und Entlassungen geführt. Stichproben ergaben bei 427 Tankstellen und Unternehmen, die für die Bereitstellung von Benzin für Taxis und Dienstwagen von Ministerien und Behörden zuständig sind, daß 323 davon manipulierte Meßinstrumente benutzten.

Ölpreisverfall zwingt Oslo zur Abwertung

Norwegens neue Regierung will Kapitalabfluß bremsen / Gesteigerte Inflationsgefahr

DW./fu. Oslo/London

Der drastische Verfall der Rohölpreise Anfang dieses Jahres hat das Nordseeölland Norwegen so hart getroffen, daß die Wirtschaft außer Kontrolle geraten ist. Mit der Abwertung der norwegischen Krone um immerhin zwölf Prozent hofft die gerade vier Tage alte Regierung unter der neuen Premierministerin Gro Harlem Brundtland, den rapiden Kaptalabfluß aus Norwegen stoppen und die überhitzte Konjunktur abkühlen zu können. Weitere Maßnahmen für eine verschärfte Steuerpolitik und eine Kürzung der Staatsausgaben wird die neue Minderheitsregierung der Arbeiterpartei Ende des Monats mit der Vorlage eines revidierten Staatshaushaltes verkünden.

Der tiefe Fall der Rohölpreise von mehr als 30 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) im November letzten Jahres auf heute nur noch rund 14 Dollar hat Norwegen besonders hart getroffen. Die Wirtschaft des skandinavischen Landes hängt zu immerhin mehr als 18 Prozent von Öl und Gas aus der Nordsee ab. Mehr als ein Drittel der norwegischen Exporte bestehen aus Nordseeöl und -gas.

Die unvermeidlichen Auswirkungen des Ölpreisverfalls auf die norwegische Wirtschaft haben in den letzten Tagen zu einer Kapitalflucht ohnegleichen geführt. Nachdem alleine in den letzten zehn Tagen geschätzte elf Milliarden norwegische Kronen (3,53 Milliarden Mark) außer Landes gebracht worden sind, blieb der neuen Brundtland-Administration praktisch gar nichs anderes übrig, als die Krone drastisch abzuwerten.

SEITE 2:
Norwegische Geberlaune

Mit dieser Maßnahme wachsen allerdings die Befürchtungen, daß die Inflation in Norwegen außer Kontrolle geraten könnte. Bereits jetzt liegt die Inflationsrate mit 5,8 Prozent auf Jahresbasis höher als bei den wichtigsten Handelspartnern. Nach den Arbeitskämpfen, die Norwegens Wirtschaft seit Jahrzehnten erschüttert und die auch die Öl- und Gasförderung aus der Nordsee für geraume Zeit unterbrochen haben, wurden in der Privatwirtschaft Lohn- und Gehaltserhöhungen um acht Prozent und mehr durchgesetzt. Über die ölbedingte Wirtschaftskrise des Landes ist die von den Konservativen angeführte Drei-Parteien-Koalitionsregierung unter Kaare Willoch zerbrochen. Auch Willoch wollte die viel zu starke Verbrauchernachfrage dämpfen.

Norwegens Reichtum ist mit der Halbierung des Rohölpreises erschreckend rasch dahingeflossen. Der Überschuß in der Leistungsbilanz 1985 in Höhe von 26 Milliarden Kronen dürfte sich in diesem Jahr in ein Defizit von 30 Milliarden Kronen verwandeln. Sollten *die Preise* für Norseeöl bei 15 Dollar je Barrel verharren, dürfte das Defizit im nächsten Jahr sogar auf 45 Milliarden Kronen klettern. Seit November letzten Jahres sind die Währungsreserven Norwegens von 126 Milliarden Kronen auf heute nur noch 70 Milliarden zusammengeschmolzen.

Auflösungsvertrag für Lothar Loewe

hrk. Berlin

SFB-Intendant Lothar Loewe wird aller Voraussicht nach Ende Mai dieses Jahres – zwei Jahre vor Ablauf seines Vertrages – aus seiner Position ausscheiden. Gestern einigte sich der Verwaltungsrat des Senders darauf, Loewe einen Auflösungsvertrag anzubieten, der die Weiterzahlung seiner Bezüge bis zum Auslaufen seines Vertrages zum 28. Februar 1988 vorsieht. Loewe bezieht ein Gehalt von rund 230 000 Mark im Jahr. Bisher gibt es keine Nachfolgeregelung.

Elisabeth Bergner in London gestorben

DW. London

Die Schauspielerin Elisabeth Berg*ner (89) ist gestern in London gestorben*. Friedrich Luft schreibt in seinem Nachruf: „Sie umgab das Charisma einer scheinbar unvergänglichen Jugend. Sie hatte die rare Gabe, den Menschen direkt ans Herz zu greifen. Wer sie sah, für den wurde sie der Inbegriff einer zarten, hochintelligenten Darstellerin, wie es ihresgleichen sonst keine gab. Sie war ein theatralisches Wunder."

Seite 21: Holder Knabe Wagenlenker

NATO-Partner mahnen Reagan

Co. Bonn

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher und andere NATO-Partner haben – ebenso wie Bundeskanzler Helmut Kohl – bei Präsident Ronald Reagan dafür plädiert, die im SALT-2-Vertrag festgelegten Rüstungsobergrenzen einzuhalten. Dies berichtete gestern das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time". Kohls Brief an Reagan (WELT vom 12.Mai) und die Mei*nungsäußerungen* anderer Verbündeter stellten die Antwort auf ein Schreiben dar, in dem der US-Präsident sehr ernste Gespräche mit Moskau über sowjetische Verletzungen des SALT-2-Vertrages angekündigt hatte. Reagan erklärte darin ferner, sollte es zu keiner Einigung mit der UdSSR kommen, werde man darüber nachdenken, *wieweit sich die* Vereinigten Staaten noch an SALT-2 halten sollten. Beim Gipfel in Tokio hat der Präsident dieses Thema gegenüber dem Kanzler nicht erwähnt.

CDU-Forderungen zum „Kohlepfennig"

HH. Bonn

Die CDU will den „Kohlepfennig" künftig nur noch unter bestimmten Bedingungen mittragen. Nordrhein-Westfalen und Saarland müssen bereit sein, „die Nuklearenergie, die durch ihre Kostenvorteile die Zahlung der Umlage erleichtert, zu akzeptieren". *Dies* sehen die „energiepolitischen Leitlinien der CDU" vor, die der Bundesfachausschuß Energie unter Vorsitz von Ludwig Gerstein verabschiedet hat. Darin fordert die CDU neben der Fortsetzung der Entsorgungspolitik mit Wiederaufarbeitung auch den weiteren Betrieb der Hanauer Nuklearbetriebe, sowie die Weiterverfolgung der fortgeschrittenen Reaktortypen (Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter). Ein Ausstieg aus der Kernenergie sei *„weder möglich noch* wünschbar". Die CDU schließt sich damit den Forderungen der unionsregierten Bundesländer an.

Seite 11: Ausstieg

Saarland weitet Tempolimit aus

UR. Bonn

„Tempo 80" oder „Tempo 100" wird es noch vor den Sommerferien auf 26 zusätzlichen Autobahn-Teilstrecken mit einer Gesamtlänge von etwa 60 Kilometern im Saarland heißen. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung gibt es bisher auf rund 50 Kilometern. Wenn ein entsprechender Kabinettsbeschluß vollzogen ist, gelten auf 28 Prozent des saarländischen Autobahnnetzes (441 Kilometer) Geschwindigkeitsbegrenzungen. Für das Umweltministerium bedeutet der Beschluß kein „Tempolimit durch die Hintertür", nachdem die Bundesregierung eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung abgelehnt hat. Die Beschränkungen werden mit mehr Sicherheit oder Lärmschutz begründet. Dennoch spielte für das Ka*binett* die Gegenposition zur Bonner Linie eine Rolle: „Was die Bundesregierung nicht geschafft hat, vollziehen wir nun im Rahmen unserer Kompetenzen".

Israelischer Präsident gegen Wahleinmischung in Österreich

Indirekte Kritik von Herzog an Peres und Schamir

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog hat die Politiker seines Landes vor einer Einmischung in den österreichischen Wahlkampf gewarnt. Israel soll nach seiner Ansicht zu den Vorwürfen gegen den ehemaligen *UNO-Generalsekretär* und jetzigen österreichischen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim keine offizielle Haltung einnehmen. Herzog erteilte damit indirekt sowohl Ministerpräsident Peres als auch Außenminister Schamir eine Rüge, weil diese sich kritisch über den ÖVP-Präsidentschaftskandidaten geäußert und seine Wahl sogar als „Katastrophe" bezeichnet hatten.

Herzog erklärte im israelischen Rundfunk, Einmischungen in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates könnten „zu einem unangenehmen Rückschlag für Israel" werden. Solange nicht andere Staaten, *wie Jugoslawien, Griechenland oder* die Sowjetunion belastendes Material über Waldheims Rolle im Zweiten Weltkrieg vorlegten, solle sich Israel „nicht an einer Kampagne beteiligen, über deren Ausgang ich mir sehr unsicher bin". Herzog betonte, er ziehe es vor, zunächst auf gewisse Fragen eine Antwort zu bekommen. Neben den genannten Staaten solle Waldheim selbst gefragt werden, bevor Israel mit einer Kampagne gegen den Österreicher beginne.

Die israelische Regierung hat überdies den Generalsekretär des Außenministeriums, David Kimche, nach Wien entsandt – *offenbar mit* dem Auftrag, die Verstimmungen mit Österreich zu entschärfen. In israelischen Regierungskreisen ist man zur Auffassung gelangt, daß ein Sieg Waldheims im zweiten Wahlgang nicht auszuschließen ist. Unter diesen Umständen scheint es den Israelis zweckmäßiger, sich von den Attacken auf *Waldheim*, die vor allem vom jüdischen Weltkongreß in New York ausgehen, zu distanzieren.

Die israelischen Politiker, die vor *vor der Wahl Waldheims warnten*, werfen dem ÖVP-Kandidaten vor, nicht alles über seine Rolle als Offizier der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan gesagt zu haben.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Norwegische Geberlaune

Von Gottfried Mehner

Erster Klasse bergab: Dieses Bild drängt sich für die norwegische Situation nach dem schnellen Ölpreisverfall auf. Angesichts jahrelang üppig fließender Milliarden gehörte das Wort „Nein" fast schon nicht mehr zum innenpolitischen Verteilungs-Wortschatz der Politiker. Jedem, der fragte, wurde gegeben. Richtig zufrieden war trotzdem keiner. Die letzte Wahl im September vergangenen Jahres hätten die Bürgerlichen beinahe verloren, weil die Sozialdemokraten mit Schalmeientönen von noch mehr Wohlfahrts-Service den Publikumsgeschmack trafen.

Aber auch die Bürgerlichen zeigten sich in Geberlaune, um sich die Unterstützung der Wählerschaft zu sichern, die mehrheitlich aus Rentenempfängern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes besteht. Traten in der jetzt zurückgetretenen bürgerlichen Dreier-Koalition Zwistigkeiten auf, wurde die Ruhe über höhere Haushaltsansätze wiederhergestellt. Daß nicht die derzeitige Generation alle Früchte des Ölreichtums konsumieren und daß Ölmilliarden in zukunftsträchtige Sektoren investiert werden sollen: Vor diesen Anforderungen haben alle norwegischen Parteien versagt.

Problematisch ist, daß jetzt ein reiches Land wie Norwegen über eine zwölfprozentige Abwertung (eine Krone ist jetzt 29,19 Pfennig wert) seine Strukturdefizite auf die Schultern seiner Handelspartner verteilt, denn mit einem Federstrich werden die norwegischen Importe billiger und die Exporte der Partner teuerer. Aber Norwegen ist noch eine Dankesschuld abzustatten, denn schließlich war es auch seine Förderpolitik als Außenseiter, die das Opec-Kartell knackte.

Mit seiner Abwertung hat sich Norwegen eine Atempause verschafft. Bei einem durchschnittlichen Ölpreis von 15 Dollar je Faß wird das Land in diesem Jahr ein Zahlungsbilanzdefizit von 30 Milliarden Kronen erleiden. 1987 stiege dieser Fehlbetrag auf 45 Milliarden Kronen. Angesichts eigener Devisenreserven von rund 100 Milliarden Kronen und fast keiner Auslandsverschuldung sind dies keine dramatischen Probleme.

Nakasones Zeit

Von Fred de La Trobe

Nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio ist die innenpolitische Szene Japans in Richtung auf eine „Post-Nakasone-Ära" in Bewegung geraten. Immer mehr Abgeordnete seiner Liberaldemokratischen Partei (LDP) kritisieren den Führungsstil des Ministerpräsidenten. Der für Japan ungünstige Ausgang der Gipfelkonferenz habe gezeigt, daß seine hochgelobte Freundschaft mit Präsident Reagan nur wenig Substanz habe.

Nakasone, der in den letzten Tagen bedrückt wirkte, scheint sich damit abgefunden zu haben, daß er im Oktober nach zwei zweijährigen Amtszeiten seinen Posten räumen muß. Denn der Wirtschaftsgipfel brachte dem Ministerpräsidenten eine unerwartete Bauchlandung, weil seine Kollegen aus den führenden Industriestaaten des Westens sich seinem Wunsch widersetzten, den Höhenflug des Yen aufzuhalten.

Außerdem mußte er in der Frage des internationalen Terrorismus einen in Japan unpopulären Stellungswechsel vollziehen, der von der bisher vorsichtigen außenpolitischen Linie Tokios gegenüber den arabischen Staaten abweicht. Auch die Absicht, vorgezogene Unterhauswahlen gleichzeitig mit dem Ende Juni fälligen Urnengang für das Oberhaus abzuhalten, hat Nakasone offenbar aufgegeben. Von dem doppelten Votum hatte er sich gute Voraussetzungen für seine eigene Wiederwahl versprochen.

Währenddessen sind seine drei aussichtsreichsten Nachfolgekandidaten in den Startlöchern. Vor diesem Rennen hat sich der Vorsitzende des Exekutivrats der LDP, Miyazawa, durch ein energisches wirtschaftliches Stimulierungsprojekt am stärksten von Nakasone abgesetzt. Finanzminister Takeshita und Außenminister Abe gelten dagegen als mögliche Garanten des vorsichtigeren, mit Sparhaushalten arbeitenden Kurses Nakasones.

In ihren politischen Programmen unterscheiden sich die drei sonst nur um Nuancen. An das internationale Flair, das Nakasone durch seinen wortgewandten Stil in die japanische Diplomatie brachte, könnten Abe und Miyazawa, der fließend Englisch spricht, ohne Mühe anknüpfen.

Wem hilft WEM?

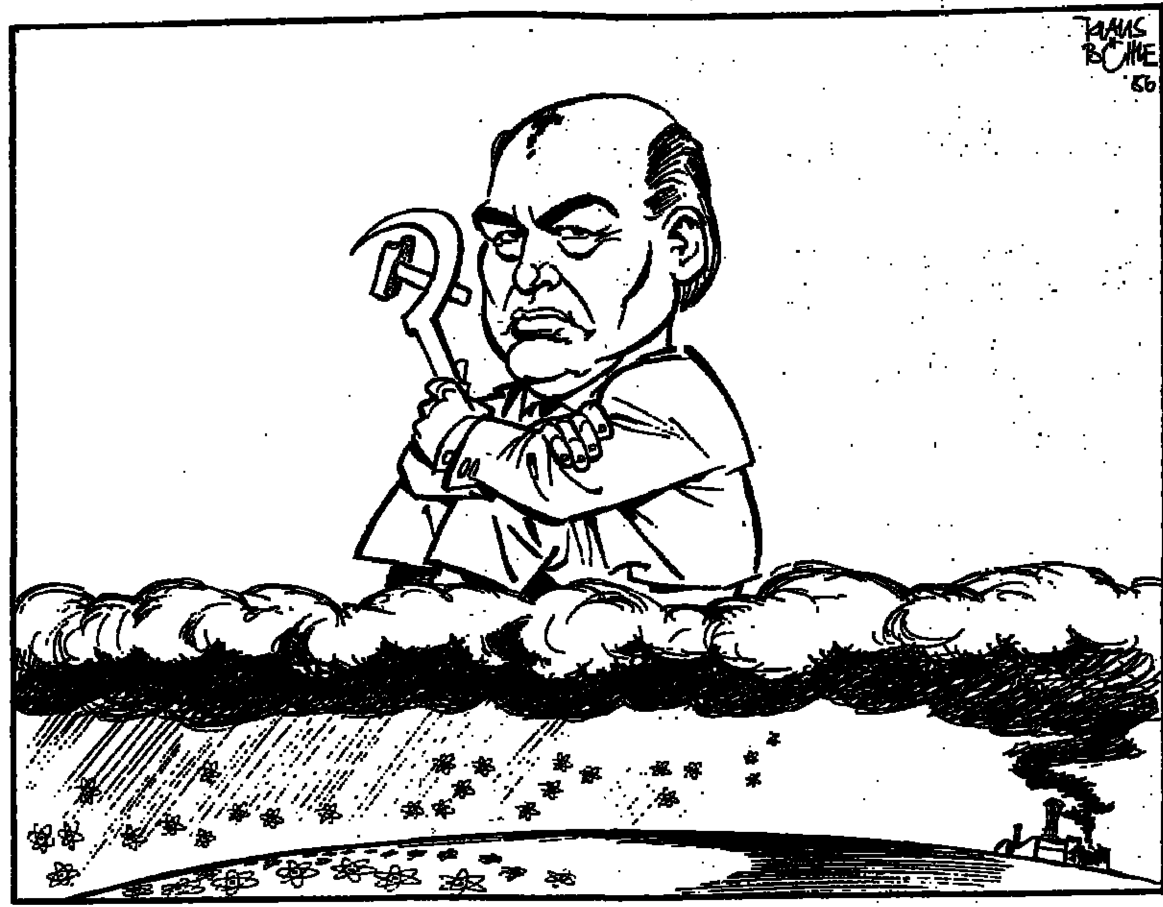
Von Detlev Ahlers

Nicaragua soll überleben", fordert die Wirtschaftsstelle Evangelischer Missionsgesellschaften (WEM, sie faßt die Missionswerke der Landeskirchen zusammen). Mit dem Botschafter dieses Staates, Heberto Incer, kümmert sie sich um die „Beschaffung wichtiger Grundbedürfnisartikel" für das Land. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz gestern konnte der Botschafter darauf hinweisen, daß die USA mit ihrem Embargo Schuld an den Schwierigkeiten des Landes seien. Helfen sollen nun die evangelischen Organisationen in der Bundesrepublik.

Es sind Zweifel erlaubt, was überleben soll. Die Kirchen in Nicaragua – die Hilfe für *Kirchen* in der Dritten Welt ist Aufgabe der WEM? Die Menschen dort, doch sie sollen überall überleben, warum also ein Hilfprogramm speziell für Nicaragua? Oder das Regime der Comandantes, wie es die Zusammenarbeit mit dem Botschafter vermuten läßt? Dann handelt es sich um einen ernsten Vorgang, der allerdings nicht der erste seiner Art wäre – seit Jahren schon sind viele Evangelische Studentengemeinden vollgestopft mit pro-sandinistischer Propaganda.

Die evangelische Kirche läuft in bezug auf Nicaragua Gefahr, eine innerkirchliche Spaltung zuzulassen – eine Abspaltung derer, die den Menschen in Nacaragua alles Gute wünschen, aber ihnen eben deswegen wünschen, daß es ein Ende hat mit den Sandinisten; zumal, weil die kirchliche Freiheit in Moskau-orientierten Staaten schwer zu wahren ist. Es besteht die Gefahr, daß die evangelische Kirche Schuld auf sich lädt, wenn sie davon ausgeht, daß die Entwicklung in Nicaragua glücklich verläuft. Sie sollte die Mahnungen solcher Politiker wie Hans-Ulrich Klose beachten, der auf Menschenrechtsverletzungen der nicarauanischen Regierung hinwies.

Und es ist nicht auszuschließen, daß viele evangelische Christen der Ansicht sind, kirchliche Pressekonferenzen seien nicht der richtige Platz für anti-amerikanische Propaganda. Außerdem hat es in letzter Zeit einige Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob Kirchengelder – etwa im südlichen Afrika – für rein politische Zwecke verbraucht werden. Eine neuerliche Diskussion dieser Art, wegen Nicaragua, dient nicht der kirchlichen Eintracht.



Aktiver GAU-Leiter KLAUS BÖHLE

Überall ist Krähwinkel

Von Peter Gillies

Die „Havarie" von Tschernobyl strahlt immer stärker nach Westen aus. Sie trifft die hiesigen demokratischen Staats- und Regierungsformen ins Mark und legt auf peinliche Art ihre Schwächen bloß. Längst ist die Strahlung von ihrer eigenen Quelle – technische Rückständigkeit der UdSSR, sozialistische Schlamperei und menschenverachtende Informationspolitik – abgelenkt. Kurt Waldheim hat deswegen bereits sein Wahlziel als Bundespräsident verfehlt; auch in der Bundesrepublik „essen Angst Seele auf", und es scheint sogar möglich, daß Hysterie eine alles in allem recht erfolgreiche Regierung ins Schleudern bringt.

Die radioaktive Wolke hat dem Westen offenbar das Hirn vernebelt. Aus der Ukraine erreichen uns die idyllischsten Bilder: Emsige Wissenschaftler geigerzählen lachende Sowjetmenschen ab, die Ernte wird vorbereitet, und glückliche Kühe weiden auf saftigen Wiesen. Die Wolke aus Fallout hat den Eisernen Vorhang überwunden, kehrt aber offenbar nicht mehr zurück. So brach im Westen, wo die Kraftwerke sicherer und die Menschen unsicherer sind, das schiere Chaos aus.

Hierzulande gilt die Meinung berufener Experten wenig. So uneins sie sich über bestimmte Details ihrer Becquerel-Zählungen sein mögen, in einem herrscht Einigkeit: Die Bevölkerung war durch die Wolke, die uns streifte, nie gefährdet (was bestimmte Vorkehrungen nicht ausschließt). Freilich ist dieser zentralen Feststellung eine breite Öffentlichkeit verwehrt geblieben. Derzeit halten die Angstmacher das Feld besetzt – bad news are good news. Ihren Erfolg beziehen sie aus dem Unvermögen der Informationsgebung.

Bis in die Nähe der Komik reicht die deutsche Kleinstaaterei. In einem Bundesland steht die Hammelkeule auf den Index, im anderen darf sie angeblich gefahrlos verzehrt werden; dem Rindvieh wird einerseits polizeiamtlicher Almabtrieb angedroht, nur wenige Kilometer weiter sieht man das sehr viel gelassener. Wichtigtuerei, Profilierungssucht und halbgare Katastrophenmeldungen haben einen Flickenteppich an Desinformation hinterlassen, wie sie das KGB in seinen besten Zeiten nicht zuwegegebracht hätte.

Und wo Information ausbleibt, keimt Angst. Der Förderalismus hat diese Bewährungsprobe bisher nicht bestanden. Bei Herausforderungen dieser grenzüberschreitenden Art muß ein föderales System zuerst einmal Augenmaß beweisen, einerseits das Augenmaß für dezentrale Maßnahmen; zum anderen jenes für die Pflicht des Zentralstaates. Föderal zu entscheiden bedeutet, dort zu beschließen, wo die Sachlage es erfordert, bedeutet mithin auch, Kompetenzen wenn nötig rasch abzugeben. Die Zentralgewalt hat jedoch nicht nur gezögert, sondern auch nicht die Kraft aufgebracht, das Notwendige an sich zu ziehen.

So steht es den Deutschen auch schlecht an, Spott über das peinliche Hickhack der Europäischen Gemeinschaft auszugießen. Zwischen den Polen Sicherheit und Freihandel hat die EG auch gestern noch immer nicht die Kraft zur Entscheidung gefunden. Die Außenminister haben das Thema den Experten überantwortet. Das Strickmuster ist bekannt: Jedes Mitglied begrüßt die verschärften Werte nur dann, wenn es seinen eigenen Exporten nicht schadet. Für die Eurokraten gilt wie für andere Exekutiven, daß man für den Ausbruch von Schweinepest oder Tollwut gerüstet ist, nicht jedoch für den Ausbruch eines tollwütigen Kernreaktors.

Wer sich von den medienwirksam inszenierten Tatarenmeldungen nicht völlig den Blick hat verstellen lassen, sollte jedoch auch zur Kenntnis nehmen, daß die Katastrophe von Tschernobyl eine Erfahrung darstellt, die wir erstmals machen. Das relativiert manche Kritik, ohne freilich Versäumnisse zu entschuldigen. Großtechnologische Risiken schließen das kleine Karo aus. Aber papierne Pläne müssen sich stets in der Wirklichkeit bewähren. Sie taten es zwar bisher nicht, aber gestern gemachte Fehler sind vorteilhaft für künftiges Verhalten. Der Vorstoß des Bundeskanzlers, alle Kernkraft-Staaten an einen Tisch zu rufen, zielt in eine erfreuliche Richtung.

Bringschuld der Information ist auch die langfristige Strategie im Umgang mit der Kernkraft. Zwischen dem Höllenfeuer und der kritiklosen Unbekümmertheit muß jede Regierung einen sicheren und wirtschaftlichen Weg weisen. Dabei hat sie deutlich zu machen, daß ein abrupter Ausstieg aus einer Energieform unkalkulierbare wirtschaftliche und soziale Risiken birgt – ohne die erhofften gesundheitlichen Vorteile zu bringen. Wer dennoch die simple Idylle predigt, verkennt die internationale Interdependenz von Ökonomie und Ökologie. Die SPD hat gerade in Hamburg den Einstieg zum Ausstieg geprobt, sich aber nicht als Partei empfohlen, der man diese langfristig wichtige Entscheidung überantworten sollte.

Sind wir mit einem strahlenden Auge davongekommen? Dies wäre zu simpel. Wer jedoch mit aller gebotenen Schärfe die Frage internationalisiert, muß auch zu Hause jene Prägnanz und Stärke beweisen, die er anderen abfordert. Michail Gorbatschow spielt weiter „toter Mann". Die porentiefen Ökologen im Westen besorgen insofern sein Geschäft, als sie von der Ursache ablenken und die einzig erfolgreiche Gegenstrategie verhindern. Es gehört nirgendwo viel dazu, das bürgerliche Lager zu verunsichern, aber wenn die Information dort eingesickert ist, kann ihm das rotgrüne Lager schwerlich als Hort der Sicherheit erscheinen.

Tschernobyl sei überall, heißt es. In der Tat ist es überall – die Sowjetunion einmal ausgenommen. Nein, Tschernobyl liegt in Krähwinkel.



Die Unmöglichkeit, Binnenschranken zu entfernen – so war die Unterschrift dieser Karikatur von 1834 FOTO: KEYSTONE

IM GESPRÄCH Mathilde Berghofer

Demnächst Ministerin?

Von Peter Schmalz

Hinter ihrem Schreibtisch im ersten Stock am Münchner Salvatorplatz steht auf einem Bord ein Nilpferd aus poliertem Granit. Das sind sympathische Tiere, sagt Mathilde Berghofer-Weichner, sie haben eine dicke Haut und lassen sich nicht aus der Ruhe bringen. Eigenschaften also, die einem Politiker das Leben erleichtern können. Eigenschaften auch, die Frau Berghofer-Weichner benötigen wird, denn die Chancen stehen gut, daß sie mit ihrem Nilpferd nach der bayerischen Landtagswahl umziehen wird aus dem Kultusministerium, wo sie seit bald zwölf Jahren als Staatssekretärin arbeitet, hinüber ins Arbeits- und Sozialministerium, wo sie Bayerns erste Frau auf einem Ministerstuhl wäre.

Der Platz wird frei, weil der jetzige Amtsinhaber Franz Neubauer demnächst zum Präsidenten des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbands (zumindest finanziell) aufrückt. Schon vor zwei Jahren, als Fritz Pirkl das Ministerium nach 22 Jahren in Richtung EG-Parlament verließ, hätte Frau Berghofer-Weichner den Ministerrang erklimmen können, damals aber liebäugelte ihr Hausherr Hans Maier mit dem Ausstieg aus der Politik, und seine Staatssekretärin machte sich Hoffnungen auf einen Aufstieg im eigenen Ministerium. Mittlerweile aber will Minister Maier bleiben.

Aber nur einmal hat sich die Tochter eines Oberpostpräsidenten ein politisches Ziel fest vorgenommen: Endlich erwachsen, werde sie denen in der Politik zeigen, wie man's richtig macht. Sie mußte aber noch lange Jahre warten, denn damals bedurfte es zur Wählbarkeit des Alters von 25. So geschah es, daß sie 1956 kurz vor der Gemeinderatswahl der CSU beitrat, Kandidatin wurde und in den Gemeinderat des Münchner Vorortes Gauting gewählt wurde, dem sie noch heute angehört.



Lehrer viel geärgert: Die bayerische Kultus-Staatssekretärin Mathilde Berghofer · FOTO: CLAUS HAMPEL

Falls Frauen es tatsächlich in der Politik schwerer haben als Männer, dann zählt die promovierte Juristin Berghofer-Weichner zu den Ausnahmen: Mit flottem Mundwerk – dessen Qualitäten sie auch vor den Ohren des Ministerpräsidenten in der Kabinettsrunde nicht verbirgt – stieg sie auf in der Jungen Union, wurde 1963 CSU-Vorstandsmitglied und fünf Jahre später als stellvertretende Landesvorsitzende der einzige weibliche Strauß-Vize. Das ist sie noch heute.

Frau Berghofer-Weichner ist verwitwet und vergräbt sich in Arbeit; die Berge auf ihrem Schreibtisch signalisieren Akribie und Ausdauer. Dabei hilft ihr die Juristerei, sich überall schnell einzuarbeiten – wenngleich sie gern Biologie und Chemie studiert hätte. Aber sie sagte sich: Die Naturwissenschaften sind für Frauen ein steiniger Weg. Und fürs Lehramt wollte sie nicht studieren. „Von unserer Klasse wurde keiner Lehrer. Dafür haben wir unsere Lehrer viel zuviel geärgert", sagt die Staatssekretärin im Kultusministerium.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie geht auf den SPD-Wirtschaftskongreß ein:

Weiterhin schwebt über der SPD der Vorwurf mangelnder Kompetenz bei Wirtschaftsfragen. Ohne diese Kompetenz läßt sich in diesen Tagen – trotz Tschernobyl – keine Wahl gewinnen. Viele warten angesichts sozialdemokratischer Thesen nur darauf, wieder die Marterwerkzeuge des Sozialismus bemühen zu können. Kanzlerkandidat Rau hat mit einer Gratwanderung versucht, die Fallen zu umgehen. Soviel Konkretes wie möglich, soviel Unverbindliches wie nötig, könnte man seine Grundsatzrede in Anlehnung an seine Auflösung des Gegensatzes Markt und Staat (soviel Markt wie möglich ...) charakterisieren. Der Rest ist Arbeitsteilung. Dohnanyi umwirbt die Unternehmer, Farthmann führt die marktwirtschaftliche Mängelliste.

Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung kommentiert die EG-Grenzwert-Querelen:

Wie die Weltgesundheitsorganisation aufgezeigt hat, *mag* es einen Grund für ein Einfuhrverbot von Lebensmitteln aus Gebieten geben, die möglicherwiese von der Strahlung des sowjetischen Atomkraftwerks verseucht wurden, doch ist die Logik nicht sofort zu erkennen, sieben Ostblockländer mit einem umfassenden Verbot zu belegen. Schließlich sind Winde nicht dafür bekannt, internationale Grenzen zu respektieren. Noch eigentümlicher ist, daß Ostdeutschland, obwohl es direkt im Pfad der nach Westen ziehenden Verseuchung liegt, nicht auf die schwarze Liste gesetzt wurde, während Jugoslawien, das offensichtlich nicht mehr Risiko trägt als die Schweiz, aufgenommen wird.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt macht ein „Chaos der Interessen" aus:

Meßdaten, Richtwerte für die Nahrungsmittel Gemüse und Milch, aber keine für Fleisch? Wie will die Bundesregierung das erklären – im Interesse der Verbraucher oder der Landwirtschaft? Wer wundert sich da noch, wenn Hessen eigene Werte festlegt, als ob es auf einer Insel und nicht im Zentrum der Bundesrepublik läge? Widersinn hier wie dort. Dabei hätte Bonn längst die Innenminister aus Bund und Ländern zusammenrufen müssen, um einheitliche Maßnahmen zu beschließen.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie begrüßt von Berg im Westen:

Vielleicht war (der SED) ein Dissident, der sich auch für eine bewußtere Umweltpolitik eingesetzt hat, gegenwärtig lästig. Vielleicht wollte ihm ein einstiger Gönner einen Gefallen tun. Vielleicht ist aber auch das *Berg'sche Denkmodell* einer europäischen Gemeinschaft der Anlaß für die DDR-Führung, mittels des Ausreisestempels sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Denn Bergs optimistisch-utopische Vorstellung einer einigen, starken EG als dritter Kraft zwischen Sowjets und Amerikanern paßt gut in die außenpolitische Ostblock-Linie, wo alles erwünscht ist, was die Westeuropäer aus der Überlebensgemeinschaft mit Amerika herauslösen könnte.

Mit wem Syrien in Sachen Terrorismus zusammenarbeitet

Assad preist Selbstmord-Aktionen / Von Jürgen Liminski

Die syrische Führung hat den Westeuropäern Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus angeboten. Auch die Algerier erklärten sich dazu bereit. Und wenn man jetzt noch Khadhafi darum bäte, so würde dieser gewiß auch nicht nein sagen. Schließlich könnten ja auch alle etwas dazu beitragen.

Die Bearbeitung des Falles Libyen scheint nach der Anti-Terror-Erklärung der Sieben in Tokio jetzt in der richtigen Schublade zu liegen. Bei Syrien ist das Bild noch etwas konfus, das terroristische Element in der Politik der syrischen Führung offenbar noch nicht für alle eindeutig geklärt. Hier muß noch sortiert werden. Das tut in der Tat not. Denn in Damaskus tummeln sich allerhand Leute.

Zum Beispiel: Der syrische Zweig der Gruppe Abu Nidal. Er ist seit Beginn der achtziger Jahre in Damaskus ansässig und wird geführt von zwei Herren namens Mustafa Murad und Abdul Rahman Issa. Sie arbeiten eng mit dem libyschen Zweig der Abu-Nidal-Gruppe zusammen, und nicht wenige Mitglieder beider Gruppen kennen sich schon aus den Tagen, da sie sich noch „Schwarzer Juni" nannten und in Rom eine vollbesetzte PanAm-Maschine sprengten.

Dann ist da die Gruppe des Kinderarztes Georges Habasch. Sein Metier ist seit Jahrzehnten der Terror. Die Praxis seiner Zentrale in Damaskus ist gelegentlich für Besucher geöffnet. Denen erzählt er dann etwas von seinem unerbittlichen Kampf gegen Israel, der notfalls auch Jahrhunderte dauern könne. Ähnlich verhält es sich mit der Gruppe des Achmed Dschibril, den Fatah-Kämpfern des Arafat-Gegners Abu Musa, den Volkskämpfern des eher unbekannten Samir Goschech, der „Demokratischen Befreiungsfront" des bekannten Marxisten Hawathmeh, diversen ausländischen Vereinen und „Armeen" (zum Beispiel die rote japanische oder die „geheime für die Befreiung Armeniens"). All diese Gruppen haben in Syrien Wohn- und Ausbildungsmöglichkeiten. Sie planen in der ehemals so malerischen Stadt, starten von hier und kehren nach vollbrachter Tat in Rom und Wien, Athen, Amman, Nikosia, Nablus oder Ankara auch wieder an den Ort vergangenen arabischen Ruhmes zurück.

Dann müssen auch noch die diversen Wohnorte sortiert werden. Zum Beispiel gibt es das Lager Reihan, 15 Kilometer östlich von Damaskus, das Hamurija-Camp, das Beit-Naim-Lager, weitere Lager in der Provinz und nicht zu vergessen das Ausbildungszentrum in der libanesischen, von syrischen Truppen besetzten Bekaa-Ebene, Bar-Elias. In Sachen Kontrolle über diese Lager verstehen die Syrer keinen Spaß. Wenn sich die Terroristen zu eigenmächtig gebärden oder gar selbständig machen wollen, wird auch mal hart durchgegriffen. Bei Auseinandersetzungen zwischen syrischen Bewachern und schiitischen Terroristen blieben in der vergangenen Woche zehn Schiiten auf der Strecke.

Auch in der Wahl der Mittel sind die Syrer up to date. Seit Monaten preist der syrische Präsident Assad das Mittel der Selbstmord-Aktion. Zwar hat das Martyrium in dieser Gegend des Orients eine gewisse Tradition. Selbstmord-Aktionen aber waren stets vor allem religiös motiviert. Jetzt muß der arabische Nationalismus herhalten. Nur: Für diese Art Metaphysik hält kaum jemand seinen Kopf hin. Also werden junge Leute aus Libanon entführt, einer Gehirnwäsche unterzogen und mit Drohungen gegen ihre Familie unter Druck gesetzt. Sie erscheinen schließlich in einem Video neben dem Porträt des syrischen Präsidenten und preisen ihrerseits den „Schahada" (Märtyrertod) als Weg zum Sieg unter dem Kommando „unseres Vaters und Führers Hafes el Assad".

Über weitere Aktionen der jungen Leute und die Koordination des Terrors berieten offenbar auch die Außenminister Syriens, Libyens und Irans bei einem Treffen Mitte April und bei einem Lokaltermin in Damaskus. Für die dort ansässigen Terrorgruppen forderte Habasch jetzt, die Zahl der Aktionen gegen westliche Ziele zu erhöhen. Da könnten die Syrer den Europäern also einiges erzählen.

Wahrscheinlich tun sie das auch. Bei den Amerikanern sind sie schon kleinlauter geworden. In Washington ist es mit ihrer Glaubwürdigkeit nicht gut bestellt. Dort zählt Syrien mit Libyen und Iran zum Trio des Staatsterrorismus. Und deshalb nimmt man arabische Warnungen vor einem israelischen Präventivangriff auf Syrien nur insofern ernst, als es die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Syrien und vielleicht auch die eine oder andere terroristische Aktion oder eigene militärische Vorbereitungen verdecken könnte. Das politische Sortiment des Überlebenskünstlers Assad ist reichhaltig.

Das Geheimnis um den Helden „S" ist gelüftet

Er war Chef eines der größten deutschen Wirtschaftsunternehmen; er war der erste, der die Alliierten über die „Endlösung" informierte; er berichtete über den Rußlandfeldzug und die V2. Er sollte eine wichtige Rolle im Nachkriegsdeutschland spielen. Doch die Entnazifizierung stempelte den Anti-Nazi zum Nazi. In den USA wurde jetzt sein Name enthüllt: Eduard Schulte.

Von FRITZ WIRTH

Es war ein heißer Tag im Juli 1942. Ein energischer, hochaufgeschossener Mann, gehbehindert, drängelt sich auf dem Bahnhof in Breslau durch die Menge heimkehrender Soldaten und bestellt ein Tikket nach Zürich. Der Mann am Schalter schaut neugierig. Reisen von Breslau in die Schweiz sind selten geworden in diesen Tagen. Der Mann begriff sofort: Dieser Reisende mußte eine wichtige Persönlichkeit sein.

Es war eine Reise, die Geschichte machte. Und dennoch wissen wir erst seit wenigen Tagen von dieser Reise, diesem Mann und seiner Mission. Die Historiker Walter Laqueur und Richard Breitman enthüllten es in ihrem jüngsten Buch „Breaking the Silence", das jetzt in den USA veröffentlicht wurde. Die Geschichte ihres Buches ist fast ein Detektivroman an sich.

Denn dieser Mann, der da am 29. Juli zu seiner Reise nach Zürich aufbrach, Chef eines der größten deutschen Industrieunternehmen der damaligen Zeit mit 30 000 Angestellten, war bis vor wenigen Jahren eine der geheimnisvollsten Persönlichkeiten des deutschen Widerstandes. Der amerikanische Geheimdienst führte ihn unter der Codenummer 643. Einige wenige wußten, daß sein Nachname mit „S" begann. Doch sonst umgab diesen Mann, 40 Jahre nach seiner Mission, ein großes geheimnisvolles Schweigen. Und seine Mission, die ihn veranlaßte, am 29. Juli 1949 in Breslau ein Ticket nach Zürich zu kaufen, wurde zu einer der großen Tragödien des deutschen Widerstandes.

Er wollte die Alliierten zum Handeln zwingen

Denn das Geheimnis, das dieser Mann persönlich in die Schweiz mitnahm, war die erste authentische Warnung an die Alliierten, daß Hitler mit der „Endlösung" begonnen hatte, daß die ersten 449 Juden in Auschwitz vergast worden waren und daß Millionen folgen sollten. „S" wollte mit seiner Mission in die Schweiz die Alliierten zum Handeln bewegen und das Schlimmste verhüten. Walter Laqueur beschrieb in der vergangenen Woche diesen Mann und seine Mission mit dem Satz: „In einer Zeit, die so knapp geworden ist an Helden, haben wir einen gefunden."

Wer also war dieser stille Held und wie wurde er entdeckt? In fast allen Büchern über die „Endlösung" taucht „S" als der anonyme deutsche Industrialist auf, der zum ersten Mal die Außenwelt über die Vergasung der Juden informierte. Alfred Morse stieß bei den Nachforschungen zu seinem Buch „While Six Million Died" immerhin auf einen Mann, der „S" kannte, mit ihm befreundet war, der jedoch sein Ehrenwort gegeben hatte, die Identität dieses Mannes nicht zu enthüllen und der bis zum heutigen Tag zu diesem Ehrenwort steht. Er heißt Gerhart Riegner, ist Jurist und war im Kriege unter Nahum Goldman in Genf juristischer Berater des „Jewish World Congress".

„S" bekam dennoch immer konkretere Konturen. Als Walter Laqueur vor sechs Jahren an seinem Buch „The Terrible Secret" arbeitete, erhielt er buchstäblich in letzter Minute von einem Freund in der Schweiz den vollen Namen des Mannes. Er hieß Eduard Schulte. Laqueur konnte seinen Namen nur noch in einer Fußnote des bereits gedruckten Buches unterbringen.

Was Walter Laqueur zu jenem Zeitpunkt nicht wußte: Er hatte mit Ruprecht Schulte, dem Sohn dieses Eduard Schulte, in Breslau in der gleichen Schulklasse gesessen. Zusammen mit Richard Breitman, der seit Jahren unabhängig von Laqueur auf den Spuren Schultes war, fügte er mosaikhaft Leben und Mission dieses Mannes zusammen. Das Ergebnis ist „Breaking The Silence". Es wird in wenigen Wochen in deutscher Sprache bei Ullstein erscheinen.

Wer also war dieser Eduard Schulte? Er wurde am 4. Januar 1891 in der Klosterstraße in Düsseldorf geboren. Der Vater liberaler Protestant, Bergbau-Ingenieur, passionierter Jäger, wöchentlicher regelmäßiger Gast im Düsseldorfer Theater, das unter Louise Dumont blühte. Eduard Schulte studiert in Köln, Bonn und Erlangen und promoviert dort 1912 in den Wirtschaftswissenschaften. Banklehrjahre bei der Berliner Handelsgesellschaft. Im Ersten Weltkrieg wird er ins Kriegsministerium berufen, wo er verantwortlich für die Produktion von Seife in Deutschland ist. Nach dem Kriege macht ihn der amerikanische Sunlight-Konzern 1921 zum Chef seiner deutschen Sunlicht-Tochter in Mannheim. 1925 wird er in Breslau Chef eines der größten deutschen Bergbau-Unternehmen, der Firma „Georg von Giesches Erben", die sich zum Teil in deutschem, polnischem und amerikanischem Besitz befindet. Mit einem Jahreseinkommen von 200 000 Mark wird Schulte schnell ein „wohlhabender Mann.

Innerhalb weniger Jahre gehört Schulte zu den führenden deutschen Industriellen. Am 20. Februar 1933 wird er zusammen mit anderen deutschen Industriellen wie Gustav Krupp, Albert Vögler, Georg von Schnitzler und Fritz Springorum von Hitler und Göring nach Berlin eingeladen. Schulte spricht auf diesem Treffen kein Wort, doch er kehrt als überzeugter Anti-Nazi nach Breslau zurück. Er hält die neuen Herren für Gangster und ist sicher, daß sie mit ihrem politischen Programm Deutschland in absehbarer Zeit in den Krieg führen werden.

Für die Nazis ist Schulte ein wichtiger Mann. Seine Firma Giesche ist seit 1934 Deutschlands größter Zinkproduzent. Einige Jahre später machen sie ihn zum „Wehrwirtschaftsführer". Sie ahnen nicht, wie Schulte wirklich denkt. „Schulte war trotz seines beruflichen Erfolges stets ein Einzelgänger", sagt Walter Laqueur. „Das hat ihm in den kritischen Jahren während des Krieges wahrscheinlich das Leben gerettet. Er suchte sich seine Freunde sorgfältig aus."

Schulte bekommt als Industrieller schnell Kontakt zum deutschen Generalstab, zu Generälen wie Beck, von Brauchitsch, Manstein, Rundstedt und von Stülpnagel, der im Aufsichtsrat seiner Firma sitzt. Sein Stellvertreter bei Giesche ist Otto Fitzner, ein hundertprozentiger Nazi und enger Freund des Gauleiters Hanke in Breslau. Aus diesen Quellen bezog Schulte seine Informationen. Sie lieferten auch den Stoff, der Schulte am 29. Juli 1942 zu seiner Mission nach Zürich veranlaßte.

Von Fitzner erfuhr Schulte, daß Himmler am 17. Juli 1942 Breslau besuchen werde. Der wahre Grund seines Besuchs aber sei Auschwitz. Es dauerte keine zehn Tage, bis Schulte wußte, was Himmler wirklich in Auschwitz tat. Er war dort Zeuge der Vergasung von 449 Juden im Bunker 2. Die „Endlösung" hatte begonnen. Schulte reiste auf der Stelle in die Schweiz, ohne seine Frau oder Sekretärin darüber zu informieren.

Bedingung: Mein Name darf nicht genannt werden

Er war häufiger Gast dort. Seine Firma hatte enge Kontakte zu Schweizer Banken. Seine Reisen also fielen den Nazis nicht auf. Sie ahnten nicht, daß er dort auch gute Kontakte zu amerikanischen, britischen und polnischen Geheimdiensten unterhielt.

Dies jedoch sollte keine Nachricht für die Geheimdienste sein. Er wollte sie vielmehr so schnell wie möglich an jüdische Institutionen in den USA und Großbritannien weiterleiten in der Hoffnung, daß sie genug Einfluß hatten, ihre Regierungen zum Handeln zu bewegen. Deshalb suchte er sofort in der Schweiz Kontakt zu jüdischen Freunden. Seine einzige Bedingung: Sein Name dürfte nicht als Informant enthüllt werden. Es hätte ihn das Leben gekostet.

Drei Tage später fuhr Schulte wieder nach Breslau zurück. Die Tragik seiner Mission: Seine Nachricht, von jüdischen Freunden über diplomatische Kanäle nach Washington weitergeleitet, verhedderte sich im Gestrüpp der skeptischen Bürokratie des State Departments. Das zögerte, sie, wie Schulte es wünschte, an den Rabbi Stephen Wise weiterzuleiten. Die Briten handelten schneller. Sie schickten die Nachricht Schultes an den Labour-Abgeordneten Sidney Silverman weiter, der selbst Stephen Wise informierte.

Wise trat am 24. November mit einer Pressekonferenz in New York die Flucht in die Öffentlichkeit an. Schlagzeile der „Herald Tribune": „Wise erklärt, Hitler habe die Ermordung von vier Millionen Juden angeordnet." Das Ergebnis: eine Erklärung, in der die USA und Großbritannien zusammen mit zehn anderen Nationen den Mord an den Juden verurteilten. Es war eine schwere Enttäuschung für Schulte. Er hatte gehofft, daß die Alliierten diese Todeslager angreifen und die Insassen befreien würden.

Das folgende Jahr wurde schmerzhaft für Schulte. Sein ältester Sohn Wolfgang fiel in Stalingrad. Am 4. Dezember des gleichen Jahres erhielt Schulte eine verschlüsselte Nachricht aus der Schweiz, daß er unverzüglich Deutschland verlassen solle. Die Gestapo war auf seiner Spur. Die Flucht in die Schweiz gelingt um Haaresbreite. Wenige Monate später folgt ihm seine Frau Klara. Im Frühjahr 1944 verleihen ihm die Nazis das Kriegsverdienstkreuz. Schulte begreift es als einen Versuch, ihn aus dem Asyl in der Schweiz herauszulocken und lehnt ab.

In der Schweiz hat er schnell engen Kontakt mit Allen Dulles, dem späteren CIA-Direktor. Beide kennen sich aus Vorkriegstagen, als Dulles noch in einer Rechtsanwaltsfirma arbeitete. Dulles leitete seit dem Herbst 1942 in Bern das amerikanische „Office of Strategic Services" (OSS). Er arbeitete eng mit Männern des Widerstandes zusammen und nannte Leute wie Schulte „meine Kronjuwelen".

Er hatte guten Grund dazu. Schulte hatte nicht nur die erste Nachricht über den Beginn von Hitlers „Endlösung" zu den Alliierten gebracht, er hatte ihnen sechs Wochen vor Beginn des Rußlandfeldzuges den genauen Termin dieser Invasion genannt und außerdem wertvolle Hinweise über die V1- und V2-Raketen gegeben.

Für Dulles aber hatte Schulte einen noch viel größeren Wert. Er hielt ihn für einen der Männer, die geeignet waren, Deutschland wieder aufzubauen. Dulles ließ Schulte in der Schweiz ein 150-Seiten-Memorandum über die wirtschaftlichen Strukturen des neuen Deutschlands schreiben. Im August 1945 stellte die OSS für Deutschland eine Liste von Männern zusammen, die geeignet waren, in einer neuen deutschen Regierung ein Ministeramt zu übernehmen. Eduard Schulte war unter ihnen.

Im gleichen Monat landete Schulte mit großen Hoffnungen in Berlin-Tempelhof. Im Oktober 1945 richtete General Clay in Berlin das „Office of Military Government" (Omgus) ein. Oberst James Boyd wurde darin der Chef der Wirtschaftsabteilung. Boyd wählte Eduard Schulte zusammen mit Ferdinand Friedensburg, Konrad Mommsen, Walter Schreiber und Otto Heinz von der Gablentz als Kandidaten für höchste Positionen in einem künftigen zentralen deutschen Industrieministerium aus.

Schulte schien am Ziel seiner Wünsche, die indes wenige Monate später zur Farce wurden. Die grausame Ironie: Der überzeugte Anti-Nazi Schulte geriet in die Entnazifizierungs-Mühle. Man hatte entdeckt, daß er den Titel eines „Wehrwirtschaftsführers" trug, daß die Nazis ihm das Kriegsverdienstkreuz verliehen hatten und daß Schulte Briefe mit „Heil Hitler" unterzeichnet hatte. Es gäbe guten Grund, Schultes Laufbahn im Dritten Reich sorgsam zu prüfen, bevor ihm eine hohe Position angeboten würde.

Auch Allen Dulles konnte nicht helfen

Der Mann, der dies tat, hieß Thomas Stauffer und er schrieb in die Akte Schulte den fatalen Satz: „Ohne überzeugende Aussagen des amerikanischen Geheimdienstes wird Schulte als ein aktiver Nazi betrachtet." Es half nicht, daß Allen Dulles und Feldmarschall Montgomery ihm schriftlich bescheinigten, er habe sich „um die Vereinten Nationen und die Freiheit verdient gemacht". Im Sommer 1946 kehrte Schulte enttäuscht in die Schweiz zurück und sagte öffentlich kein Wort mehr über das, was er getan hatte und das, was ihm angetan wurde. Er verschwand in den Kriegsannalen als der „anonyme deutsche Industrialist".

Im Jahre 1955 stirbt seine Frau Clara. Ein Jahr später heiratet Schulte seine Geliebte Doris, die er schon seit Kriegstagen in Zürich kannte. 1966 stirbt er an Magenkrebs in Zürich. Wenige Tage später wird Schulte im Familiengrab in Düsseldorf beigesetzt. Seine Witwe erhielt keinerlei Trauerbotschaften irgendwelcher alliierter Regierungen. Nirgendwo ein Wort des öffentlichen Dankes.

Der letzte Trost: „Ich habe soeben erfahren", sagte Walter Laqueur in der letzten Woche, „daß in Jerusalem eine Straße nach ihm benannt werden soll."



Eduard Schulte: Ein Kämpfer gegen das Nazi-Regime
FOTO: ULLSTEIN

Die einzige Bürgerinitiative ist für die Kernenergie

In Obrigheim arbeitet Deutschlands ältestes kommerzielles Kernkraftwerk. Hat sich das Leben am Neckar *nach dem Unfall in Tschernobyl* geändert?

Von HARALD GÜNTER

Siegfried Lange ist Sozialdemokrat. Wenn er aber an seine Genossen denkt, die den Reaktorunfall in Tschernobyl zum Anlaß nehmen, den „Ausstieg aus der Kernenergie" zu verkünden, dann platzt ihm der Kragen. „Wir können auf die Kernkraft nicht verzichten", sagt der 51jährige Maschinenmeister, „und haben dazu auch gar keinen Anlaß."

Siegfried Lange weiß, wovon er redet. In den fünfziger und sechziger Jahren hatte er seine Brötchen im Bergbau verdient. Dann, anno 1968, wechselte er Arbeitsplatz und Wohnsitz, zog nach Obrigheim am Neckar, wo der damals größte Leichtwasserreaktor Europas ans Netz ging. Heute ist das SPD- und ÖTV-Mitglied Lange im siebten Jahr Betriebsratsvorsitzender der Kernkraftwerk Obrigheim (KWO) GmbH, dem ältesten noch in Betrieb befindlichen kommerziellen deutschen Atommeiler. Gut 300 Arbeiter und Angestellte sind hier beschäftigt. Die meisten, bis hoch in die Chefetagen, wohnen in nächster Nähe, Fluktuation ist ein Fremdwort. „Hier geht keiner vorzeitig weg", bestätigt Siegfried Lange, „es sein denn, er stirbt."

So standhaft wie das Personal ist auch der betagte 358-Megawatt-Reaktor. Seit Oktober 1968 hat er insgesamt 43 Milliarden Kilowattstunden elektrische Energie geliefert. In dieser Zeit war seine Stromerzeugungskapazität zu 83,5 Prozent ausgelastet. Obrigheim liegt damit unter den zehn zuverlässigsten Kernkraftwerken der westlichen Welt. Zu den sichersten gehört es ohnehin: Während seiner 18 Betriebsjahre gab es nur einen einzigen Störfall. Das war 1972, als ein Entwässerungsbehälter zerbrach, ohne freilich Radioaktivität an die Umwelt abzugeben.

Die Umwelt ist der Naturpark Neckartal/Odenwald. Dunkelgrün bewachsene Hügelketten, in Flußnähe leuchtend gelbe Rapsfelder, blühende Obstplantagen und Wiesen, dazwischen auch mal ein Rebhang, der für seinen trockenen Wein mehr berüchtigt als berühmt ist. Nach Heidelberg sind es 40 Kilometer Luftlinie. Eine Landschaft zum Träumen und Erwandern. Aber auch ein strukturpolitisches Notstandsgebiet im Musterländle Baden-Württemberg: Mit 6,3 Prozent liegt die Arbeitslosenquote des Neckar-Odenwald-Kreises 1985 weit über dem Durchschnitt.

Ortsunkundige müssen zweimal hinschauen, um am Nordrand Obrigheims die Abfahrt hinunter ins Tal zum Kernkraftwerk nicht zu übersehen. Keine Dampfschwaden weisen den Weg, weil die Anlage, 500 Meter von der Kerngemeinde am Neckarufer gebaut, ohne Kühlturm auskommt. Vor Ort dann die nächste Überraschung: Ein normaler Fabrikzaun umschließt das Kraftwerksgelände. Martialische Sicherheitsvorkehrungen sind nicht zu sehen.

Sie waren bisher auch nicht notwendig. Denn das ist das besondere Phänomen in Obrigheim: Bevölkerung und Kernkraftwerk leben in ungetrübter Harmonie. Demonstrationen kennt man nur vom Fernsehen, die einzige Bürgerinitiative weit und breit, 120 Mitglieder stark, ist nicht gegen, sondern für die Atomenergie. Und daran hat sich seit Tschernobyl nichts geändert. Ob Passant oder Bauer, Arbeiter oder Geschäftsmann, sie alle, so sagen sie, „schlafen ruhig", weil man weiß, daß das Kraftwerk „absolut sicher" und mit dem russischen Unglücksreaktor nicht zu vergleichen ist. Gerhard Stadler, der Apotheker, hat in den letzten zwei Wochen erst einen Kunden erlebt, der nach Jod-Tabletten fragte. „Aber das", erkannte der Mann im weißen Kittel auf Anhieb, „war kein Obrigheimer."

Die Akzeptanz des nuklearen Oldtimers ist auch im kommunalpolitischen Leben der sozialdemokratischen Hochburg Obrigheim ungeteilt. Zwar glaubte Ulrich Lang, der SPD-Landesvorsitzende, dort während einer DGB-Kundgebung am 1. Mai Zustimmung für seine These vom „Übergangsenergieträger" Atomkraft ausgemacht zu haben. Doch da muß er mit zu vielen Auswärtigen geredet haben. Eckhard Hoffmann, Gemeinderat, langjähriger SPD-Kreisvorsitzender und Mitglied im Mosbacher Kreistag, kennt jedenfalls „keinen im Ortsverein, der so denkt". Sich selbst bezeichnet Hoffmann als „Wegbereiter" des Reaktorbaus in Obrigheim und uneingeschränkten Befürworter der Kernenergie.

Ist Obrigheim deshalb eine Insel der Unwissenden und Ignoranten? Wohl kaum. Gerade die Nähe „ihres" KWO sorgt unter den 5000 Einwohnern für ein hohes Maß an Aufgeklärtheit. „Wir betreiben eine wesentlich offensivere Informationspolitik", betont Paul Dangelmaier, seit Mitte 1969 kaufmännischer Geschäftsführer der Kraftwerksgesellschaft. Das kommt nicht nur in jährlich 15 000 Besuchern zum Ausdruck. 1979 beispielsweise, als Harrisburg für Schlagzeilen sorgte, flogen 40 „Multiplikatoren" aus Obrigheim und Umgebung auf KWO-Kosten über den großen Teich, um sich an Ort und Stelle ein Bild vom Ausmaß des Reaktorunfalls zu machen. Jetzt, wenige Tage nach der Katastrophe in der Ukraine, war es nicht etwa das Landratsamt, sondern wieder die KWO, die zu einer großen Aufklärungsveranstaltung einlud. Wenn heute Landwirte und Hobbygärtner ihre Gemüseernte dem Meßtrupp des Kernkraftwerks anvertrauen, dann spricht das für das „in zwei Jahrzehnten gewachsene Vertrauen", auf das Bürgermeister Roland Zimmermann so stolz ist.

Das kann noch einmal sehr wichtig werden. Obrigheim nämlich ist, nach der südbadischen Winzergemeinde Wyhl, im fachlichen Entwicklungsplan des Landes als potentieller Standort für ein weiteres Kernkraftwerk ausgewiesen. Anders als in Wyhl aber wünscht man sich in und um Obrigheim nichts sehnlicher als die baldige Erfüllung dieses Plans. Im Gemeinderat, in dem CDU und SPD je neun Sitze haben, fielen seit den frühen siebziger Jahren alle einschlägigen Planungsentscheidungen einstimmig. Und als besagter Standortvorsorgeplan im letzten Jahr fortgeschrieben wurde, war der Bauplatz auf Obrigheimer Markung der einzige im ganzen Land, gegen den auch von den Umlandgemeinden kein Einwand erhoben wurde.

Maßen die Bundesländer sich allmählich eine eigene Außenpolitik an? Vor allem bei den Freien Demokraten, die den Bundesaußenminister stellen, werden solche und ähnliche Vorwürfe gegen „die um die Welt reisenden Ministerpräsidenten" und gegen einen übertriebenen Föderalismus und Lobbyismus nach außen erhoben. In dieser Woche spitzt sich der neue Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern zu. Der Bundesrat berät am Freitag im ersten Durchgang über die Ratifikation der „Einheitlichen Europäischen Akte" der Europäischen Gemeinschaft. Die Länder fordern – in unterschiedlicher Schärfe – mehr Mitsprache bis hin zu Änderungen des Grundgesetzes. In einer Artikelfolge fragt die WELT: Was treibt die Länderchefs über die Grenzen?

Auswärtiges Amt: Den Ländern muß klar sein – das Monopol haben wir

Von GÜNTER BADING

Die von den Bundesländern erhobene Forderung nach einer besseren Vertretung ihrer regionalen Interessen in der Zusammenarbeit zwischen den zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft stößt bei der Bundesregierung auf viel Verständnis. Allerdings dürfe das nicht zu einer eigenen Außenpolitik der Länder führen, erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen, im Gespräch mit der WELT. „Wir wollen durchaus die Zusammenarbeit mit den Ländern in wichtigen Fragen verbessern. Das aber muß sich innerhalb des vom Grundgesetz vorgesehenen Rahmens abspielen. Allein die Bundesregierung hat *das Außenvertretungsmonopol*. Nur sie vertritt die Bundesrepublik Deutschland nach außen und nicht die Länder. Das muß klar sein."

Nachteile befürchtet

Bei allem Verständnis für den Wunsch der Bundesländer *in allen* sie selbst, ihre Interessen und ihren Hoheitsbereich berührenden Fragen mitzusprechen, dürfe das „nicht dazu führen, daß wir am europäischen Verhandlungstisch Nachteile haben", sagte der CDU-Politiker. Zwar wolle in der Bundesrepublik Deutschland niemand die zentralistische Staatsform anderer EG-Staaten haben. Diese bringe bei allen Nachteilen in den Verhandlungen am EG-Ratstisch in Brüssel allerdings den großen Vorteil kurzer Entscheidungsstränge. Wenn durch eine verstärkte Beteiligung der Bundesländer an der innerstaatlichen Meinungsbildung bei uns die Ausarbeitung der deutschen Position so verlängert würde, „daß wir am Verhandlungstisch immer zu spät kommen, so nutzt das niemandem, am allerwenigsten den Ländern".

Anlaß für eine konkrete Neuord*nung der Zusammenarbeit zwischen* Bund und Ländern bei der Interessenvertretung in Brüssel ist derzeit das Ratifizierungsverfahren für die von den europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbarte Einheitliche Europäische Akte, mit der bis 1992 der gemeinsame europäische Binnenmarkt herbeigeführt werden soll. Der Bundesrat wird sich in dieser Woche in erster Lesung mit der Vorlage befassen. Dabei wird auch die künftige Abstimmung mit dem Bund eine wichtige Rolle spielen. Bayern und einige SPD-regierte Bundesländer wollen diese Zusammenarbeit durch ein Gesetz geregelt wissen; der Bundesregierung und einer Reihe von CDU-regierten Ländern würde eine *Vereinbarung* genügen, die zudem den Vorteil größerer Flexibilität bei Einführung neuer oder Änderung alter Abstimmungs*mechanismen hätte*.

Staatsminister Stavenhagen skizzierte den gegenwärtigen Beratungsstand – nach insgesamt neun Unterrichtungen des Bundesrates über die Europäische Akte – wie folgt: Die Bundesländer drängten in drei Bereichen auf Klärung.

- Mitsprache der Länder bei Festlegung der deutschen Position für die Verhandlungen am Ratstisch der EG in Brüssel.
- Direkte Vertretung der Länder bei den EG nach dem Muster der dort schon eingerichteten Vertretungen des Saarlandes und Hamburg.
- *Eventuelle Änderung der grund*gesetzlichen Bestimmung, daß der Bund Hoheitsrechte nur übertragen darf, wenn die Länder zustimmen.

Keine hoheitlichen Aufgaben

Bei der *Abstimmung* der deutschen Position für Brüssel schwebe den Ländern ein Verfahren innerhalb des Bundesrates, erläuterte Stavenhagen. „*Hier ist der Wunsch der* Länder, daß immer dann, wenn ausschließlich Länderkompetenzen oder wesentliche Interessen berührt sind, der Bund eine einvernehmliche Position mit den betroffenen Ländern sucht". Beispiele für solche die Länder direkt betreffenden Fragen seien der Bereich der Kultur oder auch des Umweltschutzes. An neue Gremien sei nicht gedacht, denn schon jetzt gebe es beim Bundesrat einen Ausschuß für Europafragen, in den die Länder immerhin Vertreter im Ministerrang entsenden.

Zur Direktvertretung der Länder bei den EG, sagte Stavenhagen: „Dies ist ein Thema, das bei den Ländern sehr aktuell ist. Keinesfalls habe Bonn „die Absicht, die Länder bei der Einrichtung solcher Büros zu stoppen. Wir können und wir wollen das nicht. Wir weisen nur darauf hin, daß es Büros sind, die ausschließlich regionale Interessen vertreten und keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen dürfen".

Vogel: Loyal zum Bund vertrete ich Interessen meines Landes nach außen

Von JOACHIM NEANDER

Den immer häufiger geäußerten Vorwurf, die Bundesländer seien dabei, sich eine eigene Außenpolitik anzumaßen, und ihre Ministerpräsidenten würden „Polittourismus auf Steuerzahlers Kosten" betreiben, hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) in einem WELT-Gespräch in scharfer Form zurückgewiesen. „Dieser *Vorwurf* beruht *auf Neid* und Unkenntnis", sagte er.

Wann immer er ins Ausland fahre, wie zuletzt nach Ungarn, informiere er vorher und nachher das Auswärtige Amt, betonte der Regierungschef. Dies sei keineswegs „Gegenaußenpolitik der Länder". Die Außenpolitik falle voll in die Verantwortung auch des Bundesrats, dessen Auswärtigen Ausschuß die Ministerpräsidenten *der Länder* bilden. Es sei dringend notwendig, daß die Bundesrepublik Deutschland sich auch nach außen als föderaler Staat *darstelle. Ohne den Bundesrat* wären zum Beispiel die Polenverträge nicht zustandegekommen.

Kenntnisloser Einfluß?

„Davon abgesehen", fügte Vogel hinzu, „ist die Rolle, die die Ministerpräsidenten der Länder in der Gestaltung der Politik ihrer Parteien spielen, viel zu zentral, als daß sie die Außenpolitik vernachlässigen könnten. Würden sie sich nicht auch in der Welt umsehen, würden sie kenntnislosen Einfluß auf die außenpolitischen *Vorstellungen ihrer Partei* ausüben. Dies gilt für die Regierungschefs beider großen Parteien."

Vogel verteidigt auch die beiden „außenwirtschaftlichen" Büros, die das Land Rheinland-Pfalz in Houston (Texas) und Yokohama (Japan) unterhält, energisch. Hier hatte z. B. auch der Deutsche Industrie- und *Handelstag (DIHT) Bedenken gegen* Einzelbestrebungen der Bundesländer geäußert.

Die beiden, in den weltweit wichtigsten Wachstumsregionen über die landeseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes vor zwei Jahren errichteten Kontaktbüros sollen einerseits Exportbemühungen mittelständischer rheinland-pfälzischer Firmen unterstützen, andererseits amerikanische beziehungsweise japanische Unternehmen zu Investitionen in Rheinland-Pfalz anwerben.

Vogel: „Natürlich hat das auch *Nachteile, wenn zum Beispiel in Chi*na nacheinander gleich mehrere deutsche Ministerpräsidenten verhandeln. Aber jahrelang ist hier doch nichts geschehen. Wo war denn *die* deutsche Außenhandelspolitik, wenn es darum ging, auch mittelständischen Firmen Chancen auf Auslandsmärkten zu öffnen oder ausländische Investoren ins Land zu holen? Für die BASF brauche ich nicht herumzureisen, die ist überall vertreten. Aber wenn man an Ort und Stelle sieht, welche Möglichkeiten man den mittleren und kleinen Firmen seines Bundeslandes sogar auf einer Reise nach Tibet öffnen kann, dann wird man an der Berechtigung dieser Aktivitäten nicht mehr zweifeln."

Wie die WELT ergänzend erfuhr, ist dem Land *Rheinland-Pfalz* die Ansiedlung eines ausländischen Unternehmens gelungen, obwohl die zuständige Außenhandelskammer von den Ansiedlungsabsichten der Firma nur einen Teil der deutschen Bundesländer (nicht aber Rhein*land-Pfalz und andere) informiert* hatte. Dies verdankt das Land ausschließlich der Existenz seines eigenen ausländischen Kontaktbüros.

Kein Eingriff in Kompetenz

Auch die Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der zentralafrikanischen Republik Ruanda bedeutet nach Bernhard Vogels Ansicht keinerlei Eingriff in die Kompetenz der deutschen Entwicklungspolitik in Afrika. Natürlich sei hier absolute Loyalität nötig. Aber er habe den Eindruck, daß die besondere Form dieser nicht vom Staat, sondern von den Bürgern beider Länder getragenen Partnerschaft inzwischen *auch in Bonn als modellhaft für an*dere Projekte erkannt worden sei.

Die Bonner Skepsis gegen allzu hektische „außenpolitische" Anstrengungen der Länder wird in Mainz allerdings in einem Punkt geteilt. Eine eigene Vertretung bei der EG in Brüssel (das Saarland und Hamburg besitzen sie bereits, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen bereiten sie vor) wird Rheinland-Pfalz nach Vogels Worten nur dann errichten, wenn alle anderen Länder es auch tun. Als einziger möchte man nicht *draußen vor der Tür bleiben.*

Bangemann will FDP in Hannover mobilisieren

DIETHART GOOS, Hannover

Mit bewußt schlechten Umfrageergebnissen versucht die SPD in Niedersachsen, den Freien Demokraten vor der Landtagswahl am 15. Juni gezielt zu schaden. Das erklärte der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann gestern nach einer Sitzung seines Parteipräsidiums in Hannover. Die von der SPD lancierten Werte von angeblich höchstens drei Prozent seien falsch. Die FDP liege jetzt, zu Beginn der Wahlkampf-Schlußphase, bereits bei fünf Prozent. Bangemann versicherte, seine Partei werde die größtmögliche Anstrengung unternehmen, um ein rot-grünes Bündnis in Hannover zu verhindern und gemeinsam mit der CDU die Regierung zu stellen. Ebenso wichtig wie dieses Ziel in *Niedersachsen sei die* Verhinderung einer rot-grünen Mehrheit im Bundesrat. „Würde die FDP in Niedersachsen versagen, hätten wir hessische Verhältnisse sowohl in Hannover als auch in Bonn."

Bangemann sprach von der Unfähigkeit der Sozialdemokraten, eine überzeugende Alternative zur CDU/FDP zu bieten. „Die SPD tut uns jeden nur möglichen Gefallen, *das ist gerade* wieder auf ihrem Wirtschaftskongreß in Hamburg deutlich geworden: die Unfähigkeit, eine Wirtschaftspolitik durchgängig von ihrem Spitzenkandidaten Rau *bis hinunter* zu den Vorsitzenden der Gewerkschaften zu formulieren und gemeinsam zu verabschieden. Das ist so deutlich geworden, daß man sich fast schon schämt, darauf hinzuweisen." Es gebe nur eine Koalition, die gegenwärtig in der Lage sei, über wirtschaftliches Wachstum einen Beitrag zur Entwicklung Niedersachsens zu leisten und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nämlich diejenige mit der FDP. Auf der Präsidiumssitzung wurde beschlossen, dieses Ziel mit dem bisher größten Einsatz aller FDP-*Spitzenpolitiker* aus Bonn und aus den Ländern anzusteuern.

Lintner rügt Ausgrenzen Berlins

CDU-Politiker in Weimar: Umweltbundesamt in Absprachen mit der „DDR" einbeziehen

WERNER KAHL, Weimar

Bei den Umweltschutz-Absprachen mit den Ostberliner Behörden und osteuropäischen Regierungen müsse jetzt sichergestellt werden, daß die Mitarbeit des Umweltbundesamtes in West-Berlin nicht länger wegen *polemischer Vorbehalte* ausgeschlossen wird. Das erklärte gestern in Weimar der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, in einem Gespräch mit der WELT. Nach dem anfänglichen Schweigen der östlichen Medien über das Reaktorunglück in Tschernobyl versuche die Ostberliner Propaganda, mit den in den vergangenen Tagen einsetzenden Nachrichten über die Vorgänge in der Sowjetunion zugleich dem Westen den „Schwarzen Peter" zuzuschieben, sagte Lintner zum Abschluß einer mehrtägigen Reise mit einer Arbeitsgruppe der Unionsparteien nach Ost-Berlin und Mitteldeutschland.

‚DDR-Funktionäre erwarten von Moskau mehr Sicherheit'

In den Gesprächen mit den Politikern in Ost-Berlin ist nach den Angaben Lintners jedoch deutlich geworden, daß die zuständigen Funktionäre ungeachtet der Propaganda eine kritische Haltung gegenüber den Ereignissen in Tschernobyl einnehmen und „nunmehr von der Erwartung ausgehen, daß die Sowjetunion für die Sicherheit im Bereich der Kernenergie sorgen wird". Gegenüber der Bundesrepublik werde trotz der polemischen Attacken, die sich inbesondere gegen die Kooperation im SDI-Programm mit den USA richten, verstärkt die notwendige Zusammenarbeit unterstrichen, sagte Lintner weiter. Diese werde sich in den kommenden Monaten noch deutlicher in den Bereichen Umweltschutz, Technologie und praktischen Fragen der Wirtschaft zeigen.

„Tief beeindruckt", so Lintner, war er nach einem Besuch des Gottesdienstes in der protestantischen Weimarer Kreuzkirche. Vor den Gläubigen, von denen etwa die Hälfte Jugendliche waren, predigte der Geistliche „Frieden und Freiheit", ein Begriff, den die Staatsführung in den Reden und Veröffentlichungen weiterhin wie ein Tabu behandele. „Immer mehr Menschen haben Mut, ihren Unmut über Amtsmißbrauch zu äußern", sagt der Pastor. Dies sei „ein Stück des Weges zur Freiheit, die sich jeder im eigenen Land verschaffen sollte und *nicht anderswo*", *meinte* der Geistliche in Anspielung auf den Ausreisestrom der vergangenen Jahre.

Die Ausreisewelle mache der Kirche auch in Thüringen zu schaffen, erklärte der thüringische Oberkirchenrat Hans Schäfer bei einem Zusammentreffen mit den Unionspolitikern. „So etwas macht ein Volk ärmer." Viele Bewohner nehmen jedoch „ihre Schwierigkeiten mit" in den Westen und würden dabei nicht bedenken, daß es schließlich in der Welt keine Gesellschaft gebe, an die man sich nicht in irgendeiner Weise anpassen müsse. Der Oberkirchenrat wies auf die stille Vermittlertätigkeit der Kirchen in der „DDR" bei Konflikten zwischen Bürgern und Staat hin, wo man es im Interesse der Lösung vieler Probleme nicht gern sehe, wenn sie an die Öffentlichkeit gebracht *würden. Nach seinen Angaben* wird der Ersatzdienst von Wehrpflichtigen, den sogenannten „Bausoldaten", nun als regulärer Wehrdienst anerkannt.

Dunkelziffer bei verhafteten Wehrdienstverweigerern

Diese Bausol*daten werden* auch zum Studium zugelassen. Totale Wehrdienstverweigerer müßten dagegen weiterhin mit Verhaftung und Gefängnis rechnen; Zahlen darüber seien der Kirche nicht bekannt. „Das ist für uns eine Dunkelziffer."

Unter der Bevölkerung in Thüringen gibt es nach den Worten Schäfers nicht so etwas wie „Angst" wegen des Reaktorunglücks in der Sowjetunion. Das lasse sich bereits an der Haltung der Menschen im täglichen Leben ablesen. „Bei uns bleibt kein Salatkopf ungegessen, weil einer meint, da seien Strahlen drin", sagte Schäfer.

Die „DDR" würde, nach Einschätzung der CDU/CSU-Politiker auf dieser Reise, *ihre Konzeption* in der Kernenergiepolitik keinesfalls ändern, sondern gemeinsam mit der Sowjetunion den Ausbau dieser Energiequellen weiter betreiben.

Auftrieb für Atomgegner

SPD in Bayern will Kernkraft durch Sonnenenergie ersetzen

PETER SCHMALZ, München

Tschernobyl ist Wasser auf die Wahlkampfmühlen der bayerischen SPD. Nachdem ihr Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann am vergangenen Wochenende in den führenden Zeitungen des Freistaats ganzseitige Anzeigen veröffentlicht hatte, in denen er unter der Überschrift „Auch wir Bayern müssen umdenken" den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie forderte, schoben gestern die Fraktionssprecher für Umwelt und für Wirtschaft, Hans Kolo und Rolf Seebauer, den Fragenkatalog für eine Große Anfrage im Landtag nach.

Kommen in den 27 Einzelfragen die Worte atomar und Kernenergie nicht vor, so ließen die beiden Sozialdemokraten vor der Presse unmißverständlich erkennen, worum es ihnen geht: Der Bau des Reaktors Isar II bei Ohu müsse sofort gestoppt werden, die Planungen für den Bau neuer Kernkraftwerke müßten unverzüglich eingestellt werden. Sogar der Reaktor Grafenrheinfeld, der seit seiner Inbetriebnahme störungsfrei läuft und eine weltweit einmalige Sicherheit und Verfügbarkeit zeigte, sollte nicht mehr ans Netz gehen dürfen.

„Der Ausstieg aus der Kernenergie muß sofort begonnen werden", forderte Kolo forsch, während sein wirtschaftspolitischer Kollege Seebauer etwas differenzierter davon sprach, „die Reduzierung der Kernenergie einzuleiten". Den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß nannte er einen „Kernenergie-Fetischisten". Auf die Frage, nach welchem Zeitplan der Ausstieg erfolgen sollte, antwortete der Abgeordnete Kolo mit dem ausweichenden Satz: „In Bayern wäre der sofortige Ausstieg im Sommer möglich." Denn am kältesten Wintertag habe es eine bayerische Überleistung von 55 Prozent gegeben.

Daß ausgerechnet ein sozialdemokratischer Umweltpolitiker, der seit Jahren vorgibt, für die Reinhaltung der Luft zu kämpfen, mit diesem Argument aufwartet, wird in Kreisen *der bayerischen Energiewirtschaft als* seltsamer Purzelbaum gewertet. Denn Kolo berücksichtigt bei seiner Berechnung noch immer Öl- und Kohlekraftwerke, die wegen ihres hohen Schadstoffausstoßes längst zugunsten umweltfreundlicherer Kernkraftwerke stillgelegt wurden.

Langfristig bauen die Genossen auf die Wasserstofftechnologie, durch die *in südlichen Ländern die* Sonnenenergie gewonnen, in die kälteren Industriezonen transportiert und dort in elektrische Energie umgewandelt werden könnte. Das aber, so gesteht auch Kolo ein, werde frühestens in 25 bis 30 Jahren der Fall sein.

Schwere Vorwürfe gegen Rheinmetall

AP, Düsseldorf

Zum Abschluß der Beweisaufnahme im Düsseldorfer Rheinmetall-Prozeß hat gestern der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel, Wilhelm Haas, schwere Vorwürfe gegen das Rüstungsunternehmen erhoben. Haas, der Ende der siebziger Jahre Leiter der Afrika-Abteilung im Bonner Auswärtigen Amt war, sagte vor dem Düsseldorfer Landgericht, der *ungenehmigte Export einer* Munitionsfüllanlage im Wert von rund 4,5 Millionen Mark nach Südafrika 1978 durch Rheinmetall habe „eine glaubwürdige Vertretung der Afrikapolitik der Bundesregierung erheblich gestört". Unmittelbar vor einer Konferenz der blockfreien Länder sei das Bekanntwerden der Lieferung ein „dicker Hund" gewesen. Es habe damals erheblicher Anstrengungen *Bonns* bedurft, um dem dadurch entstandenen Mißtrauen zu begegnen.

Die Verteidiger der vier Rheinme*tall-Manager* hatten die Position vertreten, daß die Lieferung der Munitionsfüllanlage nur als inzwischen verjährte Ordnungswidrigkeit zu behandeln sei, da die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik nicht gestört worden seien. Das Außenwirtschaftsgesetz sieht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren vor, wenn durch ein Geschäft außenpolitische Verwicklungen entstanden sind.

Vorwürfe gegen Chirac aus den eigenen Reihen

PETER RUGE, Paris

Fünfzig Tage ist die Regierung Chirac im Amt: mit Schwung und Energie war sie nach dem Wahlerfolg der Bürgerlichen angetreten. 100 Gesetze sollten aus der Schublade gezogen werden, doch in der Nationalversammlung ist bis heute kein einziges in erster Lesung verabschiedet. Statt dessen hat sich die Regierung in eine parlamentarische Endlos-Debatte durch die Opposition hineinziehen lassen über ihre Anträge, mit „ordonnances" zu regieren – durch Verordnungen, unter zeitsparender Umgehung des Parlaments –, um die den Wählern versprochene „Rechtspolitik" einzuleiten.

Mit „ordonnances" sollen in drei Bereichen Sofortmaßnahmen in Gang gebracht werden: das Projekt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dem flankierend eine umfassende wirtschaftliche Liberalisierung sowie die Privatisierung von 65 Staatsunternehmen zugeordnet sind – das Projekt „Nachtragshaushalt", aus dem die Regierung 4 Milliarden Franc gewinnen will, um sie gegen die Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen – das Projekt „Rückkehr zum alten Mehrheitswahlprinzip". Diese als dringend und vorrangig angekündigten Vorhaben aber kommen nicht so recht voran. „Was hat sich denn nun in den vergangenen zwei Monaten verändert", fragen daher bereits Abgeordnete und Wähler, und schon heißt es: die „Bürgerlichen setzen eigentlich nur die sozialistische Politik fort".

In den Reihen der Koalition aus RPR (Gaullisten) und UDF (Giscardisten, Christliche-Liberale) ist ein erstes Murren über die scheinbare Immobilität der Regierung Chirac zu spüren. Der Premierminister hatte es am Wochenende abgelehnt, der „Strategie der Verschleppung" von Sozialisten, Kommunisten und Le-Pen-Anhängern dadurch ein Ende zu bereiten, daß er zum Programm seiner Regierung die Vertrauensfrage stellt. Unmut aus dem Regierungslager zog sich Jacques Chirac schon von den Giscardisten zu, als die französische Regierung der amerikanischen Bomber-Staffel bei ihrem Einsatz gegen Libyen die Überflugrechte verweigerte. Zu einem Konflikt in der RPR/UDF-Koalition dürfte sich auch die interne Debatte um die von Chirac beabsichtigte Änderung des Wahlverfahrens auswachsen. Verärgerung über den künftigen Zuschnitt der Wahlkreise äußern vor allem Giscardisten und Barristen.

Sorge in der NATO über Bonns Veto bei C-Waffen

Abschreckung noch gewährleistet? / Nukleare Eskalation

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die berichtete Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan zur Lösung des Problems der chemischen Waffen gilt in der NATO als problematisch. In Militärkreisen wird sie als „nicht endgültig durchdacht" bezeichnet, als „womöglich folgenschwer". Die Präsenz amerikanischer Truppen in Deutschland sei berührt.

Die Einräumung eines Rechts auf Zustimmung bei der Verlagerung chemischer Waffen nach Europa im Krisenfall sei nicht auf die Bundesrepublik Deutschland zu beschränken, heißt es. Von der Bundesrepublik in Anspruch genommene Vorbehalte müßten auch anderen Staaten eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang ist von den Niederlanden und Dänemark die Rede.

Für die Bundesrepublik Deutschland erwachse aus dieser Lage die Gefahr, in der Stunde der Not von Bündnispartnern alleingelassen zu werden, wenn schwache Regierungen gegen die Verlagerung chemischer Waffen nach Europa ein Veto einlegten. „Die „Singularisierung", die Bonn zu vermeiden wünsche, sehe man in der Praxis eher gefördert als verhindert.

Ausgangspunkt der Kritik ist das Erfordernis der chemischen Abschreckung. Nach militärischer Ansicht ist sie allein in der Lage, einen Gegner wirksam davon abzuhalten, Nervengas gegen den Westen einzusetzen. Das zu verwirklichen sei man nur in der Lage, wenn im Ernstfall chemische Munition der Vereinigten Staaten in Europa zur Verfügung stehe. Sollte das nicht der Fall sein, müßten Atomwaffen deren Rolle übernehmen.

Binäre Munition erst 1994

Anlaß zu der offiziell noch nicht bestätigten Vereinbarung zwischen Kohl und Reagan war die vom US-Kongreß ausgehende Forderung, die NATO müsse der Abschreckung chemischer Waffen durch Zustimmung zu den amerikanischen Streitkräftezielen Ausdruck verleihen. Sie sehen unter anderem vor, daß die USA die seit zwei Jahrzehnten eingestellte Produktion chemischer Waffen wieder aufnehmen. Es soll sogenannte binäre chemische Munition hergestellt werden, die zwei für sich allein ungiftige Stoffe enthält, die erst nach Abschuß oder Abwurf durch Vermischung zu Kampfstoff werden. Die zur Zeit in der Bundesrepublik lagernde alte chemische Munition der USA soll erst vollständig abgezogen werden, wenn ausreichend binäre Munition zur Verfügung steht. Das wäre nicht vor 1994 der Fall.

In Friedenszeiten soll die binäre Munition in den USA gelagert und nur mit Zustimmung des betroffenen Staates nach Europa gebracht werden dürfen. Dagegen bestehen von militärischer Seite keine Einwände. Sie richteten sich allein gegen den Zustimmungsvorbehalt im Ernstfall.

Bundesregierung erpreßbar

Dem Gegner eröffneten sich durch die Einräumung des Mitbestimmungsrechts Möglichkeiten, auf den betreffenden Staat mit Drohungen einzuwirken. Noch vor Ausbruch eines Konflikts könnte Moskau die Bonner Regierung unter Hinweis auf sein enormes Potential an chemischen Kampfmitteln warnen, daß eine Zustimmung zur Verlagerung amerikanischer binärer Munition ernsteste Konsequenzen nach sich ziehen würde.

In der NATO heißt es: „Man stelle sich eine solche Entwicklung vor. Wie würde eine Bundesregierung unter der Androhung eines sowjetischen Angriffs mit Nervengas handeln?" Daraus folge, daß 300 000 US-Soldaten in Europa in Gefahr geraten könnten, ohne Abschreckung chemischer Waffen kämpfen zu müssen. Damit verbunden sei die Möglichkeit eines aus dieser Not geborenen frühzeitigen Einsatzes von Atomwaffen.

Es sei unwahrscheinlich, einen Atomwaffeneinsatz regional begrenzen zu können. Daraus ergebe sich, daß mangelnde chemische Abschreckung in Europa zur nuklearen Eskalation führen könne. Unvermeidlich sei, daß diese Erkenntnis früher oder später zu weitreichenden militärpolitischen Konsequenzen der Vereinigten Staaten führen müsse. In den USA werde man mit Sicherheit die Frage aufwerfen, warum amerikanische Truppen unter von den Europäern verhängten Beschränkungen in Europa bleiben sollten. NATO-Militärs befürchten schließlich, daß jetzt zu erwartende Forderungen nach Einspruchsrechten beim Atomwaffeneinsatz weitere Gefahren für die Abschreckung herbeiführen könnten. (SAD)

Wimmer sieht Umdenken in Washington

rmc, Bonn

In führenden politischen Kreisen Washingtons bahnt sich eine Neuorientierung in der Frage der Modernisierung chemischer Waffen an. Während es bislang hieß, die USA würden ihr veraltendes Potential an C-Waffen, das zu großen Teilen in der Bundesrepublik lagert, nur dann durch neue sogenannte binäre Munition ersetzen, wenn dazu auch die einheitliche Zustimmung der europäischen NATO-Partner vorliege, wird darauf nun offenbar nicht mehr das entscheidende Gewicht gelegt. Mit diesem Eindruck ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, von Gesprächen aus den USA zurückgekommen.

Wimmer, der sich mit der gesamten Arbeitsgruppe vergangene Woche in Washington aufgehalten hatte, berichtete vor Bonner Journalisten, in Washington besänne man sich mehr und mehr auf die Rolle der USA als Weltmacht. Dazu gehöre auch – in Anbetracht des großen C-Waffenpotentials der Sowjetunion, dessen Einsatz nicht nur gegen NATO-Territorium denkbar und möglich sei – nach den Regeln des Völkerrechts weltweit ein Vergeltungspotential verfügbar zu halten. Die binäre Munition, für deren Produktion die Zustimmung des Kongresses im Herbst erwartet wird, soll nicht mehr auf deutschem Boden gelagert werden.

Im Zusammenhang mit Tschernobyl berichtete Wimmer, daß nach US-Angaben alle noch intakten 14 Kernkraftwerke dieses sowjetischen Typs nach dem Unfall in der Sowjetunion stillgelegt worden seien. Die USA hätten die in Washington verfügbaren Informationen über den Tschernobyl-Unfall unverzüglich an Moskaus Partner im Warschauer Pakt weitergegeben. Wie gleichzeitig durch Wimmer bekannt wurde, habe die Sowjetunion bei früheren Kernwaffentests auf Sicherheit nicht genügend Rücksicht genommen, so daß bei Untergrundexplosionen Radioaktivität frei geworden sei und auch in angrenzenden Staaten die Strahlenbelastung gesteigert habe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Stolz verletzt, Sicherheit gefährdet – die Amerikaner zweifeln an der Nasa

Vier Fehlschläge / Satelliten können nicht mehr in den Weltraum gebracht werden

FRITZ WIRTH, Washington

In Cape Canaveral, dem Arsenal der vorläufig stillgelegten Weltraumträume, läuft nichts mehr nach Plan. „Murphy's Gesetz" bestimmt die Stunde. Was schiefgehen kann, geht schief. Die Pionierzeit der großen Erfolge scheint vorbei. Die Männer, denen 25 Jahre lang alles zu gelingen schien, schauen auf Defekte, auf Fragezeichen und Pannen. Untersuchungskommissionen geben einander die Klinken in die Hand.

Die vergangene Woche, so hatte man geplant, sollte das Ende der Krisendüsternis signalisieren. Der 25. Jahrestag des ersten bemannten amerikanischen Raumflugs sollte gefeiert werden. Zugleich war der neue Chef der Nasa-Behörde, James Fletcher, zu begrüßen. Es sollte „die Woche der moralischen Aufrüstung" in der Nasa sein. Dann fiel die Delta-Rakete vom Himmel – der vierte Fehlschlag innerhalb von drei Monaten.

Und nun ist das Problem der Nasa nicht mehr das Problem des verletzten nationalen Stolzes, sondern der gefährdeten nationalen Sicherheit. Die USA, die Pioniere im Weltall, bekommen nicht mehr ihre Satelliten in den Weltraum. Drei ihrer verläßlichsten Systeme, die Welt-raumfähren, die Titan- und die Delta-Raketen, sind vorerst aus dem Verkehr gezogen worden. Die Atlas Centaur, das letzte noch funktionsfähige Trägersystem für schwere Weltraumfrachten, befindet sich im Wartestand. Es hat gewisse technische Ähnlichkeiten mit der letzten gescheiterten Delta-Rakete, und bei der Nasa schickt man im Augenblick keine Rakete mehr in den Himmel, die auch nur das geringste Risiko eines neuen Fehlschlags in sich birgt. In der Boxersprache hat man für das gegenwärtige Befinden der Nasa den Ausdruck „Punchdrunk". Es kennzeichnet die Verfassung von Boxern, die zu viel Schläge bezogen haben.

Was besonders schmerzt: Die Pioniere der Raumfahrt müssen zuschauen, wie die Konkurrenz, die bisher in ihrem Schatten stand, die Szene beherrscht. Die Kunden der Nasa, die ihre Satelliten ins All befördert sehen möchten, suchen ihr Heil bei der Konkurrenz. Die Schweden verhandeln beispielsweise im Augenblick mit den Chinesen, da die westeuropäische „Ariane" für die nächsten drei bis vier Jahre ausgebucht ist.

Wie soll es weitergehen bei der Nasa? Kurzfristige Priorität hat zunächst einmal das Bestreben, alle vorhandenen und von Fehlschlägen gezeichneten Systeme so schnell wie möglich wieder betriebsfähig zu machen. Das wird am schnellsten zu verwirklichen sein bei den unbemannten Systemen, den Delta- und den Titan-Raketen. Obwohl die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, deutet alles darauf hin, daß es sich um technische Defekte handelt, die innerhalb von sechs bis neun Monaten zu beheben sind.

Schwieriger ist der Regenerierungsprozeß beim Shuttle-Programm. Der Untersuchungsbericht der Rogers-Kommission, der am 6. Juni vorgelegt werden soll, wird sich auf zwei Hauptmängel konzentrieren, die zur „Challenger"-Katastrophe führten: Designmängel bei den Festtreibstoffraketen, die die Raumfähre ins All heben, und eine fehlerhafte Entscheidungsprozedur bei der Nasa, die es möglich machte, daß trotz dieser seit Jahren bekannten Designmängel die Raumfähren zum Start freigegeben wurden.

DIE ● ANALYSE

Der zweite Fehler kann relativ schnell behoben werden. Tatsächlich hat man bei der Nasa bereits damit begonnen, leitende Männer, die sich beim Start der „Challenger"-Fähre über die Warnungen der Ingenieure hinwegsetzten, daß ein Start zu riskant sei, aus ihren Ämtern zu entfernen, unter ihnen Lawrence Mulloy, der für Festtreibstoffraketen zuständige Manager bei der Nasa. Mulloy hat sich in den letzten Monaten immer schärfer als der verantwortliche Sündenbock dieser Katastrophe herausgeschält.

Komplizierter dagegen ist es, die Designmängel zu beheben. Optimisten bei der Nasa sagen, daß neue Festtreibstoffraketen, die bei der Herstellerfirma Thiokol bereits getestet werden, in spätestens einem Jahr einsatzbereit sein werden. William Rogers, der Leiter der Untersuchungskommission der Challenger-Katastrophe, teilt diesen Optimismus nicht. Er hat nachdrücklich vor zu großer Eile gewarnt. „Wir dürfen nicht die gleichen Fehler machen, die zur Challenger-Katastrophe führten", sagte Rogers, „und uns unter Zeitdruck setzen lassen." Er warnte: „Die Nasa kann sich keine zweite Katastrophe mit ihrem Shuttle-Programm mehr erlauben. Eine solche Katastrophe hätte noch tragischere Dimensionen als die letzte: Sie könnte das Ende des bemannten Raumflugs bedeuten."

Im Weißen Haus und bei der Nasa ist die Grundsatzentscheidung bereits gefallen: Das Shuttle-Programm wird – voraussichtlich für den Rest dieses Jahrhunderts – fortgesetzt. Man will sich jedoch nicht mehr so ausschließlich darauf verlassen, wie es praktisch in den letzten Jahren geschehen ist, sondern den bisher vernachlässigten Bau von Raketen für unbemannte Raumflüge aktivieren. Fest steht ferner, daß der bisherige Etat der Nasa unzureichend ist. Das große Problem jedoch ist, wie diese Etaterhöhung angesichts der rigorosen Haushaltsreduzierungen unter „Gramm-Rudman" verwirklicht werden kann.

Man schenkt deshalb immer mehr jenen Überlegungen Aufmerksamkeit, die empfehlen, das amerikanische Weltraumprogramm zu privatisieren. Die Kontrolle der Sicherheit dieses Programms läge weiterhin in Händen der Regierung, der aufwendige Weltraumfuhrpark (eine Fähre kostet allein 2,1 Milliarden Dollar) würde jedoch von der Privatindustrie und Investoren finanziert, die den gesamten Weltraumfuhrpark der Regierung praktisch im Leasing-Verfahren zur Verfügung stellen. Das Problem dieses Konzepts: Diese Weltraum-Privatindustrie befände sich im Wettbewerb mit außeramerikanischen Konkurrenten, deren Weltraumvehikel finanziell massiv staatlich unterstützt werden und deshalb in der Lage sind, die USA im Weltraumgeschäft auf der Suche nach kommerziellen Kunden deutlich zu unterbieten.

Rivalen von gestern sind heute Partner

Brasilien und Argentinien kooperieren in der Wirtschaft / Pragmatische Staatschefs

WERNER THOMAS, Miami

Die Präsidenten stehen in ständigem Telefonkontakt. Wenn José Sarney ein Problem von gegenseitigem Interesse entdeckt, läßt er sich durchstellen zur Casa Rosada in Buenos Aires, dem Amtssitz seines Kollegen Raul Alfonsin. Alfonsin verfährt ähnlich. Sein Sekretariat muß ihn oft mit dem Planalto-Palast in Brasilia verbinden. Der heiße Draht illustriert eine bemerkenswerte Entwicklung: Argentinien und Brasilien kommen sich näher. Aus alten Rivalen sind neue Partner geworden.

Viele politischen Beobachter führen die Kooperation der beiden regionalen Großmächte auf die demokratischen Verhältnisse zurück. In Argentinien war die Militärdiktatur im Dezember 1983 zu Ende gegangen, in Brasilien im März vergangenen Jahres. Oscar Camilion, ein früherer argentinischer Außenminister, erläuterte: „Sowohl Alfonsin als auch Sarney wollen die Demokratie durch eine politische und wirtschaftliche Stabilität festigen."

Es ist kein Zufall, daß Argentinien und Brasilien heute einen ähnlichen Austeritätskurs steuern. Bevor die radikalen Programme zur Inflationsbekämpfung verkündet wurden, hatten argentinische und brasilianische Wirtschaftswissenschaftler Ideen und Meinungen ausgetauscht. Sarneys „Plan Cruzado" (Februar 1986) enthält viele Elemente von Alfonsins „Plano Austral" (Juni 1985).

Sarney konnte auch die gleichen Erfahrungen machen wie Alfonsin: Vermeintlich unpopuläre Entscheidungen verschaffen Popularität. Das Volk bringt Opfer, wenn es Hoffnungen für eine besser Zukunft hegt. Sarney und Alfonsin zählen zu den populärsten Präsidenten Lateinamerikas. Sie sind vorsichtig taktierende Vertreter der politischen Mitte, die als Pragmatiker eingeschätzt werden. Demagogie liegt ihnen fern.

Der November-Gipfel legte die Grundlage für einige historische Abkommen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und militärischem Gebiet. So werden brasilianische und argentinische Konzerne bei der Herstellung von militärischen und zivilen Flugzeugen kooperieren. Die Sarney-Regierung erklärte sich bereit, den Handelsbilanz-Überschuß (350 Millionen Dollar) durch den Kauf von Weizen und Öl aus Argentinien auszugleichen.

Als besonders wichtig wurde jedoch ein Vertrag gewertet, der beide Länder zur friedlichen Nutzung der Atomenergie verpflichtet und die Bildung einer gemeinsamen Nuklear-Kommission beschloß. Dieses Gremium soll einmal Kontrollaufgaben übernehmen, um das besonders auf brasilianischer Seite existierende Mißtrauen abzubauen. Argentinien ist heute – mit deutscher Hilfe – die führende Atomnation Lateinamerikas. Das Gerücht kursiert, daß die Argentinier die Technik der Atomwaffen-Produktion beherrschen.

Brasilien (130 Millionen Menschen) gilt als das Land Lateinamerikas mit der größten Dynamik. Im vergangenen Jahr betrug die wirtschaftliche Wachstumsrate acht Prozent. Allerdings liegt im Nordosten das größte Armutsgebiet des Halbkontinents, ein Pulverfaß.

Argentinien (32 Millionen Menschen) leidet unter anachronistischen Wirtschaftsstrukturen. Die sozialen Probleme sind dagegen unter Kontrolle. Es gibt kein extremes Elend, dafür eine breite Mittelklasse. Viele Argentinier wollen eher Europäer als Lateinamerikaner sein.

Sarney und Alfonsin hoffen, daß ihre Initiativen die Wege für ein historisches Ziel weisen können: die Integration Lateinamerikas, ein Traum seit Bolivars Zeiten. „Wenn wir erfolgreich sind, können wir anderen Ländern ein Beispiel setzen", sagte der stellvertretende brasilianische Außenminister Tarso Flecha de Lima.

Türkische Parteien visieren 1988 an

E. ANTONAROS, Athen

Die vom türkischen Militär vor knapp zwei Jahren künstlich gebildete Parteienlandschaft ist kaum wiederzuerkennen. Von den drei Parteien, die die Generäle zu den Wahlen im November 1984 zugelassen hatten, ist nur noch die regierende rechtskonservative Mutterpartei von Ministerpräsident Turgut Özal intakt übriggeblieben. Erst vor einigen Tagen gab die rechtsgerichtete Nationalistische Demokratie-Partei (MDP), die als Lieblingspartei der Generalität kläglich gescheitert war, ihre Selbstauflösung bekannt.

Von den zuletzt 52 Mandatsträgern der Nationalisten traten 18 sofort der Regierungspartei Özals bei, die nunmehr über eine solide Mehrheit von 224 von insgesamt 400 Sitzen in der Nationalversammlung verfügt. Weitere 22 frühere MPD-Abgeordnete haben sich einer neuen rechts von der Mitte angesiedelten Formation angeschlossen, deren Gründung der frühere Handelskammerpräsident Mehmet Yazar fast gleichzeitig mit der Auflösung der Nationalisten-Partei ankündigte.

Die türkische Linke mag zwar nicht so gespalten sein wie das bürgerliche Lager. Aber auch sie befindet sich zur Zeit in einer Entwicklungsphase: Der Sozialdemokratischen Volkspartei, die aus einer Fusion der von den Generälen zugelassenen Populistischen Partei und der später gegründeten Sodep-Partei hervorging und seither mit 84 Abgeordneten über die zweitgrößte Fraktion verfügt, steht ein Führungswechsel ins Haus. Der bisherige Parteivorsitzende Aydin Güven Gürkan, der erst seit sechs Monaten im Amt ist, will beim Parteitag Ende Mai zurücktreten. Zu seinem Nachfolger soll der Physik-Professor Erdal Inönü gewählt werden.

Dieser vorprogrammierten Wachablösung, die Gürkan elegant mit seiner angeblichen „Amtsmüdigkeit" begründete, liegen ideologische Quellen, persönliche Rivalität und taktische Überlegungen zugrunde. Viele Sozialdemokraten scheinen der Ansicht zu sein, daß ihre Partei mit einem Vorsitzenden namens Inönü, dessen klangvoller Name jedem Türke ein Begriff ist, weil sein Vater Ismet Inönü der Nachfolger Atatürks war, erheblich bessere Chancen hat, sich gegen die noch weiter links angesiedelte Partei der Demokratischen Linken unter Rahsan Ecevit, der Frau des Expremiers, durchzusetzen.

Allen Parteipolitikern geht es zur Zeit darum, sich möglichst wählerwirksam angesichts der Nachwahlen für elf vakante Parlamentssitze zu profilieren, die spätestens im Frühjahr 1987 stattfinden sollen. Der Ausgang dieses Urnengangs gilt als Test für die erste wirklich demokratische Parlamentswahl im Jahre 1988.

Gerade deshalb versucht nicht nur die junge Generation, sondern auch die alte Politikergarde den Zug nicht zu verpassen. Durch eine Auflockerung der gegen sie gerichteten Verbote dürfen zwar die früheren Ministerpräsidenten Demirel und Ecevit Erklärungen abgeben und Reden halten. Weiterhin ist es ihnen aber bis 1992 untersagt, eine Partei zu führen oder für das Parlament zu kandidieren. Dennoch vergeht inzwischen kaum ein Tag, an dem die beiden Erzrivalen stillbleiben. (SAD)

Anzeige

CHRISTA MEVES: „DIE ZUNEHMENDE EINSICHT IN DEN TÖTUNGSCHARAKTER DES ABTREIBUNGSVORGANGS MOBILISIERT DAS GEWISSEN VERANTWORTUNGSBEWUSSTER BÜRGER UND WECKT DAS BEDÜRFNIS, SICH IN GRUPPIERUNGEN WIE DER CPL ZUSAMMENZUSCHLIESSEN, DIE IHREN WIDERSTAND GEGEN DIE SCHANDE DER MASSENABTREIBUNG UND GEGEN DEN DORT PRAKTIZIERTEN RECHTSMISSBRAUCH TEILEN."

Christliche Partei für das Leben
Deutschlands neue politische Kraft

Auszüge aus dem Grundsatzprogramm:

Schutz des Lebens

Im Wissen um das göttliche Gebot „Du sollst nicht töten", im Wissen um das in den Menschenrechten und im Grundgesetz garantierte Recht auf Leben, tritt die CHRISTLICHE PARTEI FÜR DAS LEBEN allen Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegen, die darauf abzielen, dieses höchste aller Grundrechte auszuhöhlen oder zu beseitigen. Das besondere Augenmerk gilt dem Schutz des ungeborenen Menschen vom ersten Augenblick der Empfängnis an. Die moderne Human*embryologie und Humangenetik hat den unwiderlegbaren* Beweis erbracht, daß das Menschsein im Augenblick der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginnt. In der nachfolgenden Entwicklungsphase verändert der heranwachsende Mensch lediglich sein äußeres Erscheinungsbild, nicht jedoch sein Wesen als Mensch. Das ungeborene Kind darf daher in keinem Stadium seiner Entwicklung der Willkür anderer ausgesetzt werden. Der Staat und seine Gesetzgebung haben die Pflicht, dem ungeborenen Kind seinen vollen Rechtsschutz zu gewähren und Abtreibung außer bei unabwendbarer Gefahr für das Leben der Mutter unter Strafe zu stellen.

Das gleiche Augenmerk gilt dem alten, kranken und behinderten Menschen, über den weder der Staat noch irgendwelche Institutionen, noch Einzelpersonen verfügen dürfen.

Ebenso ablehnend steht die CPL Gen-Manipulationen am Menschen gegenüber, die nicht ausschließlich zur Erhaltung des Lebens und zur Behandlung jener Krankheiten dienen, die auf andere Art nicht heilbar sind.

Auch der künstliche, menschliche Eingriff in die natürlichen, gottgewollten Zeugungsvorgänge menschlichen Lebens wird von der CPL strikt abgelehnt. Zeugung menschlichen Lebens soll in der liebenden Gemeinschaft der Ehe erfolgen. Sie darf nicht zum mechanisch-apparativen Vorgang degradiert werden oder gar zur kommerziellen Bereicherung skrupelloser Geschäftemacher pervertieren. Dem Menschen ist nicht alles erlaubt, was wissenschaftlich-technisch machbar erscheint.

Wer weniger fordert als den uneingeschränkten Rechtsschutz des ungeborenen Menschen, hilft mit, eine Gesellschaft der Gewaltlösung zu schaffen. Er macht sich mit*schuldig am kollektiven Selbstmord eines Volkes. Für die* CPL ist Abtreibung Kindestötung und muß als solche strafrechtlich behandelt werden.

Die Würde des Menschen

Aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und seiner über das zeitliche Leben hinausgehenden Bestimmung ergibt sich die einmalige Würde des Menschen. Diese Würde ist in der heutigen sexuell enthemmten und pervertierten Gesellschaft aufs höchste bedroht. Die CHRISTLICHE PARTEI FÜR DAS LEBEN tritt für ein strafrechtliches Verbot der Pornographie und Prostitution ein.

Die sexuelle Aufklärung der Kinder gehört in die Hände der Eltern. Die Teilnahme am schulischen Sexualkundeunterricht darf vom Gesetzgeber nicht zwangsweise angedroht werden. Die CPL arbeitet darauf hin, den Sexualkundeunterricht gänzlich aus dem Lehrplan der Schulen zu streichen.

Die Würde des Menschen ist auch bedroht durch die Gefahr der Abhängigkeit von Drogen, Jugendsekten und okkulten Vereinigungen. Es ist Aufgabe der CPL, über diesbezügliche *Gefahren aufzuklären und – wenn notwendig – gesetzgeberi*sche Maßnahmen zu fordern.

Eine zunehmende Verletzung der Menschenwürde zeichnet sich neuerlich in der Kunst und Kultur ab. Obszöne und blasphemische Werke dürfen nicht in die Öffentlichkeit gelangen oder gar mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Die Freiheit der Kunst und Kultur darf nicht dazu mißbraucht werden, die religiösen Gefühle anderer zu verletzen und die Würde des Menschen anzutasten.

Letztlich kann die menschliche Würde in jedem gesellschaftlichen Bereich mißachtet werden. Die CPL ist Anwalt all jener, *die sich in ihrer unverwechselbaren Würde bedroht fühlen.*

Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde ist im Grundgesetz garantiert. Pornographie und zwangsweise Schulsexualerziehung sind nach Auffassung der CPL deutliche Verfassungsverstöße, weil sie jede menschliche Ethik pervertieren, den Menschen in seiner Würde erniedrigen und schließlich zum Werteverlust eines ganzen Volkes führen.

Schutz von Ehe und Familie

Ehe und Familie sind die kleinste Keimzelle des Staates. In ihnen entscheidet sich die Zukunft des Staates. Zerrüttete familiäre Strukturen ziehen zerrüttete Staatsstrukturen nach sich.

Daher muß der Bewahrung der ehelichen und familiären Gemeinschaft besondere Beachtung entgegengebracht werden.

Die CPL tritt allen Vorhaben entgegen, die darauf abzielen, die gemeinschaftlichen Bindungen in Ehe und Familie aufzulösen, eheähnliche Gemeinschaften der Ehe gleichzustellen, künstliche Generationenkonflikte herbeizuführen und fal*sche Emanzipationsbestrebungen zu unterstützen.*

Mann und Frau müssen gleichgestellt werden, ohne ihre wesenseigene Rolle zu vertauschen.

Im Scheidungsrecht fordert die CPL Rückkehr zum Verschuldungsprinzip.

Die CPL sagt jeder ideologisch-emanzipatorischen Bewegung den Kampf an, deren Ziel es ist, über die Auflösung von Ehe und Familie diesen Staat und seine Ordnung zu zerstören.

Würde und Wert der menschlichen Arbeit

Würde und Wert der menschlichen Arbeit ergeben sich *ausschließlich aus der Würde des Menschen. Arbeit ist* Auftrag Gottes im Sinne des Schöpfungsgedankens. Durch die Arbeit macht der Mensch sich die Erde untertan. Er entwickelt sie weiter, kultiviert sie und schafft die Technik. Nur aus dem bewußten Wissen um die große Aufgabe, die dem Menschen durch die Möglichkeit zu arbeiten aufgetragen ist, läßt sich sinnvolles und sinnerfülltes Schaffen überhaupt erklären. Dieses Wissen um die Würde der Arbeit mindert soziale Spannungen und kann grundsätzliche Differenzen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber beseitigen.

Der Mensch als Person gibt der Arbeit ihren eigentlichen Sinn. Vom Menschen aus fließt die Sinngebung in die Arbeit ein. Daher besteht der eigentliche Wert der Arbeit nicht darin, was sie produziert, sondern ist vielmehr in der Tatsache zu sehen, daß der Mensch es ist, der arbeitet. Arbeit ist letztlich *von Gott aufgetragen und steht im Dienste Gottes. Daraus* ergibt sich nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern vor allem auch die Pflicht zu arbeiten.

Arbeit besteht nicht nur in körperlicher Tätigkeit und Abhängigkeit, sondern umfaßt auch geistige Leistungen und die Tätigkeit der Selbständigen.

Der Mensch ist nicht für die Arbeit da, sondern die Arbeit für *den Menschen. Die Tatsache, daß menschliche Arbeit mit* Belastung und Unannehmlichkeit verbunden ist, bedeutet jedoch nicht, daß Arbeit verwerflich ist. Im Gegenteil, das menschliche Selbstbewußtsein, der Wert der menschlichen Leistungsfähigkeit und die Erkenntnis, am Schöpfungsauftrag beteiligt zu sein, wächst gerade an den Widerständen im Arbeitsleben, verbunden mit der Erfahrung, sich gegen solche Widerwärtigkeiten als Mensch durchsetzen zu können. Andererseits muß betont werden, daß der Selbstwert des Menschen nicht allein durch Arbeit gesteigert werden kann; vielmehr ist eine Reifung der Persönlichkeit auch durch persönliche Bildung möglich und bei Kranken und Arbeitslo*sen durch das persönlich erfahrene Leid.*

Arbeit muß als im Dienst für die Menschheit stehend gesehen werden. Arbeit dient dem Menschen, sie ermöglicht ein Familienleben und eine Erziehungsarbeit in der Familie, sie fördert das Wohl und den sozialen Aufstieg eines Volkes und der gesamten Völkergemeinschaft. Letztlich beruht der Wohlstand der heutigen und zukünftigen Völkergemeinschaft auf der Leistungsbereitschaft der Arbeiterschaft im Sinne der Schöpfungsteilnahme.

Arbeit ist menschliche Leistung, nicht Ware. Produktionsmittel, technische Errungenschaften und Kultur fließen aus dem Tätigsein des Menschen.

Arbeit muß einen Freiraum für die persönliche Entfaltung des Menschen bieten. Dieser Freiraum soll gegeben sein zu kreativer Tätigkeit und persönlicher Disposition am Arbeitsplatz. Er dient zur stärkeren Humanisierung des Arbeitsplatzes.

Als christliche Partei sieht die CPL keinen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, sondern sinnvolle und notwendige Ergänzung. Die CPL sieht es als verwerflich an, künstliche, klassenkämpferische Gegensätze zu erzeugen, die weder dem Arbeiter noch dem Unternehmer dienen, sondern lediglich einer sozialistischen, weltwirtschaftlich längst überholten Idee.

Gerechter Lohn und Kapitalbeteiligung

Aus der Tatsache, daß menschliche Arbeit nicht Ware ist, ergibt sich die Frage nach den Bezügen des arbeitenden *Menschen. Der Mensch darf in keinem Wirtschaftssystem* ausschließlich als Kostenfaktor angesehen werden (praktischer Materialismus) oder als würdeloses Ergebnis der Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse (dialektischer Materialismus). Im praktischen Materialismus wird der arbeitende Mensch zu einer Kosten-Nutzen-Rechnung degradiert, im dialektischen Materialismus des Marxismus bedeutet die Arbeit alles, der arbeitende Mensch aber nichts.

Die menschliche Arbeit besitzt in sich einen so hohen Wert, daß sie rein materiell nie angemessen entgolten werden kann. Die Entlohnung darf sich daher nicht allein an der Leistung orientieren, sondern muß auch soziale Aspekte berücksichtigen, d. h., der Lohn muß so bemessen sein, daß eine soziale Sicherheit gewährleistet werden kann, die Familie ein menschenwürdiges Dasein führen kann, Aus- und Weiterbildung der Kinder gewährleistet ist und Eigentumsbil*dung möglich ist.*

DIE CHRISTLICHE PARTEI FÜR DAS LEBEN setzt sich dafür ein, daß die Entlohnung von Mann und Frau bei gleicher Arbeitsleistung und unter Berücksichtigung der sozialen und familiären Verhältnisse keine Unterschiede aufweist. Andererseits muß die Entlohnung des männlichen Arbeitnehmers so ausreichend sein, daß die Frau und Mutter zur Bestreitung des familiären Auskommens nicht zur Arbeit gezwungen ist.

Eigentumsbildung muß möglich sein. Die Güter der Erde sind für alle Menschen da. Sie müssen gerecht verteilt werden. Sie sind ausreichend, so daß die soziale Sicherheit und ein gewisses Maß an Eigentumsbildung gewährleistet werden kann. Einseitige Güteranhäufung gewisser Privilegierter als egoistischer Selbstzweck ist strikt abzulehnen.

Kapital und Produktionsmittel können zwar von Eigentümern besessen und verwaltet werden, müssen aber dem Allgemeinwohl dienen. Der arbeitende Mensch muß an ihnen in Form der Mitbestimmung, der Gewinnbeteiligung, der Arbeitnehmeraktien oder der Genossenschaftsanteile beteiligt werden. Auf diese Weise wird das Spannungsfeld zwischen Arbeit und Kapital beseitigt und das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbessert.

Für die CPL ist die Verstaatlichung von Betrieben grundsätzlich erlaubt, muß aber auf möglichst geringe Wirtschaftszweige begrenzt werden, die dem Gemeinwohl dienen (z. B. Verkehrs- und Versorgungsbetriebe).

Die Entlohnung menschlicher Arbeit muß leistungs- und sozialorientiert sein. Einen Wahlgeschenke-Sozialstaat aber, dessen Schuldenberg ins uferlose steigt, der die Wirtschaftskraft durch Überbesteuerung lähmt und den gesunden Mittelstand zerstört, lehnt die CPL ab. Nicht nur die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers, sondern auch die des Unternehmers muß gerecht entlohnt werden.

Freies Unternehmertum und gesellschaftspolitische Verantwortung

Die CHRISTLICHE PARTEI FÜR DAS LEBEN wendet sich gegen die pauschale Verteufelung des Unternehmers als Kapitalist oder kapitalistischer Ausbeuter. Dieser marxistisch-leninistische Sprachgebrauch hat einzig und allein zum Ziel, die Arbeiterschaft zu revolutionärem Kampf gegen die bestehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung aufzustacheln.

Demokratie läßt sich mit sozialistischer Planwirtschaft nicht vereinbaren. Sie ist untrennbar mit wirtschaftlicher Freiheit, unternehmerischer Initiative und Bildung von Privateigentum verbunden. Die ideale Wirtschaftsform sieht die CPL in der Sozialen Marktwirtschaft, auch wenn diese Form wie jede menschliche Ordnung ständig der Anpassung und Verbesserung bedarf. Als christliche Partei tritt die CPL für eine stärkere Anlehnung des Unternehmers an eine christlich-ethische Soziallehre ein, um die gesellschaftspolitische Verantwortung des Unternehmers zu betonen.

Der Unternehmer nimmt in unserer Gesellschaft eine expo*nierte Stellung ein. Ihm werden daher besondere sittliche* und menschliche Qualitäten abverlangt. Dies bedeutet, daß Produktivität und Rentabilität eines Betriebes zwar weiterhin Zielsetzung sinnvollen Wirtschaftens bleiben, daneben aber humane Qualitäten des Arbeitsablaufes und ökologische Rücksichtnahme ihre Gleichberechtigung besitzen. Dazu gehört ebenso die Einführung neuer Organisationsmodelle (z. B. Abkehr vom Fließband) als auch die betriebliche Ausstattung mit einer menschenwürdigen Technologie.

Im Detail sind an den Unternehmer folgende Anforderungen zu richten:

1. Sittlich-moralisches Verantwortungsbewußtsein nicht nur für die betriebliche Belegschaft, sondern für den Gesamtstaat und seine gesellschaftliche Ordnung.
2. Einführung menschenwürdiger Arbeitsabläufe und Technologien.
3. Rationalisierung nur dann, wenn damit zugleich höhere Rentabilität und Sicherung der Arbeitsplätze verbunden ist.
4. Verzicht auf Herstellung von Produkten, die das Leben und die Würde des Menschen bedrohen (z. B. künstliche Verhütungsmittel, Pille als Frühabtreibungsmittel, Medikamente mit unverantwortbaren Nebenwirkungen etc.), sofern sie nicht zur reinen Selbstverteidigung dienen (Herstellung von Defensivwaffen).
5. Ökologisches Bewußtsein und damit Einsatz umweltfreundlicher Technologie.
6. Ermöglichung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Betriebskapital und an Produktionsmitteln.

Die gesellschaftspolitische Verantwortung des Unternehmers schließt jede Herstellung von Gütern aus, die das Leben und die Würde des Menschen bedrohen. Die CPL erinnert in diesem Zusammenhang mit Nachdruck an die verheerende Wirkung der „Anti-Baby-Pille", die eine Anti-Baby-Mentalität geschaffen hat und nicht selten frühabtreibend wirkt. Sie fordert das Verbot der „Pille danach", die in jedem Falle eine Frühabtreibung auslöst. Die CPL warnt vor Gen-Manipulationen, die das menschliche Leben der Verfügungsgewalt größenwahnsinniger Wissenschaftler ausliefern.

Damit unsere ungeborenen Kinder eine Chance haben
Christliche Partei für das Leben

○ Ich werde Mitglied der CPL

○ Ich bestelle eine kostenlose Probenummer der Zeitung AUFBRUCH

○ Bitte senden Sie mir weitere Informationen!

Name	Vorname
Ort	Straße
Geb.-Datum	Bundesland
Konfession	Tel.
Datum	Unterschrift

BESTELLEN SIE EINE PROBENUMMER UNSERER ZEITUNG

AUFBRUCH

CHRISTLICHE ZEITUNG MIT HINTERGRUND-INFORMATIONEN ZUM ZEITGESCHEHEN

AUFBRUCH packt heiße Eisen an.
AUFBRUCH berichtet, was andere verschweigen.
AUFBRUCH kämpft für die Durchsetzung christlicher Werte in Politik und Gesellschaft.

Unsere Beiträge in der Probenummer:

CHRISTA MEVES: Wenn dem Storch sein Urtümpel fehlt – Plädoyer für mehr Mütterlichkeit ● DR. HÜGEL: Handelsware Mensch ● JOSEF RIPSAM (CPL-Vorsitzender): Ist unsere Demokratie noch zu retten? ● PROF. DR. PETERSOHN: Drogen und Kriminalität ● RICHARD WURMBRAND: Meine Politik ist Liebe ● **Außerdem:** Das Pornogeschäft der SPD ● Freimaurer-Loge P2 und das Ende der Hl. Stadt ● Die Medizin in der Hl. Hildegard von Bingen ● Bedrohung Euthanasie ● Ökologie und Christentum ●

V.i.S.d.P.: Josef Ripsam, Lorscher Str. 35, 6704 Mutterstadt



Christliche Partei für das Leben (CPL), Lorscher Str. 35, 6704 Mutterstadt
Spendenkonto: Villinger Volksbank Nr. 41203 (BLZ 69490000)

Wasser ist Rohstoff und Lebenselixier zugleich. Während in den Industrienationen zu verschwenderisch damit umgegangen wird, ist es in vielen Ländern der Dritten Welt Mangelware. Mit welchen Maßnahmen dieser Naturschatz langfristig gesichert werden kann, war jetzt Thema der 46. Dahlem-Konferenz in Berlin.

Ein Konsumartikel wandelt sich zum teuren Luxusgut

Von RICHARD SCHWALBE

Die weltweiten Vorräte an Trinkwasser werden auch in den nächsten fünfzig Jahren für die Versorgung der Menschheit ausreichen. Dies gilt sowohl für die Menge wie für die Qualität. Allerdings kann der heutige Zustand unserer Wasservorräte allgemein schon nicht mehr befriedigen. Bei weiter wachsenden Bevölkerungszahlen ist es deshalb ratsam, alle denkbaren technischen und planerischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um für die Zukunft krasse Gegensätze in der Versorgung mit dem Lebensmittel Wasser zu vermeiden.

So beurteilten jetzt europäische und amerikanische Wissenschaftler in Berlin die Situation des Rohstoffs Wasser. Die Dahlem-Konferenzen dienen dazu, den Gedankenaustausch von Fachleuten über aktuelle Probleme zu fördern und Lösung aufzuzeigen und zu dokumentieren. Eingeladen sind jeweils die führenden Wissenschaftler der entsprechenden Disziplinen. Sie erarbeiten innerhalb einer Woche eine gemeinsame Beurteilung.

Sparsamere Nutzung

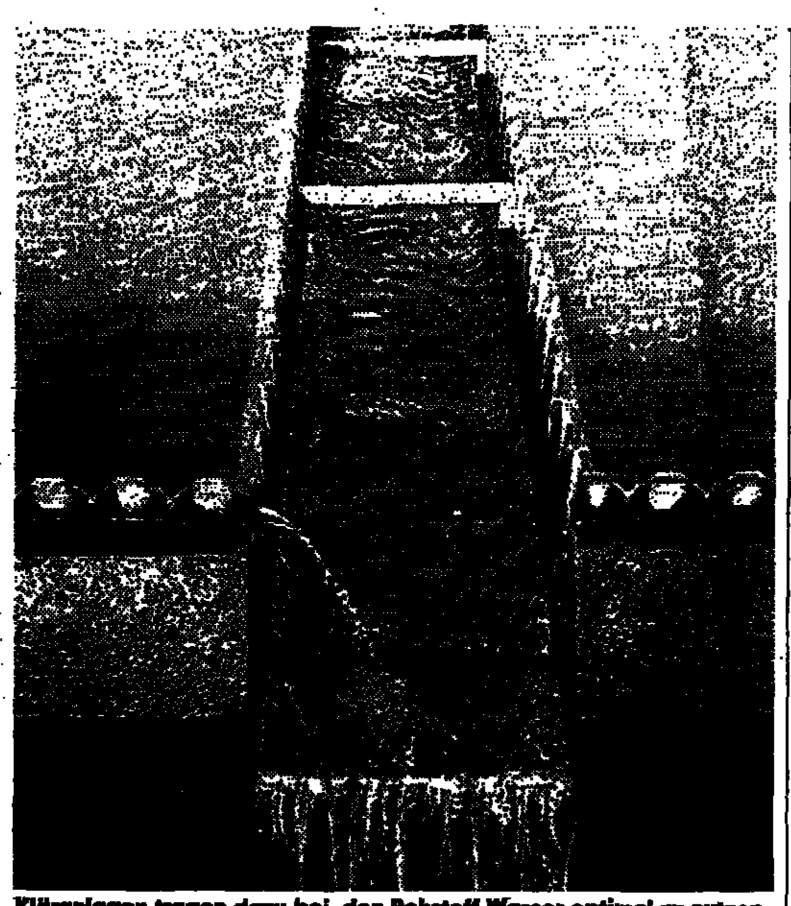
Auf der Tagesordnung stand diesmal die Frage nach den Veränderungen unserer Lebensumstände und der Umwelt durch den weiteren Verbrauch der natürlichen Rohstoffe. Nach dem ersten Veranstaltungs-Teil im Januar, bei dem es um Energie und Bodenschätze ging, wurde jetzt der Zustand von Wasser und Boden diskutiert. Zu Wort kamen dabei Geologen, Bodenkundler, Hydrogeologen und Wirtschaftsfachleute.

Einig waren sich die Wissenschaftler darüber, daß in den nächsten Jahren Wasser sehr viel sparsamer genutzt und von Schadstoffen freigehalten werden muß. *Geschehe das nicht,* so Prof. Hannes Flühler von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich während der Veranstaltung, *so seien auf der Welt tiefgreifende soziale Veränderungen zu befürchten.* Mit wachsender Knappheit sauberen Trinkwassers werde es *nämlich zu einem starken Preisanstieg kommen.*

Die Folgen der Verteuerung zeigen sich dann vor allem in den Entwicklungsländern, die dem Kostendruck kaum standhalten können. Betroffen werden aber auch die hochentwickelten Ballungszentren sein, in denen die Wasserverschwendung gemessen an den technischen Möglichkeiten nach Ansicht der Fachleute schon heute unvertretbar ist.

Dabei existieren längst Möglichkeiten zur Verminderung des Wasserverbrauchs und zum Fernhalten von Schadstoffen. Allerdings werden sie nur unvollkommen genutzt, wie das Beispiel der Bewässerung von Ackerland zeigt. 98 Prozent des Trinkwasserverbrauchs in Indien und China werden für die Bewässerung verwendet, selbst in den Vereinigten Staaten sind es noch 80 Prozent. Diese Mengen ließen sich mit den heute verfügbaren technischen Mitteln leicht halbieren, wenn diese konsequent eingesetzt würden.

Ähnlich sieht es mit der Wiederverwendung des in der Industrie verbrauchten Wassers aus. Weltweit werden heute nur zwischen zwei und 16 Prozent dieses Wassers aufbereitet und mehrfach genutzt. Auch hier bietet die Technik Reinigungsverfahren an, die sofort einsetzbar wären. So gelang es z. B. in Brasilien, innerhalb eines Jahres den Wasserverbrauch in der Industrie durch entsprechende Aufbereitung um fast die Hälfte zu verringern.



Kläranlagen tragen dazu bei, den Rohstoff Wasser optimal zu nutzen
FOTO: MANFRED VOLLMER

Die Wissenschaftler halten es deshalb für besonders dringlich, die Planung des Wasserverbrauchs zu verbessern. Davon würden speziell die Entwicklungsländer profitieren, da sie bisher kaum in diesem Bereich aktiv sind. Erster Ansatz zur Ausbildung von Fachkräften für sparsame Wasserverwendung ist die Gründung eines Wasser-Management-Instituts in Sri Lanka.

Folgen für den Boden

Neben dem vorsichtigen Umgang mit Wasser ist für dessen gute Beschaffenheit aber auch der Zustand des Bodens sehr wichtig. Verunreinigter Boden oder das Abtragen der oberen Bodenschichten durch Erosion kann den Wasserhaushalt des Erdreichs regional erheblich stören. In Berlin wurde deshalb ausdrücklich vor weiterer ungezügelter Abholzung der tropischen Regenwälder und vor ungeeigneten Anbaumethoden in der Landwirtschaft gewarnt.

Gerade beim Boden, so zeigte der Erfahrungsaustausch, weiß auch die Wissenschaft noch sehr wenig über die Folgen von Veränderungen. Ungeklärt ist bis heute unter anderem, ob sich Nutzungsänderungen des Erdreichs, beispielsweise durch Mülldeponien, jemals wieder rückgängig machen lassen.

Streit herrscht auch nach wie vor bei der Frage nach den Klimaveränderungen, die von anderer Nutzung ganzer Landstriche ausgehen. Das Abholzen großer Wälder kann – so eine Vermutung – zu einem weiteren Ansteigen des Kohledioxidgehalts der Luft führen. Damit wäre dann langfristig weltweit ein wärmeres und feuchteres Klima zu erwarten.

Bei der Sicherung von Wasser und Boden warnten die Wissenschaftler im übrigen davor, nur auf technische Möglichkeiten zum Gebrauch der Naturgüter zu vertrauen. Genauso wie mit Einschränkungen durch höhere Preise für Verbrauch von Land und Wasser können damit die Probleme nur hinausgezögert werden. Für eine langfristige Sicherung der natürlichen Rohstoffe müsse sich vielmehr die grundsätzliche Einstellung zu deren Verbrauch ändern. Und das ist dann keine wissenschaftliche, sondern eine politische und gesellschaftliche Aufgabe.

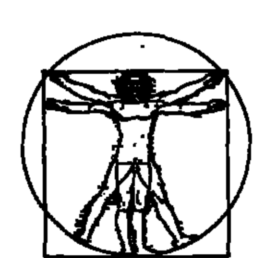
NOTIZEN

Normen für Zahnersatz

Marburg (wm) – Für eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht aller Zahnersatz-Legierungen und eine Einbeziehung dieser Werkstoffe in das Arzneimittelrecht sprachen sich die Teilnehmer an der 35. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für zahnärztliche Prothetik und Werkstoffkunde im Marburg aus. Ihr Vorsitzender, Prof. Lorenz Hupfauf (Bonn) berichtete, daß in den vergangenen 15 Jahren Kriterien für eine biologische Prüfung zahnärztlicher Materialien erarbeitet und damit eine Voraussetzung für die wissenschaftliche Festlegung von Normen auf diesem Gebiet geschaffen worden seien.

Computer-Medikamente?

Berlin (DW.) – Ein in Oxford/Großbritannien entwickeltes Graphik-Programm gestattet jetzt am Institut für Kristallographie der Freien Universität Berlin die computergesteuerte Darstellung chemi-



scher Strukturen. „CHEMGRAF" *ist das* erste Programm seiner Art, das einer deutschen Universität zur Verfügung steht. Seine praktische Anwendung findet das Verfahren *im Bereich des sog. „drug-design"*, der rechnergestützten Entwicklung neuer Medikamente.

Baumsanierung

Hannover (lni) – Ein Verfahren, bei dem die Schadstellen in erhaltenswerten Bäumen an Stelle von Beton mit einer Polyurethan-Verbindung ausgeschäumt werden, haben das Stadtforstamt und die Kali-Chemie in Hannover jetzt vorgestellt. Zur Ausheilung von Schadstellen und Hohlräumen wurden in der Vergangenheit häufig Bleche über die betroffenen Stellen genagelt oder die Hohlräume mit Beton ausgegossen.

Wenn sich Datenbanken als Sparkassen erweisen

Informationsdienste verhelfen zu preiswerten Recherchen

Von HARALD WATERMANN

Die Nutzung von Datenbanken zur Beschaffung von Wirtschafts- und Wissenschaftsdaten ist in den Vereinigten Staaten für mehr als eine Million Manager schon seit Jahren selbstverständlich. Anders sieht es in der Bundesrepublik Deutschland aus. Vor allem mittelständische deutsche Unternehmen hegen vielfach gegenüber der Nutzung externer Datenbanken starke Vorbehalte.

Zahlen belegen, daß die Bundesrepublik Deutschland, was Informationsmanagement und Datenbankenbenutzung betrifft, wie auch die anderen europäischen Länder, noch immer zu den „Entwicklungsländern" gezählt werden muß. Dies zu ändern ist das Ziel der INFOBASE 86 – der Internationalen Ausstellung für Informationsmanagement, die heute in Frankfurt beginnt. Mehr als 1500 Datenbanken sind hier repräsentiert, geben Einblick in ihr Metier und helfen, den Einstieg in die neue Informationstechnik zu finden.

Datenbanken gibt es mittlerweile für nahezu alle Fach- und Wirtschaftsgebiete. Und das buchstäblich von A bis Z. Ihr Wissensangebot ist nicht etwa nur auf Daten begrenzt – es umfaßt Veröffentlichungen jeder Art zu den entsprechenden Gebieten. Wer Datenbankdienste nutzt, hat drei entscheidende Vorteile: Datenbanken informieren umfassend; dies führt zu einer Entscheidungssicherheit, die sonst kaum erreichbar ist.

Preisgünstiger Zugriff

Datenbanken informieren schnell; was bei konventioneller Recherche Tage, Wochen oder Monate erfordert, ist mit Datenbanken meist in Minuten erledigt. Datenbanken informieren preisgünstig; Arbeitszeit wird eingespart, Reisekosten entfallen.

Dazu einige Beispiele: Ist die Beobachtung von Liebespaaren eigentlich strafbar? Ein interessierter Rechtsanwalt findet in JURIS, der „elektronischen juristischen Bibliothek" nach zwei Minuten ein Urteil – Bayer. OLG, Akt. Z.RReg 3 St. 140/78, sowie Hinweise auf entsprechende Literatur. Eine Redakteurin erhält ausführliches Hintergrundmaterial für ihren Artikel über Kaffeeplantagen in Brasilien aus den Datenbanken COFFEELINE *und DPA.*

Der Umweltfachmann spart sich die 80 Kilometer Fahrt zur Staatsbibliothek und recherchiert online in ULIT, UFOR und POLLUTION den Stand neuer Recyclingtechniken. Kostenpunkt: 32,87 Mark. Ein Patentanwalt in München, recherchiert für seinen Klienten in PATOS. Nach zehn Minuten steht fest: Sein aerodynamisches Segel ist konkurrenzlos. Kosten *für diese Aktion: 60 Mark.*

„Doppel-Erfindungen"

Zwei Beispiele zeigen jedoch deutlich, daß eine solche Berührungsangst für die Betroffenen teuer werden kann: Das Deutsche Patentamt weist regelmäßig ein Drittel aller Patentanmeldungen zurück. Grund: Die eingereichten „Erfindungen" wurden schon einmal gemacht. Eine vorherige Patentrecherche hätte dem „Erfinder" Zeit und Geld gespart.

Der Verein Deutscher Ingenieure beziffert die Kosten für unnötige – *weil bereits von anderen Firmen* durchgeführte – Forschungs- und Entwicklungsarbeiten allein für die Bundesrepublik Deutschland auf jährlich eine Milliarde Mark.

Dem könnte leicht abgeholfen werden, denn in der Bundesrepublik sind weltweit etwa 2800 Datenbanken zu erreichen, die jedermann gegen Gebühr offenstehen. Deren „Wissen" umfaßt den Inhalt von etwa 60 Millionen Büchern, Aufsätzen, Berichten, sowie Milliarden statistischer Daten. Die meisten dieser Banken befinden sich fest in amerikanischer Hand:

- 76 Prozent aller Datenbankbetreiber haben ihren Sitz in den USA. Der bundesdeutsche Datenbankanteil beläuft sich auf lediglich sieben Prozent. Bei Wirtschaftsinformationsbanken beträgt der entsprechende deutsche Anteil sogar nur ein Prozent; mit 18 Datenbanken liegt die Bundesrepublik hier noch hinter Australien auf Rang sieben.
- 95 Prozent des Umsatzes, der weltweit durch die Vermarktung der in den wissenschaftlichen Datenbanken gespeicherten Informationen erzielt wird, machen amerikanische Anbieter (Bundesrepublik: 0,6 Prozent).

Umfrage in Polen: Jugend will die Privatisierung

JGG. Köln

In Polen zeichnet sich „ein eindeutiger Rückgang der Akzeptanz der sozialistischen Planwirtschaft" ab, berichtet die Untergrundschrift „Kontakty". Sie beruft sich auf eine von der Regierung bislang unter Verschluß gehaltenen Umfrage. So plädieren 97 Prozent der befragten jungen Leute für eine völlige Privatisierung des Handwerks. Den Handel würden 77 und mittlere Betriebe 82 Prozent gern in privater Hand sehen. 62 Prozent der befragten Jugendlichen sprachen sich für eine Umwandlung der Staatsgüter und Kolchosen in private landwirtschaftliche Großbetriebe aus. Im Jahre 1978 waren nur 16 Prozent dieser Meinung.

Während früher – so „Kontakty" weiter – die meisten Jugendlichen „für irgendeine Form des Sozialismus waren", sind es heute nur noch 43 Prozent. Nur vier Prozent akzeptieren den real existierenden Sozialismus in Polen.

Vor Gorbatschow ließ Honecker das Loblied auf die Kirchen aus

Von HANS-R. KARUTZ

Das „Liebeswerben" der SED-Führung um die evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland hält an, obwohl Generalsekretär Erich Honecker beim SED-Parteitag entgegen vorherigen Hinweisen kein Loheswort über die Kirche fand. Sie soll jedoch weiterhin als enger Verbündeter in der „Friedensfrage" in Anspruch genommen und als innenpolitischer Stabilisierungsfaktor gepflegt werden.

Honeckers überraschendes Schweigen auf dem SED-Parteitag, wo er die gesellschaftliche Rolle der Kirche mit keinem Wort würdigte, sei keineswegs als „Kurswechsel" zu verstehen, beeilten sich SED-Funktionäre auf Anfragen von „DDR"-Kirchenmännern mitzuteilen. Man müsse das „Selbstverständliche" nicht immer wieder betonen.

Bei aller Vorsicht und Zurückhaltung in ihrer Kirchenpolitik läßt die SED keinerlei Zweifel an ihrer forcierten Hinwendung zur „kommunistischen Erziehung" in der Schule, beim strengen Vorgehen gegen innerkirchliche Menschenrechtsgruppen und der Absicht, jedes Treffen eigenständiger Friedens- und Umweltgruppen auf christlichem Hintergrund totzuschweigen, indem auch *akkreditierte West-Korrespondenten* zu solchen Zusammenkünften nicht zugelassen werden. Zudem steht das am 12. Februar 1985 von Honecker versprochene neue „Gipfeltreffen" zwischen Staat und Kirche weiter aus.

Während Honecker in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 11. SED-Parteitag die Kirche überging, hatte er fünf Jahre zuvor noch gerühmt, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat hätten „an Offenheit, Verständnis und Bereitschaft zu konstruktiven Regelungen" gewonnen. Dagegen *kam der Parteichef auf das Arbeitsfeld* seiner Ehefrau, Volksbildungsministerin Margot Honecker, zu sprechen und forderte, die Erziehung der Schüler „im Geiste unserer kommunistischen Weltanschauung und Moral" vorzunehmen.

Frau Honecker hatte das SED-Erziehungsideal im November 1985 bereits unmißverständlich und ohne jeden Freiraum für christliche Erwägungen so beschrieben: Inhalt der Allgemeinbildung, wie sie die „DDR"-Schule ohne Abstriche zu *vermitteln habe, sei „die vom Marxismus-Leninismus* begründete dialektisch-materialistische und historisch-materialistische Betrachtungsweise a l l e r Erscheinungen und Prozesse in Natur, Gesellschaft und im Denken".

Unter führenden mitteldeutschen Kirchenleuten werden folgende Erklärungen für Honeckers Schweigen zur Kirche angeboten, nachdem er noch Anfang Februar in einem Glückwunschtelegramm an den neuen Kirchenbundvorsitzenden, Bischof Werner Leich, die „hervorragenden Leistungen" der mitteldeutschen Christen hervorgehoben hatte:

- Im Beisein von Michail Gorbatschow, dessen KPdSU zur Zeit wieder eine antireligiöse Kampagne inszeniert, sollte der Stellenwert der Kirchen drüben nicht öffentlich erörtert werden.
- Innerhalb des SED-Politbüros seien weiterhin Meinungsverschiedenheiten darüber vorhanden, in welchem Maße eine kommunistisch-atheistische Partei wie die SED überhaupt kirchlichen Themen Raum geben solle. *Manche Genossen fragten* nach der Lektüre des „Neuen Deutschland" schon spöttisch, wo die tägliche Kirchenmeldung bliebe.
- Honeckers Rede sei – gemäß dem neuen Gorbatschow-Stil – wesentlich gestrafft worden, so daß für die Kirchen-Passage – anders als 1981 – kein Raum geblieben sei. Den 2700 SED-Parteitagsdelegierten soll eine schriftliche Fassung mit einem Kirchenteil vorgelegen haben.

Die „DDR"-Kirchenführung zeigt sich über Honeckers Auslassungen nicht besorgt: „Lieber weniger als zu viele öffentliche Streicheleinheiten", lautet dazu ein Kommentar. Dies gilt auch im Hinblick auf kritische Anmerkungen im Westen über ein vermutetes „Zusammenspiel" von Staat und Kirche auf bestimmten außenpolitischen Feldern. Im übrigen habe Staatssekretär Klaus Gysi (SED), ein Vertrauter Honeckers, versichert, es bleibe „alles beim alten".

Der Steuermann der SED-Kirchenpolitik hatte zum Jahresende 1983 im „DDR"-Börsenblatt für den Buchhandel *eine aufschlußreiche*, weil entlarvende Definition der eigentlichen Hintergründe des SED-Kirchenkurses geliefert. Die „DDR"-Kirchen hätten, schrieb er, mit „20jähriger Phasenverschiebung die Endgültigkeit der DDR anerkannt" und fänden „nun auch innerlich zur Republik hin".

Die SED bemühe sich stets, auch gegenüber der Kirche „das Gemeinsame zu finden". Gegenwärtig stehe eine Aufgabe „ganz im Vordergrund": „Das ist der Frieden, der eine gemeinsame Forderung ist. Unsere Friedenspolitik, die Beibehaltung der Hauptaufgabe (Sozialpolitik, die Red.) ... das sind ganz wesentliche gemeinsame Nenner, unter denen sich immer mehr verbündete Kräfte an unserer Seite einfinden. Und dieses lebendige Bündnis wiederum ist zugleich ein ganz wesentlicher Faktor der politischen Stabilität der DDR."

Grüne stellen Gerhard Schröder Bedingungen

dpa, Bonn

„Nicht zum Nulltarif" sei die Unterstützung der Grünen für den SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder im Falle eines Wahlsieges in Niedersachsen zu haben, ließen die beiden Grünen-Landtagskandidatinnen Thea Dückert und Ruth Hammerbacher verlauten. Die grundlegende Forderung sei der „volle Ausstieg aus der Atomenergie". Schröder vollführe mit seiner Haltung zu den Grünen einen „Eiertanz". Der volle Ausstieg sei die „Sollbruchstelle" bei möglichen Gesprächen über eine Zusammenarbeit. Die von der niedersächsischen Regierung angekündigte Über*prüfung* der Kernkraftwerke sei nur ein „Beruhigungsmittel". Die Grünen beobachten seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl einen Zulauf. Nach einem Ergebnis von 6,5 Prozent 1982, sprechen ihnen nach eigenen Angaben jüngste Prognosen für die Wahl in vier Wochen einen Anteil von acht Prozent zu.

STAND●PUNKT / Bedenkzeit für blauen Dunst

Die Schachspieler brauchen noch Bedenkzeit. Die mit Spannung erwartete Redeschlacht (und Entscheidung) über die Frage, ob Schach weiterhin der einzige im Deutschen Sportbund organisierte Sport bleiben soll, bei dessen Ausübung rauchen erlaubt ist, fand auf dem Jahreskongreß des Deutschen Schachbundes in Grafschaft (Hochsauerland) gar nicht erst statt. In einem Jahr wird man weitersehen.

Daß die Spitzen des Schachbundes beim Thema Rauchen das Gruseln kriegen, kann man verstehen. In einigen Landesverbänden toben zwischen Rauchern und Nichtrauchern Konflikte von bisher nicht gekannter Schärfe. Schachbund-Präsident Heinz Hohlfeld, Zigarettenraucher, versichert glaubhaft, er sei neutral und werde sich einem etwaigen Kongreßbeschluß fügen, auf allen offiziellen Turnieren Teilnehmern und Zuschauern das Rauchen zu verbieten. Allerdings sieht er keinen besonderen Sinn darin, die Sache von ganz oben zu entscheiden. Der Schachbund habe es oft mit internationalen Turnieren zu tun. Da sei ein Verbot gar nicht durchsetzbar.

Im Hintergrund dieser Wartetaktik aber steht wohl etwas anderes. Der Schachbund schickt sich gerade zur gewaltigsten Mitglieder-Werbeaktion seiner Geschichte an. Mit einem bundesweit durch eine Agentur vorbereiteten „Schach-Treff" für nichtorganisierte Schachfreunde wird zwischen dem 6. und 8. Juni der Anfang gemacht. Aus 80 000 Vereinsmitgliedern sollen 150 000 werden: Schließlich besitzen bereits 500 000 Bundesbürger einen Schachcomputer. Aber da kann man die Raucher nicht gut von vornherein aussperren. So findet der große Krieg um den blauen Dunst über den Schachbrettern vorerst weiter an der Basis statt.

Hessen setzte als erster Landesverband ein absolutes Rauchverbot für alle offiziellen Turniere und Mannschaftskämpfe mit Beginn der nächsten Saison durch. Einige Vereine dehnten dies auch auf ihre Veranstaltungen aus. Die Folge: Austritte und Austrittsdrohungen wütender Raucher. In Protestbriefen ist von „Kreuzzug" und „Hetzjagd" gegen die Raucher die Rede. Falls der rauchende Turnierspieler tatsächlich für jede Zigarette vor die Tür gehen müsse, verliere er von seinen zweieinhalb Stunden Bedenkzeit fast die Hälfte. Dies sei Wettbewerbsverzerrung. In Nordrhein-Westfalen, wo nach stundenlangen Rededuellen ein ähnlicher Verbotsbeschluß durchkam, formieren sich bereits fast zwei Dutzend Vereine, um alles wieder umzustoßen.

Auf lange Sicht werden die deutschen Schachvereine sich aber entscheiden müssen, wo sie sich verstärken wollen: beim sportlichen Nachwuchs oder beim gemütlich paffenden Mittelalter. Am Ende könnte es zwei Arten von Schachvereinen geben.

J. NEANDER

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Houston, Damen, Finale: Evert-Lloyd – Rinaldi (beide USA) 6:4, 2:6, 6:4.

FUSSBALL

WM-Testspiel: Junior Barranquilla – Uruguay 1:2. – Freundschaftsspiele: Guatemala – Hamburger SV 0:2, RC Buenos Aires – Bayer Leverkusen 2:5, Vitoscha Sofia – Bayern München 2:2.

MOTORSPORT

Formel 1, Grand Prix von Monaco: 1. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche, 1:55:41,060 Stunden, 2. Rosberg (Finnland) McLaren-Porsche, 25,022 Sek. zurück, 3. Senna (Brasilien) Lotus-Renault, 53,646 Sek zurück.

HANDBALL

Europacup der Pokalsieger: Großwallstadt – Barcelona 21:19. – Hinspiel 18:20, Barcelona Cupsieger.

VOLLEYBALL

B-Weltmeisterschaft, Damen, Finalrunde: Deutschland – Italien 3:2, Ungarn – Taiwan 3:0, Bulgarien – Niederlande 3:0. – Deutschland Turniersieger und für die A-WM qualifiziert.

RADSPORT

Giro d'Italia, Prolog in Palermo, 1000 m Zeitfahren: 1. Freuler (Schweiz) 1:08,374 Minuten, 2. Saronni 1:09,397, 3. Milani (beide Italien) 1:09,650.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 2, 0, 1, 0, 1, 0, 0, 1, 1, 0. – 6 aus 45: 1, 7, 8, 17, 27, 43, Zusatzspiel: 41. – **Rennquintett,** Rennen A: 3, 4, 12. – B: 32, 28, 23. (ohne Gewähr)

SPORT-NACHRICHTEN

Silberner Abschluß

Belgrad (sid) – Der Münchner Peter Jupke (28) gewann zum Abschluß der Judo-EM in Belgrad Silber im Fliegengewicht. Im Finale unterlag er dem Ungarn Josef Csak.

Noah besiegte Vilas

New York (sid) – Yannick Noah (Frankreich) gewann das Tennis-Turnier der Meister in Forest Hills. Der Argentinier Guillermo Vilas (33) konnte im Finale nur im ersten Satz mithalten, er verlor 6:7, 0:6.

Heute: Köln – Dortmund

Köln (DW.) – Fortuna Köln und Borussia Dortmund bestreiten heute das erste Relegationsspiel zur Fußball-Bundesliga (Rückspiel Pfingstmontag in Dortmund). Das Spiel wird ab 20.00 Uhr von SAT 1 live übertragen, das ZDF zeigt Ausschnitte (22.05 bis 22.25 Uhr).

Schmid Schiedsrichter

Bamberg (Nea.) – Der Exekutivrat des Weltschachbundes (FIDE) berief den Bamberger Großmeister Lothar Schmid zum Hauptschiedsrichter der Weltmeisterschafts-Revanche zwischen Garri Kasparow und Anatoli Karpow. Der Kampf beginnt am 28. Juli in London und wird ab der 13. Partie in Leningrad fortgesetzt.

Schockemöhle Zweiter

Luzern (sid) – Paul Schockemöhle belegte mit Deister Platz zwei beim Reit- und Springturnier von Luzern. Es siegte der allein fehlerfreie Franzose Pierre Durand auf de Luxe.

Langer rutschte ab

Irving (GAB) – Keinen guten Schlußtag hatte Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) bei der „Byron Nelson Classic" in Irving (Texas). Mit 72+66+66+72=276 Schlägen bei Par 70 langte es nur zum zwölften Rang und 11 057 Dollar. Sieger Andy Bean (USA) kassierte 108 000 Dollar für seine 66+68+67+68=269 Schläge.

Trainerin entlassen

Engelskirchen (sid) – Zwei Tage nach dem Pokalsieg der Frauen hat sich der Handballklub Engelskirchen von Trainerin Sigrid Bierbaum getrennt. Sieben der zehn Spielerinnen hatten sich gegen eine weitere Zusammenarbeit ausgesprochen.

FUSSBALL / Spekulationen nach dem mageren 1:1 gegen Jugoslawien

Gestrichen? Funkel, Gründel, Rolff und Mill bekamen nur Pappkartons

ULRICH DOST, Bochum

Die Entscheidung darüber, welche vier Spieler aus dem 26 Mann umfassenden Kader für die Weltmeisterschaft in Mexiko gestrichen werden, wollte der Teamchef Franz Beckenbauer erst nach dem letzten Testspiel am Mittwoch in Dortmund gegen Holland treffen. Sind jetzt die Namen der vier durch eine organisatorische Panne beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) schon vorzeitig bekannt geworden? Oder war es nur ein Zufall, daß ausgerechnet Heinz Gründel, Wolfgang Funkel, Frank Mill und Wolfgang Rolff nicht jene neuen Taschen für die WM-Ausrüstung bekamen, die ihren 22 Kollegen aber ausgehändigt wurden? Statt dessen bekamen sie die Sachen in schäbigen Kartons. Wolfgang Rolff jedenfalls hat sich im privaten Kreis schon verärgert darüber geäußert, daß es offenbar in der Nationalelf eine Zwei-Klassen-Gesellschaft gibt.

Nun sind Funktionäre bekanntlich zuweilen sehr voreilig, doch ganz ohne Auftrag tun sie auch selten etwas. Hinzu kommt, daß diese vier Spieler tatsächlich zu dem Kreis derer gehören, die auf der Kippe stehen. Zwar versicherte Beckenbauer nochmals energisch, daß er die Entscheidung erst am Donnerstag treffen werde, aber es gibt Anzeichen dafür, daß es diese vier sein könnten.

Für Frank Mill (Mönchengladbach) gab es am Sonntag abend beim 1:1 gegen die Jugoslawen nicht einmal ein Trikot. Die beiden Hamburger Wolfgang Rolff und Heinz Gründel erhielten mit den Nummern 19 und 20 die höchsten Zahlen. Die Chancen für die Stürmer Mill und Gründel dürften sich dadurch verringert haben, daß sich der Bremer Torschütze Rudi Völler (Beckenbauer: „Er ist wieder voll da, auf ihn können wir bauen") wieder in bester körperlicher Verfassung präsentierte und daß auch beim Kölner Pierre Littbarski deutliche Fortschritte zu erkennen waren. Mit Klaus Allofs (Köln) nutzte noch einer seine Chance. Allofs sieht sein Dasein in Mexiko durchaus nicht in der Reservistenrolle.

Mit Karl-Heinz Rummenigge und Dieter Hoeneß wären noch zwei weitere Stürmer im Team. Rummenigge soll mit Völler ohnehin den Paradesturm bilden, Hoeneß kann der Mann für brenzlige Situationen sein, wenn ein Rückstand aufzuholen ist. Auch wenn Karl-Heinz Rummenigge („Ich habe mich im Trainingslager doch etwas übernommen") morgen in Dortmund nicht spielen wird, so hat sich Franz Beckenbauer schon festgelegt: „Er fährt auf jeden Fall mit nach Mexiko. Wir wollen kein Risiko eingehen, erst Ende Mai muß er fit sein." Rummenigge plagt immer noch ein Muskelfaserriß in der Kniekehle, den er sich beim Länderspiel im März gegen die Brasilianer zugezogen hat. Parallelen zu seiner Verletzung (Oberschenkel) bei der WM 1982 in Spanien sieht der Star von Inter Mailand nicht: „Damals habe ich mir die Verletzung in Spanien zugezogen. Jetzt haben wir vorher viel bessere therapeutische Möglichkeiten, um mich wieder gesund zu kriegen."

Die Mannschaft

Deutschland: Schumacher (32 Jahre/67 Länderspiele) – Augenthaler (28/11) – Buchwald (25/7), Förster (27/74), Eder (30/1) – Briegel (30/65), Matthäus (25/40), Herget (30/20), Thon (20/10) – Völler (26/30), Hoeneß (33/4). – **Auswechselspieler:** Berthold (21/11) für Buchwald (46.), Littbarski (26/39) für Herget, Allofs (29/39) für Hoeneß (beide 62.). – **Tore:** 0:1 (Skoro (5.), 1:1 Völler (62.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Nächstes Spiel:** Morgen gegen Holland.

Allein die Ausbootung von Wolfgang Rolff käme überraschend, da der Hamburger bei den letzten Länderspielen immer dabei war. Eher wurde mit einem Verzicht auf seinen Teamkollegen Ditmar Jacobs gerechnet. Nach dem gelungenen Länderspiel-Debüt von Norbert Eder gegen die Jugoslawen durfte der Uerdinger Wolfgang Funkel (noch kein Länderspiel) kaum noch auf die Mexiko-Reise hoffen. Auch hier hat Beckenbauer klare Worte gesprochen: „Eder kann Urlaub in Mexiko machen, mit ein bißchen Bewegung zwischendurch." Und dann fällte er jenes Urteil über den Münchner, was noch jeden Spieler stolz macht: „Er ist halt ein Fußballspieler. Er kann sich sofort anpassen." Frage: Warum hat der Teamchef den 30 Jahre alten Eder nicht schon früher berufen? DFB-Trainer Horst Köppel: „Manchmal ist man hinterher erst schlauer."

Gegen die Holländer soll Matthias Herget wieder Libero spielen – aber Wolfgang Funkel nicht Vorstopper. Felix Magath (Hamburg), in Bochum wegen Achillessehnen-Beschwerden nur Zuschauer, wird in Dortmund den Platz von Olaf Thon (Prellung) einnehmen. Wer immer auch gegen die Holländer auflaufen mag, sicher darf keiner sein, daß er auch beim WM-Auftakt am 4. Juni gegen Uruguay dabei ist. Franz Beckenbauer erinnerte nochmals an seine früheren Worte: „Die Idealelf ergibt sich erst im Laufe eines Turniers."

Wer immer es in Queretaro dann sein wird, Franz Beckenbauer sollte nicht noch einmal den Fehler von Bochum machen, seine Mannschaft fast ausschließlich mit Kämpfern (Ausnahme Thon, Herget, Völler) zu besetzen, die enorme Schwierigkeiten mit dem Ball haben. Sepp Piontek, der deutsche Trainer der dänischen Nationalmannschaft, urteilte als Beobachter im Ruhrstadion: „Mit diesem kämpferischen Einsatz können die Deutschen in der Höhe von Mexiko nicht spielen, da werden sie mit ihrer Spielweise große Schwierigkeiten bekommen." Auch die Dänen zählen zu den Vorrunden-Gegnern der deutschen Mannschaft.

Es fehlt immer noch die spielerische Klasse im Team von Franz Beckenbauer. Den Rennern und Kämpfern geht in Mexiko nach einer halben Stunde die Luft aus. In Mexiko muß Fußball gespielt werden. Die Stärke und die Raffinesse eines Spielers am und mit dem Ball werden ausschlaggebend sein, nicht seine Ausdauerwerte.

Wenn Franz Beckenbauer sagt, daß er mit der Vorstellung von Bochum sehr zufrieden ist, dann kann er damit lediglich die kämpferische Einstellung gemeint haben. Doch damit allein lassen sich keine WM-Erfolge holen. Spieler, die mit dem Ball umgehen können wie Magath, Thon, Littbarski, Allofs, Herget oder Völler gehören ins Team. Zu viele von der harten Sorte wie Augenthaler, Buchwald, Förster oder Jacobs darf es nicht geben. Ein Briegel reicht durchaus.

AMATEURBOXEN

Auch Reiner Gies steht schon im Viertelfinale

sid/dpa, Reno

Der Erfolg kommt überraschend, da fällt es schwer, nicht in euphorische Stimmung zu verfallen. Mit Reiner Gies aus Kaiserslautern hat der vierte Amateurboxer aus der Bundesrepublik das Viertelfinale bei den Weltmeisterschaften in Reno/Nevada erreicht, nur zwei sind bisher ausgeschieden, Markus Bott kämpfte erst in der Nacht zum Dienstag. Dennoch dämpfte Heinz Birkle, der Vizepräsident des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV), alle überzogenen Erwartungen: „Das Siegessoll ist fast erfüllt. Vier von sieben Boxern im Viertelfinale – das ist schon sehr viel. Medaillen sind aber noch nicht in Sicht. Wenn unsere Jungs jetzt verlieren, wäre das angesichts der Stärke ihrer nächsten Gegner normal."

Leichtgewichtler Reiner Gies war mit sich zufrieden. Der Militär-Weltmeister hatte den Kampf gegen den Pariser Soldaten Eric Tormos fast immer auf der langen Distanz bestimmt. „Ich kann mich noch steigern", sagte Gies nach dem 4:1-Punktsieg. Das wird auch notwendig sein. Nächster Gegner ist der 19 Jahre alte Junioren-Europameister Orsubek Nasarow aus der UdSSR. Bundestrainer Helmut Ranze: „Reiner sollte heute kein Risiko eingehen. Gegen den Russen hat er es sehr schwer, der ist technisch gut, schnell und für unseren langen Gies fast zu klein."

Je näher in Reno das Finale rückt, um so deutlicher zeigt sich hinter den Kulissen, daß kleine Geschenke die Freundschaft erhalten sollen: DABV-Sportwart Spindler verteilte Plaketten und goldene Handschuhe an verdiente Punktrichter. Kubas Cheftrainer Alcides Sagarra schenkte Souvenirs von der Zuckerinsel. Und der sowjetische Kampfrichter lud seine Kollegen zu einer Kaviar- und Wodka-Fête ins Hotel ein, bei der jeder eine Bernsteinkette für die Ehefrau daheim mitnehmen konnte. Hintergrund dafür, daß manches Punkturteil bereits Kopfschütteln hervorgerufen hat?

Nach der Hälfte der Kämpfe führt in der inoffiziellen Länderwertung eindeutig Kuba mit 14 Siegen und keiner Niederlage vor Bulgarien (10/1), der „DDR" (9/2), der UdSSR (8/3) und der Bundesrepublik (6/2) und Venezuela (6/4).

„Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!"
Markus 12,13

Nach einem begnadeten und erfüllten Leben rief Gott der Herr heute

Dr. phil. Karl-Heinrich Panhorst

Botschafter a. D.

Inhaber des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland; des Komturkreuzes mit Stern des hl. Gregorius des Großen; der Großoffizierkreuze von Peru, Chile, Kuba, Mexiko, Guatemala und anderer hoher Auszeichnungen

zu sich in den ewigen Frieden.

Seine vom christlichen Glauben getragene Persönlichkeit machte jede Begegnung mit ihm zu einem beglückenden Erlebnis. Er war ein Mann mit Herz, voller Ideale und konnte immer wieder begeistern.

In Dankbarkeit und Liebe nehmen wir von ihm Abschied.

Im Namen der Angehörigen und Freunde
Hete Wellhausen

5300 Bonn-Bad Godesberg, Ubierstr. 13, den 10. Mai 1986

Die Exequien finden statt am Donnerstag, dem 15. Mai 1986, um 13 Uhr in der Krankenhauskapelle Brühl, Mühlenstraße 21.

Die Beerdigung erfolgt anschließend um 14 Uhr von der Trauerhalle des Friedhofes Brühl, Bonnstraße, aus.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Großvater hat uns verlassen.

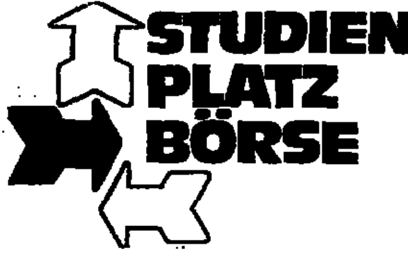
Dr. Werner Mettke

Verwaltungsgerichtspräsident i. R.

* 23. 1. 1909 † 10. 5. 1986

In großer Trauer: **Gertraude Mettke** geb. Buchert
Thomas und Maria Mettke
Michael und Anni Mettke
Franziska Blank geb. Mettke
Dr. Zoran Milosavljevic
Dorothea Mettke
Anja, Ina, Melanie, Katharina, Marika, Michael

8045 Ismaning, den 10. Mai 1986
Freisinger Straße 67



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1986/87

Humanmedizin
3. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Lübeck
2 Aachen	Kiel
3 Aachen	Münster
4 Aachen	München
5 Aachen	München
6 Aachen	Ulm
7 Berlin	Freiburg
8 Berlin	Marburg
9 Berlin	München
10 Essen	Münster
11 Essen	München
12 Essen	München
13 Essen	Ulm
14 Erlangen	München
15 Erlangen	München
16 Frankfurt	Göttingen
17 Frankfurt	Marburg
18 Frankfurt	Tübingen
19 Freiburg	München
20 Freiburg	München
21 Gießen	Düsseldorf
22 Gießen	Erlangen
23 Gießen	Lübeck
24 Gießen	Kiel
25 Köln	Tübingen
26 Mannheim	Köln
27 Marburg	Lübeck
28 Marburg	Münster
29 Münster	München
30 Mainz	Düsseldorf
31 Mainz	Essen
32 Mainz	Frankfurt
33 Mainz	Freiburg
34 Mainz	Köln
35 Mainz	München
36 Würzburg	Düsseldorf

Humanmedizin
4. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Berlin
2 Aachen	Freiburg
3 Aachen	Hamburg
4 Aachen	Tübingen
5 Aachen	Ulm
6 Bonn	Erlangen
7 Bonn	Freiburg
8 Bonn	München
9 Bonn	München
10 Essen	Bonn
11 Essen	Berlin
12 Essen	München
13 Essen	München
14 Erlangen	Freiburg
15 Erlangen	Heidelberg
16 Gießen	Mainz
17 Göttingen	Freiburg
18 Göttingen	München
19 Heidelberg	Hannover
20 Köln	Essen
21 Köln	München
22 Köln	München
23 Marburg	Aachen
24 Marburg	Freiburg
25 Münster	Göttingen
26 Mainz	Erlangen
27 Mainz	München
28 Saarbrücken	Freiburg
29 Saarbrücken	Heidelberg
30 Saarbrücken	Mannheim
31 Saarbrücken	München
32 Saarbrücken	Mainz
33 Tübingen	Heidelberg
34 Tübingen	Hamburg
35 Tübingen	Lübeck
36 Tübingen	Mannheim
37 Tübingen	Mainz

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1986

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

„Einheitsfront“ gegen Atomkraft

Wackersdorf wird für die ÖVP zum Problem / Die Angst der Parteien vor den Grünen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat in Österreich – dem einzigen Land Europas und vielleicht der Welt, wo ein „Atomsperrgesetz“ die Inbetriebnahme eines bereits fertiggestellten Kernkraftwerkes seit Jahren verbietet – *zu einer* anti-atomaren Einheitsfront quer durch alle Parteien geführt. In der SPÖ, deren damaliger Bundeskanzler Kreisky bei einer Volksabstimmung über das bei Wien gelegene AKW Zwentendorf eine erste Niederlage einstecken mußte, *überlegt man sich, wie man den* Passus über die friedliche Nutzung der Kernenergie möglichst schnell und unauffällig aus dem sozialistischen Parteiprogramm wieder entfernen kann.

Heilfroh die Volkspartei

In der ÖVP, in der man seinerzeit die Ablehnung des Atomkraftwerks bei Wien als Rammbock gegen den scheinbar unerschütterlichen Bruno Kreisky erfolgreich einsetzte, ist man inzwischen heilfroh, daß die Mehrheit in der Volkspartei (immerhin: es handelt sich um die österreichische „Schwester“ der CDU/CSU) auch bisher schon ein mehr oder weniger deutliches Nein gesagt hat.

Jetzt allerdings haben zwei Ereignisse den „Atomgegnern“ in beiden großen österreichischen Lagern Auftrieb gegeben: Die Reaktorkatastrophe in der Ukraine und – wahrscheinlich damit im Zusammenhang, das bemerkenswerte Abschneiden der „grünen“ Präsidentschaftskandidatin Freda Meissner-Blau im ersten Wahlgang am 4. Mai. Bei einer Meinungsumfrage am 2. Mai sprachen sich 77 Prozent gegen eine friedliche Nutzung der Atomenergie in Österreich und für ein Abwracken des still vor sich hindämmernden Atomkraftwerks Zwentendorf aus. Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ), der offenbar lange Zeit hoffte, die Anti-Atom-Entscheidung lasse sich eines Tages revidieren, trat nach Tschernobyl, wenn auch in gewundenen Worten, für einen endgültigen Schlußstrich ein. Ebenso scharf äußerte sich ÖVP-Chef Alois Mock: Im Parteivorstand paukte er ein absolutes Nein durch, verbunden mit der Aufforderung an die Regierung, das AKW westlich von Wien „abwracken“ zu lassen.

Auch die beiden für die Stichwahl übriggebliebenen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim (ÖVP) und Kurt Steyrer (SPÖ) traten vehement gegen Zwentendorf auf. Den Sozialisten fällt es noch schwerer als der ÖVP, sich vom „friedlichen Atom“ loszusagen, denn ein erheblicher Teil sozialistischer Stammwähler, vermutlich aus der Industriearbeiterschaft, ist eindeutig für die Atomkraft. Aber den beiden großen Parteien sitzt inzwischen das grüne Gespenst im Nacken. Alles spricht dafür, daß die österreichischen Grünen nach dem Erfolg der Präsidentschaftskandidatin ihres Lagers nun auch den Einzug ins nächste Parlament schaffen werden.

Konflikt mit Bayern?

Und die Rechnung könnte lauten: je weniger grüne Anliegen von den etablierten Parteien abgedeckt werden, desto größer werden die Stimmenverluste an die neue Gruppierung sein.

*Für die ÖVP wird nun die Aufbe*reitungsanlage Wackersdorf in Bayern zum Problem – denn zwischen der CSU und vor allem der Salzburger ÖVP unter Landeshauptmann Wilfried Haslauer braut sich ein schwerer Konflikt zusammen. Die ÖVP ist gegen Wackersdorf – erstens weil man in Salzburg Angst hat, ein Unfall in der bayerischen Anlage müsse die Festspielstadt ruinieren. Und zweitens weil man selber unter dem Druck von Bürgerinitiativen und Grünen steht.

Mulroney fragt in Peking nach Menschenrechten

AFP. Peking

Der kanadische Ministerpräsident Brian Mulroney hat bei seinem offiziellen Besuch in Peking die Regierung direkt auf Fragen der Menschenrechte – insbesondere jene der politischen Gefangenen – in China angesprochen. Vor allem das Thema inhaftierter katholischer Priester erörterte Mulroney. Er fände es, so der kanadische Ministerpräsident, „nicht normal“, wenn der Vertreter eines demokratischen Landes solche Probleme nicht aufwerfe, die „unter Freunden“ erörtert werden könnten. Das Thema sei „direkt, realistisch und ernsthaft“ zur Sprache gekommen. Bislang haben ausländische Spitzenpolitiker in China zu solchen Fragen nur selten öffentlich Stellung genommen.

Nach Berichten der Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International“ sind allein in Shanghai zehn katholische Priester und Bischöfe inhaftiert, von denen die meisten älter als 70 Jahre alt sind. Personen, die in der Zeit des „Pekinger Frühlings“ (1979 und 1980) die Demokratisierung des Regimes gefordert hatten, verbüßen lange Haftstrafen wegen „konterrevolutionärer Verbrechen“. Die Pekinger Führung betrachtet die Frage der Menschenrechte als eine innenpolitische Angelegenheit.

Mulroney erläuterte ferner, bei seinen Gesprächen in Peking sei weitgehende Übereinstimmung erzielt worden über Konflikte wie Afghanistan und Kambodscha. Die chinesische Seite habe auf die „sowjetische Einmischung in der Region“ verwiesen, für die Kambodscha ein „klassisches Beispiel“ sei.

Mulroney unterzeichnete während seines Besuchs ein Abkommen über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen China und Kanada. *Er kündigte außerdem* an, daß Peking einen zinslosen Kredit in Höhe von 252 Millionen Dollar vor Ottawa erhält. Die kanadische Wirtschaftshilfe für China soll verdoppelt auf 144 Millionen Dollar werden. Weiter wurde die Eröffnung eines kanadischen Generalkonsultats in Shanghai vereinbart.

Der kanadische Ministerpräsident kündigte an, daß er Menschenrechts-Fragen auch mit der Regierung in Seoul besprechen wolle. Mulroney wird sich bis Donnerstag zu einem offiziellen Besuch in Südkorea aufhalten.

Afghanische Widerstandskämpfer sehen Ansätze für eine politische Lösung

Kreml scheint nach sechsjährigem Krieg bereit für Veränderungen / Verhandlungserfolge in Genf

WALTER H. RUEB, Bonn

Die Ablösung Babrak Karmals vom höchsten Parteiamt in Kabul wird auch in Kreisen afghanischer Widerstandskämpfer als ein Indiz gewertet, daß die *Kreml-Führung zu* einer politischen Lösung des Konflikts bereit scheint. Nach sechsjährigem Krieg mit anderthalb Millionen Toten, fünf Millionen geflohenen Afghanen und Milliarden-Ausgaben ohne nennenswerte Erfolge am Hindukusch deutet die Einsetzung des bisherigen Geheimdienst-Chefs Mohammad Nadschibullah als neuer Vorsitzender der Demokratischen Volkspartei Afghanistan auf eine bevorstehende Veränderung hin.

Karmal stand im Wege

„Mit Karmal an der Spitze der verhaßten und nach wie vor tief zerstrittenen kommunistischen Partei ist eine Atmosphäre des politischen Dialogs zwischen den im Lande verbliebenen und jenen im Exil lebenden Gruppen von Afghanen unmöglich“, sagte ein prominenter Exilpolitiker gegenüber der WELT. „Karmal ist die Symbolfigur von Hinwendung und Verrat an die Russen. Er steht einer politischen Lösung im Wege. Zudem ist er auf allen Gebieten gescheitert: Er vermochte die Flügelkämpfe in seiner Partei nicht zu beenden, nur wenige Anhänger um sich zu scharen, und er erwies sich im Kampf gegen den Widerstand als erfolglos.“

Nadschibullah ist nach Ansicht der Sowjets Garant einer funktionierenden politischen Lösung. „Sind erst die Russen abgezogen, bedarf es einer starken Hand“, verlautete aus Kreisen des afghanischen Widerstands. „Dann müssen die ausgehandelten Bedingungen überwacht, vor allem die eingebauten Sicherungen für den Erhalt des etablierten Regimes in Kabul verteidigt werden. Wer könnte dies wirksamer als der ehemalige Geheimdienstchef tun?“

Ein weiteres Indiz für eine mögliche politische Lösung des Konflikts sehen die Beobachter in der auffälligen Zunahme der Kampftätigkeit in vielen Teilen Afghanistans und im Terror gegen die Zivilbevölkerung. Ein afghanischer Exilpolitiker: „Vor dem Abzug aus Afghanistan wollen die Russen noch möglichst viele Positionen erobern, die hinterher das Regime festigen.“

In Washington hieß es, man messe dem Wechsel in Kabul keine Bedeutung bei. Genau dies wird von Beobachtern als ein weiteres Indiz für eine politische Lösung bezeichnet. „Die USA wollen die Verhandlungen des Schlüsselpunkts in Genf nicht erschweren.“ Wie aus Genf und Islamabad verlautete, wurden in den bisherigen Verhandlungsrunden in der Schweiz zwischen Afghanistan und Pakistan in mehreren Punkten Lösungsvorschläge erarbeitet, ja Einigung erzielt.

Verhandlung über Abzug

So ist die friedliche Rückführung aller Flüchtlinge in ihre Heimat, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes und die Frage der Garantien für die künftige Neutralität Afghanistans sind vom Tisch.

Über den Abzug der 150 000 Sowjetarmisten aus Afghanistan und damit über den letzten Streitpunkt soll noch in diesem Monat Einigung erzielt werden – obwohl in Moskau nach wie vor von einer Frist von 24 bis 36 Monaten für den Abzug gesprochen, in Islamabad und beim Widerstand aber von einer weit kürzeren Frist geträumt wird.

Gedemütigte Geliebte verriet Terroristen

JOCHEN LEIBEL, Paris

Eine eigentlich sehr banale Schlägerei zwischen zwei Verliebten hat in der ostfranzösischen Stadt Nancy zur Verhaftung eines gefährlichen Terroristen geführt. Der Festgenommene ist ein seit Jahren in Frankreich lebender Tunesier, der im Polizeiverhör zugegeben hat, für drei Bombenanschläge in den vergangenen Jahren *verantwortlich zu sein.*

Der 25 Jahre alte Terrorist gestand ein, im Dezember 1983 in London eine Bombe im Kaufhaus Marks and Spencer gelegt zu haben, die schwere Sachschäden verursachte. Ein zweiter Anschlag im Jahr 1985, diesmal *gegen die Pariser* Filiale der britischen Kaufhauskette, forderte ein Todesopfer und zwölf Verletzte. Zwischen diesen beiden Anschlägen ließ der Tunesier eine Bombe vor den Pariser Büros der israelischen Leumi-Bank hochgehen.

Im Polizeiverhör gab der verhaftete Habib Maamar zu, für seine Terroraktionen ein regelrechtes „Gehalt“ bezogen zu haben. Noch nicht identifizierte Auftraggeber in der iraki*schen Hauptstadt* Bagdad *ließen ihm* jeden Monat 3000 Dollar zukommen. Maamar flog sehr oft in die irakische Hauptstadt, um dort seine Befehle persönlich in Empfang zu nehmen.

Die Festnahme des Terroristen ist reiner Zufall. Maamar lebt seit Jahren in der ostfranzösischen Stadt Nancy mit einer jungen Algerierin zusammen, von der er auch ein Kind hat. Das Paar stritt sich häufig, und der Tunesier schlug dann immer wild auf die Mutter seines Kindes ein. In der vergangenen Woche kam es wieder *einmal zu einer solchen Schlägerei.* Die junge Algerierin schrie dabei so laut, daß Nachbarn die Polizei riefen. Maamar wurde wegen Körperverletzung festgenommen und kam in Untersuchungshaft. Einen Tag später „packte“ seine Lebensgefährtin aus. Sie berichtete, daß sie kurz vor Weihnachten 1983 mit Maamar nach London geflogen sei. Als die junge Frau abends im Hotelzimmer die TV-Nachrichten mit den Berichten über das *Bombenattentat* auf das Kaufhaus Marks and Spencer sah, soll Maamar selbstzufrieden zu ihr gesagt haben: „Der Bombenleger, das bin ich.“ Nach der Rückkehr des Paares nach Frankreich habe ihr Maamar dann gestanden, daß dieser Anschlag nur einer von vielen „Aufträgen“ sei, die er übernommen hätte.

Die französische Polizei hörte sich den Bericht der jungen Frau anfangs ungläubig an. Als sie auch Einzelheiten erzählte, die bis dahin nicht in der Presse erschienen waren, wurden *Terror-Spezialisten* eingeschaltet. Vor ihnen legte Habib Maamar dann ein volles Geständnis ab. In der Wohnung des Tunesiers in Nancy entdeckten die Kriminalisten „große Mengen“ Sprengstoff. Maamar war offensichtlich von seinen Auftraggebern schon für weitere Terroranschläge engagiert. (SAD)

„DDR“ auf der Anklagebank

Internationale Arbeitsorganisation rügt Diskriminierung im Berufsleben

AP/DW. Genf

Kritische Fragen an die *„DDR“* über die Einhaltung international vereinbarter Normen beim Arbeits- und Sozialrecht stellt der neueste Expertenbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). In dem Kapitel über die Anwendung der Konven*tion gegen die Diskriminierung* stellt der Expertenausschuß fest, verschiedene in der „DDR“ praktizierte Anstellungskriterien schienen mit den Bestimmungen dieses von der „DDR“ 1975 ratifizierten Abkommens unvereinbar zu sein.

Die von dem früheren *Obersten* Richter Nigerias, Adetokunbo Ademola, geleitete Kommission, der Juristen aus 20 Nationen angehören, führt unter anderem an, daß die Examensordnung an den „DDR“-Universitäten eine Persönlichkeitsbeurteilung verlangt, *die* unter Mitwirkung der Staatsjugend FDJ angefertigt wird.

Die Juristen bemerken weiterhin, daß nach einer Verordnung aus dem Jahre 1978 ein „hohes politisches Bewußtsein“ und eine „verantwortungsbewußte parteiische Haltung“ Voraussetzung für die Zulassung zu Forschungsarbeiten sei.

Es scheine dem Ausschuß, daß verschiedene dieser Kriterien „unvereinbar sind mit einer Politik, die jegliche Diskrimierung aus politischen oder gesellschaftlichen Gründen ausschalten soll“. Der Bericht zitiert ebenfalls einen Artikel aus der „DDR“-Fahrschulverordnung, wonach nur dieje*nigen Fahrlehrer eine Lizenz erhalten* dürfen, die über entsprechende „politische, pädagogische und berufliche Qualifikationen verfügen“. Die „DDR“ werde aufgefordert, sich zu der Frage zu äußern, warum politische Eignung für die Ausübung des Fahrlehrerberufs erforderlich ist, und mitzuteilen, welche Maßnahmen getroffen würden, um die Beachtung der ILO-Konvention in diesem Punkt zu gewährleisten.

Schließlich wird von den Experten auch kritisiert, daß eine Resolution des Zentralkomitees der SED über die Anstellung von Funktionären „bedingungslose Treue zur arbeitenden Klasse und ihrer Partei“ verlange. Diese Forderung habe inzwischen in mehreren Verordnungen ihren Niederschlag gefunden, die politische Eignung für Apotheker, Anwälte und Mitglieder der Akademie der Wissenschaften verlange.

Der Bericht, der sich auf insgesamt 368 Seiten mit der Einhaltung von ILO-Konventionen in zahlreichen Signatarstaaten befaßt, soll der im Juni beginnenden Internationalen Arbeitskonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Vertreter der UdSSR *und Polens distanzierten sich* von dem Befund des Ausschusses.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Volk, Nation und Staat

„Tu felix Austria doce“: WELT vom 24. April und Leserbrief „Trugschlüsse“: WELT vom 2. Mai

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Ihr ausgezeichneter Leitartikel zeigt ein Problem auf, das man auch mit der trefflichen Kritik Dr. Hupkas an bundesdeutschen Historikern messen kann.

Sie schreiben sehr richtig, daß Österreich in gewissem Sinne einen neuen Anschluß an Deutschland erlebt hat. „Nicht an das Deutsche Reich, sondern an das deutsche Schicksal, dem man glaubte entkommen zu sein ... Die Auseinandersetzung um Waldheim hat die glückhaft *verdrängte Identitätsfrage* Österreichs aufgeworfen.“

Wenn 1980 nach Meinungsumfragen 67 Prozent der Österreicher – anerkennenswerterweise! – eine staatliche Eigenständigkeit bejahen, so darf daraus eben nicht der falsche Schluß gezogen werden, daß dies eine bewußte Loslösung aus dem Verband der deutschen Nation bedeute.

Österreich-Ungarn wußte zwischen Nationalität und Staatsangehörigkeit zu unterscheiden. Das Staatsbewußtsein in der Bundesrepublik Österreich führt heute ebensowenig wie in der Vergangenheit zu einer eigenen Nation. *Nicht nur* Franz Joseph I. hat Erzherzog Karl im Jahre 1859 als „Kämpfer für Deutschlands Ehre“ am Wiener Heldenplatz gewürdigt, auch der Alpenverein und der „Deutsche Fußballbund“ haben sich vor dem Ersten Weltkrieg einheitlich über zwei Völkerrechtssubjekte hinweg organisiert.

Einer „österreichischen Nation“ ermangelt es an einer eigenen Sprache und einem eigenen Volk. Aus einer Staatsbezeichnung kann niemals ein neues Volk entstehen. *Bei Fortdauer der deutschen Teilung* von 1945 wäre eine „österreichische Nation“ ein gefährliches Präjudiz für Mitteldeutschland.

Wie schrieb doch Dr. Hupka? – „Ein Historiker sollte in historischen Kategorien denken und nicht von Aktualitäten besessen voreilig urteilen, vor allem sollte er dem Willen eines Volkes und dem Recht die Handlungsfähigkeit nicht absprechen ...“

Mit freundlichen Grüßen
Roland Schnürch,
Düsseldorf 13

Materialisten

„Pankraz, die Freiheit und die Gehirnforscher“: WELT vom 28. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Pankraz schreibt, sind die Materialisten unter den Gehirnforschern davon überzeugt, daß es eine menschliche Willensfreiheit gar nicht gibt. Diese Leugner der Freiheit menschlichen Willens fordern für sich aber Freiheit der Wissenschaft. Dafür jedoch *ist* eine freie Willensentscheidung unentbehrlich, und die gibt es nach Ansicht dieser Leute nicht. Somit kann es für sie auch keine Freiheit der Wissenschaft geben.

Die Widersprüchlichkeit des Denkens resultiert aus einem hohen Maß an Menschenverachtung und eitler Selbstüberschätzung. Würde man die Maximen auf die Propagierer selbst anwenden, stünde die Willensfreiheit des Menschen nicht mehr in Frage.

Da sich diese Leute als Materialisten bezeichnen und als solche keine moralischen Maßstäbe und Schranken anerkennen, müßte ihnen das Handwerk gelegt werden. Es ist verdienstvoll von Pankraz, dem Leser diese Dinge zur Kenntnis gebracht zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jürgen Markert,
Dülmen

Überdüngter Boden

Am Schluß seines Artikels über den Agrarmarkt der EG „Wenn das Korn feucht wird“ (WELT v. 26. 4.) stellt H. J. Mahnke zu Recht fest, daß eine eigentliche Perspektive nicht aufgezeigt wird.

In diese Perspektive muß auch die Umweltproblematik mit einfließen. Es ist bekannt, daß viehstarke Betriebe ihre Böden derart hoch mit Gülle belasten, daß Sickerwasser, Grundwasser, Oberflächenwasser und Atmosphäre verschmutzt werden. Ein normaler Boden kann je Hektar die Gülle von ca. drei Großvieheinheiten, das sind etwa drei Kühe, umsetzen. Alles, was darüber hinaus an Gülle ausgebracht wird, kann von dem Boden nur ungenügend zurückgehalten und von den angebauten Pflanzen nur unzureichend verwertet werden. In Norddeutschland, Holland und Belgien aber gibt es zahlreiche Betriebe, die je Hektar weit mehr als drei Großvieheinheiten halten.

Hier kann nur Abhilfe geschaffen werden, indem man die Viehzahl je Fläche begrenzt, etwa auf drei Großvieheinheiten je Hektar. Wenn man heute vorschlägt, Flächen stillzulegen, dann werden in erster Linie die ökologisch vertretbar wirtschaftenden Betriebe betroffen, während die Umweltverschmutzer überleben. Begrenzt man dagegen die Viehzahl pro Fläche, dann wird die Überproduktion deutlich zurückgehen, die Umwelt verbessert, und Landwirten, die ökologisch orientiert wirtschaften, wird geholfen. Es wird Zeit, daß diese Zusammenhänge von Politikern und Landwirten gesehen und berücksichtigt werden.

Dr. Konrad Mengel,
Professor für Pflanzenernährung an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Partnerschaft

„Eine Reise nach Polen oder: Briefe an den Präsidenten“: WELT vom 24. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren ausführlichen Bericht, wonach ein Schulchor aus Husum in der Volksrepublik Polen war und besonders gut aufgenommen wurde. Diese Schüler haben ihre Eindrücke an den Präsidenten auf Karten geschrieben und ihm u. a. mitgeteilt, daß Vorurteile abgebaut und neue Kontakte geknüpft werden konnten. Es sei der Wunsch der Schüler, solche Partnerschaften zwischen Schulen aus Ost und West zu fördern.

Auch wir wünschen uns eine deutsch-polnische Freundschaft, insbesondere ein deutsch-polnisches Jugendwerk wünscht sich die Schlesische Jugend schon seit langer Zeit. Dies hat der Bundesvorsitzende bei der Feierstunde 35 Jahre Schlesische Jugend erneut zum Ausdruck gebracht, ebenso der Bundeskanzler in seiner Rede zum Schlesiertreffen in Hannover.

Wann wird mit diesem Jugendwerk begonnen?

Mit freundlichen Grüßen
Michael Ferber,
Jugendreferent
Schlesische Jugend, Bonn

Wort des Tages

„Der platte Mensch beurteilt alle anderen Menschen wie Menschen, behandelt sie aber wie Sachen und begreift durchaus nicht, daß sie andere Menschen sind als er.“

Friedrich Schlegel, deutscher Kulturphilosoph (1772–1829)

Brief aus USA

Vor ein paar Tagen sahen wir im Fernsehen in den USA Horden von Deutschen mit Schildern und Plakaten marschieren. Auf den Schildern waren antiamerikanische Slogans geschrieben und eine Gruppe verbrannte sogar die amerikanische Fahne.

Präsident Reagan und die amerikanische Regierung hatten Libyen angegriffen, um Khadhafi klarzumachen, daß seine gemeinen und feigen Angriffe in der freien Welt auf Amerikaner (bei denen oft andere Nationalitäten nebenbei sterben), nicht mehr toleriert werden. Ich bin keine Politikerin, aber ich bin eine Deutsch-Amerikanerin, die sich in den letzten Tagen bis in die letzte Faser ihrer Seele geschämt hat.

Mein Sohn dient zur Zeit beim Militär. Er ist 19 Jahre alt, und er ist fast sicher, daß er innerhalb der nächsten vier Jahre entweder in Europa oder anderswo im Ausland Dienst leisten wird. Seine Großmutter, seine Onkel und Tanten, seine Nichten und Neffen wohnen in Deutschland. In der Bundesrepublik, frei und wirtschaftlich gemütlich, in der Lage zu reisen, *wohin sie wollen, und den Kandida*ten zu wählen, der ihnen am sympathischsten ist. Als deutsche Mutter eines jungen Amerikaners bin ich stolz darauf, daß mein Sohn bereit ist, auch für die Freiheit meines alten Vaterlandes Dienst zu leisten.

Wo sind denn die Demonstranten, wenn die Sowjetunion die afghanische Bevölkerung systematisch ermordet und die Bevölkerung dieses Landes seit der sowjetischen Invasion von 18 Millionen auf 9 Millionen reduziert worden ist? Ja, Präsident Reagan hat Libyen mit Bomben beworfen. Vielleicht hätte es einen besseren Weg gegeben. Aber was ich hier zur Aussprache bringen will, ist die schnelle Bereitschaft so vieler Deutschen, die USA zu beschimpfen und gegen sie zu protestieren. Die Mauer steht jeden Tag da, alle können sie sehen, und alle wissen, was die Mauer repräsentiert: das Ende der Menschenrechte, das Ende von persönlicher Freiheit.

Ich glaube, daß es notwendig ist für die freie Welt, zusammen gegen die kommunistische Bedrohung zu stehen, daß auch die Deutschen bereit sein müssen, für die Freiheit zu kämpfen und für sie Opfer zu bringen. Falls wirklich die meisten Deutschen glauben, dieses ohne unsere Hilfe zu können, dann bin ich schon dafür, daß mein Sohn zu Hause bleibt, daß wir unsere Basen schließen, unsere Waffen nach Hause bringen und daß Deutschland dann für sich selber sorgen kann und wir uns ohne die Deutschen gegen Angriffe auf unsere Freiheit verteidigen.

Karin Quigley,
Auburn, California, USA

Personen

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Lothar Ledderose** vom Kunsthistorischen Institut der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf die Professur für Chinesische *Kunstgeschichte an der* Stanford University erhalten.

*

Dr. **Helmut Sihler**, Vorsitzender der Geschäftsführung des Düsseldorfer Chemieunternehmens Henkel und Vizepräsident des Verbandes der Chemischen Industrie, wurde Honorarprofessor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Schon seit 1979 hält Sihler dort an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Vorlesungen über Marketing und Unternehmensforschung.

EHRUNGEN

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. **Volkmar Köhler**, ist jetzt während eines *offiziellen* Besuches in der an der westafrikanischen Küste gelegenen Volksrepublik Benin von Staatspräsident **Mathieu Kerekou** mit dem „Großoffizierskreuz des nationalen Verdienstordens“ ausgezeichnet worden. Mit der Verleihung des höchsten Ordens seines Landes, so der Präsident, würdige Benin die großen Verdienste Köhlers bei dem Ausbau der deutsch-beninischen Beziehung.

*

Professor **Klaus von Klitzing**, Nobelpreisträger für Physik 1985, erhielt mit 55 anderen schwäbischen und badischen Landeskindern aus den Händen von Ministerpräsident **Lothar Späth** die goldene Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. Unter den Ordensträgern waren auch Landesfinanzminister **Guntram Palm**, der langjährige Ulmer Oberbürgermeister **Hans Lorenser** und der Freiburger Verleger **Hermann Herder**.

*

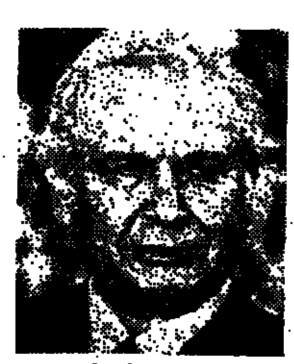
Mit der höchsten Auszeichnung des Behinderten-Sportverbandes Nordrhein-Westfalen ist Professor Dr. **Herbert Grünewald**, Aufsichtsratsvorsitzender der Bayer AG, für seine besonderen Verdienste um die Förderung des Behindertensports ausgezeichnet worden.

*

Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** wird der siebente Träger der „Pfingstrose in Gold“. Die Auszeichnung wird seit 1980 vom Fremdenverkehrsverein Rodach an diejenigen verliehen, die sich um die Förderung des Thermalbads bei Coburg verdient gemacht haben. Die Verleihung an den Regierungschef wird damit begründet, daß es der Freistaat durch die Bereitstellung von Mitteln ermöglicht habe, das Thermalbad zum Nutzen des Grenzlandes zu errichten. Die Auszeichnung *soll im Juni* während eines Festakts zum zehnjährigen Bestehen der Therme überreicht werden.

GEBURTSTAGE

Eine der Symbolfiguren des jüdischen Staates feiert am Freitag ihren 70. Geburtstag: Der Biophysiker **Ephraim Katzir** verkörpert als Wissenschaftler und Politiker die Gründergeneration Israels, die sich durch eine beeindruckende Verknüpfung von intellektueller Brillanz und politischer Kampfbereitschaft auszeichnet. Weltweiten Respekt und Popularität zu Hause erwarb sich der 1916 in Kiew geborene Katzir zwischen 1973 bis 1978 als israelischer Staatspräsident.



Ephraim Katzir

*

Professor Dr. **Günther Debon**, Direktor des Sinologischen Seminars der Universität Heidelberg, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Debon hat in München Chinesisch, Mandschurisch und Japanisch studiert. Nach Tätigkeitsjahren in Köln erhielt er 1968 einen Ruf nach Heidelberg. Aus Debons wissenschaftlichen Monographien zur klassischen Sinologie ragen hervor: „Ts'ang Lang's Gespräche über die Dichtung“, „Grundbegriffe der chinesischen Schrifttheorie“ und „Lob der Naturtreue“. Besonders einfühlsam sind Debons Nachdichtungen chinesischer und japanischer Lyrik.

*

Der Senior des Erlanger Öffentlichkeitsrechts, Professor Dr. **Klaus Obermayer**, feierte seinen 70. Geburtstag. Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte er in München Jura. Danach war er im Dienst des bayerischen Landeskirchenrates und neun Jahre im bayerischen Staatsministerium des Innern tätig. 1956 wurde er mit einer Arbeit über das Thema „Verwaltungsakt und der innerdienstliche Rechtsakt“ promoviert; zwei Jahre später habilitierte er sich bei Professor Dr. **Johannes Heckl** mit einer Arbeit über „Rechtssetzungsakte ohne Rechtssätze“. 1960 erhielt er einen Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht an der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen/Nürnberg. Seiner Fakultät hat Obermayer seither die Treue gehalten.

WAHL

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete **Helmuth Möhring** aus Lüneburg ist vom erweiterten Bundesvorstand des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. zu dessen neuem Präsidenten gewählt worden. Die Nachwahl war nach dem unerwarteten Tode des Vorgängers Dr. **Hans Michael Moll** satzungsgemäß innerhalb von drei Monaten notwendig geworden. Möhring übernahm das neue Amt bis zum Ende der satzungsmäßig im Herbst 1987 endenden Amtsperiode des gegenwärtigen Verbandspräsidiums. Sein Vertreter ist der WELT-Redakteur **Rüdiger Moniac**.

KIRCHE

Die Geschäftsführerin der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland, **Erika Reichle** (Düsseldorf), soll neue Direktorin der Studienabteilung *des Lutherischen* Weltbundes (LWB) in Genf werden. Die 46jährige Theologin wurde von der Studienkommission des LWB als Nachfolgerin des Japaners **Yoshiro Ishida** vorgeschlagen, der seit 1977 die Studienabteilung leitet und im *Sommer eine* Aufgabe in den USA übernehmen werde. Die Wahl erfolgt während der Sitzung des Exekutivkomitees des Weltbundes im Juli in München.

GESTORBEN

Der Bildhauer **Raimondo Puccinelli** ist im Alter von 82 Jahren in Florenz gestorben. Puccinelli war 1970 zum Ehrenmitglied der Bildhauerklasse in der Florentiner Akademie der Künste ernannt worden, der auch **Henry Moore**, **Marino Marini** und **Giacomo Manzu** angehören. Der Bildhauer hat vor allem großformatige Frauenstatuen geschaffen, in denen er nach eigenem Bekunden die befreiende Kraft weiblicher Leidüberwindung verdeutlichen wollte.

Sieg für den Bürger

fu (London) – „Dies ist der Tag der Freiheit, ein Sieg für jeden einzelnen Bürger dieses Landes." Nicht zu Unrecht feierte Angus Falconer aus Sheffield derart überschwenglich einen denkwürdigen Sieg im Gerichtssaal. Der Richter hatte gerade die beiden Eisenbahner-Gewerkschaften *NUR und* Aslef dazu verurteilt, dem 55jährigen Direktor eines Sheffielder Unternehmens 153 Pfund (knapp 520 Mark) an Schadenersatz zu zahlen.

Falconer hatte die Schadenersatzklage gegen die Gewerkschaften durchgezogen, nachdem ein unrechtmäßiger, 24stündiger Eisenbahnerstreik ihn im Januar letzten Jahres gezwungen hatte, eine Nacht in einem Londoner Hotel zu verbringen, anstatt, wie beabsichtigt, zu einer Direktoriumssitzung seines Unternehmens zurückzufahren. In seiner Begründung wies der Richter darauf hin, daß Falconer mit dem Kauf einer Rückfahrkarte einen festen Vertrag mit British Rail abgeschlossen hat.

Das Urteil ist in Anbetracht der bisherigen britischen Rechtsprechung sensationell: Weil beide Gewerkschaften ihre Mitglieder dazu verleiteten, ohne Urabstimmung in den Streik zu treten, hätten sie nicht nur unrechtmäßig die Vertragserfüllung verhindert, sondern auch ihren Beschäftigungsvertrag mit British Rail gebrochen.

Jetzt ist mit einer Flut ähnlicher Schadenersatzklagen zu rechnen. Recht so. Offenbar ist dies der einzige Weg, einige britische Gewerkschaften an ihre neuen gesetzlichen Verpflichtungen zu binden.

Geschmacklos

Py. – Es zeugt schon von besonderem Sinn für Geschmack oder vielmehr für das Gegenteil, wenn die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) in Nordrhein-Westfalen Tausenden den Appetit verdirbt, um dafür ihr dünnes Gewerkschaftssüppchen anzubieten. Vor den 60 Filialen der Hamburger Kette McDonalds' verteilte sie Flugblätter. Man wollte auf die „miserablen Arbeitsbedingungen" hinweisen, man forderte „gerechte Bezahlung" und die „Wahl von Betriebsräten". Zur Untermauerung ihrer Forderung nutzte die NGG einige Passagen aus einem Buch des Türken Ali Levent alias Günther Wallraff, die, weil kaum beweisbar, ebensogut erfunden sein können. Das kennt man ja: Wallraff was here! *Daß die NGG hungrige* Big-Mäc-Fans anekelt, sich gleichzeitig aber über jede Umsatzmark in Gaststätten freut, läßt einem die Fritten im Hals stecken. Über mangelnden Mitgliederzulauf und fehlende NGG-Vertretung bei McDonalds' braucht man sich jedoch nicht mehr zu wundern. Welcher selbstbewußte Arbeitnehmer läßt sich schon von seinen „Interessenvertretern" als „Buletten-Knecht" beschimpfen?

CDU-POSITIONSPAPIER / Bedeutung der Elektrizität wird weiterhin zunehmen

Ausstieg aus der Kernenergie ist weder möglich noch wünschenswert

HEINZ HECK, **Bonn**

Die „energiepolitischen Leitlinien der CDU" machen die Unterschiede zu den Vorstellungen der SPD deutlich, wie sie erneut am Wochenende auf deren wirtschaftspolitischem Kongreß in Hamburg formuliert worden sind. Die CDU bekennt sich in dem vom Bundesfachausschuß Energie verabschiedeten Papier zur Kernenergie, „die praktisch ein heimischer Energieträger ist".

Zwar ist es Ziel des 40-Seiten-Papiers, die programmatischen Aussagen der CDU *aus dem Jahr 1977 an* die Erfordernisse der 80er und 90er Jahre anzupassen. Doch könnte es in der Diskussion um die bevorstehende Erhöhung des Kohlepfennigs aktuelle Bedeutung erhalten. Die CDU stellt sich nämlich hinter die Forderungen unionsregierter Länder wie Bayern und Niedersachsen, die die Kohlelasten *nur mitzutragen bereit sind*, wenn die SPD-regierten Kohleländer Nordrhein-Westfalen und Saarland an dem noch unter Ex-Kanzler Schmidt (SPD) erzielten Konsens in der Kernenergie festhalten.

In diesem Sinne hatte sich kürzlich der bayerische Ministerpräsident Strauß (CSU) an den SPD-Kanzlerkandidaten Rau gewandt. Wenn die Leitlinien aus dem Bundesfachausschuß im CDU-Präsidium verabschiedet sind, wird diese Position *auch zur offiziellen Parteilinie und* dürfte bei den Beratungen über die Erhöhung des Kohlepfennigs eine wichtige Rolle spielen.

Die Bedeutung der Elektrizität für die Energieversorgung werde weiter zunehmen, heißt es. Strom wird in der Bundesrepublik vor allem aus Kohle und Kernenergie erzeugt. Da Rolle und Beitrag der Kohle hierzu *weitgehend festgelegt seien, komme* der Kernenergie „wachsende Bedeutung zu". Sie sei auszubauen, „bis sie gemeinsam mit Wasserkraft und Braunkohle die Grundlast in der Elektrizitätserzeugung deckt". Die Steinkohle sei der wichtigste heimische Energieträger. Kohlepolitik könne nur mit der und nicht gegen *die Kernenergie betrieben werden.* „Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist weder möglich noch wünschbar."

Der Elektrizitätswirtschaft wird bescheinigt, daß sie ihren Abnahmeverpflichtungen aus dem „Jahrhundertvertrag" nachkomme. 1985 wurde etwa die Hälfte der deutschen Förderung an Kraftwerke geliefert. Der „Jahrhundertvertrag": zwischen Steinkohle und Elektrizitätswirtschaft läuft 1995 aus. Rechtzeitig vorher müßten sich die Vertragspartner um eine Anschlußregelung bemühen. „Als Richtschnur sollte dabei gelten, daß die Steinkohle im Mittellastbereich Vorrang behält."

Auch zukünftig sei die Energieversorgung der Bundesrepublik auf Importe angewiesen. Zwar sei die Abhängigkeit von der Opec seit der zweiten Ölkrise „deutlich gesunken". Die Forderung gelte weiter – allerdings weniger dringlich –, diese Abhängigkeit, zumal aus Spannungsgebieten, zu vermindern. Ein kategorisches „weg vom Öl" sei allerdings derzeit nicht geboten; vielmehr eine behutsame Ölpolitik, die vor allem möglichen krisenbedingten Lieferunterbrechungen durch ausreichende Vorsorge Rechnung trage.

Der Ölpreis hat sich – unterstützt durch die Talfahrt des Dollarkurses – gegenüber dem im Frühjahr 1985 erreichten Höchststand auf D-Mark-Basis um über 50 Prozent verringert. Forderungen nach einer Ölimportabgabe oder -steuer seien abzulehnen. Damit könne die Preisentwicklung auf den internationalen Ölmärkten nicht beeinflußt werden. Auch sei nicht zu befürchten, daß die deutschen Verbraucher in ihren Bemühungen um sparsame Energieverwendung nachließen, da Energieeinsparung bereits weitgehend durch *Investitionen konsolidiert sei.* Entscheidend für die Ablehnung sei darüber hinaus, daß eine nationale Abgabe die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik vor allem im Gemeinsamen Markt verschlechtern würde.

Auch die „durch Wettbewerbsbeschränkungen und vielfältige Interventionen geprägte Energiewirtschaft" müsse sich in den Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft einpassen.

STEUERBERATER

Zu hohe Abgaben behindern Unternehmen im Wettbewerb

HARALD POSNY, **München**

„Eine Reform der Unternehmensbesteuerung ist für den Erhalt und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen unabdingbar." Das erklärte der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Professor Gerhard Fels, zu Beginn des Deutschen Steuerberater-Kongresses in München. Komme sie nicht bald, brächten Verlagerungen von Betrieben in Länder mit niedrigeren Steuersätzen nach vielleicht zwanzig Jahren ein böses Erwachen.

Zwar räumte auch Fels ein, daß es keine Ideallösung für eine Unternehmensbesteuerung gibt, im Rahmen einer großen Steuerreform komme es jedoch nicht nur auf eine Abflachung des Progressionsverlaufes an. Ebenso dringlich sei, daß die „fast prohibitive Spitzenbelastung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer" von derzeit 56 auf etwa 50 Prozent gesenkt werde und die zusätzlichen Belastungen der Unternehmen mit Gewerbe- und Vermögensteuer abgebaut werden. *Die Deckung der dadurch* entstehenden Steuerausfälle stellt sich Fels über einen Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen, in engen Grenzen auch durch Erhöhung der Mehrwertsteuer vor.

Deutsche Unternehmen liegen, was die Gewinnbesteuerung angeht, mit 70 Prozent weltweit vor allen anderen Industrienationen. Zum Vergleich: USA 54, Frankreich 64, Schweden 58, Japan 60, Schweiz 39, Großbritannien – neuerdings – 36 Prozent. Dies addiere sich aus der Doppelbelastung der Unternehmenserträge mit Einkommen- oder Körperschaftsteuer und Gewerbeertragsteuer sowie aus der Doppelbelastung des Betriebsvermögens mit Vermögen- und Gewerbekapitalsteuer.

Da die Gewerbesteuer nur Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft treffe, alle anderen Einkommensarten aber nicht gewerbesteuerpflichtig seien, werde obendrein unternehmerische Tätigkeit diskriminiert und behindere Unternehmen gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die steuerliche Diskriminierung von Investitionen bewirke schließlich, daß, so Professor Fels, „große Summen nicht in die Unternehmen, sondern in Finanzanlagen und gesamtwirtschaftlich weniger erwünschte Abschreibungsgesellschaften fließen".

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele, setzte sich einmal mehr für den Abbau der zu hohen direkten Steuersätze und für mehr Überschaubarkeit des Steuerrechts ein. Investitionen sollten nicht aus steuerlichen Gründen, sondern am *Ort und zum Zeitpunkt ihres höchsten* Nutzens getätigt werden. Eine Senkung des Steuertarifs könne auch die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen verbessern. Für die Abschaffung der Gewerbesteuer gebe es noch keine befriedigende Ersatzlösung zugunsten der Gemeinden.

Bauen ohne Spekulation

Von HANS BAUMANN

Der Wunsch der Bürger, in eigenen vier Wänden zu wohnen, ist ungebrochen. Doch die Realisierung ist schwieriger als in früheren Jahren. Die Preise für gebrauchte Einfami*lienhäuser sind zwar in den letzten* sechs Jahren um bis zu 25 Prozent gefallen. Bei gutem Wohnwert und rund 150 Quadratmeter Wohnfläche kosten sie dennoch zwischen 300 000 und 800 000 Mark. Da die Masse der Nachfrage aber nicht nach Häusern in Cuxhaven, Gifhorn, Nienburg, Flensburg oder in Landau Ausschau hält, wird man sich eher an Objekten in der Nähe größerer Städte orientieren müssen, wenn man nach dem Preis für Eigenheime forscht. Und *in diesen Regionen werden die* Wünsche kaum unter einer halben Million Mark erfüllt.

Wer ein neues Eigenheim errichten möchte, wird auf diese Preise rund 20 Prozent aufschlagen müssen. Zwei Gründe sprechen dafür, daß neue Einfamilienhäuser auch künftig eher teurer als billiger werden: Die nach wie vor relativ hohen Preise für Bauland. Wenn sie auch im Laufe der letzten sechs Jahre um rund zehn Prozent im Durchschnitt gefallen sind, so haben sie doch von ihrem relativ hohen Niveau kaum etwas eingebüßt.

Zudem irritieren die Durchschnittspreise. In kleineren Großstädten und in Mittelstädten mit gesundem wirtschaftlichen Umfeld ziehen die Bodenpreise sogar weiterhin leicht an. In guten Wohnlagen ist der Quadratmeter auch heute kaum unter 400 Mark zu bekommen. Die eigentlichen Baupreise sind der zweite Grund für ein auch künftig stabiles Preisniveau für neue Eigenheime. Die Flaute am Baumarkt hat die Preise so sehr gedrückt, daß weitere Preisnachlässe ausgeschlossen werden können.

Die Folge liegt auf der Hand. Interessenten werden künftig mehr als bisher Jagd auf gebrauchte Objekte machen. *Diese zusätzliche* Nachfrage wird stabilisierend auf die Preise wirken. Wer die Augen offenhält und auch etwas Glück hat, erwischt ein Haus aus einer Zwangsversteigerung. Diese Objekte erreichen in der Regel den Marktwert nicht, oft liegen sie sogar erheblich darunter. Im letzten Jahr haben rund 150 000 Ein- oder Zweifamilienhäuser den Besitzer gewechselt, rund ein Drittel davon im Wege der Zwangsversteigerung. Auch im laufenden Jahr wird diese hohe Rate wahrscheinlich wieder erreicht werden.

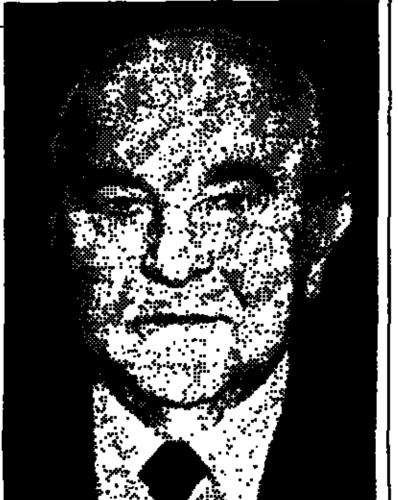
Daß viele Häuser unter den Hammer kommen, liegt daran, daß die Finanzierung notleidend geworden ist. Hier offenbaren sich nicht selten Sünden der Kreditinstitute aus den siebziger Jahren. In der Hoffnung auf ungebrochenen Wertzuwachs für Immobilien wurden leichtfertig Finanzierungen zu 100 Prozent angeboten. Die Objekte selbst, so wurde angenommen, würden schon das Risiko der Banken decken.

Heute *ist man* klüger. Fallende Preise für Immobilien decken dieses Risiko nicht, ganz zu schweigen von den kalkulierten Wertzuwächsen. So haben viele Banken „Leichen" aus den siebziger Jahren im Keller. Notwendige Wertberichtigungen bereiten Bankdirektoren schlaflose Nächte. Mit Zwangsversteigerungen versucht man diese Schäden zu reparieren. Manches Institut wirft sogar das Steuer völlig herum und beleiht keine Immobilien mehr.

Diese Neubewertung des Immobilienbesitzes, der einst als so sicher galt wie die Bank von England, ist der tiefere Grund für die Weigerung der Neuen Heimat, ein neutrales Gutachten über ihre Vermögenswerte erstellen zu lassen. Die Probleme für die Neue Heimat könnten noch größer werden, wenn sie versuchen sollte, ihre rund 200 000 Objekte möglichst schnell zu liquidieren. Die zwar stabilisierte, aber doch nach wie vor relativ geringe Nachfrage würde die Preise erheblich drücken. Die Immobilienwirtschaft ist jedoch sicher, daß die Neue Heimat ihren Häuser- und Wohnungsbestand frühestens im Laufe von rund zehn Jahren privatisieren kann.

So sorgt die Flut von Finanzie*rungspleiten* für Eigenheime dafür, daß sich das uralte Grundgesetz für Häuserfinanzierung wieder Geltung verschaffen hat: Wer bauen will, muß ein Drittel der Baukosten als Eigenmittel selbst mitbringen. Zinsen und Tilgung sind dann für den Normalbürger immer noch ein großer Brokken, an dem er oft Jahrzehnte zu schleppen hat.

AUF EIN WORT



„Diejenigen, die in der Politik auf eine Änderung des Ladenschlußgesetzes hindrängen, vergessen, daß man nicht amerikanische Öffnungszeiten mit deutschem Arbeits- und Sozialrecht haben kann."

Heinz Garsoffky, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e. V., Köln. FOTO: DIE WELT

IW: Arbeitskosten relativ gesunken

VWD, **Frankfurt**

Die verarbeitende Industrie in der Bundesrepublik mußte 1985 für jede Arbeiterstunde 29,67 DM aufbringen. Damit liegt sie im internationalen Vergleich an fünfter Stelle hinter den USA (38,51 DM), Kanada (33,81 DM), Norwegen (31,86 DM) und der Schweiz (30,93 DM). Das hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer Analyse der Arbeitskostenentwicklung in 18 westlichen Industrieländern ermittelt. Zwischen 1970 und 1985 sind die Arbeitskosten in der Bundesrepublik um 215 Prozent gestiegen. Die relative Wettbewerbssituation ist aber besser geworden, da die meisten Länder mit niedrigen Arbeitskosten ihren Abstand zur Bundesrepublik stetig verringert haben.

BÖRSE

Aktien und Renten erlitten einen heftigen Kurseinbruch

cd. **Frankfurt**

Die deutschen Wertpapiermärkte erlitten gestern den seit langem heftigsten Kurseinbruch. Die Aktienkurse fielen im Schnitt um 3,8 Prozent, gemessen am WELT-Index, der von 287,01 auf 275,97 sank, und am Rentenmarkt, wo die öffentlichen Anlei*hen bis zu 1,50 DM verloren, stieg die* Durchschnittsrendite von 5,66 auf 5,80 Prozent. Zum Schluß des „schwarzen Montags" kam an der Aktienbörse etwas Rückkaufneigung auf.

Wie schon in der vorigen Woche wurden die Kursverluste auch gestern nicht durch einen starken Angebotsdruck ausgelöst, sondern ganz überwiegend von den Profis der „Kulisse", die sich, aus allen möglichen Gründen verunsichert, von spekulativen Aktienbeständen trennte. *Dies* war besonders in Frankfurt zu beobachten; an anderen Börsenplätzen schien sich der Berufshandel bereits weitgehend glattgestellt zu haben.

Die Kurseinbußen wären weitaus geringer ausgefallen, wenn nicht eine Art Käuferstreik herrschte. Der weiter gesunkene Dollarkurs und die Atomhysterie werden als Hauptgründe für die Zurückhaltung der Käufer und die Nervosität des Berufshandels genannt. Ausländische Marktteilnehmer, von denen nur minimales Angebot kam, sowie institutionelle und private Investoren behielten bis jetzt die Nerven. Nach einer „Bereinigung" der spekulativen Engagements der Kulisse, die bald abgeschlossen sein dürfte erwartet man eine Erholung, die bei nur geringem Angebot kräftig ausfallen könnte. Manche Experten rechnen *damit* schon während der heutigen Börsensitzung.

EG-GEMÜSEHANDEL

Bundesrepublik will am strengeren Wert festhalten

Ha. **Brüssel**

Um EG-einheitliche Höchstwerte für die radioaktive Strahlung von Blattgemüse haben sich gestern die Außenminister der Gemeinschaft bemüht. Dabei ließ die Bundesregierung keinen Zweifel, daß sie Ware mit wesentlich höheren Grenzwerten als den von der Bonner Strahlenschutzkommission befürworteten (250 Becquerel *je Kilo) nicht zur Einfuhr* freigeben wollte.

Die Außenminister mußten wieder einmal als „Feuerwehr" eingreifen, weil es den zuständigen Experten trotz mehrfacher Versuche nicht gelungen war, die unterschiedlichen nationalen Vorstellungen über Mindestvorschriften für den Gesundheitsschutz auf einen Nenner zu bringen. Italien hielt einen Höchstwert von 1000 Becquerel für angemessen, während Bonn höchstens auf 235 gehen *wollte. Der strengere Wert war auch* von der EG-Kommission angeregt worden; während des Wochenendes hatte sich jedoch gezeigt, daß die meisten anderen Mitgliedsstaaten bereit waren, auch den italienischen Wert zu akzeptieren.

Politisch verknüpft war das Problem der Obst- und Gemüseeinfuhren aus anderen Ländern der Gemeinschaft auch mit dem inhaltlich *nicht mehr strittigen Importstopp für* Agrarerzeugnisse aus sieben osteuropäischen Ländern.

Hintergrund des Streits ist, daß Italien für seine nicht unerheblichen Obst- und Gemüseexporte in die übrige EG fürchtet. Mehrere Länder haben bereits einseitig die Grenzen für Importe gesperrt. Einheitliche viehseuchenrechtliche Bestimmungen bestehen in der EG bislang nur für Rind- und Schweinefleisch, bei anderen Erzeugnissen kann der freie Han*del jeweils ausgesetzt werden.*

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Schiffbau in der Welt 1970–1985

Fertiggestellte Schiffe, Tonnage in Mio BRT

70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85
21,8	24,4	26,7	30,4	33,5	34,2	33,9	27,5	18,2	14,3	13,1	16,9	16,8	15,9	18,3	18,2

bis 1977 ohne VR China, Schiffe über 100 BRT. Quelle: Lloyd's Register of Shipping

Fertigstellungen 1985 nach Ländern, Tonnage in 1000 BRT

Land	Tonnage
Japan	9 503
Südkorea	2 620
Brasilien	581
BR Deutschland	562
Spanien	551
Dänemark	458

ZAHLENBILDER

Nur mit halber Kraft arbeiten die Werften in aller Welt. Nach Lloyd's Register of Shipping wurden 1985 rund 2000 Schiffe mit insgesamt 18,2 Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) fertiggestellt. Auf dem Höhepunkt des Schiffbaubooms Mitte der siebziger Jahre waren es noch mehr als 34 Mill. BRT. *Nach wie vor nehmen die japanischen Werften die beherrschende* Stellung im Weltschiffbau ein. Auch 1985 waren sie wieder zu über 50 Prozent an der fertiggestellten Welttonnage beteiligt. QUELLE: ZAHLENBILDER

Rekordüberschuß im Außenhandel

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat im April nach Berechnungen des Finanz*ministeriums einen absoluten* Rekordüberschuß im Außenhandel erzielt. Er lag mit 6,83 Mrd. Dollar auf Zollabfertigungsbasis mehr als doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Die Exporte stiegen um 19,3 Prozent auf 17,74 Mrd. Dollar, die Importe gingen um 6,1 Prozent auf 10,91 Mrd. Dollar zurück. Im Handel mit den USA betrug der Überschuß 4,76 Mrd. Dollar. Dabei wuchs der Export um 21,1 Prozent, während die Importe um 3,3 Prozent fielen.

Preisindex gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im April den 5. Monat hintereinander gesunken. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, sank der Großhandels-*Preisindex von März bis April um 0,4* Prozent und lag damit – wie bereits im März – um 7,1 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Im Februar lag der Rückgang bei 5,2 Prozent. Billiger wurden im April vor allem schweres Heizöl (um 15 Prozent), Speiseöl (8,8) und Flüssiggas (7,7).

Neuer Mengentender

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank bietet ein neues Wertpapierpensionsgeschäft in Form eines Mengentenders zu 4,35 Prozent mit 28tägiger Laufzeit (bis 11. Juni) an. Die Zuteilung erfolgt morgen vormit*tag, die Gutschrift am Mittwoch, dem* 14. Mai, am dem ein Pensionsgeschäft über 15,1 Mrd. DM ausläuft. In Frankfurt ging man davon aus, daß dieser Betrag *nicht in voller Höhe zugeteilt* wird.

Ausfall an Kfz-Steuer

Bonn (HH) – Auf rund 300 Mill. DM veranschlagt Finanzstaatssekretär Häfele (CDU) den Ausfall an Kraftfahrzeugsteuer für schadstoffarme Personenwagen (nach US- und Europa-Norm) im ersten Jahr nach Inkrafttreten der Vergünstigungen. Am 1. April 1986 waren bei den Zulassungsstellen, wie er auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Lennartz mitteilt, knapp 817 000 Fahrzeuge als schadstoffarm registriert, davon rund 330 000 nach US-Norm und knapp 487 000 nach Europa-Norm. Außerdem sind über 277 000 Fahrzeuge als bedingt schadstoffarm registriert.

Airbusse bestellt

Paris (dpa/VWD) – Die jordanische Fluggesellschaft Royal Jordanian Airline Alia hat zwölf Airbus-Flugzeuge bestellt. Dies teilte die Airbus Industrie gestern in Paris mit. Der Vertrag über den Kauf von sechs Modellen A310-300 und sechs A320 mit *zusätzlichen Optionen für weitere sie*ben Flugzeuge wurde am vorigen Freitag unterzeichnet.

Dollar fällt weiter

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Dollarkurs fällt weiter. Gestern wurde der amtliche Mittelkurs der amerikani*schen Devise in Frankfurt mit 2,1710* DM nach 2,1805 DM am Freitag festgestellt. Die Deutsche Bundesbank griff offiziell nicht in das Marktgeschehen ein.

MG-Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) – Die Metallgesell*schaft begibt über ihre Amsterdamer* Finanztochter eine zehnjährige 2,75prozentige Optionsanleihe über 150 Mill. DM. Zu jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von 5000 DM gehören zwei Optionsscheine, die vom 1. Juli 86 bis zum 31. Mai 96 zum Erwerb von insgesamt 16 Aktien der Metallgesellschaft zum Kurs von 350 DM (gestriger Schlußkurs 344 DM) berechtigen. Die Optionsanleihe wird von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Dresdner Bank und Mitführung der Deutschen Bank angeboten.

Höchstbeträge steigen

Bonn (dpa/VWD) – Reisende können ab 1. Juni in einigen europäischen Ländern höhere Beträge auf *ihren Euroscheck ausstellen. Wie der* Deutsche Sparkassen- und Giroverband für den Zentralen Kreditausschuß der Kreditinstitute mitteilte, *steigen die Höchstbeträge* in Frankreich von 1000 auf 1200 Franc und in Italien sowie San Marino von 250 000 auf 275 000 Lire. In Spanien und Andorra kann der einzelne Scheck bis auf 25 000 (bisher: 20 000) Pesetas lauten, in Portugal auf 25 000 (20 000) Escudos und in Marokko auf 1400 (1000) Dirham.

FRANKREICH

Privatisierung soll bald in die Tat umgesetzt werden

J. Sch. **Paris**

Noch in dieser Woche dürfte das Parlament der französischen Regierung grünes Licht für ihr Reprivatisierungsvorhaben geben. Es soll bis zum Ablauf der derzeitigen Legislaturperiode (1. März 1991) in die Tat umgesetzt werden. Ein positives Votum gilt als sicher, nachdem die Nationalversammlung bereits Mitte letzter Woche der Privatisierungsliste von insgesamt 65 staatlichen Unternehmen zugestimmt hat. Jetzt müssen noch die übrigen Bestimmungen des Gesetzentwurfs zur „Ermächtigung" von Regierungsverordnungen für die Privatisierung verabschiedet werden.

Den Reigen eröffnen sollen der Mineralölkonzern Elf-Aquitaine, das Verlagsunternehmen Havas und ein Versicherungskonzern. Auf der Liste stehen weiterhin drei Versicherungsgruppen, 40 Banken einschließlich der bereits 1945 verstaatlichten Groß*banken BNP, Crédit Lyonnais und* Societé Générale, die beiden Finanzgesellschaften Suez und Paribas sowie die acht von den Sozialisten ver*staatlichten* Industriegesellschaften Saint-Gobain, Rhône-Poulenc, Thomson, CGE, CCT, Pechiney, Bull und Matra (ausgenommen wurden insbe*sondere* Renault, Usinor und Sacilor).

Zu welchen Bedingungen (Verkaufspreis usw.) die Privatisierung erfolgt, bleibt den Regierungsverordnungen vorbehalten. *Das gleiche gilt* für die Obergrenze von ausländischen Beteiligungen – man spricht von 15 bis 25 Prozent. Und schließlich *weiß man nicht, ob Staatspräsident* Mitterrand allen Verordnungen zustimmt, wobei aber umstritten ist, ob er seine Unterschrift überhaupt verweigern darf.

FORSCHUNGSINSTITUT FÜR SOZIALPOLITIK / Massive Kritik am Sparprogramm

Kurieren an den Symptomen

HEINZ HECK, **Bonn**

Massive Kritik an der Bonner Sparpolitik übt das Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität *Köln in einer kürzlich veröffentlich*ten Studie „Sozialstaat und Wirtschaftskrise". Das Fazit des 30-Seiten-Papiers lautet unter anderem, die Politik der Bundesregierung habe zu einer Kürzung der sozialen Leistungen und zu einer steuerlichen Begünstigung des Faktors Kapital geführt und die Benachteiligungen der nichterwerbstätigen Haushalte verstärkt.

Die Bekämpfung der finanziellen Probleme bei der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung wird in der Studie „als ein Kurieren an den Symptomen gewertet". Obwohl die Arbeitslosenzahlen sich von 1981 bis *1983 verdoppelt hätten, zeige sich bei* den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit 1982 und 1983 ein Rückgang bei Förderung der beruflichen Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme und beruflicher Rehabilitation. Auch die Ausgabensteigerungen 1984 lägen immer noch 49 Millionen Mark unter dem Niveau von 1981. Als einziges aktives Mittel seien die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ab 1983 eingesetzt worden. In der reaktiven Arbeitsmarktpolitik (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) habe es „massive Kürzungsmaßnahmen" gegeben.

„Mit Hilfe von Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, Verschiebung der Rentenanpassung und Ausgrenzung von Arbeitslosen aus dem Leistungsbezug wurde lediglich versucht, den weiteren Anstieg der Ausgaben zu begrenzen", heißt es wörtlich. Dabei habe man „stillschweigend in Kauf genommen", daß die verstärkte Belastung des Budgets der privaten Haushalte durch einen eingeschränkten Konsum hätte ausgeglichen werden müssen.

Dies wiege um so schwerer, als die parallel dazu vorgenommenen Kürzungen der Transferzahlungen eindeutig rezessiven Charakter hätten. Es sei zu einer „erheblichen Verringerung der Kaufkraft" gekommen, die nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, den Verlust von 300 000 bis 400 000 Arbeitsplätzen bewirkt habe.

Betrachte man die bisher durchgeführten Maßnahmen vor dem Hinter*grund der wirtschaftspolitischen* Konzeption der Bundesregierung, so werde deutlich, „daß sich die Auseinandersetzung nicht ohne Grund auf *die Arbeitslosenversicherung* konzentriert". Zum einen würden Probleme der hohen Arbeitslosigkeit hier zuerst und am deutlichsten sichtbar, zum anderen schlügen Deckungslükken im Haushalt der Bundesanstalt aufgrund der Defizithaftung des Bundes unmittelbar auf den Bundeshaushalt durch.

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT / Nur 2000 Stellen

Wenig Chancen für deutsche Lehrer an Auslandsschulen

Stü. Bonn

Die Beschäftigungsmöglichkeiten *für deutsche Lehrer im Ausland sind* sehr gering. Zwar gehen jedes Jahr einige hundert Pädagogen ins Ausland, um an deutschen oder ausländischen Schulen zu unterrichten – die Lehrerarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik kann dadurch aber nicht wesentlich gemildert werden. Zu diesem ernüchternden Schluß kommt die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit (ZAV), Frankfurt, in einer Informationsschrift über „Lehrer im Ausland". Etwas über zweitausend Lehrer aus der Bundesrepublik, so schätzen die ZAV-Experten, sind derzeit im Ausland beschäftigt.

Lehramtskandidaten ohne Stelle können sich wenig Hoffnung auf eine Beschäftigung im Ausland machen. Absolventen ohne zweites Staatsexamen wird grundsätzlich keine volle Lehrbefähigung zuerkannt. Die besten Aussichten haben Lehrer im Staatsdienst, die Berufserfahrung besitzen. So steht beamteten Lehrern, die mindestens zwei Jahre im Schuldienst sind, der Weg an eine deutsche Auslandsschule offen. Dabei handelt es sich um Schulen in ausländischer Trägerschaft, die sich die Pflege der deutschen Sprache und Kultur zur Aufgabe gemacht haben.

Nur bescheidenes Gehalt

Hier sind rund 1300 deutsche Lehrer tätig. In letzter Zeit wurden vor allem Positionen von Schulleitern und Fachleitern für Deutsch als Fremdsprache besetzt. Interessenten können sich auf dem Dienstweg bewerben und werden von ihrem Kultusministerium für die Auslandstätigkeit vorgeschlagen. Deutsche Lehrer werden nach Angaben der ZAV zunehmend auch als Ortskräfte an deutschen Auslandsschulen eingestellt: für Stellen also, die normalerweise mit einheimischen Lehrkräften oder schon im Lande lebenden Deutschen besetzt werden. Die Vergütung ist ortsüblich und nach deutschen Maßstäben „sehr bescheiden".

Längere Auslandsaufenthalte, die der beruflichen Fortbildung dienen, *sind im Rahmen des Lehreraustausches* möglich. Die Programme des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD), einer Einrichtung der Kultusministerkonferenz, richten sich an Pädagogen, die für ein Jahr von ihrer Schule beurlaubt werden. Daneben gibt es aber Angebote für Studenten ab dem 4. Semester sowie für Lehrer unmittelbar nach Studienabschluß, die an einer ausländischen Schule als Fremdsprachenassistent arbeiten können. Bei zwölf Stunden Arbeitszeit in der Woche liegt die Vergütung zwischen 900 und 1200 DM monatlich. Vor zwei Jahren angelaufen ist ein USA-Programm, das vom Pädagogischen Austauschdienst und der ZAV getragen wird. Ansatzpunkt ist der Mangel an High-School-Lehrern in einigen US-Bundesstaaten.

Kein Bonus bei Rückkehr

Für die Vermittlung kommen Gymnasiallehrer (1. und 2. Staatsexamen) der Fächer Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Französisch, Spanisch oder Latein in Frage, die über sehr gute Englischkenntnisse verfügen. Die Verträge werden für ein Jahr abgeschlossen, können aber bis zu drei Jahren verlängert werden. Die Bruttogehälter liegen zwischen 1500 und 2000 US-Dollar.

Im Rahmen der Entwicklungshilfe bieten sich Gymnasiallehrern für naturwissenschaftliche Fächer mit ein bis zwei Jahren Berufserfahrung Möglichkeiten, in Afrika zu arbeiten. Zuweilen werden auch Stellen für Gewerbelehrer ausgeschrieben. Vereinzelt schließlich finden Lehrer auch am Goethe-Institut und den politischen Stiftungen eine Aufgabe in der Auslandskulturarbeit.

Stellenangebote für Schulen, die deutsche Großunternehmen für die Kinder ihres Auslandspersonals einrichten, sind nach Angaben der ZAV rar geworden, vor allem weil die Aufträge für Baufirmen aus dem Ausland spärlicher fließen. Die Verträge sind meistens auf ein bis zwei Jahre befristet, die Konditionen entsprechen denen in der Bundesrepublik. Gutverdienende Deutsche im Ausland beschäftigen vereinzelt Privatlehrer.

Wer als Lehrer im Ausland arbeiten möchte, dürfe keine großen Ansprüche an Einkommen und soziale Absicherung stellen, warnen die ZAV-Experten vor Illusionen. Und in je*dem Fall müsse die Zeit nach der* Rückkehr rechtzeitig geplant werden: Denn einen Bonus für eine Auslandstätigkeit gewähren die deutschen Schulbehörden nicht.

PERSONALPOLITIK / Vor allem im Gehobenen Dienst ist der Einkommens-Nachteil beim größten Arbeitgeber kraß

Bundespost hat bei der Anwerbung von dringend benötigten jungen Ingenieuren oft das Nachsehen

HEINZ STÜWE, Bonn

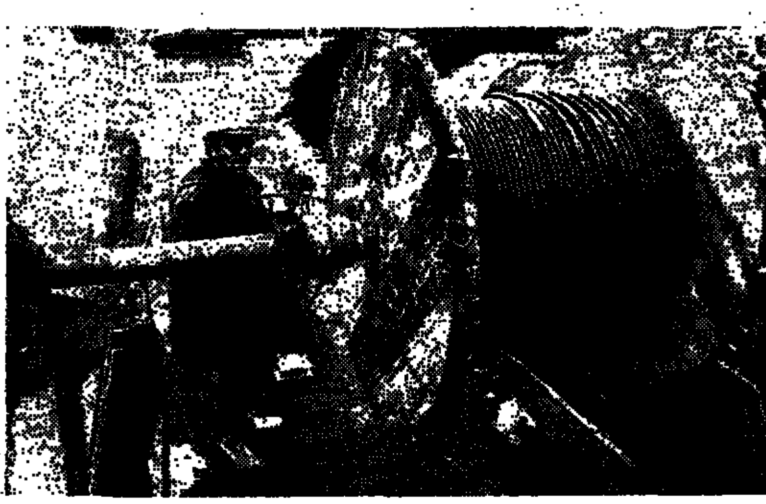
Seit einiger Zeit stellt sich das „Unternehmen Post" in Anzeigen und Fernsehspots vor. Angesichts einer kontrovers geführten Diskussion über die Verkabelung – so glauben offenbar die Verantwortlichen – tut der Deutschen Bundespost etwas Politur für ihr Bild in der Öffentlichkeit gut. Bei der Eigenwerbung fehlen zwei Superlative nie: Die Deutsche Bundespost ist mit derzeit 547 000 *Mitarbeitern der mit Abstand größte* Arbeitgeber der Bundesrepublik und gleichzeitig das größte Dienstleistungsunternehmen Europas.

Dabei heißt das Stichwort für den hochdefizitären Postdienst weiterhin Rationalisierung, das Fernmeldewesen hingegen wird ausgebaut. Für die Kabelfernsehnetze, die Digitalisierung des Telefonnetzes und den Aufbau neuer Dienste wird qualifiziertes Personal benötigt. Wilhelm Rawe, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundespostminister, sieht die wichtigste personalpolitische Aufgabe darin, „die Arbeitskräfte zu bekommen, die wir für unsere Techniken und Innovationen dringend brauchen".

Wesentliche Voraussetzung ist eine solide Berufsausbildung. Die Postler sind hier stolz auf ihre Leistungen, schließlich ist ihr Unternehmen mit 18 300 Ausbildungsplätzen in diesem Jahr auch der größte deutsche Ausbildungsbetrieb. Im gewerblich-technischen Bereich beginnen 1986 knapp 6000 junge Menschen ihre Berufsausbildung, die meisten für den Beruf des Fernmeldehandwerkers. Das sind doppelt soviele wie die Post an Nachwuchs in diesem Bereich braucht. Allen erfolgreichen Absolventen dieses Jahres hat Postminister Schwarz-Schilling dennoch bereits eine Stelle versprochen.

Diese Zusage ist für die jungen Leute deshalb wichtig, weil es beispielsweise für einen jungen Fernmeldehandwerker recht schwierig ist, eine Stelle außerhalb der Post zu finden. Denn diesen Lehrberuf gibt es anderswo nicht. Mit der Umstellung der Elektroberufe soll sich das ändern. Künftig will die Post ihre Fern*meldeausbildung an dem einheitli*chen Berufsbild des Kommunikationselektronikers ausrichten.

Sorgenkinder bei der Personalanwerbung sind seit langem die Techniker und Ingenieure. Die Post schafft es nicht, so viele qualifizierte Nachwuchskräfte zu bekommen, wie sie zum Ausbau ihrer Telekommunikationsdienste benötigt. 16 500 Beamten in gehobenen und 1200 Beamten im höheren Fernmeldetechnischen Dienst stehen über 17 500 unbesetzte Stellen gegenüber. Besonders kraß ist der Mangel im Gehobenen Dienst, also bei den Fachhochschulingenieuren. Hier hat die Post jährlich einen *Einstellungsbedarf* von über 1000 Ingenieuren der Fachrichtungen Nachrichtentechnik, Hochfrequenztechnik, Elektronik- und Regelungstechnik. Ihnen winken attraktive Aufgaben und echte Führungspositionen.



Die Post ist der größte Arbeitgeber und Ausbilder in der Bundesrepublik
FOTO: TEUTOPRESS

Nach einem Vorbereitungsdienst werden die frischgebackenen Ingenieure als Sachbearbeiter bei einem Fernmeldeamt eingesetzt. Sie können aber bis zum Abteilungsleiter für mehrere Dienststellen aufsteigen. Für alle Ingenieure bei der Post gilt: Sie nehmen im Gegensatz zu vielen ihrer Kollegen in der Wirtschaft nicht nur rein technische Funktionen wahr. Vielmehr bilden häufig Verwaltungstätigkeiten ihren Aufgabenschwerpunkt. Reine Entwicklungs- oder Konstruktionstätigkeiten kann die Post dem Ingenieurnachwuchs naturgemäß ohnehin nicht bieten.

Das erklärt ihre Schwierigkeiten bei der Personalbeschaffung noch nicht. Entscheidend ist die schlechte Vergütung. Fachhochschulabsolventen erhalten während ihres einjährigen Vorbereitungsdienstes je nach Alter und Familienstand 1100 bis 1600 DM im Monat. Die Anwärterbezüge der Absolventen von Universitäten und technischen Hochschulen liegen zwischen 1300 und 1900 DM.

Nach bestandener Laufbahnprüfung verdient ein 24 Jahre alter lediger technischer Fernmeldeoberinspektor zur Anstellung (gehobener *Dienst) 2472 DM brutto* nach Besoldungsgruppe A9, sein drei Jahre älterer Kollege im höheren Dienst (A12) 3412 DM. Zum Vergleich: In der Privatwirtschaft können junge FH-Ingenieure der Nachrichtentechnik mit einem Jahresgehalt von 42 000 DM, Universitätsabsolventen mit 50 000 DM rechnen. Diesen Einkommensabstand von 10 000 beziehungsweise *6000 DM* können *offensichtlich* auch die Vorteile, die der Beamtenstatus mit sich bringt, nicht aufwiegen.

Bestanden hat diese Kluft schon immer, nur wurde sie mit der Absenkung der Eingangsbezüge im öffentlichen Dienst um eine Besoldungsgruppe im Zuge der Haushaltssanierung noch vergrößert. Der Bundespostminister will deshalb die Anfangsgehälter für die Ingenieurlauf*bahn wieder auf den alten* Stand bringen. Bis Ende des Monats muß der Finanzminister vor dem Haushaltsausschuß zu dem Antrag Stellung nehmen. Sollte Stoltenberg grünes Licht geben, befürchtet Rawe zwar eine „Zerreißprobe, wenn alle anderen hinter den Ingenieuren zurückbleiben". Eine andere Möglichkeit, die Chancen der Post auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, gebe es jedoch nicht, weil ja auch in der Wirtschaft Ingenieurmangel herrscht.

Daneben will Bonn versuchen, schon Studierende an die Post heranzuführen, zum Beispiel durch Praktika. Studenten, die sich verpflichten, *später zur Post zu kommen*, erhalten bereits heute eine Studienbeihilfe von 500 DM im Monat. An der getrennten Eingruppierung der Ingenieure in den gehobenen und höheren Dienst mag Rawe nicht rütteln. Eine differenzierte Vergütung sei auch in der Industrie üblich.

Die Interessensvertreter des Berufsstandes sehen das etwas anders. Holger Hillmer vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) in Düsseldorf verweist auf eine Untersuchung, nach der die mittleren Einkommen der FH-Ingenieure und der Universitätsabsolventen bis zum 43. Lebensjahr gleich hoch seien. „Es gibt gar keinen Zweifel, daß im gehobenen technischen Dienst Vize-Führungspositionen unterbezahlt sind", bekräftigt Hillmer. „Daß Führungskräfte, die Anlagevermögen im Wert von vielen Millionen Mark verwalten oder für Hunderte von Mitarbeitern verantwortlich sind, nur 4000 Mark verdienen, gibt es in der Wirtschaft nicht."

Hillmer registriert bei vielen Ingenieuren des gehobenen Dienstes „Verärgerung, ja Verbitterung" aufgrund der schlechten Aufstiegsmöglichkeiten. Bei den festgefügten Laufbahnen schaffe nur ein Prozent der FH-Ingenieure den Aufstieg in den höheren Dienst. Der VDI-Vorschlag: Den gehobenen technischen Dienst von den Besoldungsgruppen A9 bis A13 auf A12 bis A14/15 anheben und so eine Sonderlaufbahn für qualifizierte Führungskräfte schaffen.

Bei der Bundespost wird überlegt, ob das Ingenieurdefizit im gehobenen Dienst nicht durch bessere Aufstiegsmöglichkeiten für qualifizierte Mitarbeiter des mittleren Dienstes gemildert werden könnte. Rawe sieht da *durchaus noch Reserven.* Derzeit durchlaufen etwa 100 Beamte jährlich die zweieinhalb Jahre dauernde Zusatzausbildung, die einem verkürzten Ingenieurstudium gleichkommt.

URTEILE

Betriebsratswahl

Wenn ein Betriebsrat gewählt werden soll, muß den Wählern bekannt sein, welche Arbeitnehmer kandidieren und wo gewählt wird. Nach der Entscheidung 6 ABR 4/85 des Bundesarbeitsgerichts vom 19. 9. 1985 stellt allerdings die fehlende Angabe des Ortes der Wahllokale nicht in jedem Fall einen Verstoß gegen eine wesentliche Vorschrift des Wahlverfahrens und somit einen Anfechtungsgrund dar. Voraussetzung dafür, daß dieser Mangel nicht zur Annullierung der Wahl führt, ist, daß die notwendige Ergänzung der Angaben so rechtzeitig erfolgt, daß für die Wahlberechtigten keine Einschränkung ihres Wahlrechts eintritt.

Unfallverhütung

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Arbeitnehmern, die nach den Unfallverhütungsvorschriften vorgeschriebenen Sicherheitsschuhe oder -stiefel zur Verfügung zu stellen. Nach der Entscheidung 7 AZR 199/83 des Bundesarbeitsgerichts vom 21. 8. 1985 muß der Arbeitgeber die Anschaffungskosten auch dann tragen, wenn er derartige Sicherheitsschuhe nicht selbst beschafft, sondern die Arbeitnehmer mit deren Kauf beauftragt.

Sozialplan

Beschließt die Einigungsstelle einen Sozialplan erst geraume Zeit *nach der Durchführung der* Betriebsstillegung, so kann sie bei der Bemessung der Sozialplanleistungen dennoch auf die wirtschaftlichen Nachteile der entlassenen Arbeitnehmer abstellen, mit denen im Zeitpunkt der Betriebsstillegung typischerweise zu rechnen war. Das Bundesarbeitsgericht hat in dem Beschluß 1 ABR 3/81 vom 23. 4. 1985 festgestellt, daß die Einigungsstelle nicht zu berücksichtigen braucht, daß einzelne Arbeitnehmer diese Nachteile tatsächlich nicht erlitten haben.

Bewerbungsunterlagen

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, bei Einstellungen von Arbeitnehmern dem Betriebsrat die Bewerbungsunterlagen aller Bewerber auszuhändigen. Nach der Entscheidung 1 ABR 72/83 des Bundesarbeitsgerichts vom *3. 12. 1985 muß der* Arbeitgeber diese Unterlagen dem Betriebsrat bis zur Beschlußfassung über den Antrag auf Zustimmung, längstens für eine Woche, überlassen.

FRANKREICH / An der sozialen Front herrscht Ruhe

Streik-Aufrufe ohne Erfolg

J. SCH. Paris

Nach dem Wahlsieg der bürgerlichen Parteien war in Frankreich allgemein eine Verschlechterung des sozialen Klimas erwartet worden. Die hier politisch organisierten Gewerkschaften mit der kommunistischen CGT an der Spitze hatten der neuen Regierung neue Protestaktionen wegen der von ihr im sozialen Bereich angekündigten Liberalisierungspolitik angedroht. Tatsächlich aber ist es bisher an der sozialen Front sehr ruhig geblieben.

Dazu mag beigetragen haben, daß die Regierung ihr Projekt, den behördlichen Genehmigungszwang für größere Entlassungen „sofort" zu beseitigen, unter dem Druck von Staatspräsident Mitterrand zunächst einmal zurückstellte. Es soll jetzt in einer wesentlich abgemilderten Form (innerbetriebliche Sozialpläne) verwirklicht werden. Weit vorsichtiger als geplant soll auch der gesetzlich garantierte Mindestlohn (SMIC) desindexiert werden.

Der mit dem amtlichen Lebenshaltungskostenindex gekoppelte SMIC beträgt seit Juli letzten Jahres unverändert 26,04 Franc (8,25 DM) die Stunde. Diese ungewöhnlich lange Stabilität hat er dem Umstand zu verdanken, daß seine Aufwertung einen mindestens zweiprozentigen Preisanstieg voraussetzt. Angesichts der stark zurückgegangenen Inflation dürfte die nächste Erhöhung erst Ende dieses Monats fällig werden. Ob dabei die Regierung über den Ausgleich der Kaufkraftverluste hinaus etwas zulegt, wie dies früher oft der Fall gewesen war, bleibt abzuwarten.

Gegenwärtig zeigt sie sich in ihrer Einkommenspolitik eher restriktiv. Bei der öffentlichen Verwaltung und bei den staatlichen Unternehmen ist für dieses und für das nächste Jahr bestenfalls die Erhaltung der Realbezüge vorgesehen. Dieser Empfehlung sind auch die Unternehmer weitgehend gefolgt. Die bisher für 1986 unterzeichneten 18 Branchenabkommen sehen nominelle Lohnerhöhungen von durchschnittlich nur drei Prozent vor – bei einer auf 2,4 Prozent veranschlagten Inflationsrate.

Daß die Gewerkschaften diese Abkommen akzeptiert haben – es genügt, wenn die Mehrheit unterschreibt –, liegt vor allem an der nach wie vor sehr hohen Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde erwiesen sich auch fast alle Streik-Aufrufe der letzten Wochen als Schlag ins Wasser. Frankreich gehört inzwischen zu den Ländern mit den geringsten Streiktagen je Kopf der Bevölkerung.

HENKEL / Die „offene Familiengesellschaft" will „aktive Dividendenpolitik" betreiben – Mäßiger „Dollarschaden"

Mit prall gefüllter Kasse auf Beteiligungsjagd

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit zwölfmal so großer Plusrate wie beim Weltumsatz, der ohne den 1984er *Verzicht auf schwache* Geschäftsfelder um drei Prozent gestiegen wäre, hat die Henkel KGaA, Düsseldorf, 1985 ihren Welt-Jahresüberschuß verbessert. *Kaum* ein Viertel davon wird mit den zur Hauptversammlung am 16. Juni vorgeschlagenen Dividenden von 3,50 DM für 400 Mill. DM familiären Stammaktien und 3 DM für die seit dem 2. Halbjahr gewinnberechtigten 175 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgeschüttet.

Die familiären Stammaktionäre, so betonte Aufsichtsratsvorsitzender Konrad Henkel, kassieren damit nicht mehr als im Vorjahr. Sie verzichteten auf einen Teil der ihnen satzungsgemäß zustehenden Dividende (bei 6 DM p. a. Vorzugsdividende 5,50 DM), „damit vor allem im ersten Jahr nach der Einführung von Vorzugsaktien der von der Firma ausgeschüttete absolute Dividendenbetrag nicht übermäßig ansteigt".

Hungrige aus dem Kreis der 66 Familienaktionäre hielten sich inzwischen daran schadlos, daß sie von den der Familie im letzten Herbst aus Rücklagen zugeteilten 100 Mill. DM Vorzugsaktien inzwischen 10 Mill. DM über die Börse mit circa 90 Mill. DM Erlös verkauften. Finanzchef Hans-Otto Wieschermann äußert die *„fast sichere Erwartung", daß damit* der Verkauf aus dem Familienkreis einstweilen zu Ende ist. Damit und mit den im Herbst zum Stückpreis von 285 DM beim breiten Publikum placierten 75 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien schätzt mandie Zahl der Streubesitzer auf 80 000.

Die Anfangsdividende von 3 DM bedeute, da der Eigenmittelzufluß von 427 Mill. DM der Firma erst im letzten Quartal von 1985 zur Verfügung stand, wirtschaftlich eine Dividende von 12 DM. Beileibe keine Prognose für die 1986er Dividende wollen Geschäftsführungsvorsitzender Prof. Helmut Sihler und Finanzchef Hans-Otto Wieschermann aus solcher Rechnung ableiten. Dividendensteigerung aber über den 1985er Stand von 6 DM p. a. hinaus, die auch das *auf 25 (20,50) DM* je Aktie verbesserte DVFA-Ergebnis schon für das Berichtsjahr durchaus zugelassen hätte, deuten sie aber immerhin an.

Dies auch mit der erneuten Versicherung, daß man als eine nun für Privatanleger „offene Familiengesellschaft" eine „aktive Dividendenpolitik" betreiben wolle. Die Basis dafür ist in mehrererlei Hinsicht günstig.

Dieser „internationale Spezialist für angewandte Chemie", in seinen fünf großen Unternehmensbereichen (dar*unter Wasch-/Reinigungsmittel noch* mit 29 Prozent des Weltumsatzes) je zur Hälfte von Produktion und Umsatz bei zahlreichen Auslandstöch*tern angesiedelt, wird dank dieser* Struktur weniger als andere Chemiekonzerne von der Dollarschwäche betroffen und profitiert andererseits in seinen (weltgrößten) *Fettchemie-Ak*tivitäten (etwa 30 Prozent des Weltumsatzes) vom rasanten Preisverfall des Hauptrohstoffs Kokosöle.

So sank denn auch im ersten Quartal 1986 der Weltumsatz nur „umrechnungsbedingt" um 9 Prozent, während der Mengenabsatz um knapp 3 Prozent wuchs und auch der Betriebsgewinn anstieg. Der Annahme, daß der Jahresgewinn 1986 eine zweistellige Plusrate zeigen dürfte, widerspricht die Geschäftsführung nicht.

Glänzend gerüstet für weitere Taten zeigt sich dieser viertgrößte deutsche Chemiekonzern mit seiner 1985er Bilanz. Die Weltbilanz-Eigen*kapitalquote ist spektakulär hoch*, die kurzfristig realisierbaren Aktiva, darunter 904 (575) Mill. DM flüssige Mittel, überdecken mit 171 Mill. DM (nach 428 Mill. DM Unterdeckung) die entsprechenden Passiva, aus dem hoch gebliebenen Cash-flow läßt sich nach 0,6 im Vorjahr nun überhaupt kein dynamischer Verschuldungsgrad mehr errechnen.

Diese „seltene Konstellation" (Wieschermann) wird so zwar nicht bleiben. Denn auch 1986 will Henkel im großen Vorjahresumfang sowohl in Sach- wie in Finanzanlagen investieren und dabei insbesondere mit weltweit hohem Tempo durch Firmenzukauf wie durch Kooperationen seine erfolgreich erprobte „Partner-Strategie" fortsetzen. Im Grundsatz erhalten bleiben soll bei diesem Kraftakt *die überdurchschnittlich gute Bilanz*struktur auch durch weiterhin hohe Gewinnthesaurierung.

Henkel (Welt)	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	9 224	- 1,3
Auslandsanteil (%)[1]	67,7	(67,3)
Belegschaft	30 935	- 2,1
Personalaufwand	2 005	+ 4,2
Gesamtinvestitionen	741	+ 36,7
Sachinvestitionen	404	- 0,5
Sachanlageabschreib.	324	- 15,3
Cash flow[2]	657	- 4,5
Eigenkapital	2 849	+ 26,0
in % von Bilanzsumme	*47,9*	*(40,4)*
Gewinn vor Steuern	334	+ 9,9
Jahresüberschuß	177	+ 36,4
Dividende	38,5	+ 35,1

[1]) Davon 5,25 (5,31) Mrd. DM bei Auslands*töchtern.* [2]) *Nach Steuern und vor Ausschüt*tung.

RATENKREDITBANKEN

Mittelstand ist ein guter Kunde

Py. Düsseldorf

Ausgehend von nur leicht steigenden Preisen und merklich wachsenden Realeinkommen der Haushalte erwarten die deutschen Ratenkreditbanken für 1986 eine positive Entwicklung der privaten Verbrauchskonjunktur, die sich zugleich auf die Kreditaufnahme günstig auswirken wird. Die 65 Institute im Bankenfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKG) mit insgesamt 6500 Mitarbeitern haben 1985 mit einem Umsatzplus von vier (vier) Prozent im Konsumentenkredit und einem Kreditvolumen von 16,61 (15,96) Mrd. DM den zweiten Platz im Verbraucherkreditmarkt hinter den Sparkassen gehalten.

Dabei liegt der Anteil der langfristigen Kredite, der bei allen Bankengruppen stark angestiegen ist, bei den Ratenkreditbanken immer noch bei rund 53 Prozent. Die starke Abweichung von den Sparkassen (72 Prozent) wird für den BKG mit der niedrigen Durchschnitts-Kredithöhe von 4200 (3700) DM und derzeit 48 (45) Monaten Laufzeit begründet. Beide Kriterien seien „sehr entscheidende *Kalkulationsfaktoren", die* zu höheren Zinsen als bei anderen Institutsgruppen führten. Sinkende Zinsen im Ratenkredit und steigende Verwaltungsaufwendungen führten zu einer tendenziell rückläufigen Rentabilität des Geschäfts.

Anders sehen diese Banken das gewerbliche Ratenkreditgeschäft, wenn auch ein nicht „unerheblicher Teil" der erwirtschafteten Gewinne auch 1986 wieder für die Risikovorsorge *bei notleidenden Krediten aufgewen*det werden muß. Das günstige Investitionsklima hat 1985 für ein Neugeschäft von 15 (fünf) Prozent gesorgt. Das Kreditvolumen erhöhte sich um 12,4 Prozent auf 4,4 Mrd. DM. Zunehmend seien Kredite für Neuanschaffungen und Erweiterungen, nicht mehr nur für Ersatz- und Rationalisierungsvorhaben verwendet worden. Bei einem Durchschnittszins von 8,9 Prozent per annum lag die Durchschnitts-Kredithöhe hier bei rund 71 000 (72 000) DM.

SCHWEIZ / Kapazitäten in der Industrie gut ausgelastet

Die Beschäftigung nimmt zu

ALFRED ZÄNKER, Genf

Auch in der Schweiz werden Geschäfts- und Gewinnaussichten der Wirtschaft für den Rest des Jahres sehr zuversichtlich beurteilt. Die Schweizerische Kreditanstalt erwartet weiterhin zunehmende Kleinhandelsumsätze und einen Anstieg der Industrieinvestitionen um 26 Prozent für 1986, wobei nun auch immer häufiger Kapazitätserweiterungen erfolgen. Die Ausfuhr bleibt auf hohem Niveau, insgesamt ist ein reales Wirtschaftswachstum von drei Prozent wie 1985 vorauszusehen.

Die Frühjahrsumfrage der Schweizerischen Bankgesellschaft zeugt von ungebrochenem Optimismus in fast allen Industriezweigen. Ausnahmen sind der Bausektor, wo sich die Lage eher verschlechtert und zum Teil die Be*kleidungs- und Textilindustrie.* Verstärkte Impulse – vor allem vom Binnenmarkt – werden in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und bei Papierwaren erwartet. Die technischen Industriekapazitäten sind durchschnittlich zu 87 Prozent ausgenutzt. Die Beschäftigung wächst fast überall. Gleichzeitig steigen nun aber auch die Kosten wieder etwas schneller. Mehr als die Hälfte der befragten Firmen rechnet mit einem Personalkostenanstieg von drei bis sechs Prozent.

Das Schweizer Hotelgewerbe bleibt zuversichtlich, obwohl wegen Dollarschwäche und Furcht vor Terrorismus bedeutend weniger Amerikaner kommen werden. Auch die britischen Buchungen sind leicht rückläufig. Die meisten Ferienorte erwarten jedoch mehr Gäste aus der Bundesrepublik, dem weitaus wichtigsten Herkunftsland sowie aus Frankreich und Italien.

Eine Studie der Züricher Bank Vontobel rechnet mit nochmaligem Anstieg der Unternehmergewinne um durchschnittlich 15 Prozent nach 25 Prozent im vergangenen Jahr und 29 Prozent 1984. 1985 hatten der Maschinenbau mit einem Plus von 92 Prozent, der Kleinhandel mit 41, die Papierindustrie mit 40 und die Banken mit 36 Prozent besonders gut abgeschnitten, vor den Fluggesellschaften und der Chemie.

1986 dürften die Fluggesellschaften mit 40 Prozent trotz verminderter amerikanischer Reiselust besonders hohe Gewinnsteigerungen ausweisen. *In der Spitzengruppe sind auch* wieder der Maschinenbau mit 35, die Papierbranche mit 34, der Kleinhandel mit 25, die Elektrotechnik mit 22, Versicherungen und Holdinggesellschaften mit jeweils 20 und die Nahrungsmittelgruppe, dominiert von Nestlé, mit 18 Prozent, alle über dem Durchschnitt. Dagegen schwächt sich die Gewinnexplosion im Bankensektor auf zwölf und in der Chemie auf zehn Prozent ab.

Saatchi hat Ted Bates übernommen

fu. London

Die Londoner Werbeagentur Saatchi & Saatchi hat die New Yorker Werbeagentur Ted Bates für 450 Mill. Dollar (976,5 Mill. DM) übernommen. Damit ist Saatchi & Saatchi zur größten Werbeagentur der Welt aufgestiegen. Zusammen mit Ted Bates wird Saatchi Werbeetats in Höhe von rund 7,5 Mrd. Dollar (16,3 Mrd. DM) halten. *Die bisherige Nummer eins der Wer*bebranche, die amerikanische BBDO/Doyle Dane, durfte sich dieser Position nur wenige Tage erfreuen. Sie entstand vor knapp zwei Wochen aus dem Zusammenschluß der Agenturen BBDO International, Needham Harper Worldwide und Doyle Dane Bernbach und hält Werbeetats in Höhe von fünf Mrd. Dollar.

Saatchi wird den Übernahmebetrag in bar bezahlen, und zwar 400 Mill. Dollar umgehend bei Fertigstellung der Verträge und *50 Mill. Dollar* an 200 aktienbeteiligte Bates-Mitarbeiter im Verlauf der nächsten zwei Jahre. Die heute größte Werbeagentur der Welt ist von den beiden Saatchi-Brüdern Charles und Maurice vor 16 Jahren mit einem Startkapital von 25 000 Pfund gegründet worden.

Mit der Übernahme durch Saatchi wird Ted Bates mit Sicherheit einige wichtige Werbeetats in den Vereinigten Staaten aus Konkurrenzgründen verlieren. Dazu zählt in erster Linie der 90-Mill.-Dollar-Etat von Colgate-Palmolive, da Saatchi für Proctor & Gamble arbeitet.

PRIVATBANK METZLER / Innere Reserven deutlich gestärkt – Rundum zufrieden

Wachstum nicht im bilanzwirksamen Bereich

adh. Frankfurt

Rundum zufrieden mit der Entwicklung im Geschäftsjahr 1985 zeigen sich die Inhaber des Frankfurter Privatbankhauses B. Metzler seel. Sohn & Co.: Neben einer weiteren deutlichen Stärkung der inneren Reserven der Bank wurden die Gesellschafter mit einer erhöhten Ausschüttung bedacht. Genaue Ergebniszahlen nennt die Privatbank traditionell nicht. Das Gesamtergebnis ist jedoch nach Angaben der Inhaber um mehr als ein Viertel gestiegen.

Die Bilanzsummen-Entwicklung – unverändert rund 697 Mill. DM – gibt dafür freilich keine Hinweise. Denn, so Hans Herrmann Reschke, einer der drei Inhaber, „wir suchen Wachstum nicht im bilanzwirksamen Bereich". Infolge dieser seit Jahren verfolgten Politik stammen bei Metzler bereits über 80 Prozent des Ertrages aus dem Dienstleistungsbereich. Im vergangenen Jahr sorgte vor allem das dynamische Wertpapiergeschäft für kräftiges Ertragswachstum. Denn die Privatbank profitierte von den Aktivitäten ihrer Zielkundschaft, den internationalen institutionellen Anlegern, am deutschen Aktienmarkt.

Aber auch die anderen Bereiche haben nach Angaben von Reschke „erfolgreich" gearbeitet. Das gelte auch für das Kreditgeschäft (wo sich die Bank zunehmend als Vermittler versteht) und für das Devisengeschäft, wo eine auf den Einzelfall abgestimmte Betreuung der Kunden zu regen Umsätzen geführt habe; Eigenhandel betreibt das Bankhaus Metzler nicht.

Erfreulich weiterentwickelt hat sich nach den Worten Reschkes auch das Beratungsgeschäft für industrielle Kunden (Corporate Finance). Neben der traditionellen Großkundschaft betreut die Bank in diesem Bereich vor allem größere mittelständische Unternehmen. Die Aussichten für dieses Jahr schätzt Metzler positiv ein, auch wenn sich das Ertragswachstum des vergangenen Jahres wohl nicht wiederholen lasse.

GEFA / Den Weg zur Leasing-Finanzierung erleichtert

Neugeschäft deutlich höher

Bm. Essen

Ihr Geschäft kräftig ausgebaut hat die Gefa-Gruppe mit Sitz in Wuppertal, zu der die Gesellschaften Gefa Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH, die Gefa-Leasing GmbH und die Efgee Gesellschaft für Einkaufs-Finanzierung GmbH gehören. Die Gefa-Gruppe ist eine Tochter der Deutschen Bank und zählt zu den führenden Finanzierungs- und Leasing-Gesellschaften der Bundesrepublik.

Das Neugeschäft überstieg im Geschäftsjahr 1985 mit 1,7 Mrd. DM das Vorjahresvolumen um 20 Prozent. Befriedigt haben auch die Sparte Factoring und das Geschäft der Efgee, die in der Konsumentenfinanzierung tätig ist. Das addierte Geschäftsvolumen der Gruppe erhöhte sich um 338 Mill. auf 3,2 Mrd. DM.

In ihrem Geschäftsergebnis konnte die Gefa an die positive Entwicklung der letzten Jahre anschließen. Wie die Verwaltung mitteilt, wurde trotz Verengung der Margen und steigender Verwaltungskosten das Betriebsergebnis auf Vorjahreshöhe gehalten. Nach umfassender Vorsorge für Risiken wurden aus dem Jahresgewinn 10 Mill. DM in die offenen Rücklagen der Gefa und weitere 5 Mill. DM in die der Gefa-Leasing eingestellt. An die Deutsche Bank wurden im Rahmen des Ergebnisübernahmevertrages 20,1 Mill. DM abgeführt.

Um einem größeren Kreis von Kunden den Zugang zur Leasing-Finanzierung zu erleichtern, ist in Zusammenarbeit mit der Mutter der neue Service „db-leasing" entwickelt werden. Damit können auch in den größeren Niederlassungen der Deutschen Bank Leasing-Geschäfte abgeschlossen werden. Das Neugeschäft steht nach Angaben der Verwaltung unter verstärktem Wettbewerb. Dies drücke die Margen weiter und beeinträchtige ebenfalls die Ertragslage.

Konditionen für Kapitalerhöhung

VWD, Berlin

Die Hauptversammlung der Berliner Bank AG am 27. Juni soll die Voraussetzungen für die Verbreite*rung der Kapitalbasis des Instituts* schaffen. Wie aus der Einladung hervorgeht, soll ein genehmigtes Kapital von bis zu 100 Mill. DM befristet bis zum 27. Juni 1991 beschlossen werden. Außerdem soll die Verwaltung – ebenfalls befristet bis zum 27. Juni 1991 – ermächtigt werden, Genußscheine und Optionsgenußscheine verbunden mit der Einräumung von Optionsrechten auf Aktien des Instituts auszugeben. Das Genußscheinkapital soll bis zu 100 Mill. DM betragen.

Jedem Genußschein mit Aktienbezugsrecht sollen je Nominalbetrag von 1000 DM Optionsscheine beige*fügt werden, die den Inhaber* berechtigen, nach Maßgabe der Optionsbedingungen bis zu 15 Aktien der Berliner Bank im Nennbetrag von je 50 DM zu beziehen.

HUTSCHENREUTHER / Bau von Entstickungsanlagen gemeinsam mit der Degussa

Erneut ein Spitzenergebnis erzielt

DANKWARD SEITZ, München

Endgültig besiegelt wird in den nächsten Tagen die Gründung eines Joint-ventures des Porzellan-Herstellers Hutschenreuther AG, Selb, und der Frankfurter Degussa AG zur Herstellung von keramischen Katalysatoren für die Entstickung von Kohlekraftwerken. Wie Roland Dorschner, Vorstandsvorsitzender von Hutschenreuther, anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1985 in München mitteilte, ist dafür die gemeinsame Tochtergesellschaft „H. D. Ceracat GmbH" mit Sitz in Wiesau gegründet worden. Am Stammkapital von 10 Mill. DM sind Hutschenreuther mit 40 Prozent und die Degussa mit 60 Prozent beteiligt.

Sobald die Genehmigung durch das Bundeskartellamt erteilt ist, soll mit dem Bau der Anlagen begonnen werden. Das gesamte Investitionsvolumen bezifferte Dorschner auf 35 Mill. DM, das vom Land Bayern mit etwa 20 Prozent gefördert wird. Die Produktion mit 70 bis 80 Mitarbeitern soll Mitte 1987 anlaufen. Hergestellt werden die Katalysatoren nach einer Lizenz (Dauer: fünf Jahre) des japanischen Mitsubishi-Konzerns. Bei einem Marktvolumen von 400 bis 500 Mill. DM hofft Dorschner, daß die Ceracat auf einen Umsatz von 80 bis 100 Mill. DM kommen wird. Langfristig ist geplant, auch Katalysatoren der zweiten Generation für mittlere Kraftwerke und Autos aufgrund von Hutschenreuther/Degussa-Entwicklungen herzustellen. „Wir wollen uns nicht auf dem Know-how aus Fernost ausruhen."

Insgesamt fühlt man sich so bei Hutschenreuther für die nächsten Jahre gut gerüstet. 1986 soll der Umsatz der AG um etwas mehr als fünf Prozent auf annähernd 400 Mill. DM steigen, wobei man in den ersten vier Monaten „gut innerhalb der Planung" liegt. Gleichfalls hofft Dorschner, die bislang gute Ertragssituation über das gesamte Geschäftsjahr halten zu können. Investiert werden sollen rund 22 Mill. DM.

Sehr zufrieden zeigte sich Dorschner mit dem Jahr 1985, zumal es gelungen ist, „das Spitzenergebnis von 1984 einzustellen." Während die Branche nur auf ein Plus von 2,8 Prozent kam, stieg der Umsatz in der AG um 6,2 Prozent auf 379 Mill. DM und in der Gruppe um 5,2 Prozent auf 406 Mill. DM. Auf den Bereich Haushalt und Gastronomie entfielen davon 341,2 Mill. DM (plus 6,7 Prozent) und auf die Technische Keramik 38,4 Mill. DM (plus 1,9 Prozent). Die Exportquote stieg auf 40 (37) Prozent.

Schritt gehalten hat damit auch die Ertragsentwicklung. So nahm der Cash-flow auf 27,4 (26,3) Mill. DM zu. Daß der Gewinn je Aktie sich leicht auf 21,02 (21,97) DM verschlechterte, ist auf die höheren Abschreibungen von 15,6 (13,9) Mill. DM bei Investitionen von 16,7 (12,9) Mill. DM zurückzuführen. Aus dem Jahresüberschuß von 4,2 (5,3) Mill. DM wird eine Dividende von 10 (9 plus 1) DM auf das Grundkapital von 21,33 Mill. DM ausgeschüttet.

12 FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE / BÖRSEN UND MÄRKTE

Bundesanleihen

Bundespost

Bundesbahn

Industrieanleihen

Länder – Städte

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Renten wieder schwächer

Obwohl das Angebot aus dem Ausland begrenzt blieb und sich in den USA die Zinsen kaum noch aufwärts bewegt haben, blieben deutsche öffentliche Anleihen unter Druck. Verkäufer sind in erster Linie Banken, die ihre Bestände vermindern. Das wird auch als Grund für die nachgebenden Notierungen bei den DM-Auslandsanleihen genannt, wo zur Zeit der Markt aber kaum Material aufnimmt. Bei den Pfandbriefen erhöhten sich die Renditen. Im 10jährigen Laufzeitbereich betrugen sie im Großgeschäft 6,65 Prozent, im fünfjährigen Laufzeitbereich schon 5,70 Prozent.

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit bruchteiligen Veränderungen schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigt ging Kupfer aus dem Markt. Überwiegend fester notierte Kaffee. Knapp behaupten konnte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	9.5.	8.5.
Mai	351,00	349,00
Juli	288,50	292,00
Sept.	291,50	293,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	283,16	273,41
Am. Durum	281,01	271,26

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

HAFER Winnipeg (can. $/t)

HAFER Chicago (c/bush)

MAIS Chicago (c/bush)

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

KAKAO New York ($/t)

ZUCKER New York (c/lb)

KAFFEE London (£/t) Robusta

KAKAO London (£/t)

ZUCKER London (£/t) Nr.6

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

ORANGENSAFT New York (c/lb)

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

9.5.	8.5.
25,50	25,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

18,25	18,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	17,90	17,93
Juli	18,20	18,25

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)

SCHMALZ Chicago (c/lb)

TALG New York (c/lb)

SCHWEINE Chicago (c/lb)

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

HÄUTE Chicago (c/lb)

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

KOKOSÖL New York (c/lb)

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

PALMÖL Rotterdam ($/lgt)

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt)

LEINSAAT Rotterdam ($/t)

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Energie-Terminkontrakte

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

Kanada

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

BÜROMARKT / London mit den höchsten Mietpreisen

Deutsche Städte relativ billig

Py. Düsseldorf

In London sind Spitzenmieten für Bürohäuser im Durchschnitt fast sechsmal so hoch wie in Düsseldorf und München und liegen immer noch erheblich über dem Durchschnitt von Washington und New York. Das stellt die führende Büromaklerfirma Müller International Immobilien GmbH, Düsseldorf, fest. Das Unternehmen räumt zwar Schwächen beim direkten Vergleich angesichts unterschiedlicher Bemessungs- und Berechnungsgrundlagen ein, kommt jedoch zu dem Schluß: In Europa besteht mehr Nachfrage nach Büroraum als in den USA.

In dem Büromarkt-Report 1986 sind 32 Städte enthalten. In Europa wurden Amsterdam, London, Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München und Wien aufgeführt. Trotz der hohen Mietpreise wurden in London 1985 mit 1,08 Mill. qm mehr Flächen vermietet als in jeder anderen Stadt. Auf den nächsten Plätzen folgen Washington D. C., Dallas, Boston, Los Angeles und Denver. München rangiert in der Liste auf Platz 13, Amsterdam an 14., Frankfurt an 18. und Hamburg an 19. Stelle der vermieteten Flächen.

Köln und Amsterdam stehen in der „Hitliste" der Städte mit den niedrigsten Büromieten. So werden in Köln 16 DM/qm für erstklassige Flächen im Innenstadtbereich verlangt. In Amsterdam rund 23 DM, in Frankfurt 30 DM und in Wien 27 DM, wobei sich deutsche und andere europäische Mietpreise wegen der unterschiedlichen Behandlung von Nebenkosten schwer vergleichen lassen. So kommen in London, der teuersten Bürostadt, noch Steuern hinzu, so daß mit Nebenkosten (zusammen 45 Prozent der Miete) der Mietpreis je qm bei fast 150 DM im Monat liegt.

Insgesamt stehen zur Zeit 3,08 Mill. qm Bürofläche in Europa zur Neuvermietung an. Das ist das 1,7fache der 1985 vermieteten Fläche. Derzeit sind 16,35 Mill. qm Büroflächen in den aufgeführten 32 Städten im Bau, aber nur 1,05 Mill. qm davon liegen in Europa. London führt auch hier mit 620 000 qm. In Düsseldorf und Hamburg werden gegenwärtig je 110 000 qm neu gebaut, gefolgt von Frankfurt, Amsterdam und München.

FALKE / Strümpfe bleiben wichtigster Umsatzbereich

Plus durch Inlandsfirmen

Py. Düsseldorf

Die im Bereich Herren-Strickwaren, Herren-, Damen- und Kinderstrümpfe sowie Teppichgarne tätige Falke-Gruppe, Schmallenberg, hatte 1985 ihre Umsatzsteigerung um 3,5 Prozent auf 295 Mill. DM ausschließlich den inländischen Unternehmen zu verdanken. Damit wurde nicht nur die kursbedingte rückläufige Entwicklung in Südafrika, sondern auch der Umsatzausfall durch die letztes Jahr aufgegebene DOB-Strickwarenkollektion mehr als wettgemacht.

Die nur noch für Männer angebotene Strickoberbekleidung macht jetzt 14 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Der Anteil soll allerdings steigen, wenn gegen Jahresende eine neue Herrenstrickkollektion unter dem Namen „Falke" auf den Markt kommt, die im Preis etwa unterhalb des Niveaus der Marke „Boss" liegen soll. Mit Boss-Strickwaren wurden 1985 rund 20 Mill. DM umgesetzt, mit steigendem Exportanteil. Er liegt bei der gesamten Strickbekleidung um 20 Prozent. Der Umsatz des Produktbereichs Strümpfe (142 Mill. DM) wuchs mit 4,5 Prozent etwas stärker als die Gruppe insgesamt. Als besonders erfolgreich hat sich auch hier die Boss-Herrenstrumpf-Kollektion erwiesen. Für die in Zusammenarbeit mit Boss geschaffene Knitwear und die Jeff-Sayre-Kollektionen steht eine gezielte Erweiterung der Verkaufsmaßnahmen im In- und Ausland (USA) bevor.

An der Spitze des Falke-Wachstums lag mit zehn Prozent auf 112 Mill. DM die Sparte Teppichgarne mit ihren Neuentwicklungen und hochwertigen Schurwolle-Qualitäten. Insgesamt beschäftigte Falke Ende 1985 konstant 1950 Menschen in der Bundesrepublik, in Südafrika (200) und in Portugal (200).

In den Jahren 1985/86 werden jeweils 8 Mill. DM investiert. Falke geht für 1986 bei voller Kapazitätsauslastung und derzeit guter Auftragslage von einer Umsatzsteigerung um fünf Prozent aus.

GIESSEREIEN / Sorgen mit dem Umweltschutz – Zahl der Arbeitsplätze erhöht

Der Wiederaufschwung hält an

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auf „befriedigendem" Wachstumskurs wie schon 1985 sehen der Deutsche Gießereiverband und der Gesamtverband Deutscher (NE-)Metallgießereien ihre rund 900 Mitgliedsbetriebe auch *1986 mit einem* Produktionsplus von zwei Prozent vorankommen. Bereits 1985 haben beide Gußbranchen zusammen die Zahl ihrer Arbeitsplätze erstmals wieder nennenswert auf *106 700 (104 369)* erhöht, darunter 75 874 (74 655) im Bereich der Eisen-, Stahl- und Tempergießereien. Bei letzteren besserte sich die Produktion um 3,3 Prozent auf 3,5 Mill. Tonnen mit einem auf 9,5 (9) Mrd. DM erhöhten Wert, während der NE-Metallguß mit 5,1 Prozent plus einen Ausstoß von 0,5 Mill. Tonnen mit 5,5 (4,5) Mrd. DM Wert erzielte.

Triebfeder des Wiederaufschwungs dieser mittelständischen Zulieferindustrien war und bleibt die günstige Konjunktur ihrer beiden wichtigsten Abnehmerbranchen Straßenfahrzeug- und Maschinenbau. Dahin gehen (auch beim Export) inzwischen gut 70 (vor fünf Jahren 60) Prozent ihres gesamten Produktabsatzes. Beim „eisenhaltigen" Guß hat der aus diesem Kundenkreis stammende Aufschwung das „strukturelle" Negativum überkompensiert, daß Druckrohre für die schrumpfende Bauwirtschaft und Stahlwerkskokillen für die immer kompletter auf (gußformfreien) Strangguß übergehenden Hüttenwerke im Abstieg blieben. Hier schätzen derzeit 91 (vor Jahresfrist *80) Prozent der vom Verband befrag*ten Firmen ihre aktuelle Lage als gut oder befriedigend ein.

Bei den Nichteisen-Metallgießereien (vorwiegend Aluminium) ist der Optimismus noch stärker. Immerhin haben diese ihre Produktion im ersten Quartal 1986 um 7,8 Prozent über den zeitgleichen Vorjahresstand gesteigert. Außer der üblichen Vorsicht weiß ihr Verband keinen räsonablen Grund dafür anzuführen, daß er für das volle Jahr nur zwei Prozent Ausstoßwachstum erwartet.

Offenbar dämpfend wirken die von *beiden Gießereiverbänden lebhaft* beklagten Umweltschutzverschärfungen in den Neufassungen von Bundesemissionsschutzgesetz, TA-Luft und Abfallbeseitigungsregelungen. Die neue „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft" gebiete „äußerst restriktive" Emissionsbegrenzungen, für die es in manchen Bereichen überhaupt noch keine technischen Lösungen gebe. Zudem übersteige der Investitionsaufwand für solche Anlagen besonders bei kleineren Betrieben oft den Gesamtwert des Produktivvermögens.

Für solche Betriebe, die das Gestrüpp der neuen Umweltschutzauflagen auch von ihrer administrativen Kapazität her kaum durchschauen könnten und „wenig Hilfestellung" bei den offenbar gleichfalls überforderten Behörden fänden, werde durch den forcierten Umweltschutz nun die wirtschaftliche Existenz mehr und mehr infrage gestellt. Obendrein dürfe nicht übersehen werden, daß es den meist mittelständischen Betrieben ihrer Branchen „weit schwerer werden wird als beispielsweise der monopolistischen Stromwirtschaft", *die aufgezwunge*nen Kosten in den Preisen an ihre Kunden weiterzugeben, mahnen die beiden Verbände.

EHW / Alle Beteiligungen weiter im Gewinn

Stattliche Holding-Dividende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der Sonderfall der (reinvestierten) *Stahl-Investitionszulage ist zwar im* wesentlichen vorbei. Aber immer noch in stattlicher Höhe schlägt die Kölner Eisen- und Hüttenwerke AG (EHW) ihrer Hauptversammlung am 23. Juni für *1985* eine Dividende von 20 (nach 30 und davor 12) DM je 100-DM-Aktie vor. Daran partizipieren bei dieser Zwischenholding für die Montaninteressen des Otto-Wolff-Konzerns etwa *4000* Streubesitzer mit knapp einem Viertel von 88 Mill. DM Aktienkapital. Der nach 16 (9,6) Mill. DM Steuern auf 30,4 (39,8) Mill. DM gesunkene Jahresüberschuß erlaubt noch eine Stärkung der Rücklagen um wieder 13 Mill. auf 83 Mill. DM.

Von ihren zwei in Paritätspartnerschaft mit Thyssen geführten Stahlbeteiligungen Rasselstein AG, Neuwied, und Stahlwerke Bochum AG (SWB) kassierte EHW 19,3 (26,8) Mill. DM Organschaftserträge, dazu 25,8 (19,8) Mill. DM „sonstige Erträge" aus Umlagen für Steuern und Verwaltungskosten. Aus der Drittel-Beteiligung an 15 Mill. DM Stammkapital der Baden-Württembergischen Gesellschaft für Beteiligungen mbH, nun mit 2,5 (1,25) Mill. DM eingezahlt, *flossen erstmals 0,16 (-) Mill. DM* Beteiligungsertrag.

Das nach langer Verlustperiode seit 1984 wieder „zufriedenstellende" Ergebnis der in Partnerschaft mit der *Bendorfer Kann KG geführten* Schraubenfabrik Friedr. Boesner GmbH, Neuwied, (EHW-Anteil 37,5 Prozent an 10,8 Mill. DM Kapital, 1985er Umsatzplus sechs Prozent auf *reichlich 50 Mill. DM) wurde weiter* bei der Firma thesauriert.

Vor allem durch die Reinvestition der Investitionszulage bei der großen Weiß/Feinblech-Tochter Rasselstein, Neuwied, in eine Kapitalerhöhung auf 146 (106) Mill. DM erhöhte sich das EHW-Beteiligungskonto auf 112 (86,6) Mill. DM. Der Buchwert des 48,5-Prozent-Anteils an 24,2 Mill. DM SWB-Kapital wurde auf 19,4 (15,3) Mill. DM erhöht, weil dieser Firma die 1984 erhaltene Investitionszulage von 0,3 Mill. DM im Berichtsjahr zur Rücklagenstärkung zugeführt wurde. Aus restlicher Stahlzulage (die 1986 gleichfalls in die Rücklagen kommt) sowie aus nun bei 635 (571) Mill. DM Umsatz „deutlich" verbesserten Betriebsergebnis steigerte SWB 1985 den Organschaftsgewinn auf 13,4 (10,6) Mill. DM.

Trotz Anstieg des Beteiligungskontos hat EHW seine mit 69,6 (68,3) Mill. DM „Konzernforderungen" beim Hauptaktionär angelegten flüssigen Mittel auf gewohnt hohem Stand gehalten und 4,7 (5) Mill. DM Zinsen vereinnahmt. Der Ausblick auf das 1986er Blechgeschäft der beiden Hauptbeteiligungen Rasselstein und SWB klingt auch bei der Holding gedämpft. Einbußen werden insbesondere wegen der Exportbeschränkungen in die USA und wegen des Dol*larkursverfalls befürchtet, da beides* den „Wettbewerbsdruck auf allen Märkten" steigere.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Preussag senkt Dividende

Hannover (dos.) – *Die Preussag* AG, Hannover, wird die Dividende für das Geschäftsjahr 1985 auf 8 (9) DM kürzen (HV am 2. Juli). Wie das Unternehmen nach der Aufsichtsrats*sitzung mitteilte, hat sich der Bilanz*gewinn auf 65 (72) Mill. DM verringert. Durch die Ausgabe von 1,6 Mill. DM Belegschaftsaktien erhöhte sich das Aktienkapital auf 401,6 Mill. DM. Einzelheiten zu der beabsichtigten Neuordnung des Unternehmensbereichs Metall, die dem Vernehmen nach Gegenstand der Sitzung war, wurden nicht mitgeteilt. Offenbar plant die Preussag, die verschiedenen Aktivitäten dieses Bereichs in eigenständige Profit-Centers einzubringen.

Kühltransit erhöht Kapital

Hamburg (VWD) – Für den Bau eines neuen Kühlhauses im Hamburger Hafen plant die Kühltransit-AG, Hamburg, eine Kapitalerhöhung. Der HV am 24. Juni wird vorgeschlagen, *das Grundkapital um 1,6 Mill. auf 2,4* Mill. DM heraufzusetzen. Den Stamm- und Vorzugsaktionären sollen die jungen Stammaktien im Verhältnis eins zu zwei zum Kurs von 250 Prozent (250 DM je 100-DM-Aktie) angeboten werden. Die neuen Stammaktien sind für das volle Geschäftsjahr 1986 gewinnberechtigt.

PSA mit Gewinn

Paris (J.Sch.) – Die Peugeot SA (PSA) Holdinggesellschaft des französischen Automobilkonzerns Peugeot weist für ihr Geschäftsjahr 1985 einen Reingewinn von 165 Mill. F aus, nach 204 Mill. F Verlusten im Vorjahr. Auf die Verteilung einer Dividende wird weiter verzichtet.

Veba verbessert Ergebnis

Essen (Bm.) – Bei der Veba AG, Düsseldorf, sind die Außenumsätze im *1. Quartal 1986 um 12,4 Prozent auf* 10,9 Mrd. DM zurückgegangen. Die stärksten Einbußen erlitten Mineralöl mit minus 19,1 und der Handel mit minus 19,3 Prozent. Diese Entwick*lung wird vornehmlich auf den Ver*fall der Ölpreise und auf den deutlich niedrigeren Dollarkurs zurückgeführt. Das Ergebnis knüpft an die positive Entwicklung vor einem Jahr an. Der Überschuß vor Steuern beträgt 467 (454) Mill. DM, nach Steuern 293 (286) Mill. DM. Der Konzernüberschuß wird mit 166 (162) Mill. DM ausgewiesen.

Wieder acht Mark

Berlin (VWD) – Der HV der Bergmann-Elektricitäts-Werke AG, Berlin, am 4. Juli wird für 1985 eine unveränderte Dividende von 8 DM je Aktie auf 70 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen. Den Rücklagen werden *9,1 (7,9) Mill. DM zugeführt*. Wie die Holding, deren Beteiligungsgesellschaften im wesentlichen in der Kommunikationstechnik, der Energietechnik, der Prozessautomation sowie der Mess-, Regel- und Steuerungstechnik tätig sind, weiter mitteilte, erhöhte sich der Konzernumsatz um 8 Prozent auf 1,49 (1,38) Mrd. DM. Die Zahl der Mitarbeiter nahm in *der Gruppe um rund 400 auf etwa* 12 700 (12 300) zu.

NAMEN

Ernst Bettermann, Senior-Chef von OBO und Neuwa-Bettermann OHG, Menden, feiert heute seinen 75. Geburtstag.

Dieter Jutzi, bislang Vorstandsvorsitzender der Ytong AG, München, ist mit Wirkung vom 15. Mai zum Finanzvorstand der Strabag AG, Köln, bestellt worden.

Hartwig Knetter, geschäftsführender Gesellschafter bei der Lebensmittel-Großhandlung L. Stroetmann, *Münster*, wird zum *1. Juli 1986* weiteres Mitglied im Vorstand der Spar Handels-AG, Hamburg.

Bergassessor a. D. **Hans Jürgen Ertle,** Geschäftsführer der Saarberg-Interplan Gesellschaft für Rohstoff-, Energie- und Ingenieurtechnik mbH, Saarbrücken, ist aus dem Unternehmen ausgeschieden. Neu in die Geschäftsführung wurden berufen **Wolfgang Brück** für den kaufmännischen und **Wolfgang Fosshag,** bisher Salzgitter Maschinen und Anlagen AG, für den technischen Bereich. **Brück** bleibt in Personalunion Geschäftsführer der GFK Gesellschaft für Kohleverflüssigung mbH. **Helmut Hensel,** derzeit noch Geschäftsführer bei Interplan, übernimmt zum 30. Juni 1986 die Leitung der Saarberg-Interplan Uran GmbH.

Ildar K. Nigmetzanov, Generalbevollmächtigter der Ost-West Handelsbank AG, Frankfurt, wurde als stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand berufen.



Inlandszertifikate

	Ausg. 12.5.	Rückn. 12.5.	Rückn. 9.5.
AAR-UNIV.F.I	173,81	165,22	163,22
Adifonds	67,60	64,38	66,69
Adirenta	25,78	24,54	24,59
Adiropa	103,73	100,71	100,93
Aditec	109,61	104,39	104,83
Adiverba	182,08	173,41	178,00
Aegis Bnk.-Fds.	unerh.	unerh.	unerh.
Aegis Wechsel.-Fds.	unerh.	unerh.	unerh.
AGI Fonds	170,89	162,75	162,75
Akkumula	210,00	199,97	200,89
Albingia Rendite Fds.	52,15	50,05	50,31
Alte Kapital Fds.	37,03	34,45	35,46
Allianz-Rentenfonds	125,59	122,53	122,66
Analytik Fonds	35,32	32,84	33,33
Aro-Rendit.	59,66	57,59	57,59
AriDeka	56,12	53,67	54,98
Assecura I	92,57	92,11	92,11
Austr. Pazifik	52,98	51,44	52,52
Berenberg-U-Fonds	419,06	406,85	414,57
Berenberg-U-Eff.-F.	52,73	51,19	51,86
Berenberg-U-Renten	124,62	121,58	122,24
BW-Renta-Univ.	55,08	53,74	53,74
BW-Wertberg-Univ.	137,78	137,80	132,80
Colonia Rentenfonds	unerh.	unerh.	unerh.
Concentra	37,84	36,14	37,45
dbi-Fonds V I	–	59,24	59,24
Dekafonds	52,95	50,30	52,27
DekaRent	33,62	32,64	32,86
DekaSpezial	253,19	240,54	245,12
DekaTresor	61,77	60,26	60,29
DespaFonds	84,04	79,84	79,84
DEVIF-Invest	103,70	98,76	100,72
DEVIF-Rent	56,60	54,94	55,12
DIFA-Fonds	187,80	177,60	177,60
DIFA GRUND	104,50	99,28	99,28
DIT Fonds f. Verm.	67,50	65,85	68,03
DIT Rohstoffonds	70,87	68,81	68,81
DIT Pazifikfonds	115,49	110,18	109,42
DIT Spezial	71,44	69,36	70,78
DIT Technologiefonds	82,24	79,84	80,22
DIT Fds.f Wd.u.Opt.A	134,32	131,84	132,34
Dt. Rentenfonds	85,36	83,69	83,64
Dt. Vermögensb. Fds. A	39,00	37,14	38,56
dgl. I	51,46	49,01	50,16
dgl. R	28,19	27,37	27,41
DWS Bayern Spezial	102,20	97,29	100,15
DWS Energiefonds	86,70	84,57	84,74
DWS Provesta	83,60	79,60	81,06
DWS Rohstoff Fds.	79,25	77,31	77,54
DWS Technologie Fds.	94,35	92,04	92,28
Fondak	72,09	68,66	71,12
Fondirent	88,64	86,06	86,04
Fondis	65,30	62,19	62,93
Fondra	115,47	108,07	111,17
FT Accumula	143,77	139,58	140,02
FT Am Dynamik	24,47	22,39	22,63
FT Frankf. Eff. F	143,55	136,37	138,56
FT Interspezial I	29,92	27,38	27,58
FT Interspezial II	34,64	31,70	31,93
FT Interzins	46,10	44,76	44,81
FT Nippon Dynamik	92,62	84,20	84,71
FT Re-Spezial	194,25	185,20	185,86
Gerling Dynamik	70,24	67,21	68,27
Gerling Rendite	56,92	55,36	55,34
GKD-Fonds	74,80	71,97	73,06
Gotharent	102,07	98,52	98,57
Grundbesitz-Invest.	73,40	69,83	69,85
Grundwert-Fonds	132,48	125,57	125,57
Hbg.-M. Rentenfonds	unerh.	unerh.	57,56
Hansainternational	55,46	53,58	54,01
Hansaprofit	–	28,20	28,60
Hansarenta	49,57	47,89	47,92
Hansasecur	69,47	66,14	66,97
Hansazins	50,20	48,50	48,61
Haus-Invest	71,50	68,21	68,21
III-Fonds Nr. 1	115,60	110,00	110,00
dgl Nr. 2	74,60	71,00	71,00
Industria	63,74	61,88	62,45
INKA-Global	87,40	83,10	84,50
INKA-Rent	56,10	54,30	54,40
INKA-Re-Invest	139,00	134,90	135,80
Inrenta	74,20	72,36	72,39
Interglobal	151,74	147,32	148,02
Inter-Renta	40,75	39,55	39,64
Intervest	104,40	99,45	99,58
Interkapital	29,80	27,30	27,60
Int. Rentenfonds	84,69	82,43	82,62
Investa	68,35	65,07	67,41
Investors Fds.	15,72	14,61	14,86
Iverafonds	62,86	57,51	58,20
Japan-Pazifik-Fds.	79,06	76,76	77,46
Kapitalf. Spezial	142,53	131,84	133,59
Magdeb. W.-Fd.DIT	83,20	79,24	80,55
Medico-Invest	123,95	115,80	117,90
Merkur I	30,66	30,66	30,66
NB Rent	unerh.	unerh.	unerh.
Nordcumula	79,13	76,83	77,64
Nordrenta Int.	61,39	59,40	60,22
Nordstern-F. RK	unerh.	unerh.	unerh.
Nürnberger Rentenfds.	50,85	48,57	48,69
Oppenh. Int. Rent.	unerh.	unerh.	unerh.
Oppenh. Priva-Rent	unerh.	unerh.	unerh.
Oppenheim-Privat	unerh.	unerh.	unerh.
Oppenheim-Spez. I	unerh.	unerh.	unerh.
Oppenheim-Spez. II	unerh.	unerh.	unerh.
Plusfonds	74,43	70,89	73,10
Privatfonds	70,75	67,35	68,74
Re-Inrenta	172,95	168,72	168,98
Renditdeka	35,71	34,77	34,74
Rentak	165,31	157,04	157,19
Rentex	111,50	108,15	108,21
Rentensparfonds	58,29	56,99	56,56
Ring Aktien-Fds. DWS	48,20	46,01	47,55
Ring Renten-Fds. DWS	48,35	46,13	46,29
Sölatur-U-Fonds	175,55	170,74	170,74
SMH-Rentenfonds	unerh.	unerh.	52,32
Südinvest I	unerh.	unerh.	67,88
dgl. II	unerh.	unerh.	77,91
dgl. III	unerh.	unerh.	26,67
dgl. IV	unerh.	unerh.	86,46
Thesaurent	68,78	67,10	67,40
Thesaurus	229,13	223,54	231,22
Transatlanta	31,40	30,49	30,60
Unifonds	32,20	30,66	31,47
Uniglobal	102,60	97,69	97,71
Unikapital	84,90	82,85	82,95
Unirak	92,00	87,58	88,40
Unirenta	42,50	41,21	41,56
Unispezial I	–	58,39	58,81
Universal-Eff.-F.	99,31	97,36	97,36
Unizins	115,35	111,99	112,06
Verm.-Aufbau-F.	122,01	116,20	117,89
Verm.-Ertrag-F.	102,54	98,60	98,79
VICTORIA Rent-Adig	74,81	72,28	72,34

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	35,10	33,10	33,10
Bond Valor DM	112,24	110,13	110,17
Convert Fund A DM	35,40	33,60	33,20
Convert Fund B DM	105,00	100,60	99,40
CS Money Market DM	1082,13	1082,12	1082,00
Eurinvest DM	94,60	90,70	unerh.
Eurasion DM	204,37	188,38	187,18
Formelar Sel. DM	83,74	78,30	78,30
GT Inv. Fond DM	66,40	62,90	63,70
Interpar DM	unerh.	unerh.	unerh.
Japan Sel. DM	410,20	383,55	383,55
Unico DM	79,50	77,12	77,29
Amerika-Valor sfr.	505,25	476,25	482,00
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	unerh.
Automation sfr.	130,50	121,00	121,00
Bond-Invest sfr.	66,25	64,00	64,00
Bond Valor Yen	10784,00	10584,00	10571,00
Bond Valor $	125,18	122,85	122,47
Bond Valor sfr.	108,00	106,00	105,95
Bond Valor Ster.	109,52	107,48	107,47
Canasec	636,00	605,00	611,00
CSF-Bonds sfr.	79,75	77,00	77,00
CS Money Market $	1139,94	1139,93	1139,74
CS Money Market Ster.	1100,34	1100,33	1100,06
CS Money Market Yen	102770,0	102777,0	102765,0
Convert Valor sfr.	140,70	138,05	137,75
Convert Valor $	155,01	152,12	151,27
Dreyfus $*	14,10	13,25	13,21
Dreyfus Internat. $*	49,75	46,75	46,51
Dreyfus Intercont. $*	50,64	47,60	47,47
Dreyfus Leverage $*	22,82	20,88	20,84
Energie-Valor DM	177,04	167,00	166,34
Europa Valor sfr.	200,50	191,00	195,25
Fonsa sfr.	206,00	201,50	200,00
Founders Growth $*	9,46	9,46	9,60
Founders Mutual $*	10,98	10,98	10,94
Goldmines hfl.	–	204,00	210,00
Intercont. Tr. sfr.	–	359,25	362,25
Interswiss sfr.	164,50	164,00	164,00
Intervalor sfr.	92,25	89,00	89,50
Japan Portfolio sfr.	1336,75	1258,25	1226,00
Kemper Growth $*	14,62	13,58	13,58
Pacific-Valor sfr.	200,00	187,75	185,50
Pharmafonds sfr.	332,00	308,00	307,00
Pioneer Fond $*	25,65	23,47	23,38
dgl. II $*	21,10	19,31	19,27
Schweizeraktien sfr.	537,25	509,50	504,50
Sial-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1540,00B	1350,00G	1350,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2570,00	2460,00	2460,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1320,00	1260,00	1260,00
Swissvalor sfr.	437,50	425,00	422,25
Technology $*	15,01	15,73	15,68
Technogrowth Fd.	114,53	108,06	108,06
Templeton Growth $*	14,64	13,40	13,43
Universal B.S sfr.	80,50	77,50	77,75
Universal Fund sfr.	128,94	124,45	124,90
Ussec	810,00	771,00	774,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 12. 5. 1986
4219 Optionen = 227 800 (204 550) Aktien, davon 844 Verkaufsoptionen = 46 200 Aktien.

[illegible]

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 161,54 (168,22); Elektrowerte: 297,15 (307,92); Autowerte: 754,82 (792,68); Maschinenbau: 162,87 (166,17); Versorgungsaktien: 168,11 (177,25); Banken: 408,11 (427,98); Warenhäuser: 139,21 (146,75); Bauwirtschaft: 489,70 (501,04); Konsumgüterindustrie: 161,34 (165,49); Versicherung: 1520,48 (1561,36); Stahlpapiere: 160,53 (165,64).

Kursgewinner (Frankfurt):

Alte Leipz. A	1050,00	+100,0	+10,5%
Brauerei Moninger	180,00	+10,00	+5,8%
Alte Leipz. C	950,00	+50,00	+5,5%
Langb. Pfan.	131,00	+6,00	+4,8%
Bürsten Kränzl	220,00	+10,00	+4,7%
Zeiss Ikon	660,00	+29,00	+4,5%
AG Bad Salz.	470,00	+20,00	+4,4%
Contigas	390,00	+15,00	+4,0%
KKK Vz.	685,00	+25,00	+3,7%
Commerzbk.-Reste	13,05	+0,45	+3,5%

Kursverlierer (Frankfurt):

DAB	100,00	-15,00	-13,0%
Dt. Babcock Vz.	185,00	-21,00	-10,1%
Dt. Babcock St.	190,00	-19,80	-9,4%
Pfaff	210,00	-20,00	-8,6%
Phoenix	175,00	-15,00	-7,8%
Enka	370,00	-31,00	-7,7%
Rheinmetall	380,00	-31,00	-7,5%
Br. H. Hypo	520,00	-19,00	-6,9%
Kolbenschmidt	255,00	-19,00	-6,9%
IWKA	270,00	-20,00	-6,8%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 2980T. **Düsseldorf:** BASF 267, Bayer 275, BHF 490, Contigas 356, Dresdner Bk. 410, IWK 265T, KSB St. 208, KSB Vz. 190,2, Linde 680, Nixdorf 560, Salamander 338bG, Schering 510bB, VEW 171bG. **Frankfurt:** Adt 65,5, Allweiler St. 280, Allweiler Vz. 212, BASF 267, Bayer 275,5, BHF 490T, Commerzbk. 509, Contigas 374, Contigummi 215, Dresdner Bk. 414, IWK 262, KSB St. 215G, KSB Vz.190G, Linde 680, Magdeburger Feuer NA 770B, Nixdorf 575,5 Pfaff 210T, Salamander 338, Schering 501, VEW 166, Wella 735, Ymos Vz. 195. **Hamburg:** Doag 460bG, Schering 500G. **München:** BASF 270, Bayer 276bG, Br. Wolk. 2958, Contigas 365r, Dresdner Bk. 412, Knürr 335bG, Linde 680TB, Nixdorf 568Br, Stumpf 145TB, VAB 2850B, VEW 170bG, Wanderer 759.
Bezugsrechte: Frankfurt: Bay. Hypo 25,50, Hoechst 0,40, Swissair 51, **Stuttgart:** Württ. Feuer 215 bG.

Devisenmärkte

Schwankende Gefühle am 12. Mai zwischen allgemeiner Baisse-Stimmung für den Dollar und Furcht vor Zentralbankinterventionen waren weiterhin vorhanden. Der Dollar blieb daraufhin erneut in einem relativ engen Kursband zwischen 2,168 und 2,18 hängen. Die amtliche Notiz ermäßigte sich auf das bisherige Jahrestief von 2,171. Die von Norwegen verkündete 12prozentige Abwertung der Krone führte zu einem Verlust von 7,74 Prozent gegen D-Mark auf nun 29,17. Der Yen erreichte mit 155,05 ein neues Rekordhoch. Der für April ausgewiesene Überschuß der Handelsbilanz in Höhe von 6,8 Mrd. Dollar gab den Stimmen recht, die eine weitere Aufwertung des Yen für notwendig ansehen. US-Dollar in: Amsterdam 2,4445; Brüssel 44,2975; Paris 6,911, Mailand 1490,40, Wien 15,261; Zürich 1,8005; Ir. Pfund/DM 3,045, Pfund/Dollar 1,5486; Pfund/DM 3,362.

Devisen und Sorten

12.5.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,167	2,175	2,1631	2,13	2,23
London[2]	12,0	3,355	3,369	3,311	3,29	3,44
Dublin[2]	12,8	3,038	3,052	3,006	2,96	3,11
Montreal[1]	8,97	1,570	1,578	1,5402	1,53	1,63
Amsterd.	4,50	88,70	88,92	88,49	87,75	89,50
Zürich	4,00	120,48	120,68	120,54	119,00	121,75
Brüssel	8,75	4,89	4,91	4,858	4,77	4,97
Paris	9,50	31,32	31,48	31,16	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,96	27,08	26,815	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,13	29,25	28,605	28,50	31,25
Stockh.	8,00	30,825	30,985	30,395	30,00	31,75
Mailand[3]**	13,0	1,452	1,462	1,45	1,40	1,50
Wien	4,00	14,20	14,24	14,199	14,13	14,35
Madrid	8,00	1,565	1,575	1,541	1,52	1,64
Lissabon**	17,5	1,484	1,504	1,424	1,25	1,90
Tokio	3,50	1,349	1,352	–	1,32	1,38
Helsinki	8,00	43,765	43,965	43,14	43,00	45,00
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,18
Nikosia*	–	–	–	–	4,20	4,90
Athen* **	20,5	1,563	1,617	–	1,15	1,85
Ankara*	3,50	–	–	–	0,26	0,50
Sydney*	–	1,615	1,654	–	1,52	1,67
Johannbg.*	11,0	1,023	1,057	–	0,77	1,02
Hongkong*	–	27,66	27,94	–	26,50	30,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Bafuhr begrenzt gestattet.

FINANZANZEIGEN

Kurseinbruch bei den Aktien

Wachsendes Angebot findet keine Käufer

DW. – Die Furcht, die Kernkraftkatastrophe in Tschernobyl könnte das Wählerverhalten in der Bundesrepublik zugunsten einer rot-grünen Koalition verändern, führte zu einem wachsenden Angebot auf dem Aktienmarkt. An den Verkäufen waren weniger Ausländer als nervös werdende inländische Bankkunden beteiligt, die noch vorhandene Kursgewinne sicherstellen wollten. Die Abgaben erstrecken sich praktisch auf die gesamte Marktbreite. Dabei wurde auf wirtschaftliche Fakten keine Rücksicht mehr genommen.

Daß Siemens als namhafter Kernkraftwerksanbieter besonders unter den Verkäufen zu leiden hatte, verwunderte nicht. Denn es wird ein weltweites Umdenken in Sachen Kernenergie nicht ausgeschlossen. Bei den Großchemiewerten kam es zu Tageseinbußen von rund 10 DM. Stärker unter Druck lagen die Banken. Das erstmals gehandelte Bezugsrecht von Bayern Hypo stellte sich auf 25,50 DM. Die Deutsche Bank büßte rund 30 DM ein. Etwas widerstandsfähiger lag Mannesmann, wo in den letzten Wochen der Kurs bereits überdurchschnittlich zurückgenommen worden war, so daß hier die Reiz zu Gewinnrealisationen begrenzt blieb. Im Zusammenhang mit dem Druck auf die Aktien der deutschen Stromversorger gaben Veba-Aktien um weitere 15 DM nach.

Frankfurt: Massa verbesserten sich um 12 DM. Pegulan Vz. waren um 14 DM und Kupferberg um 45 DM leichter. Heidelberger Zement verminderten um 15 DM. Linde gaben um 17 DM, IWKA um 12 DM und Rheinmetall um 27 DM nach.

Düsseldorf: Balcke Dürr wurden mit 10 DM niedriger taxiert. DAT gaben um 20 und DAB um 5,50 DM nach. Dyckerhoff STA und Stöhr befestigten sich um 3 DM. Gildemeister büßten 5,10 DM und Hochtief 20 DM ein.

Hamburg: Phoenix Gummi wurden um 21 DM schwächer gehandelt. Vereins- und Westbank gaben um 19 DM nach. HEW fielen um 10,50 DM zurück. Beiersdorf verloren 4 DM und Bremer Vulkan 7 DM, Holsten Brauerei verminderten um 5 DM.

Berlin: Springer lagen um 4 DM freundlicher. Berliner Elektro schwächten sich um 25 DM. Rheinmetall St. um 20 DM und Schering um 12 DM ab. Herlitz Vz. gaben um 8,50 DM nach.

München: Aigner verloren 5 DM, Audi AG um 12 DM und AKS um 8,50 DM. Binding und Buderus lagen jeweils um 5 DM schwächer. Erlus gaben um 3,80 DM und Krauss um 20 DM nach. Gehe stockten um 11,50 DM und Knürr um 8 DM auf.

Stuttgart: Daimler waren um 90 DM, Mercedes um 63 DM und Porsche um 35 DM ermäßigt. IWKA verloren 20,50 DM. DLW wurden um 30 DM zurückgenommen. Kolbenschmidt mußten 21 DM abgeben. Die Württembergische Hypothekenbank büßte 20 DM ein.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 275,97 (287,81)
WELT-Umsatzindex: 5206 (5095)
Advance-decline-Zahl: 49 (59)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Oslo

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Toronto

Wien

Zürich

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

In Liebe

Seine engsten Angehörigen

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreis stattgefunden. Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende für den Kölner Zoo, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98, Kto-Nr. 1 372 200.

Wir bitten von Beileidsbesuchen abzusehen.

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

Wir trauern um eine große Unternehmerpersönlichkeit.

KMT Kölnische Mode- und Textilgroßhandlung GmbH

Gesellschafter, Geschäftsführer, Betriebsrat und Mitarbeiter

Sachsenring 67, 5000 Köln 1

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden. Es ist im Sinne des Verstorbenen, wenn anstelle von Blumen und Kränzen um eine Spende für den Kölner Zoo, BLZ 370 501 98, Kto.-Nr. 1 372 200, gebeten wird.

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

Wir verlieren in ihm den Ehrenvorsitzenden unseres Aufsichtsrates, der über Jahrzehnte unser Unternehmen mit Weitsicht geprägt hat.

Rheintextil GmbH

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter

Sachsenring 67, 5000 Köln 1

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden. Es ist im Sinne des Verstorbenen, wenn anstelle von Blumen und Kränzen um eine Spende für den Kölner Zoo, BLZ 370 501 98, Kto.-Nr. 1 372 200, gebeten wird.

Der Ehrenvorsitzende unseres Aufsichtsrates, Herr

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

ist gestorben.

Wir trauern um eine Persönlichkeit, die lange Jahre die Geschicke unseres Unternehmens vorbildhaft prägend mitbestimmte.

KAUFHAUS KORTUM AG

Vorstand – Mitarbeiter – Betriebsrat

†

In seiner unendlichen Liebe und Weisheit hat es Gott dem Allmächtigen gefallen, meinen geliebten Mann, Sohn, Cousin, Schwager, Onkel und Großonkel

S. E.

Arndt Alexander Krupp von Bohlen und Halbach

Generalstatthalter des Souveränen Ordens der Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem
Großkreuzträger des Patriarchalischen Ordens vom Heiligen Kreuz zu Jerusalem
Großmeister des Ordens Merito Navali - Pour le Mérite
Träger des Königlichen Thai Ordens Rattanapon 1. Klasse
und anderer hoher ausländischer Auszeichnungen

in Gott gestärkt, mit den Tröstungen der Heiligen Kirche versehen, im 49. Lebensjahr am 8. Mai 1986 zu sich zu berufen.

Im Namen der Familie

Frau von Bohlen und Halbach
geb. Prinzessin von Auersperg

A-5450 Werfen, Blühnbach

Wir trauern um

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

Er war unserem Unternehmen als Gesellschafter eng verbunden.

Durch seinen fachlichen Rat und seine menschliche Größe wird er uns allen ein bewunderungswertes Leitbild bleiben.

Gesellschafter, Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
WESTFALEN KAUFHAUS GMBH GELSENKIRCHEN

Hans Nolls Rußlandreisebuch – ideologiekritisch

Lauter negative Kader

Auch dieses zweite Buch des 1954 in Ost-Berlin geborenen Malers Hans Noll liest man, trotz gewisser Schwächen, mit großer Anteilnahme. Beschreibt doch hier ein junger, nach der „Lehre Lenins" erzogener deutscher Intellektueller seine Begegnung mit der Sowjetunion, dem „Vaterland aller Werktätigen", das er auf drei Studienreisen 1978, 1980 und 1983 recht ausführlich erkunden konnte. Nach der dritten Reise, die ihn in den Kaukasus und in die christlich-antik geprägte Kulturlandschaft Armeniens führte, stellt er seinen „Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft". Über diese bewegte Zeit hat er seinerzeit spezielle Aufzeichnungen gemacht, die man in seinem ersten Buch, „Der Abschied" (1985), nachlesen konnte.

Hans Noll war in Ost-Berlin nicht nur ein begabter junger Künstler, der bei Werner Klemke an der Kunsthochschule Weißensee studierte und



als „Meisterschüler" Prof. Walter Womackas an der „Akademie der Künste" Karriere machte, als Sohn des parteitreuen Schriftstellers und Nationalpreisträgers Dieter Noll gehörte er auch zu den hoffnungsvollsten Nachwuchskadern der SED-Nomenklatura. Wie er schließlich ein „negativer Kader" wurde, hat er im „Abschied" ausführlich geschildert.

Auch im jetzigen Rußlandbuch gibt es manch interessante autobiografische Einblendung. Eine Schlüsselszene zeigt den immer nur als „der Nationalpreisträger" apostrophierten Vater schreibunfähig und trunksüchtig, wie er mit seinem Industrieroman „Kippenberg" nicht vorankommt und seinem Sohn lallend mitteilt, er habe „herrliche Geschichten" anzubieten, die „sie nicht drucken" würden. „Der Nationalpreisträger verzog das Gesicht. Er stand auf, um sich eine neue Flasche Bier aus der Küche zu holen. Es war zu sehen, daß er nichts mehr vertrug."

Ein Jahr nach dieser Szene fährt Hans Noll mit einem halben Dutzend Kollegen nach Leningrad, von wo aus dann auch ein Abstecher nach Sowjetkarelien unternommen wird. Auch hier zeigt er sich als scharfer Beobachter, etwa eines Saufgelages, an dem er selbst beteiligt ist: „Der Abend endete chaotisch, die Stimmung kippte um. In der Küche tranken wir Selbstgebrannten aus Wassergläsern, der Komsomol-Sekretär begann Lieder zu singen, man hinderte Jewdokija Andrejewna fast gewaltsam daran, nach Hause zu gehen. Statt dessen goß man ihr Sekt ein, und als sie sich zierte und nicht trinken wollte, riß Witalji Petrowitsch plötzlich die Schublade auf, zog eine Pistole hervor und richtete sie auf Jewdokija Andrejewna. Wir waren viel zu betrunken, um uns zu fragen, weshalb Witalji Petrowitsch eine Pistole besaß."

In Moskau erntet Noll (gespielte?) Verwunderung, als er im Puschkin-Museum nach den Mappen Leonid Pasternaks und anderer, im Westen heute kaum noch bekannter Maler fragt, die ins Exil getrieben oder in Zwangsarbeitslager verschleppt wurden. Er selbst kennt, obwohl erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, alle die Namen, die heute aus den sowjetischen Lehrbüchern gelöscht sind: Resultat offenbar seiner undogmatischen Lehrjahre bei bekannten Künstlern in der „DDR". So begibt er sich in Leningrad und Moskau auf nicht ungefährliche Suche nach den Spuren originärer, gewaltsam abgebrochener oder getilgter Kunst.

Nachdenkenswert Nolls bittere Notierungen über die Feigheit und Ignoranz, die führende westliche Intellektuelle gegenüber dem Sowjetsystem an den Tag legen, während sie es an den simpelsten Bekundungen von Solidarität mit den von eben diesem System unterjochten Kollegen fehlen lassen. Aber am überzeugendsten in diesem Reisebuch mit seinen nie langweiligen ideologiekritischen Exkursen sind wohl die ergreifenden, sehr persönlich gehaltenen Passagen über den jüngst verstorbenen Sowjetautor Valentin Katajew, der in „Sklavensprache", also nur für Eingeweihte voll verstehbar, ein großes Buch über alle seine ermordeten, vertriebenen und vernichteten Kollegen geschrieben hat.

JÖRG BERNHARD BILKE

Hans Noll: „Rußland, Sommer, Loreley. Ein Deutscher in der Sowjetunion", Verlag Hoffman und Campe, Hamburg, 320 Seiten, 36 Mark.



Der selbstkritischen Zerstörung so vieler Werke entgangen: Toni Stadlers „Kleine Liegende" von 1968, aus der Bremer Ausstellung FOTO: HANSTEIN

Die Bremer Marcks-Stiftung zeigt das Spätwerk des Plastikers Toni Stadler

Figuren mit leiser Stimme zertrümmert

Das Gerhard-Marcks-Haus in Bremen, das als Stiftung des Künstlers und der Hansestadt 1971 eröffnet wurde, hat in den letzten Jahren immer wieder Ausstellungen anderer Bildhauer organisiert, um damit das geistige und künstlerische Umfeld des Marcksschen Œuvres deutlicher zu umreißen. Die jüngste Ausstellung ist Toni Stadler gewidmet, dem knapp fünf Monate älteren Münchner Bildhauer, dessen Werk das Schaffen von Marcks allerdings eher aus einer Gegenposition beleuchtet.

Die biographischen Übereinstimmungen zwischen den beiden Künstlern sind verblüffend: Beide begannen in Berlin als Tierplastiker, sie erhielten beinahe gleichzeitig Italienstipendien, wo sie sich kennenlernten. Vor wenigen Jahren starben beide kurz nacheinander über neunzigjährig.

Aufgrund der allzu unterschiedlichen Charaktere und künstlerischen Vorstellungen ist es jedoch nie zu einer wahren Freundschaft zwischen den beiden gekommen, wohl zu tiefer gegenseitiger Achtung. In einer Art Idealismus deutscher Prägung und in einer vergleichbaren Anti-Avantgarde-Haltung bezogen sich beide auf die griechische Skulptur und ihre Thematik, das Bildnis des Menschen.

Während Marcks aber aus dem strengen Berliner Klassizismus kam, hatte der empfindsamere Stadler seine Wurzeln im südlichen Barock mit seiner einheitlich bewegten Form und den fließenden Konturen. Marcks und Stadler, das sind die zwei Pole, zwischen denen sich die figurative Plastik in der Generation nach Barlach und Lehmbruck im Nachkriegsdeutschland entfaltete.

Marcks hat sein enormes Werk, geordnet und gesichert, öffentlich zugänglich hinterlassen. Stadler, der große Zweifler, hat es selbst so sehr dezimiert, daß es allein durch seine Nicht-Präsenz in Vergessenheit zu geraten drohte. Diese Verweigerung ist einer seiner charakteristischsten Züge. Er spiegelt sich sowohl im schmalen Gesamtœuvre, als auch im einzelnen Werk, das fast immer ein Torso, eine zertrümmerte Figur ist. Der Gedanke von Formung und Zerstörung, von der Vergeblichkeit des Ringens um Vollkommenheit und seine quälenden Folgen, all dies war Marcks ebenso fremd wie der sinnliche Rausch, der für Stadler immer Anlaß zum plastischen Schaffen war.

Die Souveränität und die routinierte Sicherheit von Marcks hat Stadler stets bewundert. Er, der sensible Sohn eines angesehenen Münchner Malers, wuchs in Künstlerkreisen auf, die das eigene Schaffen über viele Jahre erdrückten. So brauchte er sehr lange, diese Schatten abzuschütteln. Und dieses Spätwerk, das nun in Bremen zu sehen ist, ist der Ertrag eines langen, mit ständiger Arbeit erfüllten Lebens. Es sind Skulpturen aus den sechziger und siebziger Jahren, darunter seine wichtigsten Monumentalfiguren, die Torsi und die kleinen Statuetten.

Wie kaum je zuvor steht heute die Skulptur im Mittelpunkt des künstlerischen Interesses. Stadler war ein modellierender Bildhauer wie viele der heute plastisch arbeitenden Maler. Wichtiger als der Umriß war ihm die plastische Masse, der Rhythmus und die Oberfläche waren entscheidender als das Motiv und die Gesamtform. Ebenso wie die Liebe zum Fragmentarischen und Zeichenhaften bedeutet dies eine Loslösung vom reinen Abbild.

Toni Stadler war nie bemüht, dieses oder jenes darzustellen, sondern einer inneren Vorstellung von Emotion und künstlerischer Sensibilität Ausdruck zu verleihen. Die Bedeutung dieser „kataloglosen" Schau liegt vor allem in der Erinnerung an diese „stille Stimme" (Werner Haftmann), der zuzuhören auch heute noch ein Genuß ist. (Bis 7. Juni, anschließend Kolbe-Museum, Berlin)

MARIANA HANSTEIN

„Domsday 900" – Eine Ausstellung in Winchester

Die Normannen kommen

„Damals fing das ganze Unglück an – mit dem Kataster begann auch die Besteuerung!" Der britische Besucher hatte recht mit seinem Stoßseufzer. Doch auch er war fasziniert von dem, was derzeit unter dem Titel „Domsday 900" in der Great Hall von Winchester als entscheidende Zäsur für England gezeigt wird.

„Domsday Book": Zwanzig Jahre, nachdem er sich zum Herren Englands gemacht hatte, ordnete Wilhelm I., der Eroberer, eine genaue Zählung an: Namen und Größe von Dörfern und Grundstücken, Mühlen und Vieh und natürlich auch die Zahl der Menschen (es waren etwa zwei Millionen). Die Besitzverhältnisse wurden ebenso festgehalten wie Veränderungen der jüngeren Vergangenheit, Ernteerträge, Pachtzinsen sowie andere Abgaben. Hinter der Zählung anno 1086 standen klare Erwägungen: Nur wenn Wilhelm den Besitz der einzelnen Adligen kannte, konnte er sie auch besteuern, wußte der Monarch, was er möglicherweise an die Krone ziehen oder anderweitig als Lehen geben konnte.

Auf diese Weise entstand eine Beschreibung Englands, die unter vielen Namen – zuerst als „Book of Winchester" und zuletzt „Domsday Book", Buch des Jüngsten Gerichts, – bekannt wurde. Dieser Name, so der Schatzmeister von Heinrich II., bürgerte sich für das Register ein. „... weil es so unumstößlich ist wie das Jüngste Gericht".

Was derzeit in Winchester, dem Sitz der sächsischen und der ersten normannischen Könige, gezeigt wird, ist vieles zugleich und in dieser Weise ungewöhnlich. Die Ergebnisse der Erhebung, die nur durch das von den Sachsen entwickelte Verwaltungssystem und die Hilfe der schreibkundigen Mönche möglich war, wurden in einer Art Latein niedergeschrieben. Erst heutzutage ist es ganz aufgeschlüsselt und liegt, in einer ersten Gesamtausgabe mit 35 Bänden für alle Grafschaften Englands komplett in modernem Englisch vor.

Wer in die imponierende hohe Halle aus dem 13. Jahrhundert kommt, dem fallen jedoch als erstes die 22 Reliefs auf, die auf siebzig Meter Länge rings um die Wand laufen. Der normannische Bildhauer Pierre Bataille hat in acht Jahren Arbeit den „Teppich von Bayeux" auf Holz übertragen. Diese zeitgenössische Darstellung der Vorgeschichte der Eroberung Englands, der Invasion von der Normandie aus und die Entscheidungsschlacht von Hastings 1066 stimmen ein auf das, was dann in acht großen Zelten zu sehen ist.

Jedes zeigt einen Aspekt: Hier diktiert Wilhelm seinen Schreibern. Dort blickt man in einen Raum, in dem Mönche die Zählungsergebnisse zusammenfassen und niederschreiben. In einem anderen Zelt sieht man die Darstellung eines Dorfes, das heute noch existiert, Spuren aus der Normannenzeit aufweist (darunter, wie oft in Südengland, die Kirche) und wohin auf Wunsch Touren mit historisch sachkundigen Führern gehen. (Im „Domsday Book" erwähnte Güter und Häuser werden heutzutage in Makler-Anzeigen herausgestellt).

In der dunkel gehaltenen Halle ziehen die Zelte die Aufmerksamkeit auf sich. Manchmal glaubt man, lebendige Menschen vor sich zu haben. Erst bei näherem Zusehen erkennt man, daß es zweidimensionale Figuren sind. Zum Bild tritt der Ton. Dort aber, wo das alte Englisch der Sachsen halblaut erklingt – der Besucher fühlt sich an längst vergangene Schultage und den „Beowulf" erinnert – und das harte, archaische Französisch der Normannen, versteht nur der Experte jedes Wort.

Mit der fast totalen Ersetzung einer Herrenschicht durch eine auch sprachlich völlig andere leuchtet bei den Darstellungen in der Halle in Winchester nur ein, warum beispielsweise damals zwar Kuh und Schwein weiterhin ihre alten Namen beibehielten, ihr Fleisch aber nun in der Sprache der neuen Herren bezeichnet wurde. Die Herrschaft der Normannen bedeutete für England ein völlig neues Zeitalter.

Verständlichmachen wird in der Great Hall zu Winchester groß geschrieben. Was immer in den letzten Jahren über Museumsdidaktik theoretisiert worden ist – hier sind die Forderungen in die Realität umgesetzt worden. Ein leichtgewichtiger Aspekt, der dennoch deutlich macht, daß Geschichtsbewußtsein in Großbritannien etwas anderes bedeutet als im Nachkriegsdeutschland: Angeregt von einer Sonntagszeitung haben Schüler gezeichnet, wie sie sich ihren Heimatort anno 1066 vorstellen. Abgesehen davon, daß Winchester, die alte „Stadt der Könige", mit ihren vielen Sehenswürdigkeiten ohnehin einen Besuch wert ist: auch „Domsday 900" allein lohnt die Reise. (Bis 1. November)

HENK OHNESORGE

Paul Hogan: Auf der Schule hat er nichts gelernt, da ging er zum Fernsehen

Eulenspiegel des fünften Kontinents

Der beste Führer durch Australien ist etwa 45 Jahre alt und heißt Paul Hogan. In einer großen Menschenmenge würde er uns nicht weiter auffallen, mit seinem kantigen Gesicht und den aschblonden Haaren. Aber wenn man mit Paul Hogan in Sidney oder Melbourne über die Straße geht, ist man im Nu von Autogrammjägern umringt. Jeder kennt ihn von der Mattscheibe und will ihn mal angefaßt haben.

Australien hat der Welt bisher noch keinen nennenswerten Philosophen geschenkt. Vielleicht ist das auch überflüssig, da es ja die Fernseh-Sketche mit Paul Hogan gibt. In denen findet sich alles wieder, was den fünften Erdteil auszeichnet: Die gutmütige Ruppigkeit von Leuten, die sich hochgearbeitet haben, das Geltenlassen der menschlichen Schwächen, Spott über vornehmes Getue, und viel absurder Humor.

Paul Hogan behauptet von sich, auf der Schule nichts gelernt und 50 verschiedene Berufe gehabt zu haben. Man glaubt es ihm, wenn man sieht, wie er sich als Lastwagenfahrer aufführt, als Verkäufer im Supermarkt, als Fitneßlehrer oder Hobbyangler. Wenn er die Flasche ansetzt und die Metallkappe ausspuckt, ahnt man, sein Portrait eines Stadtstreichers beruht auf eigenen Erfahrungen.

Irgendwann einmal schloß er sich der Mannschaft an, welche die Hafenbrücke von Sidney instandhält. Er baute die Gerüste, auf denen die Anstreicher sitzen, wenn sie tonnenweise graue Farbe auf die Eisenträger pinseln. Bei Hitze, Sturm und Regen über dem Gewühl des Hafens bildete sich Hogans Weltanschauung.

Da lacht das Känguruh – ZDF um 17.45 Uhr

Seine Kumpel liebten seine Sprüche und zwangen ihn, sich an einer populären Show im Fernsehen zu beteiligen. Dabei verunglimpfte er die Mitglieder der Jury dermaßen, daß man ihn vom Fleck weg als eine Art Eulenspiegel des Fernsehens anheuerte. Eine Zeitlang gab er in Fünfminuten-Kommentaren seine skurrilen Ansichten über die Weltläufe zum Besten. Dann machte sich ein Produzent Hogans Lust an der Verkleidung und der Slapstick-Komödie zunutze. Einige der zahllosen Sketche und Persiflagen die im Laufe der Jahre entstanden sind, habe ich in sechs Sendungen „Da lacht das Känguruh" übernehmen können. Es ist allerdings eine Auswahl mit Schlagseite. Hogans improvisierte Anmerkungen zu Tagesereignissen und seine sozialkritischen Kommentare sind in deutsches Beziehungsnetz nicht ohne weiteres übertragbar, und in der Übersetzung geht der Gassenwortwitz Paul Hogans verloren. Es bleibt hoffentlich noch genügend australische Essenz erhalten für den Nachweis, daß bei unseren Antipoden weder der Mann noch seine Frau noch irgendein Berufsstand bei Paul Hogan ungeschoren davon kommt.

Die Australier haben sich Hogans Spott zunutze gemacht, indem sie ihn zu ihrem Werbebotschafter ernannten: Wenn man jetzt in San Francisco den Fernseher einschaltet, stößt man leicht mal auf einen Werbespot, in dem ein 45jähriger blonder Mann mit kantigem Gesicht und einem Koala-Bär auf dem Arm eine Äußerung über Australien macht; sie ist so unmöglich, daß selbst Kalifornier Lust bekommen, mal hinzufahren.

PETER von ZAHN

Hymnen für die Cowboys der Landstraße

Hätte die Hamburger Country-Gruppe Truck Stop nicht Ende der siebziger Jahre in einem Lied ihre Wertschätzung für das singende US-Trucker-Idol ausgedrückt, wäre er hierzulande wohl nur Anhängern der Country- und Western-Musik aus Tennessee und Kentucky bekannt. „Ich möcht' so gern Dave Dudley hörn" hieß der Ohrwurm, und zwischen ihm und den norddeutschen Hillbillies herrscht eine Beziehung besonderer Art: Eben die Liebe zu Trucks und Truckers.

Es war Anfang der sechziger Jahre, als der aus dem US-Staat Wisconsin stammende Ex-Baseballer Dudley und ein paar Gesinnungsbrüder musikalisch von den Pferden auf den Lastwagen „umsattelten" und der Country-Musik so ins Zeitalter der Pferdestärken-Technik verhalfen: Was früher der einsame Cowboy für die Sänger zwischen Nashville und Louisville war, das wurde nun der einsame Trucker.

Tele-Illustrierte – ZDF um 17.15 Uhr

Als Dave Dudley, damals 25 Jahre jung, 1963 seinen Song „Six Days on the Road" anstimmte und damit seinen Durchbruch schaffte, da hatten Asphalt-Cowboys ihre neue Hymne. Dudley wurde Ehrenmitglied auf Lebenszeit in der größten US-Trucker-Gewerkschaft.

Doch so ganz gelang ihm in der C & W-Musik, die sich durch trotzigen Konservativismus und Ablehnung neuer Text- und Instrumentalsujets auszeichnet, der Weg nach oben nicht. Baßbariton Dudley verkaufte zwar viele Platten, dann aber wurde es doch wieder still um ihn. Andere Country-, Blues- und sogar Jazz-Autoritäten erwiesen sich als standfester. Nicht die Landstraße und das rauhe Ambiente ihrer singenden Protagonisten war, was Amerikas weißer Mittelstand hören wollte, sondern den Lobpreis von fetten Wiesen und glücklichen Familien.

Wie für so manchen Jazzmusiker, so war auch für den Mann aus Wisconsin der Sprung nach Europa eine weitere Erfolgsmöglichkeit. Die C & W-Idealisten von Truck Stop waren es, die ihm mit ihrem Dudley-Song die Türen zu Studios und Bühnen öffneten und eine breite Öffentlichkeit verschafften. Dann holte Freddy Quinn den stämmigen Amerikaner zu Ostern 1979 in seine Fernsehshow, und damit begann, was man die zweite Karriere Dudleys nennen kann. Das blieb jenseits des Großen Teiches nicht verborgen: Dort gilt der Prophet nun wieder was im eigenen Land.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Schlagwörter für Schlaglichter

Es war eine weite Umschau durch ein ganzes Jahrzehnt, mit faszinierendem Bildmaterial, was das ZDF da an sechs Sonntag-Abenden bot: **Die Welt der 30er Jahre**. Doch leider endete alles in der letzten Folge mit der alten Leier: daß einzig die Deutschen Schuld an allem Unheil seien, was in jenen Jahren auf die Menschheit zukam. Man merkte die Absicht und war verstimmt. Dennoch wurden auch im Zusammenhang mit Nationalsozialismus, Judenverfolgung usw. seltene, dokumentarisch höchst wertvolle Fotos aufgetan. Trotzdem: Wer etwa bei den Aufnahmen aus der Sowjetunion Stalins neben den Greueln des Regimes auch den „normalen Alltag" dieses Landes mit seinen Freuden und Leiden dokumentiert und dann im Falle Deutschlands nichts mehr von dieser historisch legitimen Methode anwendet, macht sich unglaubwürdig.

Das Bild stand eindeutig im Vordergrund der Sendung, dagegen ist nichts einzuwenden im Medium Fernsehen. Die Texte mußten eben so knapp gehalten werden, daß sie einen häufigen Szenenwechsel erlaubten. So blieben aber nur Schlagwörter für Schlaglichter übrig, und der Hauptgedanke kam umso penetranter zum Vorschein: Alles in Deutschland war böse, *den Rest der Welt werten wir* wertfrei.

Zuviel wurde auch angerissen, weil man sehr gutes Bildmaterial hatte. Wer kann schon so schnell von der schwedischen Sozialpolitik zur Umgestaltung des bäuerlichen Lebens am anderen Ende Europas umschalten? Oder von Afrika nach Indien? Für das Auge, das Sensationen sehen will, nicht für den Verstand, der ein Jahrzehnt begreifen will, war es eine gelungene Serie.

DETLEV AHLERS

Ein nervendes Geduldspiel

Damals, 1962, fesselte „Das Halstuch" die Menschen an das Geschehen auf dem Bildschirm. Als die ARD jetzt **Mord am Pool** ausstrahlte, bannte eigentlich nur die präzise Rhythmik des Uhrzeigers. Mehr als zweimal drehte er sich um die eigene Achse, dann war der Mörder endlich überführt. Krimis von Bestseller-Autor Francis Durbridge sind bekannt dafür, das Publikum durch häppchenweise verabreichte Spannung in eine Art Hypnose zu versetzen. „Mord am Pool" bescherte jedoch ein Disziplin forderndes Geduldspiel.

In steriler Studioatmosphäre versuchte ein Geschäftsmann sich seiner Vorgesetzten, in Person seines Schwagers und seiner Frau, zu entledigen. Der Mord am männlichen Widersacher gelang mit komödiantenhafter Leichtigkeit, während bei der Beseitigung der Gattin mehr Raffinesse aufgeboten werden mußte. Sie sollte durch Psychoterror in den Selbstmord getrieben werden. Mit ihrer wachsenden Verzweiflung stieg auch die Nervosität des Zuschauers, wann der Krimi-Titel nun endlich eingelöst würde. Doch die Erkenntnis, daß nicht sie, sondern er Mordopfer im Pool war, brachte dann auch keine Wellenschläge der Erregung mehr.

Denn was der Geschichte an fesselnder Überraschung fehlte, kompensierte auch das Staraufgebot nicht; Spannung brachten Andrea Jonasson, Karl Michael Vogler, Wolfgang Reichmann und Margret Homeyer nicht über die Mattscheibe. Mimik und Gestik machten sie nicht zu Betroffenen, allein ihre pointierte Sprache ließ den Krimi spüren. In diesem Punkt waren sie perfekt – die ideale Besetzung für ein Hörspiel.

MARTINA SCHLINGMANN

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 **ZDF-Info**
Krank im Urlaub
10.00 **Tagesschau und Tagesthemen**
10.23 **100 Karat**
11.15 **WISO**
11.45 **Dorftheater**
12.15 **Liebeszauber**
13.00 **Tagesschau**

ARD

15.50 **Tagesschau**
16.00 **Frauengeschichten**
Elke Heidenreich – alias Else Stratmann
Trotz zunehmender Popularität und jahrzehntelanger Arbeit in und mit den Medien hat Elke Heidenreich sich ihre Spontaneität und Unbefangenheit bewahrt. Das einstimmige Resümee der Freunde und Kollegen lautet: Sie ist vor der Kamera genauso wie dahinter oder zu Hause.
16.45 **Die Besucher**
Kleine Reparatur der Welt
Akademiker Philipp bittet Adam um eine Unterschrift. So unterschreibt das künftige Genie sein eigenes Foto. Allerdings erkennt er sich nicht, denn darauf ist ein würdiger Greis bei der Entgegennahme des Nobelpreises abgebildet.
17.45 **Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Alles oder nichts**
Deutschsprachiges Kabarett ab 1945
Mit Max Schautzer
21.00 **Panorama**
Themen: Streit vor Gericht: Fertigbrillen. Buhlen um die Bauern – Wahlen in Niedersachsen. Kernenergie. C-Waffen – Giftgas.
Moderation: Peter Gatter
21.45 **Dallas**
Am Rande des Grabes
Auf Southfork herrscht Trauer, aber das Leben geht weiter. Als Sue Ellen sich nach Bobbys Beerdigung mit Miss Ellie aussprechen will, läßt J. R. das nicht zu. Er macht ihr erbarmungslos klar, daß er sie loswerden möchte.
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Ohne Filter**
Moderation: Frank Laufenberg
0.00 **Tagesschau**
0.05 **Nachtgedanken**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Pinnwand**
Moderation: Susanne Gelhard, Ingolf Zuschauer
16.20 **Pfiff**
Moderation: Christa Gierke
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Dave Dudley
17.45 **Da lacht das Känguruh**
Von und mit Paul Hogan und Peter von Zahn
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 **Mein Gästebuch**
Guido Baumann im Gespräch mit Heidelinde Weis
19.00 **heute**
19.30 **Wenn einer Stadt die Luft wegbleibt**
Aus Mexiko berichtet Harald Jung
20.15 **Sein gefährlichster Auftrag**
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Der Öl-Magnat und Reeder Valayan kassiert für den Untergang zweier Schiffe die Versicherungssumme von 15 Millionen Dollar. Monate später stürzt Valayans Mitarbeiter Walter Green mit einem Privatflugzeug in den Alpen ab. Doch die Leiche wird nie gefunden. Die Versicherungsgesellschaft beauftragt den Detektiv Richard Cutting mit dem Fall.
21.45 **heute-journal**
22.05 **Die Sport-Reportage**
Aufstiegsspiel zur Fußball-Bundesliga
22.25 **Andorra**
Schauspiel von Max Frisch
Das „weiße" Andorra wird von seinen Nachbarn, den „Schwarzen", bedroht. Weil der Lehrer Angst hatte vor der Schande, von einer Senora „von drüben", einer „Schwarzen", einen Sohn zu haben, hat er den kleinen Andri als jüdisches Pflegekind ausgegeben und mit seiner ehelichen Tochter Barblin aufgezogen.
0.00 **heute**

SAT 1

15.00 **Perrine**
Im Netz der Intrigen
15.30 **Lassie**
Timmy Stolz
Anschl. Betty Boop
16.00 **Musicbox**
17.00 **Die Leute von der Shiloh Ranch**
Der geheimnisvolle Mister Tate
18.00 **Taxi**
Die große Rolle
Anschl. Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 **APF blick**
18.45 **Mit Schirm, Charme und Melone**
Tödlicher Staub
Im Auftrag des Verteidigungsministeriums sollen John Steed und Emma Peel herausfinden, was es mit dem merkwürdigen Vogelsterben auf sich hat, das urplötzlich aufgetreten ist. Welche Rolle spielt in diesem Fall ein neu entdecktes Düngemittel?
Anschl. Frank Sinatra und Orchester Buddy Rich
19.45 **SAT 1 für Sie am Ball**
Aufstiegsspiel
Fortuna Köln gegen Borussia Dortmund
Live aus dem Müngersdorfer Stadion
Reporter: Roman Köster
21.55 **APF blick**
22.40 **F. A. Z. ettes**
23.10 **Starsky & Hutch**
Der Mann, der zuviel sah
0.00 **APF blick**

1 PLUS



19.00 **Unter deutschen Dächern**
Gepflegter Abschied
Beobachtungen in einem Altenpflegeheim
Von Constantin Pauli
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Unter Ausschluß der Öffentlichkeit**
Mordversuch
21.05 **Weitere Aussichten**
Fernsehspiel von Franz Xaver Kroetz
21.50 **Francisca**
Portugiesischer Spielfilm (1981)
0.30 **Nachrichten**

III.

WEST
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Oma fährt nach Mallorca**
20.45 **Rückblende**
21.00 **Formel Eins**
21.45 **Porträt Claus Peymann**
22.15 **Auf der Suche nach Kolbermoor**
23.00 **Auslandsmagazin**
23.45 **Nachrichten**

NORD
19.15 **Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Schaufenster**
21.00 **Smiley's Leute**
22.30 **Welt ohne Schwerkraft**

HESSEN
18.30 **Hessen Drei heute**
19.20 **Hessenschau**
20.00 **Jagd auf Männer**
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **Kultur – aktuell**
22.30 **Wir wollten da wieder anfangen, wo wir '33 aufhören mußten**
23.25 **Jazz – in Concert**

SÜDWEST
18.30 **Henry's Kater**
18.35 **Fauna Iberica**
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 **Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 **Abendschau**
Nur für das Saarland:
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 **Rheinsender**
20.15 **Als Leningrad Petersburg war**
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 **9 aktuell**
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.00 **Neues um 9**
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 **Verlorene Jugend**
22.35 **Biedermeier-Kaleidoskop**
23.05 **Nachrichten**

BAYERN
19.00 **Der direkte Draht**
20.00 **Reisewege zur Kunst**
20.45 **Die Sprechstunde**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Z. E. N.**
21.50 **Wirbelwind der Liebe**

3SAT

18.00 **Mini-ZiB**
18.10 **Direkt**
19.00 **heute**
19.20 **3SAT-Studio**
19.30 **Die Seidenstraße**
20.15 **auslandsjournal**
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Club 2**
Anschl. Nachrichten

RTL-plus

18.15 **Regional 7**
18.35 **Hans-Werner kauft alles**
18.53 **7 vor 7**
19.22 **Karlchen**
19.30 **KAZ**
20.15 **RTL-Spiel**
20.20 **Filmvorschau**
20.30 **Die Dinge des Lebens**
22.02 **RTL-Spiel**
22.07 **Blick in die Welt**
22.17 **Pro und contra Internatserziehung**
23.20 **Zeichentrick für Erwachsene**
23.25 **Wetter / Horoskop / Betthupferl**

Glücksfall Giacometti

P. Jo. – Es fängt an wie ein Familienalbum, mit einem Jungen in Matrosenbluse, später mit Studentenmütze. Und es endet wie ein Familienalbum, mit einem Trauerzug schwarzer Gestalten auf verschneiter Dorfstraße. Dazwischen lernt man einen Mann kennen mit lockigem Haar und tiefzerfurchtem Gesicht, meist steht er ein wenig vorgebeugt, wirkt unruhig, allenthalben beschäftigt und an allem anderen interessiert als daran, fotografiert zu werden.

Aber er ist immer wieder fotografiert worden, und selten vermitteln Fotografien so viel von den Eigenarten eines Künstlers wie die Aufnahmen von Alberto Giacometti, die jetzt gesammelt im Kunsthaus Zürich zu sehen sind.

Es gibt ein paar sehr berühmte Giacometti-Fotos. Da hat etwa Henri Cartier-Bresson 1961 in Paris einen Mann festgehalten, der den Mantel über den Kopf gezogen hat, während er die Rue d' Alésia auf den Zwecken des Fußgängerüberwegs im Regen überquert.

Aber was hier vor allem fasziniert, sind die Entdeckungen, reizvolle wie das Bild mit Beckett im Atelier von Georges Pierre, zwiespältige wie das Porträt von Yousouf Karsh. Während bei dem Atelierbild Giacometti den Linien, die seine Hand in die Luft zeichnet, mit den Augen vorauseilt und schon die fertige Figur zu sehen scheint, hängt Samuel Becketts Blick skeptisch an der Hand des Künstlers, weil sie den Traum, den sie ausmalt, offenbar doch nicht erstehen lassen kann.

Es ist ein Foto, das zum Aus- und Fehldeuten verführt. Karshs Porträt dagegen, für das er Giacomettis Kopf zwischen drei Modellen von kargen Stelen, die in einem Kopf enden, arrangierte, ist zwar fein ausgeleuchtet, doch so gekünstelt, daß es eher einen eitlen Amateur wiederzugeben scheint.

Giacometti war, neben Picasso und Cocteau, einer der wenigen Künstler, deren Biographie sich in Fotografien nacherzählen läßt, weil der Mann und sein Werk die Fotografen offenbar immer wieder reizten. Aber während sich Cocteau als Dandy überstilisierte und Picasso als herrischer Regisseur stets selbst die Szene bestimmt, scheint Giacometti immer wie zufällig ins Bild geraten zu sein – ein Glücksfall sowohl für die Fotografen wie für die Nachwelt.

Sie war den Menschen wohlgefällig – Zum Tode von Elisabeth Bergner

Holder Knabe Wagenlenker

Sie war eine Jahrhundertfigur. Sie umgab, so alt sie auch wurde, bis sie nun, fast 90jährig in London verstarb, das Charisma einer scheinbar unvergänglichen Jugend. Sie hatte, wenn immer sie auftrat, die rare Gabe, den Menschen wohlgefällig zu sein, sie direkt ans Herz zu greifen. Wer sie sah und sie zumal noch in den besten Zeiten ihrer Unerklärlichkeit erlebte – für den wurde sie der Inbegriff einer dezidierten, zarten, lieblich verhexten, hochintelligenten Darstellerin, wie es ihresgleichen sonst keine gab. Sie war „die Bergner". Sie war der „holde Knabe Wagenlenker" aus Goethes Faust. Sie war die Inkarnation aller Shakespeare- und so vieler Strindberg-Frauen. Sie, wenn überhaupt eine, war eine prägend erlösende Bühnenfigur, ein theatralisches Wunder.

Im galizischen Teil der alten k. u. k. Monarchie war sie, drei Jahre, bevor unser Jahrhundert begann, geboren. Sie trieb es, blutjung, zum Theater. Sie hat gelernt in Wien. Schon in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges stieg ihr Stern auf. Aus Zürich, wo sie ihre Lebensrolle, die Rosalinde in Shakespeares „Wie es euch gefällt", zum ersten Male auf die Bretter zauberte, verbreitete sich ihr junger Ruhm.

Als Alfred Polgar sie bei einem Wiener Gastspiel zum erstenmal sah, ging dieser poetischste unter den deutschen Kritikern sofort in die Knie. In seiner allerersten Jubelkritik trägt sie (irrigerweise) noch den Vornamen „Wilhelmine". Bald sollte alle Welt wissen, daß sie Elisabeth hieß.

Falckenberg holte sie schnell an seine Münchner Kammerspiele. Max Reinhardt lockte sie nach Berlin. Sie wirkte auf Anhieb wie ein zärtliches Wurfgeschoß direkt aus dem Himmel. „Die Bergner" war von Stund an ein liebliches Idol, sie war eine Glückserscheinung. Sie verkörperte, was immer sie spielte, eine Faszination, wie sie sonst in diesen Landen wohl keine sonst hatte ausstrahlen können.

Man lese nur nach, was Kurt Tucholsky, ihrer zum erstenmal (1922) ansichtig werdend, mit heißer Feder zu Papier gab: „Bergner! Bergner! rief die Galerie. Und wir, die wir dabei waren, nickten mit dem Kopf und segneten sie, betend, daß Gott sie erhalte, so jung, so schön, so hold. Und daß der Film ihr fern bleibe, und daß sie Berlin nicht auffresse".

Sie wirkte tatsächlich wie ein modern kompliziertes Himmelsbild. Natürlich hat sie dann doch gefilmt. Aber das hat ihr (in den meisten Fällen wenigstens) kaum geschadet. Jede ihrer großen Berliner Premieren war eine öffentliche Sensation – wenn sie Shaws „Heilige Johanna" in Berlin aus der Taufe hob, wenn sie einen komplizierten O'Neill zauberisch verkörperte, wenn sie – neben Kortners Shylock – die wunderbar rechtende Porzia war, unter Jürgen Fehlings Regie.

Sie hat Klabund zu seinem „Kreidekreis" inspiriert und dann gleich vollends zauberisch vorgespielt. Alle Mädchen kopierten, aus reiner Bergner-Verfallenheit, ihren singend-ziehenden Sprechton und ließen sich die Haare mit dem kurzen Pagenkopf und der Bergner-Locke frisieren. Nicht nur wir, die wir damals die Galerien der Theater füllten, holten uns einen reinlichen Rausch an ihrer holdseligen, schlagfertigen, zauberischen Erscheinung. Solchen Bühnenruhm hatte es vordem nie gegeben. Diese kleine, zarte und so wunderbar selbstbewußte Kunstfigur war in ihrer Person das Idol jener raren Jahre, die man heute die „goldenen Zwanziger" nennt. Sie war eine ausgepicht intelligente Glücksspenderin. Vergleichbares haben wir seitdem nicht erlebt.

Als die gestrenge Berliner Kritik schließlich begann, ihrer Außerordentlichkeit langsam müde zu werden und ihr gelegentlich „Manieriertheit" angekreidet wurde, als man begann, ihren Thron, wie Kritiker gerne tun, anzutasten – da ging sie, schon 1932, nach England. Sie lernte die Sprache. Sie begann, sozusagen aus Daffke, eine ganze neue Karriere. Und nun lag ihr London zu Füßen, genau wie einst Berlin.



Ein Wurfgeschoß des Himmels: Elisabeth Bergner (1897–1986)
FOTO: DIE WELT

Ein neuerlicher Bergner-Rausch befiel nun die kühlen Briten. So total war die allgemeine Hingerissenheit, daß sogar der damalige Kritikerpapst von der Themse, James Agate, (wieder sozusagen aus kritischem Widerstand) drucken ließ: Man solle auf seinen Grabstein setzen: Er sei der einzige gewesen, der im Angesicht der Bergner seinen klaren Kopf behalten habe. Er sei dieser großen Circe, als einziger, nicht total verfallen.

Als der Zweite Weltkrieg begann, ging sie für einen Film nach Kanada. Sie blieb in Amerika. Sie arbeitete mit Brecht. Sie zeigte sich gelegentlich im Theater. Die große, dritte Karriere aber blieb aus. Als sie nach Kriegsende nach England zurückkehrte, um dort bis zu ihrem Tode in ihrem schönen Hause am Eaton Square zu wohnen, zeigten sich die moralischen Briten übelnehmerisch. Sie ließen sie sozusagen ihre „Fahnenflucht" vergelten. In London hat sie kaum wieder spielen können.

Aber sie kehrte, wenn auch gastweise, immer wieder an den Ort ihrer frühen Triumphe zurück, nach Deutschland. Sie spielte O'Neills „Lange Reise" unvergleichlich jugendlich. Sie trat in einem Stück von Rattigan auf. Sie wurde sofort wieder vom Publikum ans Herz genommen. Sie war wieder unbegreiflich süß, hexenhaft und hold besonders in „Geliebter Lügner", darin sie, zusammen mit O. E. Hasse, Bernard Shaws Briefwechsel mit der Schauspielerin Campbell-Patrick so bestrickend, so jugendfrisch und zauberisch, so wunderbar animierend verkörperte, daß der alte, selige Zauber waltete – wie immer und je.

Sie hat noch einige Filme gedreht. Sie trat auch ein paarmal in Fernsehspielen auf. Sie zog sich zurück, hielt ihren vielen alten Freundschaften eine schier rare Treue. Sie nahm an allem, was in Deutschland und England künstlerisch geschah, geradezu süchtig Anteil. Jetzt, da sie gestorben ist, bleibt ihre Zaubererscheinung für immer alterslos. Sie bleibt eine Jahrhundertfigur. Die heilige Zeile, die wir hier an dieser Stelle ihr zu jedem ihrer hohen Geburtstage aus Shakespeares Sonetten zugerufen haben – diese Zeilen gelten jetzt einer Unsterblichen: „To me, fair friend, you never shall be old".

FRIEDRICH LUFT



Fabeln im Spiegelkabinett: Roderic Keating in der Wuppertaler Uraufführung von „Kyberiade"
FOTO: THEO GRÖNE

Wuppertal: Krzysztof Meyers Oper „Kyberiade"

König Voluptatus' Vision

Unglaublich, was aus den tollen sechziger Jahren so in Komponisten-Schubladen liegen blieb. Auf dem Höhepunkt der postseriell-sonoristischen Periode, damals, als uns noch Stroboskoplampen und offene multimediale Formen entzückten, hat der damalige Nadia-Boulanger-Schüler, spätere Schostakowitsch-Biograph und heutige Komponistenverbandspräses Polens, Krzysztof Meyer, in einer Oper eigene Wege gesucht. Bis zu ihrer Uraufführung, nicht einmal in der Heimat, sondern in einer bemerkenswerten deutschen Textfassung von Jörg Morgener, dauerte es dann siebzehn Jahre.

Dabei hatte der 1943 geborene Krakauer Komponist Texte eines sehr berühmten Landsmannes vertont: „Der Freund des Automatthias" und „Die Geschichte von den drei geschichtenerzählenden Maschinen" des Science-fiction-Autors Stanislaw Lem, der auch im Westen eine breite Lesergemeinde besitzt. Aus diesen Erzählungen ist eine dramaturgisch schlüssige Fabeltriade vom Komponisten herauskristallisiert worden. „Meine drei Geschichten habt ihr nun gehört", könnte er wie Jacques Offenbach seinen Hauptdarsteller singen lassen, nur daß es sich hier nicht um Geliebte handelt; die Energien, die im 19. Jahrhundert noch erotisch verpufften, wenden wir ja inzwischen unseren Computern zu.

Insofern geht dann auch im zweiten Akt, wo es sexuell so richtig losgehen soll – denn dem geilen König Voluptatus werden aus orientalisch-meditativ aufgetakelten Traumschränken die tollsten Porno-Visionen geliefert –, eigentlich alles schief. Technik, wo sie über Planlosigkeit und Unwissen triumphieren konnte, wie im Staat der Vielzuvielen, gerät in die Hände von Gier und Neid, und wo sie zum Überleben dienen müßte, wie im Fall des schiffbrüchigen Automatthias, versagt sie kläglich.

Wenn die erotischen Visionen des zweiten Aktes (mitsamt der seit 500 Jahren toten Geliebten) eine Art verkürzten, trivialisierten „Faust zwei" darstellen, ist die Wuppertaler Bühne (Inszenierung: Friedrich Meyer-Oertel, Bühne und Kostüme: Hanna Jordan) dabei einen wichtigen Schritt mitgegangen: den Schritt zurück zum Puppenspiel. Die Prinzessin Hopsalla ist eine Marionette, die Fürstin Adorata eine verführerische Stockpuppe. Olympia? Aber nein: Krzysztof Meyers Erzählungen bewegen sich ja im 20. Jahrhundert mit seiner Lust an der Nüchternheit.

Eine andere Frage ist freilich, was der Erzähler Meyer musikalisch anstellt, und das hat eigentlich nichts mit abgelebten Formeln zu tun, sondern wirkt taufrisch. Bei allen objektivierenden Mitteln – Eintonumspielungen, verselbständigtes Schlagzeug zur Illustration – wahrt die Musik einen für die sechziger Jahre bemerkenswerten Zug zur naturalistischen Gestik, der sich dann im letzten Bild ganz konsequent zur musikalischen Reduktion verstärkt. Schachspielartig werden neue Momente ins Spiel gebracht: Matthäuspassionklänge konfrontiert mit trivialen Rasseln, auf einmal kommen Streicherpizzicati auf und eröffnen eine neue dramatische Domäne.

Dem schiffbrüchigen Helden raten seine Computerstimmen, in maskierter Organumtechnik, er möge sich ersäufen, um die Qual abzukürzen, aber er will nicht, will leben, schlägt die Organumstimmen tot. Und ein entzückendes Modellschiff kommt ihn schließlich retten.

Die Wuppertaler Uraufführung, musikalisch geleitet von Jean-François Monnard, überzeugt in all diesen überlegten szenischen Details, in ihrer Bildsprache, die frei von Routine bleibt.

DETLEF GOJOWY

Nächste Vorstellungen: 14., 20., 31. Mai, Kartenbestellungen: 0202/563 42 89

Der Triumphzug: Vladimir Horowitz in Hamburg

In alter Herrlichkeit

Das gibt es wahrhaftig nicht alle Tage. Kaum hatte der 81jährige Vladimir Horowitz das Podium der Hamburger Musikhalle betreten und war, mit wackeligem Schritt und rudernden Armbewegungen, auf seinen Steinway zugesteuert, erhob sich das Publikum und setzte zu minutenlangen Standing Ovations an, noch ehe ein einziger Ton erklungen war. Eine Geste respektvollster Verehrung für einen der ganz Großen der Zunft, der noch einmal aufgebrochen ist, um nach Konzerten in seiner russischen Heimat nun auch den deutschen Pianomanen zu zeigen, was es mit der legendären russisch-romantischen Klavierkunst auf sich hat, als deren letzter, bedeutendster Vertreter er gefeiert wird.

Und sein Konzert in der Hansestadt, wohin er auf seiner nostalgisch-verzückten Suche nach der verlorenen Jugendzeit und seinen spektakulären Triumphen nach mehr als einem halben Jahrhundert erstmals wieder zurückgekehrt war, wurde denn auch zu einer bewegenden Manifestation großer alter Virtuosen-Macht und -Herrlichkeit, jener immer noch phänomenalen manuellen und interpretatorischen Kraft, die heute nur leicht gedämpft erscheint durch kleine Schwächen und Nervosität und eine nicht mehr ganz so besessene Donner-Gebärde.

Der alte Tasten-Löwe hatte sich sein Programm aber auch mit gewitztem Kalkül zusammengestellt, es freilich kurzfristig geändert, um seinem alten Freund und Mentor Rachmaninov noch einmal die Ehre zu geben. Aber an den Beginn seines Hamburger Nachmittagskonzerts setzte er doch, unendlich einnehmend, einen, dem er in schwärmerischer Liebe verbunden ist: Scarlatti, den man – wie Kirkpatrick treffend gefordert hat – mit warmer, phantasievoller, ja sogar romantischer Aufgeschlossenheit spielen muß, um ihm wirklich nahezukommen.

Und mit welch betörender Delikatesse des Anschlags, mit welchem Artikulationsraffinement, mit welch tänzerischer Grazie spielte Horowitz denn auch drei seiner Sonaten: das h-Moll-Andante L. 33 mit einer fast schmerzlichen Versunkenheit, die das Stück ganz herauszog aus vordergründiger Brillanz und es in Pianissimo-Regionen führte, deren Melancholien nicht aus dem 18., sondern aus unserem heiklen 20. Jahrhundert gespeist schienen. So zauberisch, so eigenwillig hingetupft kann man Scarlatti nur von Horowitz hören. Ein unvergeßlicher Augenblick.

Zum Kernstück seines Hamburger Konzerts hatte Horowitz allerdings Schumanns „Kreisleriana" erwählt, diese in bizarr-phantastische Stimmungswelten zielenden Dokumente eines gefährdeten Künstlertums, bei denen Horowitz mit einer unendlich empfindsam aus dem Lyrischen schöpfenden Farbdramaturgie sehr anrührend in Bereiche wehmutsvoll-sehnsüchtigen Träumens und magischer Poesie vorstieß. Auch an ungestüm zupackender Kraftentfaltung fehlte es nicht, doch wollte sich nicht immer auch alles zum großen überzeugenden Spannungsbogen fügen.

Aber gab es bei Schumann auch Irritationen, so fing sie der alte Hexenmeister bei Liszts Valse caprice Nr. 6 nach Schubert auf die eleganteste und deliziöseste Weise wieder auf. Der Jubel über diese brillante klavieristische Eskapade sprach denn auch Bände. Und er machte Horowitz nach der Pause den Einstieg leicht für seine furios präsentierten Russen: für Rachmaninovs gewiß nicht tiefschürfende, aber von Horowitz doch so geistvoll und geschmackssicher vorgetragene Préludes aus op. 32 und die beiden Skrjabin-Etüden in cis- und dis-Moll, die er mit ihren schillernden Ekstasen, ihrem verschleierten Mystizismus, ihrer pathetischen Wucht mit glänzendem pianistischen Aplomb und berückender klanglicher Spannkraft spielte.

Und gleiches galt auch für Liszt, das mit herrlicher Emphase gespielte Petrarca-Sonett Nr. 104, und für Chopin. Bewunderungswürdig, wie er die Mazurken abtönte, wie er hier ein Ritardando setzte, dort subtil beschleunigte. Mit auftrumpfender Könnerschaft an den Schluß gesetzt dann Chopins heroische As-Dur-Polonaisen-Hymne. Ein glanzvolles Zeugnis dafür, daß Horowitz, mag ihm auch die aberwitzige Präzision seiner frühen Jahre nicht mehr ganz so selbstverständlich zur Verfügung stehen, noch immer über immense rhetorische Kraft und visionäres Klangvermögen verfügt.

Drei Zugaben noch, en bloc gespielt, dann klappte er mit liebenswürdig-entschiedener Gebärde den Flügel zu. Wenn auch das Berliner Konzert am kommenden Sonntag vorbeisein wird, werden sich die Horowitz-Fans also wieder mit seinen Platten begnügen müssen. Doch hat er da gottlob noch die tollsten Pläne. Von Liszt-Konzerten ist die Rede und von einer Duo-Platte mit Milstein. Der Klavier-Gott denkt offensichtlich noch lange nicht daran abzudanken.

KLÄRE WARNECKE

Joel Schumachers Jugendfilm „St. Elmo's Fire"

Liebe, Sinn des Lebens

In den USA gibt es eine ansehnliche Tradition von Filmen über das Erwachsenwerden. Den Trend für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre und darüber hinaus setzte „Denn sie wissen nicht, was sie tun" mit einem Rebellentum, das uns heute nur noch sentimental vorkommt. Ende der Sechziger stiftete „Easy Rider" eine Unzahl von Epigonen zu blumigen Ausflipper-Romanzen an. Und dann kam Peter Bogdanovichs „Last Picture Show" und traf den Ton, der heute noch die Musik macht, wenn in Hollywoods Studios Jugendliche selbständig werden: Melancholie.

Einst Aufbruch, dann Ausbruch, nun eine Mischung aus biedermeierlicher (nicht unbedingt biederer) Bescheidung und illusionslosem Pragmatismus. Die sieben jungen Leute, die Joel Schumacher in „St. Elmo's Fire" erwachsen werden läßt, sollen das Lebensgefühl ihrer Generation verkörpern.

Sie sind darum weniger Individuen als Typen. Man merkt ihnen die Absicht des Regisseurs an und ist ein wenig verstimmt. Jeder im anvisierten Publikum soll sein alter ego auf der Leinwand entdecken. Das wird zur untragbaren Last des Filmes. Vom Bestreben, gleich sieben Lebensläufe in einer entscheidenden Phase zu zeigen, sind vorwiegend Schnitzel geblieben.

Drei Frauen, vier Männer, alle Anfang zwanzig. Wir sehen einen Schlipsträger, der für seine Karriere seine politische Überzeugung verkauft. Seine designierte Ehefrau, die keine Lust zur Heirat hat und schließlich auch einen anderen findet. Einen Musiker, der leider bereits Vater ist und sich der Verantwortung allenthalben zu entledigen sucht. Eine Nymphomanin, die auf Kredit in Saus und Braus lebt und am Ende das Leben satt hat. Einen Junganwalt, der viel herumprotzt und wenig erreicht. Eine Tochter aus gutem Hause, die sich als Sozialarbeiterin engagiert und über ihre Jungfräulichkeit betrübt ist. Einen Schriftsteller, der über den Sinn des Lebens grübelt und ihn zu guter Letzt in der Liebe findet.

Die sieben kennen sich vom College und fühlen sich in der Gruppe überaus wohl. Mit viel Juchhe fahren sie durch die Straßen amüsieren sich in „St. Elmo's Bar". Wir sehen sie am Arbeitsplatz oder in der frisch bezogenen Wohnung, bei den Eltern oder im Waschsalon. Wir sehen die Posen, die sie zur Schau tragen, und hören die wahrhaftigen Selbstzweifel, die sie in Zwiegesprächen erläutern. Wer zu Beginn des Films besonders sicher auftritt, ist am Ende in seiner Selbstgewißheit erschüttert und umgekehrt. Das Elmsfeuer, das im Titel zitiert wird – jene zuckende elektrische Erscheinung also, die an Bäumen oder Schiffsmasten vor allem unsere physikunkundigen Vorfahren beunruhigte – steht auch hier bald für Gutes, bald für Schlechtes. Auf jeden Fall für Unruhe.

Die ergibt sich auch aus dem Bildschnitt. Sehr schnell wird von Person zu Person, von Schauplatz zu Schauplatz gewechselt. Und da für keinen Zeit bleibt, wird auch keiner wirklich interessant. Da nicht dramatische Verwicklungen geknüpft, sondern Stationen der Selbstfindung abgehakt werden, ist der Film auch nicht sehr spannend. Wer soll ihn sehen? Niemand, der älter als 25 ist. Obwohl die Figuren sich oft genug wie abgewrackte Endvierziger benehmen. Sie propagieren einen Lebensstil aus Partystreß und Whisky pur. Aber auch Zuschauern unter 25 dürfte er darum kaum die Identitätshilfen geben, die er verspricht.

DIETMAR BITTRICH

KULTURNOTIZEN

Alfred Schnittkes Cellokonzert, ein Kompositionsauftrag der Münchner Philharmoniker, wurde jetzt mit der Solistin Natalja Gutman in der Münchner Philharmonie mit großem Erfolg uraufgeführt.

„Werner Egk und die Folklore" ist der Titel einer Ausstellung in der Musiksammlung der Bayerischen Staatsbibliothek in München (bis 11. Juli).

Pierre Georgel wurde zum neuen Direktor des Picasso-Museums in Paris ernannt.

Die Rolle der Kunstakademien in der Bundesrepublik soll erstmals auf einem Kongreß vom 29. Mai bis zum 1. Juni in Karlsruhe einer Bestandsaufnahme unterzogen werden.

Andy Warhols Porträts der vier in der Welt noch regierenden Königinnen werden bis 1. Juni in der niederländischen Stadt Apeldoorn gezeigt.

Kenneth Callahan, amerikanischer Maler, den u. a. das Metropolitan Museum, das Guggenheim Museum und das Museum of Modern Arts in New York ausstellte, starb im Alter von 81 Jahren in Seattle.

Koblenz: Preisträger der „Salzbrand-Keramik '86"

Teufel auf den Töpfen

Das ist ein erster Preis, dem man ohne Wenn und Aber zustimmen kann. Die Töpfe von Bernhard Allroggen besitzen nicht nur die Tugenden, die man bei einem Preis für Salzbrand-Keramik erwartet, sie verbinden vielmehr die traditionelle Form des Vorratsgefäßes mit Deckel in einer gleichmäßigen, aber nicht monotonen hellbraunen Glasur mit Gestaltungsnuancen, die unübersehbar ihre Gegenwärtigkeit signalisieren.

Überhaupt fällt bei dem von der Handwerkskammer Koblenz alle drei Jahre und nun zum drittenmal ausgeschriebenen Preis „Salzbrand-Keramik '86" auf, daß die Töpferei die Überlieferungen wieder stärker auf sich wirken läßt, während das wilde Experimentieren, bei dem – besonders bei der sogenannten freien Keramik – oft die von Ton und Brand gesetzten Grenzen mißachtet wurden, offenbar nachgelassen hat. Das läßt jedenfalls die Ausstellung in der Galerie Handwerk Koblenz erkennen.

Denn dort sind nicht nur die preisgekrönten Arbeiten zu sehen, sondern die aller Bewerber. Neben dem ersten Preis an Bernhard Allroggen wurden noch vier Sonderpreise an Stefan Emmelmann aus Österreich, Bente Hansen aus Dänemark, Gerhard Hemberle aus Deutschland und David Miller aus Frankreich vergeben. Insgesamt hatten sich fast zweihundert Töpfer aus zwanzig Ländern um den Preis beworben.

Die Bedingungen waren denkbar weit ausgelegt. Es genügte die Versicherung, daß das Gefäß oder Objekt im Salzbrand-Verfahren hergestellt wurde. Die Oberflächen beschränkten sich deshalb nicht nur auf die üblichen Grautöne mit blauer Bemalung (wie bei der traditionellen Westerwälder Keramik) oder die Brauntöne der folkloristischen Kannenbäckerei mit Schlickermalerei oder Ritzdekor. Bei früheren Wettbewerben (Frechen, Höhr-Grenzhausen) schien die Ritzdekor-Technik vor allem eine Domäne der Mühlendycks aus Höhr-Grenzhausen zu sein, doch inzwischen bedienen sich ihrer – wie sich in Koblenz zeigt – auch andere nicht ohne Geschick und Phantasie.

Neben schönen gedrehten Gefäßen (zum Beispiel von Michele Cesta, Stefan Diekmann, Ulrike Seilacher) und reizvollen Varianten traditioneller Krugformen (zum Beispiel von Daniel Auger, Henrike Hohrenk, Christine Pedley-Kepp, Sarah M. Walton) fallen auch spielerische Ideen – wie die Entenschnabelgefäße von Susi Wanda Sippl oder die hohen Dosen mit Widder- und Teufelsköpfen als Deckel von Jennie Hale – auf, weil sie nicht der Gefahr des keramischen Kitsches erliegen, den jedes Kaufhaus und jeder Geschenkartikelladen ausgiebig vor Augen führen.

Dieser Hang zum Spielerischen zeigt sich auch bei den Verschlüssen. Chuck Flagg wandelt beispielsweise für eine hohe sechseckige Dose den alten Bierflaschen-Schnappverschluß ab, Susan Sellshop befestigt den runden Deckel eines Kugelgefäßes mit einer Schnur und Keramikperlen.

Und Aage Birck – möglicherweise von finnischen Töpfern, die die Kombination von Holz und Keramik lieben, angeregt – steckt durch die hochgezogenen Henkel einer Dose zwei dünne Bambusstäbe, die den Deckel fixieren. Insgesamt eine erfreuliche Ausstellung, die auch Töpfer zur Geltung bringt, die man sonst nicht in Deutschland sieht. (Bis 25. Mai; danach Mainz und Trier; Katalog 40 Mark, gebunden 50 Mark.)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Bachs Gesamtwerk in der Datenverarbeitung

DW. Kassel

„Bach Database" nennt sich ein Pilotprojekt, das derzeit an der Harvard University realisiert wird. Es stützt sich auf die Ergebnisse, die Walter B. Hewlett an seinem Center for Computer Assisted Research in the Humanities im kalifornischen Menlo Park erarbeitet hat. Die Bach-Datenspeicherung ermöglicht nicht nur Ausarbeitungen bisher fast unlösbarer musikwissenschaftlicher Fragestellungen wie etwa zur Zahlensymbolik im Bachschen Spätwerk, sondern auch den problemlosen Computerdruck von Noten. Das Projekt findet die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Neuen Bach-Ausgabe, die derzeit in Leipzig und Kassel entsteht.

Fränkische Festwoche der Bayerischen Staatstheater

DW. Bayreuth

Mit Richard Straussens Oper „Ariadne auf Naxos" unter Wolfgang Sawallisch, Edward Albees Schauspiel „Wer hat Angst vor Virginia Woolf" in der Regie von August Everding sowie einem Ballettabend mit Choreographien von Balanchine und MacMillan gastieren die Münchner Staatstheater dieses Jahr im Markgräflichen Opernhaus von Bayreuth. Diese „Fränkische Festwoche" findet statt vom 23. bis 31. Mai.

Brühler Schloßkonzerte: „Festwoche Amadeus"

DW. Brühl

Werke, die Wolfgang Amadeus Mozart im Jahre 1786 komponiert hat, bilden den Inhalt einer „Festwoche Amadeus '86" im Rahmen der diesjährigen Konzerte auf Schloß Augustusburg in Brühl bei Köln. Zu den Werken um die Köchel-Verzeichnis-Nummer 500 herum gehören etwa die Prager Sinfonie, die Klavierkonzerte A-Dur KV 488, c-Moll KV 491 und C-Dur KV 503. Die Festwoche ist angesetzt vom 11. bis zum 20. Juli. Der Frühjahrszyklus der Konzerte im Balthasar-Neumann-Treppenhaus beginnt am kommenden Wochenende.

Geschichte des S. Fischer Verlags

dpa, Berlin

Die Geschichte des S. Fischer Verlages von ihren Anfängen 1886 in Berlin bis zur Rückkehr aus dem Exil und der Konsolidierung des neuen Verlages 1950 in Frankfurt am Main präsentiert zur Zeit die Berliner Akademie der Künste. Die Schau, die bis 6. Juli in Berlin und danach in Frankfurt zu sehen ist, wurde vom Literaturarchiv in Marbach zusammengestellt.

Faksimile-Ausgabe einer Mahler-Symphonie

dpa, London

Ein Nachdruck des Original-Manuskripts von Gustav Mahlers Symphonie Nr. 2 in C-Moll („Auferstehung") ist anläßlich des 75. Todestages des Komponisten von der Kaplan Stiftung in New York veröffentlicht worden. Es ist das erste Mal, daß eine Faksimile-Ausgabe einer vollständigen Mahler-Symphonie veröffentlicht wird.

Friedrich der Große als Kunstsammler

dpa, Berlin

Zum 200. Todestag Friedrichs des Großen wird die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Potsdam am 19. Juli eine Ausstellung „Friedrichs Verhältnis zur Kunst" eröffnen. Im südlichen Teil des Neuen Palais im Park von Sanssouci sollen 400 Objekte gezeigt werden, die aus 20 Museen der „DDR" stammen.

Sinfonieorchester gegen Gagenerhöhung

AFP, Zürich

Gegen die weitere Erhöhung der Gagen von Dirigenten und Solisten haben sich die europäischen Sinfonieorchester ausgesprochen, deren 5. Jahreskonferenz in Zürich stattfand. In einem Appell heißt es, weder die Orchester noch die Subventionszahler oder das Publikum könnten weitere Erhöhungen hinnehmen, „besonders wegen der wachsenden Teilnahme junger Menschen am Musikleben".

Otto Grotewohls künstlerisches Schaffen

AP, Berlin

Eine Ausstellung mit „Arbeiten aus dem künstlerischen Schaffen" Otto Grotewohls, des langjährigen ersten Ministerpräsidenten der „DDR", wird gegenwärtig in Hoyerswerda im Bezirk Cottbus gezeigt. 30 Aquarelle, Zeichnungen und Gemälde Grotewohls sind zu sehen, die er in der Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und 1950 schuf. Während der Verfolgung durch die Nationalsozialisten habe Grotewohl sich eine neue Existenz aufbauen müssen und versucht, Bleistiftzeichnungen und Porträts gegen Honorar zu verkaufen, heißt es dazu.

Weizsäcker in der „Plötze"

Bundespräsident besucht Berliner Jugendgefängnis / Jeden mit Handschlag begrüßt

DIETER DOSE, **Berlin**

Mehr Geld und mehr Fernsehen. Wünsche jugendlicher Häftlinge an Bundespräsident Richard von Weizsäcker, vorgebracht in der Berliner Strafvollzugsanstalt Plötzensee. Es war der erste Besuch des Bundespräsidenten in einem Jugendgefängnis, nachdem er im vergangenen Jahr dem „Knast" im nordbayerischen Straubing eine Visite abgestattet hatte.

Locker, auch diesen nicht alltäglichen Partnern gegenüber bürgernah, gab sich der Bundespräsident. Begrüßte jeden mit Handschlag. „Ich bin nicht gekommen, um Ihnen Vorträge zu halten. Ich will etwas über den Alltag hier wissen", leitete er sein Gespräch mit Häftlingen ein.

Den späten Krimi würden die Häftlinge manchmal abends noch gern sehen. „Wir finden es nicht gut, daß im Gemeinschaftsraum der Fernseher um 21.00 Uhr abgeschaltet wird", sagte einer. Der Durchschnittsverdienst von fünf Mark in den verschiedenen Lehr- und Ausbildungswerkstätten sei zu niedrig. „Ungerecht ist, daß einer mit abgeschlossener Lehre ebensoviel verdient wie ein Anfänger", kritisierte ein anderer.

Die „Plötze", früher Männer-Haftanstalt, ist 110 Jahre alt. Keine Zelle frei in dem roten Backsteingemäuer. 320 Häftlinge sind hier untergebracht – 80 Prozent von ihnen haben Drogenprobleme, jeder zweite war bei Strafantritt alkoholabhängig. Deshalb interessierte den Bundespräsidenten besonders, welche Maßnahmen zur Resozialisierung ergriffen werden.

Die gibt es jetzt schon, sie sollen aber vom nächsten Jahr an wesentlich erweitert werden. Dann zieht die Haftanstalt in einen modernen Neubau für 108 Millionen Mark direkt neben dem Altbau. Zwar weiter in Einzelzellen untergebracht, aber zu Wohngruppen zusammengefaßt, so daß wesentlich bessere therapeutische Arbeit von Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeitern geleistet werden kann.

In den neuen Zellen kein Kübel mehr neben dem Eßtisch. Ein durch eine Tür abgetrennter Raum mit Toilette und Waschbecken. „Ein moderner Strafvollzug ist in unser aller Interesse", stellte Richard von Weizsäcker fest. „Entlassene Straftäter dürfen nicht durch Chancenlosigkeit noch einmal bestraft werden."

Deshalb galt sein besonderes Interesse den Werkstätten, in denen die Häftlinge eine Ausbildung beginnen, je nach Strafdauer auch beenden oder fortsetzen können. „Für Schlosser und Mechaniker sind nach Strafverbüßung die Berufschancen gut", erfuhr der Bundespräsident von der Anstaltsleitung. „Hier lernt man mehr als draußen", bestätigte ihm ein 19jähriger Häftling.

Rund 30 Prozent der Insassen sind Ausländer. Richard von Weizsäcker sprach auch mit einem 21jährigen Türken. Sechs Jahre Haft, die Hälfte verbüßt. Er stammt aus Ankara. „Dort bin ich in zwei Wochen", sagte Richard von Weizsäcker. „Kann ich dort für Sie etwas tun?" Aber der junge Häftling hatte keinen Wunsch. Er würde gern mal „Ausgang aus der ‚Plötze'" haben, aber den kann auch der Bundespräsident nicht erwirken...

Manchmal blitzt der alte Mythos auf

Joe Cocker auf Deutschland-Tournee / Publikum erwartet mehr von ihm / Viel Routine

A. SCHMITZ, **Hamburg**

Noch immer verdreht er beim Singen die Hände an den etwas zu kurz wirkenden Armen, ein seltsames Körperkauderwelsch, wie er selber weiß: Joe Cocker, unprätentiös, ein bißchen Typ Seebär ohne Schauermannshemd, „sachlich", lakonisch in der Ansprache seines Publikums – ein unglattes Naturereignis. Das betrifft ihn selbst, aber nicht seine Musik unter freiem Himmel in Hamburgs Stadtpark-Freilichtbühne – zum Großteil jedenfalls.

Gewiß, wenn der 42jährige Engländer aus Sheffield, der Ray Charles als sein wichtigstes Vorbild nennt, seine kraftvolle, immer rauhe Stimme in Balladen hineinwälzt, seine Sprachnuscheligkeiten und „dirty notes" über herzerweichende Subdominanten, Moll-Parallelen und Medianten legt, dann geht das nach wie vor ans Herz, gewiß auch an das eines Publikums, das auf sich halten kann, über alle anglo-amerikanischen Musik-Banalitäten erhaben zu sein.

Der Rest aber erzeugt den höflichen Beifall von Nostalgikern, mehr nicht. Denn was da über wummernden Rhythm'n'Blues-Rhythmen, kleinen, jazzigen Keyboard-Arabesken oder reggae-ähnlichen Konzessionen an Ticks gesanglich herüberkommt, das gehört insgesamt in den großen Karton mit der Aufschrift „Routine".

Und die beiden kleinen farbigen Chordamen, die links neben Cockers fünf bis sechs Instrumentalisten tänzeln, helfen auch nicht gerade, diesen Eindruck zu vertuschen. Nur wenn diese Studioprofis dem Briten die richtigen Harmonie-Folgen hinwerfen, dann blitzt immer noch mal wieder etwas vom alten Cocker-Mythos auf.



Joe Cocker in Aktion
FOTO: FRANZ E. MÜLLER

Insgesamt aber ist das zu wenig für einen Mann, der es sich nicht leisten kann, von den Lorbeeren vergangener Tage zu zehren. Sein Publikum hat einen langen Atem, es erwartet mehr von ihm. Vielleicht macht ihm dieser Druck zu schaffen.

The Monaco Blues Band, die Vorgruppe, hatte zudem das Ihre noch dazugetan, die Meßlatte der Erwartungen schön hoch zu legen: Vier schwarzgekleidete Herren aus Skandinavien in der Standardbesetzung alter „guitar groups" boten da nämlich eine Show, deren Kraft, Biß, Tempo und Einfallsreichtum eine Stunde lang für mehr als bloße Kurzweil sorgten. Nach so viel Spontanität mußte es ein Joe Cocker denn doch schwer haben...

Tourneedaten: 13.5. München, 14.5. Ludwigshafen, 17.5. Heilbronn, 20.5. Kassel, 21.5. Hannover, 23.5. Düsseldorf, 24.5. Dortmund, 25.5. Bremen, 27.5. Osnabrück, 28.5. Kiel und 30.5. Berlin

Bademode '86 – betonte Figur als Blickfang bei Bikinis und Einteilern



Keine Bange mehr am Strand mit üppigen Pfunden. Die Bademode dieses Sommers versteckt sie durch einfache Tricks, ohne die weibliche Linie zu unterdrücken. Raffinierte Schlingtechnik und Farbeffekte beim Zweiteiler, Raffungen beim Einteiler machen es möglich. Beide Modelle aus dem Hause „JE SUIS"

FOTOS: DPA

Variationen für eine Nixe

Wieder einmal haben die Bademoden-Macher in die Trickkiste gegriffen, um mit einem Minimum an Stoff den weiblichen Körper attraktiv zu bekleiden und seine Linien zu unterstreichen. Dazu gehören in diesem Sommer Raffungen, die überflüssige Pfunde wenigstens optisch verschwinden lassen, raffinierte „Hals"-Ausschnitte bis zum Bauchnabel, hinten bis zum Kreuz, zur Taille hochgezogene Beinausschnitte, aber auch Corsagen und schärpenartige Gürtel als Blickfang.

Bisher stand die quälende Frage im Vordergrund: Soll es ein Einteiler sein oder ein Bikini? Jetzt sind die Unterschiede verwischt. Zwitter wie Monokini tauchen auf. Er besteht zwar aus einem Stück, aber läßt nicht weniger Haut sehen als die spärlichen Dreiecke des Bikini im Tanga- und Triangelschnitt.

Beim Design kennen die Modemacher keine Gnade. Grundfarben sind Schwarz und Weiß in Verbindung mit „leuchtenden Vibrationen" von Pink, Lachs, Orange, Grün, Rot, Türkis und Zitronengelb. Auf diesem klaren Grund treten die Drucke, Blumen, Früchte, geometrische Flächen, Kritzel- und Wellendessins, Streifen und Punkte, pointiert hervor.

Will man es den Töchtern Neptuns gleichtun, streife man eine Fischhaut über, wähle Anzüge mit goldenen und silbernen Pailletten, mit schillernder und glitzernder Oberfläche in fluoreszierenden Farben. Gelackt und metallisch leuchtend gibt dann die Badenixe nicht nur im Wasser, sondern auch am Strand eine glänzende Erscheinung ab.

Geht der eine Trend dahin, so wenig Stoff wie möglich zu benutzen, so schlägt eine andere Welle wieder zurück: Brave Turnhemd-Ausschnitte, breite Träger, gerade Beinausschnitte, Röckcheneffekt, Oberteile, die bis zur Taille reichen, sind letzter Schrei. Im Zeichen der neuen Feminität stehen Corseletts und Spitzen. Der verspielte oder sportliche Anzug zum Schwimmen und Sonnen wird für die Promenade, das Cafe auf der Piazza oder die Party am Abend durch eine Tunika, ein um den Körper geknotetes Tuch oder ein transparentes Chiffon-Hemd eher ent- als verhüllend vervollständigt. In Frotteehosen und Bademänteln, üppig ausgestattet mit dekorativen großen Kragen, ist man selbst vor stärkeren Brisen geschützt. Hinzu kommen voluminöse Strandjacken.

Die Designer haben auf Stilelemente der 60er Jahre zurückgegriffen, auch wenn sie die Linie „futuristisch" nennen. Kurz und knapp sind die Röckchen der Strandanzüge, manchmal Bändern gleich und abnehmbar wie ein Lendenschurz. Sie können über Badeanzügen getragen werden oder als Höschen eines Zweiteilers dienen. Ihre klaren Schnittlinien wirken wie auf dem Reißbrett entworfen und betonen durch den Kontrast die weibliche Figur, die zu unterstreichen ja der tiefere Sinn der neuen Bademode ist. Man darf auf den Sommer gespannt sein. R. Z.

Urteil: Frösche dürfen im Garten quaken

AP, **Schleswig**

Ein tierfreundliches Urteil hat das Oberlandesgericht Schleswig im sogenannten Frosch-Prozeß gesprochen. Der Fünfte Zivilsenat entschied, daß ein Elektromechaniker aus Westerhorn die Frösche im Vorgarten-Teich behalten darf. Nachbarn hatten sich über das Gequake der vier grünen Wasserfrösche beschwert und dagegen geklagt. In der Urteilsbegründung hieß es, die Schallemission werde von den Nachbarn lediglich als subjektiv hoch empfunden, halte sich aber im ortsüblichen Rahmen und sei zu dulden.

Bauer hat drei Frauen

AFP, **Posadas**

Der 41jährige argentinische Landwirt Juan Rojas lebt mit drei Frauen, mit denen er 24 Kinder hat. Wie das argentinische Fernsehen berichtete, wohnen die drei deutschstämmigen Schwestern Ana, Erika und Luisa Decherinks in Campogrande in der Provinz Misiones in zwei Häusern auf dem abgeschiedenen Bauernhof von Rojas. Ana schenkte ihm zehn Kinder, Erika sechs und Luisa acht. Das Zusammenleben soll in friedlicher Eintracht ohne jede Eifersucht vonstatten gehen.

In Truhe erstickt

dpa, **Sinzendorf**

Zu einem tödlichen Gefängnis wurde für einen zwölfjährigen Buben aus Sinzendorf im Landkreis Cham eine Ziertruhe in der elterlichen Wohnung. Nach Angaben der Polizei war das Kind bereits am Freitag nachmittag zum letzten Mal gesehen und erst nach stundenlangem Suchen von Eltern und Polizei leblos in der Kiste gefunden worden. Der Junge ist vermutlich beim Spielen in die Truhe geklettert und nach dem Zuklappen des Deckels erstickt.

Im Streifenwagen davon

dpa, **Tuttlingen**

Mit dem Streifenwagen der Polizisten, die einen von ihm verursachten Unfall aufnehmen wollten, machte sich am Wochenende ein 23jähriger Mann aus dem Staub. Während die Beamten sich noch um den Unfall bei Tuttlingen (Kreis Sigmaringen) kümmerten, sprang der vermutlich unter Alkoholeinfluß stehende Mann in den Polizeiwagen und brauste davon. Knapp einen Tag dauerte es, bis ein Polizeihubschrauber den Streifenwagen auf einem Waldweg wiederfand.

Ex-Geliebte verhaftet

dpa, **München**

Knapp fünf Jahre nach dem ersten Urteil im Mordprozeß gegen den Österreicher Elmar Schärmer hat der 45jährige ehemalige Hotelkaufmann jetzt seine Ex-Geliebte Helmtrud Ingeborg Gill der Mittäterschaft bezichtigt. Frau Gill ist verhaftet und dem Ermittlungsrichter vorgeführt worden. Schärmer war 1983 wegen Lustmordes an der Sekretärin Sonnhilde Wienold (35) und der Unternehmerin Karin Schubert-König (41) zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Ölpest in Finnland

rtr, **Helsinki**

Ein mehrere Kilometer langer Ölteppich hat die Küsten am Finnischen Meerbusen verseucht. Die Ursache für die Ölpest dürfte in der Sowjetunion liegen. Die finnische Küstenwacht teilte mit, Arbeitstrupps seien zu den Stränden im Süden des Landes entsandt worden. Nachdem sich der Wind gedreht habe, drifteten weitere Ölteppiche auf Finnland zu.

ZU GUTER LETZT

„Nach Angaben der Polizei wurden in einem privaten Klub die von Kugeln durchsiebten Leichen von drei Männern und einer Frau gefunden. Alle fünf Opfer waren den Behörden wegen Rauschgiftdelikten und anderer krimineller Taten bekannt." (Es stand in der WELT.)

WETTER: Warm

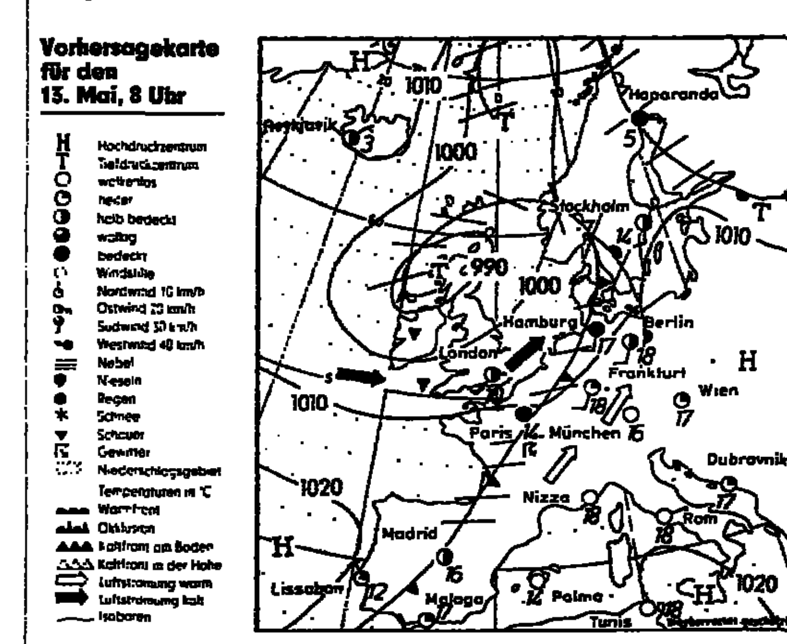
Lage: Kaltfront eines Tiefs bei den Britischen Inseln kommt langsam südostwärts voran. Im Süden Hochdruckeinfluß, wobei warme Luftmassen wetterbestimmend sind.

Vorhersage für Dienstag: Im Nordwesten regnerisch, Temperaturen bei 17 Grad. Sonst anfangs nur gering bewölkt, im Tagesverlauf von Nordwesten her Eintrübung. Ab Nachmittag Schauer oder Gewitter. Temperaturen um 22, nach Südosten noch wärmer, nachts 14 bis 10 Grad. Schwacher bis mäßiger, in Gewitternähe böig auffrischender Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten: Wechselhaft und leichter Temperaturrückgang, nur im Südosten noch sehr warm.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.33 Uhr*, Untergang: 21.04 Uhr; **Mondaufgang:** 8.57 Uhr, Untergang: 1.58 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 13. Mai, 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	16	he
Bielefeld	16	bw
Braunlage	13	bw
Bremen	13	bw
Dortmund	16	bw
Dresden	17	bw
Düsseldorf	20	he
Erfurt	17	bw
Essen	18	he
Feldberg/S.	11	bw
Flensburg	13	bw
Frankfurt/M.	19	he
Freiburg	21	bw
Garmisch	16	bw
Greifswald	15	bw
Hamburg	15	bd
Hannover	16	bw
Kahler Asten	14	bw
Kassel	16	bw
Kempten	18	bw
Kiel	15	bw
Koblenz	20	bw
Köln-Bonn	19	bw
Konstanz	19	he
Leipzig	17	bw
List/Sylt	12	bw
Lübeck	16	bw
Mannheim	19	he
München	18	bw
Münster	18	bw
Norderney	13	bd
Nürnberg	19	he
Oberstdorf	16	bw
Passau	18	bw
Saarbrücken	18	he
Stuttgart	19	he
Trier	19	bw
Zugspitze	0	IW

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	22	he
Amsterdam	17	he
Athen	23	he
Barcelona	20	he
Belgrad	17	he
Bordeaux	23	he
Bozen	21	he
Brüssel	19	he
Budapest	22	he
Bukarest	22	he
Casablanca	33	wl
Dublin	12	Rs
Dubrovnik	20	he
Edinburgh	13	he
Faro	26	wl
Florenz	24	he
Genf	22	he
Helsinki	8	R
Hongkong	27	bw
Innsbruck	15	bw
Istanbul	16	he
Kairo	24	bw
Klagenfurt	19	bw
Konstanza	22	he
Kopenhagen	14	bw
Korfu	22	he
Las Palmas	22	he
Leningrad	15	bd
Lissabon	22	he
Locarno	23	he
London	11	R
Los Angeles	13	he
Luxemburg	17	he
Madrid	24	he
Mailand	23	he
Malaga	25	he
Mallorca	24	he
Moskau	13	he
Neapel	22	he
New York	10	wl
Nizza	19	bw
Oslo	12	he
Ostende	18	he
Palermo	22	he
Paris	20	he
Peking	15	bd
Prag	17	bw
Rhodos	23	he
Rom	23	he
Salzburg	18	bw
Singapur	31	he
Split	22	he
Stockholm	10	R
Straßburg	20	he
Tel Aviv	20	bw
Tokio	21	bw
Tunis	25	wl
Valencia	25	he
Varna	20	he
Venedig	22	he
Warschau	16	bw
Wien	20	he
Zürich	21	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Nun kommt auch der Spargel ins Gerede

PETER SCHMALZ, **München**

„Der Spargel ist jetzt ein Renner", liest die junge Brigitte Meier vom Blatt, denn erstens hat ihr Nachbar, der bayerische Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann, soeben die Spargelsaison in München eröffnet, und zweitens ist Brigitte in diesem Jahr die Spargelkönigin im Freistaat, und drittens reimt sich Renner so schön aufs letzte Wort der nächsten Zeile, das „Kenner" lautet. Nur viertens ist die Satzaussage falsch: Denn der Spargel, von den Anbauern und Händlern gerne auch als „königliches Gemüse" apostrophiert und vielleicht auch deshalb üblicherweise zu Preisen angeboten, als werde er in Gold aufgewogen, kann sich in diesem Jahr nicht in die Gunst der Verbraucher schmeicheln.

Am vergangenen Samstag blieb die Hälfte der aus deutscher Erde frisch gestochenen weißen Stangen in der Münchner Großmarkthalle, dem größten deutschen Gemüseumschlagplatz, unbeachtet liegen.

Vielleicht, so hofft Sepp Plöckl als Chef der süddeutschen Spargelerzeugergemeinschaft, wird der Samstag-Spargel am darauffolgenden Montag noch gekauft, was er aber sicher nur deswegen sagt, weil er das vor ihm liegende gelbe Faltblatt noch nicht gelesen hat, in dem der bayerische Landwirtschaftsminister auf der zweiten Seite schreiben läßt, beim Einkauf sollte man auf frische Ware achten. Immerhin, so kalkuliert Spargel-Experte Plöckl aus dem bayerischen Spargelgebiet Schrobenhausen, würden allein die Anbauer im Freistaat täglich 100 000 Mark Einnahmen einbüßen. Ob und wieviel Entschädigungen man vom Staat fordern werde, sei noch nicht geklärt.

Denn daß den deutschen Feinschmeckern der Appetit auf das Gemüse vergangen ist, von dem schon die Römer schwärmten, es schmeichle dem Gaumen, hat seine Ursache natürlich auch im russischen Tschernobyl und der unsichtbaren Wolke, die vor allem süddeutsche Felder und Wiesen zum Strahlen brachte. Seither müssen Gemüsebauern den im Freistaat gezogenen Salat und Spinat unterpflügen und in München wurden sogar drei Gemüsehändler wegen „fahrlässiger Körperverletzung" angezeigt, *weil sie zu stark strahlenden* Salat feilboten.

Dabei ist der Spargel völlig zu Unrecht ins Gerede gekommen, meint Minister Eisenmann und legt die jüngsten Untersuchungsberichte vor. Mit neun Becquerel radioaktivem Jod 131 liegt der unter der Erde gewachsene Bleichspargel weit unter dem Gemüserichtwert der Strahlenschutzkommission von 250 Becquerel. Nur der Grünspargel, der mit seinen Spitzen schon in die Sonne geblickt hat, kommt auf 99 Becquerel.

Dauert die Zurückhaltung der Käufer noch einige Wochen an, wird 1986 zum Katastrophenjahr der deutschen Spargelbauern, denn ihre Saison ist ohnehin kurz: Mitte Mai beginnt die Stechzeit in den hügeligen Sandfeldern und endet bereits am Johannistag, dem 24. Juni. Bis dahin werden auf den deutschen Feldern – Bayern liegt dabei hinter Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg erst auf dem vierten Platz – gut 14 000 Tonnen Spargel gestochen sein, womit allerdings auch in normalen Jahren nur knapp ein Drittel des bundesdeutschen Spargelhungers gestillt werden kann. Weitere 20 000 Tonnen müssen importiert werden, die Hälfte davon aus Frankreich.

Natürlich kannten ihn schon die geschmäcklerischen Ägypter, Griechen und Römer, lange galt er als Heilpflanze gegen Magen-, Darm- und Leberkrankheiten. In Deutschland *tauchte er erst spät auf: genau 1567* erstmals im Stuttgarter Lustgarten. Daß er bald auch in den Ruf kam, müde Männer munter zu machen, verdankt er wohl eher seiner Ähnlichkeit mit einem markanten männlichen Körperteil als seinem biologischen Gehalt, obwohl auch letzterer nicht zu verachten ist.

Entschlackend wirkende Asparaginsäure und ein hoher Gehalt an Vitamin C machen ihn zur lukullischen Frühjahrskur, Mineralstoffe wie Kalium und Calcium bauen Knochen und Nerven auf, und eine minimale Anzahl von Kalorien lassen ihn auch für Linienbewußte zum Genuß ohne Reue werden.